

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

111. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 12. September 2007

Inhalt:

Begrüßung der Parlamentarischen Bundesheer-Beschwerdekommision des österreichischen Nationalrats	11539 D	Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE)	11512 C
		Steffen Kampeter (CDU/CSU)	11513 A
		Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE)	11513 D
		Monika Griefahn (SPD)	11515 A
Tagesordnungspunkt 2 (Fortsetzung):		Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11517 A
a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) (Drucksache 16/6000)	11477 A	Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU)	11518 C
		Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP)	11519 C
b) Unterrichtung durch die Bundesregierung: Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011 (Drucksache 16/6001)	11477 B	Steffen Kampeter (CDU/CSU)	11520 A
		Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11520 B
Einzelplan 04		Einzelplan 05	
Bundeskanzleramt		Auswärtiges Amt	
Rainer Brüderle (FDP)	11477 B	Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister AA	11520 C
Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin	11478 C	Dr. Werner Hoyer (FDP)	11522 D
Oskar Lafontaine (DIE LINKE)	11484 C	Eckart von Klaeden (CDU/CSU)	11523 C
Dr. Peter Struck (SPD)	11488 D	Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11526 C
Dr. Diether Dehm (DIE LINKE)	11493 C	Monika Knoche (DIE LINKE)	11527 A
Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11493 D	Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11528 C
Volker Kauder (CDU/CSU)	11497 C	Eckart von Klaeden (CDU/CSU)	11530 A
Dr. Guido Westerwelle (FDP)	11500 D	Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11530 C
Olaf Scholz (SPD)	11505 B	Walter Kolbow (SPD)	11531 B
Max Straubinger (CDU/CSU)	11508 A	Jürgen Koppelin (FDP)	11533 C
Klaas Hübner (SPD)	11509 A		
Bernd Neumann, Staatsminister BK	11511 C		

Herbert Frankenhauser (CDU/CSU)	11534 B	Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister BMVg	11561 A
Michael Leutert (DIE LINKE)	11535 D	Dr. Norman Paech (DIE LINKE)	11562 A
Rainder Steenblock (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11536 D	Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11562 C
Axel Schäfer (Bochum) (SPD)	11537 D	Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11563 A
Erika Steinbach (CDU/CSU)	11538 C	Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11563 D
Einzelplan 14		Niels Annen (SPD)	11565 A
Bundesministerium der Verteidigung		Eckart von Klaeden (CDU/CSU)	11566 C
Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister BMVg	11540 A	Namentliche Abstimmung	11567 C
Elke Hoff (FDP)	11542 A	Ergebnis	11570 C
Ulrike Merten (SPD)	11544 B	Einzelplan 23	
Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE)	11546 A	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	
Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11547 B	Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin BMZ	11568 A
Susanne Jaffke (CDU/CSU)	11549 D	Dr. Karl Addicks (FDP)	11572 B
Johannes Kahrs (SPD)	11550 D	Dr. Christian Ruck (CDU/CSU)	11574 B
Inge Höger (DIE LINKE)	11551 C	Dr. Karl Addicks (FDP)	11575 B
Thomas Silberhorn (CDU/CSU)	11553 C	Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11575 D
Gert Winkelmeier (fraktionslos)	11555 A	Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin BMZ	11576 A
Dr. Hans-Peter Bartels (SPD)	11556 A	Michael Leutert (DIE LINKE)	11577 B
Eckart von Klaeden (CDU/CSU)	11557 B	Hellmut Königshaus (FDP)	11578 B
Tagesordnungspunkt 3:		Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11578 D
– Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streit- kräfte im Rahmen der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) auf Grundlage der Resolutionen 1701 (2006) und 1773 (2007) des Sicherheits- rates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006 bzw. 24. August 2007 (Drucksachen 16/6278, 16/6330)	11557 D	Dr. Bärbel Kofler (SPD)	11579 C
– Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (Drucksache 16/6341)	11558 A	Jürgen Koppelin (FDP)	11581 A
Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister AA	11558 B	Jürgen Koppelin (FDP)	11582 A
Birgit Homburger (FDP)	11559 B	Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU)	11582 D
Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11560 B	Heike Hänsel (DIE LINKE)	11585 A
		Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11586 B
		Nächste Sitzung	11587 C
		Anlage	
		Liste der entschuldigten Abgeordneten	11589 A

(A)

(C)

111. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 12. September 2007

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße Sie alle herzlich zum zweiten Tag der Haushaltsberatungen.

Wir setzen die gestern eröffneten Haushaltsberatungen – Tagesordnungspunkt 2 – fort:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

(B) – Drucksache 16/6000 –

- b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011

– Drucksache 16/6001 –

Ich darf daran erinnern, dass wir gestern für die heutige Aussprache eine Redezeit von insgesamt siebendrei- viertel Stunden beschlossen haben. Ich möchte schon jetzt alle Rednerinnen und Redner dringend bitten, die möglichst präzise Einhaltung dieser Gesamtredezeit im Auge zu behalten.

Wir beginnen die heutigen Haushaltsberatungen mit dem Geschäftsbereich des **Bundeskanzleramtes, Einzelplan 04.**

Als erstem Kollegen erteile ich das Wort dem Kollegen Brüderle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich im Namen der FDP-Bundestagsfraktion Herrn Minister Gabriel recht herzlich zum Geburtstag gratulieren. Alles Gute!

(Beifall)

Wir alle freuen uns, dass die Weltkonjunktur noch immer recht stabil ist. Wir alle freuen uns, dass dadurch be-

dingt auch bei uns die Arbeitslosenzahlen zurückgehen. Dafür kann zwar die Regierung wenig – es sind Windfall-Profits anderer –, aber wir freuen uns darüber. Es ist höchste Zeit, diesen Schwung von außen für immer noch nötige Strukturreformen zu nutzen. Aber die Regierung ist in eine Partylaune verfallen. Seit Monaten macht sie Politik à la Woodstock: Jeder darf einmal spielen, was er will.

(Beifall bei der FDP – Joachim Poß [SPD]: Das muss der Weinkönig gerade sagen!)

Alle wollen die Welt verbessern, und Geld spielt keine Rolle. In Woodstock kam aber am Ende der große Regen.

(D)

Das wichtigste Projekt dieser Regierung scheint derzeit zu sein, den Bundesadler durch den Eisbären zu ersetzen. Klimaschutz am Nordpol ist ohne Zweifel wichtig, aber das Reformklima in Deutschland eben auch.

(Beifall bei der FDP)

Der **Aufschwung** muss bei den Bürgern ankommen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Das hat zwar auch der Bundeswirtschaftsminister erkannt, aber ein einzelner Zwischenruf im Kabinett reicht nicht. Von der Teilhabe der Bürger am Aufschwung ist weit und breit nichts zu sehen.

Groß war diese Regierungskoalition in den vergangenen zwei Jahren nur bei den Steuererhöhungen. Die Bürger können aber nur dann am Aufschwung teilhaben, wenn sie bei Steuern und Abgaben entlastet werden.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt ist die Zeit für **Steuersenkungen**. Damit würde das Wachstum gestärkt und der Aufschwung verstetigt. Der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Professor Rürup, sagt, dass die Binnennachfrage flach wie ein Brett ist. Das hat mit der großen Mehrwertsteuererhöhung und mit dem Zickzack dieser Regierungskoalition zu tun.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Rainer Brüderle

- (A) Frau Bundeskanzlerin, wann setzen Sie die Steuersenkung um, die auch Ihr Wirtschaftsminister fordert?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hätten Sie doch gestern besprechen können!)

Sie reden davon, den Aufschwung stärken zu wollen. Wenn Sie entsprechend handeln wollen, dann sollte sich die Bundesregierung die Vorschläge zur Steuersenkung aus dem Wirtschaftsministerium zu Herzen nehmen und umsetzen. In diesem Fall bedeutet von Glos zu lernen, besser zu werden.

(Beifall bei der FDP)

Trotz sprudelnder Steuerquellen behauptet der Finanzminister, dass es keinen Spielraum für Steuersenkungen gibt. Dabei führen niedrigere Steuern zu mehr Investitionen, mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätzen und mehr Konsum. All dies bringt auch mehr Steuereinnahmen.

(Beifall bei der FDP)

Für neue Ausgabenprogramme hat die Regierung Geld. Die **Ausgaben** des Bundes sollen um 4,7 Prozent gesteigert werden. Die Schminkkoffer der Regierung werden prall gefüllt. Da müssen sich die Bürger doch verschaukelt vorkommen. Das Geld für die Entlastung der Bürger ist nicht da. Aber neue Ausgabenprogramme, das Füllen der Schminkkoffer können Sie finanzieren. Das ist die falsche Politik.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Die gute Konjunktur sorgt dafür, dass die Mängel der Regierungspolitik nicht sofort auffallen. Das 50-Punkte-Programm der Grillparty von Meseberg verdeckt aber nur notdürftig, dass die Regierung ihr Pulver verschossen hat. Ins Schwarze getroffen haben Sie mit Ihrer Politik bisher kaum.

Es ist ein historischer Fehler dieser Koalition, dass sie ihre großen Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat nicht konsequent nutzt. Dies ist ein Rückfall in die politischen Fehler früherer Zeiten. Sie machen wissentlich große Fehler. Die Fehler werden beschönigt; dem Bürger wird Sand in die Augen gestreut. Sie hätten die Chance, notwendige Veränderungen in Deutschland vorzunehmen. Aus unterschiedlichen Motiven in den beiden Parteien spielen Sie mit kleiner Münze, statt Ihrer Aufgabe, große Veränderungen zu schaffen, zu entsprechen. Es ist Ihre historische Fehlleistung, dass Sie Chancen verpassen, statt sie zu ergreifen und umzusetzen. Das Land ist gut, die Regierung schwach.

(Beifall bei der FDP)

Wir reden unser Land nicht schlecht. Aber als größte Oppositionspartei ist es unsere Aufgabe, die Schwächen der Regierung aufzuzeigen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das ist unsere demokratische Pflicht; denn es geht um unser Land. Der Dornröschenschlaf und das Herummogeln um wichtige Entscheidungen können so nicht weitergehen. Nehmen Sie sich das zu Herzen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

(C)

Das Wort hat nun die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie immer die Opposition es dreht und wendet: Deutschland hat wieder allen Grund zur Zuversicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir sind dabei, eine lange Durststrecke zu überwinden. Die Wirtschaft wächst so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr. Seit Regierungsantritt ist die Zahl der **Arbeitslosen** um mehr als 1 Million gesunken. Das ist der tiefste Stand seit 1995, das heißt seit nunmehr zwölf Jahren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben 1 Million mehr Erwerbstätige. Das ist der höchste Stand seit der Wiedervereinigung. Ebenfalls erstmals seit der Wiedervereinigung sind wieder ausgeglichene Staatshaushalte ohne neue Schulden in Sicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das sind die Fakten; darauf bauen wir auf. Das ist eine großartige Entwicklung.

Es geht dabei im Übrigen um mehr als nur um ein paar positive Wirtschaftsdaten. Es geht um etwas ganz Grundsätzliches – ich spüre das wie viele andere auch bei meinen Besuchen vor Ort –: Deutschland ist dabei, aus eigener Kraft Schritt für Schritt die Lasten und auch manches Versäumnis der letzten eineinhalb Jahrzehnte aufzuarbeiten. Das ist die Botschaft der Zuversicht an die Menschen.

(D)

Alle Industrieländer waren in den 90er-Jahren einem massiv erhöhten Wettbewerbsdruck durch die Globalisierung ausgesetzt. Doch Deutschland war zugleich in einer historisch einmaligen Situation. Der Prozess der deutschen Einheit gehörte und gehört ohne Zweifel zu den glücklichsten Entwicklungen unserer Geschichte. Allerdings band er auch Ressourcen, Kraft und Aufmerksamkeit, wie sie kein anderes Land zu bewältigen hatte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

In seinem Kern erzählt der **Aufschwung**, den wir jetzt erleben, eine großartige Erfolgsgeschichte: die Geschichte, wie Deutschland gleichzeitig Aufbauleistungen für die neuen Bundesländer und die Globalisierung bewältigen konnte. Meine Damen und Herren, wer das geschafft hat, dem braucht auch vor den Veränderungen des 21. Jahrhunderts nicht bange zu sein. Das ist der Geist, in dem wir Politik machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Jetzt sind wir dabei, die Chancen der Zukunft zu beschreiben und sie zu nutzen. Die *Financial Times* aus London schrieb von einem neuen Wirtschaftswunder.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Ich sage: Nein, das ist kein Wunder, sondern der Lohn von harter Arbeit und Anstrengung, der Lohn der mit der Agenda 2010 eingeleiteten Reformen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und der Lohn der Reformen dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vor allem ist dieser Aufschwung der Lohn der Arbeit der Menschen in Deutschland: der Lohn von wagemutigen Unternehmern und gut ausgebildeten Arbeitnehmern, von engagierten Erziehern, Lehrern und liebevollen Eltern, von international renommierten Wissenschaftlern und kreativen Ingenieuren. Sie alle sind es, die diesen Aufschwung möglich gemacht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Aufgabe der Politik ist es dabei, die Weichen richtig zu stellen

(Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

und dafür zu sorgen, dass das Land seine Kräfte bündelt. Genau das macht die Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne haben wir vor zwei Jahren den Kurs „**Sanieren, Investieren, Reformieren**“ eingeschlagen und ihn gegen Kritik verteidigt. Diese Kritik war zum Teil vernichtend, und die Aussichten waren trübsinnig. Aber wir haben uns nicht beirren lassen. Die Daten von heute zeigen: Es war richtig, diesen Kurs einzuschlagen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Jetzt wird sichtbar: Die Strategie wirkt. Ich sage ausdrücklich: Das ist kein Grund zu Übermut, wohl aber zu Selbstvertrauen, und zwar zu einem Vertrauen darauf, dass sich Anstrengung lohnt. Wir ruhen uns nicht auf unseren Lorbeeren aus. Deutschland ist noch nicht überall so gut, wie wir es uns wünschen. Dass wir heute bei Investitionen und Bildung im internationalen Mittelfeld liegen, ist gut, aber nicht ausreichend.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Vor allen Dingen: Da wir immer noch 3,7 Millionen Arbeitslose haben, heißt unsere Devise: 3,7 Millionen Arbeitslose sind 3,7 Millionen zu viel. Es muss unser Ziel sein, hier voranzukommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Daraus leitet sich unsere Aufgabe für die kommenden Jahre ab: nach innen die Grundlagen des Aufschwungs stärken, Teilhabechancen verbessern und Quellen neuen Wohlstands erschließen und nach außen für faire Regeln und offene Märkte sorgen.

Auf der **Kabinettsklausur in Meseberg** haben wir beschlossen, in fünf Zukunftsbereichen neue Impulse zu setzen:

(C) Erstens. Wir wollen die Grundlagen des Aufschwungs stärken. Was heißt das? Der Aufschwung und seine Fortsetzung beruhen vor allen Dingen auf Vertrauen. Vertrauen braucht Verlässlichkeit. Deshalb ist eine **solide Finanzpolitik** das Fundament, auf dem wir mit weiteren Maßnahmen aufbauen.

Es ist gestern in der allgemeinen Finanzdebatte gesagt worden: Allein der Bund hat über 900 Milliarden Euro Schulden, und die Zinszahlungen betragen 40 Milliarden Euro pro Jahr. Das kann uns nicht zufriedenstellen. Deshalb hat die Bundesregierung dem Finanzminister ihre Unterstützung zugesagt, wenn es darum geht, spätestens 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Dann können wir sagen: Endlich leben wir nicht mehr über unsere Verhältnisse. Das muss dann auch in den Ergebnissen der Föderalismuskommission II verankert werden, damit das dauerhaft so bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb beruht die Fortsetzung des Aufschwungs natürlich auch auf Entlastung dort, wo es möglich ist. Wir haben zum Beispiel gesagt: Wenn es nachhaltig vertretbar ist, werden wir versuchen, die **Beiträge zur Arbeitslosenversicherung** auf unter 3,9 Prozent zu senken. Vertrauenserstörend wäre es aber, jetzt irgendetwas zu versprechen, was man nicht einhalten kann. Der Erfolg dieser Bundesregierung besteht darin, dass wir nichts versprochen haben, was wir nicht halten konnten, und die Dinge so gemacht haben, dass sie am Ende im Zweifel besser waren. Das ist der Erfolg dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Widerspruch bei der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Gegenteil haben Sie gemacht!)

(D)

Wir werden alles daransetzen, den Menschen den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt durch Hinzuverdienstregelungen und die Bündelung der Arbeitsmarktinstrumente möglich zu machen. Wo immer es Spielräume gibt, werden wir sie nutzen.

Wir werden den Aufschwung natürlich auch dadurch fortsetzen, dass wir **wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Investitionen** schaffen. Dazu gehört die Unternehmensteuerreform, die wir bereits beschlossen haben. Dazu gehört die Arbeit an der Erbschaftsteuerreform, die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht einfacher geworden ist, bei der wir aber nicht aus dem Auge verlieren, dass wir den mittelständischen Unternehmen, den Familienunternehmen den Übergang im Erbfall erleichtern wollen, um Arbeitsplätze hier in Deutschland zu erhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dazu gehört die Arbeit des Normenkontrollrates, der sich dem Bürokratieabbau verschrieben hat.

Zweitens. Wir wollen, dass alle Menschen am Aufschwung teilhaben können. Der Schlüssel zur Teilhabe ist heute zum einen Arbeit, zum anderen der **Zugang zu Bildung**. Deshalb haben wir eine nationale Qualifizierungsoffensive gestartet, die wir auch weiterführen werden. Wir wissen, dass wir – zum Teil aus dem Aufschwung

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) resultierend – bereits einen Mangel an Fachkräften haben. Wir sagen: Zuerst müssen wir alles daransetzen, die Möglichkeiten, die wir hier im Lande durch Qualifizierung haben, zu nutzen. Das gilt für alle Bereiche: für die einfachen genauso wie für die qualifizierten Tätigkeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir sagen dann aber auch: Wenn wir einen erkennbaren Mangel in bestimmten Bereichen haben, wenn zum Beispiel in speziellen Ingenieurbereichen gar keine eigenen Arbeitskräfte vorhanden sind, dann ist es doch, ehe die Betriebe ins Ausland abwandern, vernünftig, zum Beispiel Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten mit diesen speziellen Qualifizierungen das Arbeiten bei uns zu erlauben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben dann festgelegt, dass wir ein mittel- und langfristiges Konzept erarbeiten, das auf dem Gedanken beruht, dass es keine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme von Deutschland geben soll, sondern dahin, wo die Besten der Welt gebraucht werden. Offenheit bei gleichzeitiger Qualifizierung aller Menschen in unserem Land – das ist unsere nationale Bildungs- und Qualifizierungsinitiative, und die ist wichtig.

(Zuruf des Abg. Dirk Niebel [FDP])

- (B) Wir werden neue Wege der Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Investivkapital gehen. Dazu werden wir in den nächsten Wochen Vorschläge unterbreiten. Für mich ist dies deshalb so wichtig, weil die Bindung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Kapitalzuwachs ihres eigenen Unternehmens ihnen die Möglichkeit gibt, neben der Lohnentwicklung auch am Wachstum teilzuhaben. Deshalb ist das ein ganz wichtiger Bereich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es ist kein Geheimnis, dass wir in der Koalition durchaus darüber diskutiert haben, in welcher Weise wir einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt, die Erhaltung von Arbeitsplätzen und gleichzeitig faire Löhne umsetzen können. Sicherlich gibt es da Unzufriedenheit. Aber ich will darauf hinweisen: Wir haben uns für den Herbst Schritte vorgenommen, die genau diesem Ziel dienen sollen. Es geht auf der einen Seite um die Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und dort, wo Tarifpartner nicht mehr in der Lage sind, Löhne festzulegen, um das Mindestarbeitsbedingungsgesetz. Auf der anderen Seite werden wir immer aufpassen, dass dann, wenn Menschen Arbeit haben, diese Arbeitsplätze nicht verloren gehen. Das ist der Weg dieser Bundesregierung.

Drittens. Wir wollen die Quellen des Wohlstands von morgen erschließen. Deshalb haben wir uns vorgenommen, 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für **Wissenschaft und Forschung** auszugeben. Die Bundesregierung leistet hierzu ihren Beitrag. Das wird in den Haushaltszahlen deutlich. Denn es ist natürlich klar: Wirtschaftswachstum führt dazu, dass auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung steigen müssen. Das findet seine Berücksichtigung im Bundeshaushalt. Derzeit liegt Deutschland hier bei knapp 2,7 Prozent. Der

- Bund schafft jetzt seinerseits die Voraussetzungen für einen Anteil von 2,8 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Wirtschaft und Länder müssen allerdings nachziehen; auch darauf werden wir ganz konsequent achten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben uns **Leuchtturmprojekte** vorgenommen. Eines davon wird im Bereich der Gesundheitsforschung liegen. Ich glaube, damit wir Menschen für Forschung begeistern können, müssen wir ihnen sagen, was Forschung leisten kann. Deshalb möchte Deutschland das Land sein, das gerade im Bereich der Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei der Forschung an Maßnahmen gegen die Krankheit Alzheimer, eine Spitzenstellung in der Welt einnimmt. Wir wollen dort vorne sein. Das nehmen wir uns vor, und wenn wir es uns vornehmen, werden wir es auch schaffen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir richten unsere Energie- und Klimapolitik neu aus, weil wir glauben, dass hier die Arbeitsplätze der Zukunft liegen, dass wir hier unserer globalen Verantwortung gerecht werden und wir gleichzeitig die Voraussetzungen im Lande schaffen, um unsere Energieversorgung mit größtmöglicher Unabhängigkeit gewährleisten zu können. Dazu haben wir – der Wirtschafts- und der Umweltminister gemeinsam – ein Paket von Maßnahmen entwickelt, die wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen. Dazu haben wir unsere Position in Europa eingebracht und dazu werden wir uns auf der internationalen Bühne natürlich auch für ein Abkommen im Anschluss an das Kioto-Protokoll einsetzen.

(D)

Dabei spüren wir schon: Unser Weg kann nicht sein, den Ärmeren in dieser Welt Wohlstandsverzicht zu predigen und gleichzeitig in einer Art karitativer Veranstaltung als reichere Länder etwas beizutragen. Die Zukunft wird vielmehr darin liegen, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen und damit die Standards für die Zukunft setzen, gleichzeitig technologische Führer sind und damit dann auch Exportchancen für Deutschland eröffnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Damit bin ich bei meinem vierten Punkt. Wir wollen der **sozialen Marktwirtschaft** einen internationalen Ordnungsrahmen geben. Wir alle kennen die Diskussionen dieser Tage. Wir spüren, auf dieser Welt kann nahezu nichts mehr passieren, ohne dass es uns beeinflusst: Wenn in China mehr Milch getrunken wird, hat das auch auf unsere Milchpreise Auswirkungen. Wenn es eine Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten von Amerika gibt, wirkt sich das auch auf unsere Märkte aus. Deshalb sage ich ganz klar: Deutschland wird niemals protektionistisch sein. Wir sind Exportweltmeister. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass unsere Unternehmen überall auf der Welt Chancen haben. Aber ich sage auch: Wir werden uns schützen – das gilt auch für die Europäische Union –, wenn andere uns keine freien Investitionsbedingungen geben, und wir werden dafür Sorge tragen, dass die Finanzmarktregeln international transparent sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Denn wir werden den Menschen in unserem Land nicht erklären können, dass immer wieder Finanzmarktprodukte entstehen, deren Herkunft man nicht kennt, die man nicht durchschaut, die aber letztlich auf den Einzelnen in unserem Land und in vielen anderen Ländern zurückwirken. Die Demokratie kann nur erhalten werden, wenn ein Höchstmaß an Transparenz gegeben ist; das gilt heute nicht nur national, das gilt heute auch international. Dafür wird sich Deutschland einsetzen, der Bundesfinanzminister genauso wie ich als Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wissen, dass wir auf dem Weg, den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen, eine Vielzahl von eigenen Maßnahmen ergreifen müssen, bevor wir uns dem internationalen Rahmen zuwenden können. Deshalb haben wir die Lohnzusatzkosten gesenkt; deshalb haben wir Subventionen abgebaut. Deshalb haben wir schon zwei Mittelstandsentlastungsgesetze beschlossen; deshalb haben wir uns damit beschäftigt, wie wir das Auslaufen des deutschen Steinkohlenbergbaus vernünftig und sozialverträglich regeln können. Wir haben mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt. Wir werden uns mit der Bahnprivatisierung befassen.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns bei Airbus für eine marktkonforme Lösung eingesetzt.

- (B) Der wichtigste Indikator ist – daran kommt niemand vorbei –: Die **Staatsquote** ist heute auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. 2005 lag sie bei 46,9 Prozent. 2007 sind es 44,5 Prozent. Wenn sich die Dinge weiter vernünftig entwickeln, können wir 2009 42,5 Prozent schaffen. Das heißt, wir haben einen starken, aber auch effizienteren Staat. Das ist es, woran wir arbeiten, um den Menschen möglichst viel Freiheit zu geben, sich in der Globalisierung zu entfalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Fünftens. Wir wollen den Zusammenhalt und die Solidarität in Zeiten des Wandels stärken. Wir wissen: Wirtschaftlicher Erfolg ist entscheidend für die Frage, wie wir unseren Wohlstand in unserem Land erhalten können. Aber wer Ludwig Erhard gelesen hat, weiß: Wachstum und wirtschaftlicher Erfolg sind kein Selbstzweck.

(Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Es geht um ein lebenswertes Deutschland und eine freie und gerechte Gesellschaft unter den Bedingungen des demografischen Wandels. Aber nur dann – wir haben es in den letzten zwei Jahren erlebt –, wenn die sozialen Sicherungssysteme besser dastehen, wenn mehr Menschen Arbeit haben und in diese Systeme einzahlen, kann das allen zugutekommen. Es wird oft so getan, als könne die Teilhabe aller irgendwie vom Staat zentral geregelt werden. Nein, nur dadurch, dass wir unsere Institutionen und sozialen Sicherungssysteme auf eine gute Basis stellen, können wir alle Menschen am Wohlstand teilhaben

lassen. Deshalb ist Arbeit für alle der Schlüssel für das weitere soziale Zusammenleben. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft reden, dann hat die **Familie** natürlich eine Schlüsselbedeutung. Wir stehen vor großen Herausforderungen, die wir auch angepackt haben. Wir haben gesagt: Wir wollen die Wahlfreiheit für Eltern, Beruf und Familie so zu gestalten, wie sie es möchten. Dabei ist erkennbar, dass insbesondere bei der Betreuung von unter Dreijährigen heute keine Wahlfreiheit gegeben ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb haben wir gesagt: Hier machen wir einen großen Schritt. Wir wollen den Rechtsanspruch bis zum Jahr 2013 umsetzen. Wenn wir das geschafft haben, dann können wir uns auch wieder mit denen beschäftigen, die ihre Kinder zu Hause erziehen. Das heißt, prioritär bis 2013 ist erst einmal die Betreuung der Kinder unter drei; das ist die klare Verabredung. Danach machen wir einen weiteren Schritt und sagen: Auch diejenigen, die sich anders entscheiden, bekommen ein Betreuungsgeld.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Entscheidender Maßstab für die Menschlichkeit ist auch der Umgang mit den Älteren und Schwächeren. Deshalb möchte ich an dieser Stelle Folgendes sagen: Es gibt in diesen Tagen zwar viel Kritik an einzelnen Pflegeheimen und bestimmten Zuständen. Das müssen wir aufnehmen; das macht die Bundesgesundheitsministerin. (D) Aber die überwältigende Mehrheit der Menschen, die von Pflegekräften gepflegt werden, wird gut behandelt. Diesen Pflegekräften gilt ein herzliches Dankeschön genauso wie denen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen. Das ist eine Leistung der Menschlichkeit für unsere Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden unseren **Nationalen Integrationsplan** fortentwickeln. Er ist ein Beispiel für eine sehr gute gemeinsame Arbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Zum ersten Mal ist es gelungen, hier eine Systematik hineinzubringen und zu sagen: Diejenigen, die bei uns leben und einen ausländischen Hintergrund haben, sind nicht irgendwelche Gäste auf kurze Zeit. Sie werden länger bei uns sein, und deshalb müssen wir sie integrieren. Integration ist keine Einbahnstraße; sie erfordert von allen in der Gesellschaft etwas. Aber dass wir uns jetzt einig sind, dass das Beherrschen der Sprache die Voraussetzung für die Integration ist, ist ein großer Fortschritt in Deutschland. Das wird sich in Maßnahmen auf allen Ebenen wiederfinden, und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben einen klaren Wertekanon für unser Zusammenleben in Deutschland. Das Bekenntnis zu unserer

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) nationalen Identität und Weltoffenheit sind überhaupt keine Gegensätze. Aber wir wissen: Wir leben in einer Welt, in der es neue Bedrohungen gibt. Gestern war der **11. September**, der sechste Jahrestag der Anschläge auf das World Trade Center. Es waren damals am 11. September 2001 Anschläge von Menschen, die die Art, wie wir leben wollen, und unseren Wertekanon, von dem ich gesprochen habe, nicht akzeptieren und ihn vernichten wollen, und zwar mit aller Konsequenz.

Wir wissen, dass in dieser Woche vielleicht ein schrecklicher Anschlag in Deutschland hätte stattfinden sollen. Glücklicherweise wurde er verhindert. Das ist ein großer Erfolg der Sicherheitsbehörden. Ein herzliches Dankeschön an alle, die daran mitgearbeitet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir können die Augen nicht davor verschließen, dass in den letzten Jahren sieben Terroranschläge mit islamistischem Hintergrund verhindert worden sind oder ihre Ausführung gescheitert ist. Das heißt, wir leben in einer gefährdeten Sicherheit. Unsere Demokratie hat bisher bewiesen – das ist die gute Botschaft –, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, wenn es um den Schutz der Sicherheit der Bürger geht. Entscheidend ist bei allen Ängsten und Ungewissheiten, die der 11. September mit sich gebracht hat, dass es uns stets gelungen ist – natürlich mit kontroverser Diskussion –, die Balance von Schutzmaßnahmen und Freiheitsrechten zu erhalten. Wir haben eben kein Klima der lähmenden Angst zugelassen, sondern wir haben Offenheit und Realitätssinn bewiesen. Die Befürchtungen oder die Vorwürfe, Deutschland werde zu einem Polizei- oder Sicherheitsstaat, sind offensichtlich Unsinn.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin deshalb auch optimistisch, dass es uns gelingt, das, was das Bundeskriminalamt an Terrorbekämpfung leisten muss, in einem Gesetz zusammenzufassen. Ich verhehle nicht, dass für mich auch die Onlinedurchsuchung dazugehört.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich empfehle uns, die Diskussion in einem Klima zu führen, in dem wir nicht falsche Fronten aufmachen, sondern in dem wir uns alle gemeinsam – das ist das Bekenntnis der großen Mehrheit dieses Parlaments – für Freiheit und Sicherheit gleichermaßen entscheiden. Aber wir sollten uns auch vergegenwärtigen, dass es keine Räume in dieser Gesellschaft geben darf, wo die Sicherheitsbehörden keine Möglichkeit des Zugriffs haben, natürlich immer auf rechtsstaatlicher Basis.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sicherheit ist nicht nur im Zusammenhang mit dem Terrorismus wichtig, sondern Sicherheit gehört zu dem Grundlebensgefühl, das wir brauchen, um überhaupt in Freiheit leben zu können. Deswegen möchte ich heute einmal die Gelegenheit nutzen, den Polizisten auf den ganz normalen Polizeirevieren in den Dörfern und den

Städten für ihre tägliche Arbeit zu danken. Das Sicherheitsgefühl, das sie ermöglichen, bedeutet Lebensqualität für Millionen Deutsche, und zwar täglich rund um die Uhr. Dafür ein herzliches Dankeschön. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die rechtzeitigen Festnahmen in der vergangenen Woche haben des Weiteren gezeigt – das ist ganz wichtig –: Bei uns haben die Sicherheitsbehörden gut gehandelt. Aber wir haben auch erlebt, dass es eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden verschiedener Länder gibt. Damit kommen wir auf einen Punkt, der in einer global vernetzten Welt von entscheidender Bedeutung ist: Wenn wir Hilfe bekommen, muss man sich auf Deutschland verlassen können, dass es auch Hilfe leistet. Wenn wir also die Lehren aus dem 11. September und den geplanten Anschlägen ernst nehmen, dann ist der Weg nach **Afghanistan** nicht weit. Wir müssen alles tun, damit Afghanistan nie wieder in die Situation kommt, dass Taliban und al-Qaida von dort aus – sozusagen frei und ohne Struktur von staatlicher Stelle – agieren können. Afghanistan zeigt uns deutlich, dass Sicherheit und Entwicklung untrennbar verbunden sind. Das ist auch das Credo des Berichts der Bundesregierung über die nachhaltige Entwicklung in Afghanistan: keine Sicherheit ohne Entwicklung und keine Entwicklung ohne Sicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dr. Peter Struck [SPD]: Richtig!)

Der Deutsche Bundestag wird in den nächsten Wochen wieder eine intensive Diskussion über die Fortsetzung der Bundeswehreinräte in Afghanistan führen. Ich will dieser Debatte an dieser Stelle nicht vorgreifen, aber genauso wenig will ich heute Morgen mit meiner Meinung hinter dem Berg halten. Erinnern wir uns daran, wie die Situation in Afghanistan vor dem Fall der Taliban war. 23 Jahre Bürgerkrieg und Krieg unter der Herrschaft der Taliban haben das Land an den Abgrund gebracht. Die Menschenrechte wurden mit Füßen getreten. Al-Qaida fand in Afghanistan einen Ausbildungs- und Rückzugsraum. Nur weil es quasi keine funktionierenden staatlichen Strukturen in Afghanistan gab, waren die Anschläge vom 11. September mit Tausenden Menschen als Opfer möglich. (D)

(Zuruf von der LINKEN: Das glauben Sie doch wohl selber nicht!)

Gemessen an dieser Ausgangssituation, haben wir Erhebliches erreicht.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr richtig!)

Es gibt wieder staatliche Strukturen. Drei Viertel der Menschen können heute auf eine medizinische Grundversorgung zurückgreifen. Die Zahl der Schüler hat sich seit 2001 auf circa 6 Millionen mehr als verfünffacht. Davon sind ein Drittel Mädchen. Die Infrastruktur hat sich deutlich verbessert.

Aber ich will gar nicht herumreden: Das sind die guten Fakten. Dennoch bestreitet niemand, dass es trotz dieser sichtbaren Erfolge in Afghanistan beträchtliche

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Herausforderungen gibt. Die Sicherheitssituation lässt mancherorts mehr als zu wünschen übrig. Die afghanischen Sicherheitskräfte – das ist der Punkt – sind noch nicht so weit, ihre Aufgaben allein erfüllen zu können. Der Aufbau der staatlichen Institutionen, insbesondere in der weiten Fläche des Landes, stockt, und die Entwicklung der Drogenproduktion ist mehr als unbefriedigend.

(Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Die Bundesregierung hat deshalb im Rahmen einer hervorragenden Kooperation des Außenministers, des Verteidigungsministers, der Entwicklungsministerin und des Innenministers den Schluss gezogen, dass wir natürlich einen Schwerpunkt auf den **zivilen Wiederaufbau Afghanistans** legen müssen. Deshalb werden wir darum bitten, die Mittel für die Wiederaufbauhilfe für dieses Land aufzustocken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Eines der wichtigen politischen Projekte war die Initiative des Bundesaußenministers im Rahmen unserer G-8-Präsidentschaft, Afghanistan und Pakistan an einen Tisch zu bringen; denn nur wenn diese beiden Länder vernünftig zusammenarbeiten, wird es gelingen, die Quellen des Terrorismus zu bekämpfen. Deshalb gibt es eine große Unterstützung für diese Initiative.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

- (B) Wir wollen den Aufbau und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte verstärken. Das gilt sowohl für den militärischen Bereich als auch für den Polizeiaufbau. Wir haben wegen der Größe der Aufgabe EUPOL gegeben, diese wichtige Aufgabe auf mehr Schultern zu verteilen. Wie häufig in Europa, sind Anfangsschwierigkeiten nicht völlig auszuschließen. Aber wir werden mit großem politischen Nachdruck dafür sorgen, dass die Arbeit, die von Deutschland geleistet wurde, jetzt in europäischer Zusammenarbeit stattfindet. Ich muss ganz unumwunden sagen: Solange die afghanischen Sicherheitskräfte nicht selbst für ein sicheres Umfeld sorgen können, halte ich die internationale Truppenpräsenz für weiterhin notwendig. So lange halte ich auch den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan für notwendig.

Unser erfolgreicher zivil-militärischer Ansatz mit den sogenannten Provincial Reconstruction Teams in Kunduz und Faizabad im Norden Afghanistans ist allgemein anerkannt. Damit unterstützen wir eine Vielzahl von Aufgaben und Projekten zusammen mit unseren Partnern. Ich möchte deshalb heute Morgen die Gelegenheit nutzen, allen Angehörigen der Bundeswehr, Polizisten, Diplomaten und Wiederaufbauhelfern aus Deutschland für die Arbeit ein ganz herzliches Dankeschön zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte die Gelegenheit ebenfalls nutzen, im Rahmen dieser Debatte an diejenigen zu erinnern, die ihr Leben bei der Aufbauarbeit verloren haben. Wir werden sie nicht vergessen, und ihr Einsatz war nicht vergebens. Ich möchte an die Adresse derjenigen, die glauben, durch

- Geiselnahmen unsere Entschlossenheit beim Wiederaufbau in Zweifel ziehen, ganz unmissverständlich sagen: Wir tun alles Menschenmögliche, um Geiseln zu retten, aber erpressbar ist Deutschland nicht, und erpressbar wird Deutschland nicht sein. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unter den gegebenen Umständen halte ich deshalb die anstehende Verlängerung der drei **Bundeswehrmandate** als Komponenten, die wir brauchen, für erforderlich. Als drittgrößter Truppensteller für ISAF haben wir im Norden Afghanistans regionale Führungsverantwortung übernommen. Der in diesem Haus noch vor sechs Monaten heiß diskutierte Tornado-Aufklärungseinsatz hat sich als Erfolg erwiesen. Die NATO und die afghanische Regierung schätzen ihn. Er leistet einen wichtigen Beitrag zum Gesamtauftrag. Die Bundeswehr wird auch in Zukunft den Schwerpunkt ihres Einsatzes im Norden haben und nur fallweise, wenn es nach Lage der Dinge unabweisbar und notwendig ist, in anderen Regionen tätig werden. Allerdings warne ich vor der Vorstellung, wir könnten uns im Norden vom Rest Afghanistans abkoppeln. Der Erfolg kann nur die Gesamtoperation ISAF sein, und deshalb stehen wir in voller Solidarität zu dieser Gesamtoperation. Ich weiß, dass über die **Antiterroroperation OEF** in diesem Hause wie auch in der Bevölkerung unseres Landes die größten Sorgen bestehen. Diese Sorgen nehme ich sehr ernst.

- Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von OEF erfolgt, wie wir wissen, auf Grundlage von Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen und von Art. 5 des Nordatlantikvertrages. OEF – auch daran möchte ich erinnern – wurde in mehreren UN-Sicherheitsratsresolutionen bestätigt und bekräftigt und wird auch von der afghanischen Regierung unterstützt. (D)

Ich bin überzeugt: Solange die Gefahr eines Wiedererstarkens von al-Qaida oder der Taliban nicht gebannt ist, muss die Stabilisierung des Landes durch ISAF weiterhin von OEF flankiert werden. Dass dabei eine Gefährdung der Zivilbevölkerung so weit wie möglich ausgeschlossen werden muss, will ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen. Ich will auch darauf hinweisen, dass wir alles unternehmen, um genau das zu verbessern, insbesondere die Kontakte zwischen ISAF und OEF.

In Afghanistan steht viel auf dem Spiel. Deutschland hat 2001 auf dem Petersberg richtigerweise versprochen, sich langfristig für den Wiederaufbau in Afghanistan zu engagieren. Die Bundesregierung der Großen Koalition fühlt sich an diese Verpflichtung gebunden. Es ist der einzige Weg, zu zeigen, dass wir Terroristen bekämpfen,

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Das ist er nicht!)

und zwar entschlossen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Entschlossenheit und multilaterale Einbindung, das ist das, was unsere Außenpolitik insgesamt kennzeich-

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) net, ob es um die Frage des Atomprogramms des Iran geht, ob es um die Stabilisierung des Libanon geht, ob es um die Weiterentwicklung der zarten Hoffnungsschimmer im Hinblick auf die Gespräche im Nahen Osten zwischen Premierminister Olmert und dem palästinensischen Präsidenten geht.

Ich werde in wenigen Tagen an der Generalversammlung der UNO in New York teilnehmen. Für uns ist die Frage „Wie können wir die Herausforderungen bewältigen?“ immer verknüpft mit einer starken und handlungsfähigen UN und damit auch mit einem starken und handlungsfähigen UN-Sicherheitsrat. Nur gemeinsam können wir das durchsetzen, was wir versprochen haben, zum Beispiel die Erreichung der Millenniumsziele. Im Haushalt findet dies durch die Erhöhung der Entwicklungshilfeausgaben seinen Niederschlag. Wir gehen damit einen Schritt in die richtige Richtung. Wir haben internationale Verpflichtungen, und wir sind **internationale Verpflichtungen** eingegangen. Es ist jetzt unsere Aufgabe – es geht dabei um unsere Glaubwürdigkeit –, die Erfüllung dieser Verpflichtungen auch wirklich durchzusetzen.

(Beifall der Abg. Gabriele Groneberg [SPD])

Durch unsere G-8-Präsidentschaft weiß ich, dass die Menschen auf der Welt genau hinschauen, ob die Versprechen der Industrieländer leere Versprechen sind oder ob wir das, was wir versprochen haben, auch einhalten. Dem gerecht zu werden, gehört zur Glaubwürdigkeit und zu unserem Wertekanon.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Gewichte in der Welt verschieben sich. Wir spüren das, wenn wir das Wirtschaftswachstum von China und Indien sehen, und wir spüren es, wenn wir uns die Bevölkerungsentwicklung der Welt anschauen. Während am Anfang des 20. Jahrhunderts jeder Vierte ein Europäer war, so wird es am Ende des 21. Jahrhunderts nur jeder Vierzehnte sein.

Wenn wir unsere Art, zu leben, wenn wir unsere Vorstellung von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit in der Welt durchsetzen wollen, dann müssen wir entschlossen dafür eintreten. Deshalb steht diese Bundesregierung für eine wertebewusste Politik und für einen Kurs der Orientierung am einzelnen Menschen. Wir wollen mehr Chancen für alle. Wir betreiben eine zukunftsfähige Politik, indem wir weniger Schulden machen. Wir schaffen Raum für Nähe und Geborgenheit in unserer Gesellschaft durch eine Politik für Kinder, Kranke und Pflegebedürftige. Wir stärken die soziale Marktwirtschaft, insbesondere in der internationalen Dimension, und wir übernehmen internationale Verantwortung, indem wir für unsere Wirtschaft, unsere Umwelt und unsere Sicherheit die neue Verbindung zwischen Innen- und Außenpolitik erkennen und gestalten.

Dieser Kurs bringt Deutschland voran, nach innen genauso wie nach außen. Damit schaffen wir die Fundamente unseres Wohlstands, und damit können wir die Erfolgsgeschichte dieser Bundesrepublik Deutschland fortsetzen. Wir tun dies im Interesse und zum Wohle der Menschen in unserem Land.

Herzlichen Dank.

(C)

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Anhaltender Beifall bei der SPD – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ist die Zeit gestoppt worden?)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ja, selbstverständlich.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ist sie auch bei der SPD gestoppt worden? – Heiterkeit)

– Herr Kollege Westerwelle, ich versichere Ihnen feierlich, dass ich auch Ihre Zeit stoppen werde,

(Heiterkeit)

falls Sie beabsichtigen, im Laufe des Tages das Wort zu ergreifen.

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Bei der FDP braucht nicht gestoppt zu werden!)

Zunächst erhält nun aber das Wort der Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Oskar Lafontaine.

(Beifall bei der LINKEN)

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Deutschland hat wieder allen Grund zur Zuversicht.“ Mit diesem Satz hat die Bundeskanzlerin ihre Erklärung zum Haushalt heute begonnen.

- (D) (Zuruf von der CDU/CSU: Sehr zu Recht!)

Frau Bundeskanzlerin, wir würden diesem Satz gern zustimmen, wir können ihm aber nicht zustimmen, weil wir die Frage aufwerfen müssen: Wer ist „Deutschland“?

(Beifall bei der LINKEN – Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Ihr nicht!)

Verstehen Sie unter „Deutschland“ auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zu denen ich gleich etwas sagen werde? Gehören zu „Deutschland“ auch die Rentnerinnen und Rentner, zu denen ich gleich etwas sagen werde? Gehören zu „Deutschland“ auch die Empfänger sozialer Leistungen, zu denen ich gleich etwas sagen werde? Und gehören zu „Deutschland“ auch die 2,5 Millionen Kinder, die in Armut leben? Haben die Grund zur Zuversicht? Wen haben Sie denn gemeint, verehrte Frau Bundeskanzlerin, als Sie hier vollmundig von Zuversicht gesprochen haben?

(Beifall bei der LINKEN)

Ich beginne mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und zitiere die Tageszeitung *Die Welt*, damit nicht irgendjemand auf die Idee kommt, ich würde hier oppositionelle Texte verbreiten, die böswillig verfasst seien, um Ihre tolle Bilanz infrage zu stellen. Sie konnten darin vorgestern über die Entwicklung des Arbeitsmarkts in Deutschland lesen:

Als „prekäre Beschäftigung“ bezeichnen Soziologen unsichere, schlecht bezahlte Arbeitsverhält-

Oskar Lafontaine

- (A) nisse. Nach Zahlen des DGB breitet sich die prekäre Beschäftigung immer weiter aus. So hat sich die Zahl der Zeitarbeiter seit 2003 auf 650 000 verdoppelt; 18 Prozent der Erwerbstätigen sind Minijobber, weitere 600 000 Menschen arbeiten als Ein-Euro-Jobber, und 440 000 Vollzeitbeschäftigte verdienen so wenig, dass sie auf Hartz IV angewiesen sind. Mit den Arbeitsmarktreformen sei ein „unerträgliches Maß“ an Deregulierung erreicht worden, kritisiert der DGB.

Sie haben sich hier hingestellt und die Arbeitsmarktreformen als Grundlage für die Zuversicht Deutschlands dargestellt. Sie reden völlig über die Köpfe der Menschen hier in Deutschland hinweg.

(Beifall bei der LINKEN)

Millionen sind in **prekären Arbeitsverhältnissen**. Wir haben keinen Grund zur Zuversicht. – Falls die Menschen Sie jetzt sehen könnten, Frau Bundeskanzlerin, hätten sie kein Verständnis dafür, dass Sie an dieser Stelle lächeln.

Ich möchte hier noch einmal sagen, was prekäre Arbeitsverhältnisse eigentlich bedeuten; ihre Zahl nimmt weiter zu. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat einmal gesagt: Prekäre Arbeitsverhältnisse rauben den Menschen die Zukunftsplanung. – Das müsste jeder nachvollziehen können, der sich einmal die Mühe macht, das nachzuempfinden.

- (B) Was heißt es, wenn man am Monatsende nicht weiß, ob man noch genug Geld hat, um Nahrungsmittel einzukaufen? Was heißt es, wenn man am Monatsende nicht weiß, ob man Geld hat, um die Miete zu bezahlen? Was heißt es, wenn man am Monatsende nicht weiß, ob man Geld hat, um die Stromrechnung zu bezahlen? Und wie demütigend ist es für Eltern, wenn sie feststellen müssen, dass sie ihrem Kind den Schulausflug nicht bezahlen können? Das hat nichts mit Zuversicht zu tun.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Diese Menschen haben keine Zukunft. An dieser Stelle müssen wir mit Reformen beginnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ergänzend ist hier noch auszuführen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland vom Wohlstandszuwachs abgekoppelt sind. Seit zehn Jahren gibt es in Deutschland keinen realen Lohnzuwachs, und auch die relativ guten Tarifabschlüsse in diesem Jahr können nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein anderer Prozess weitergeht, nämlich der Prozess der permanenten Lohnsenkung. Deswegen wäre es eine wichtige Reform, einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland durchzusetzen, wie in Frankreich 8,44 Euro. Was in Frankreich geht, geht auch in Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Steffen Reiche [Cottbus] [SPD] und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Es gibt keinen vernünftigen Grund, die Ausbeutung, die in Deutschland aufgrund Ihrer Zögerlichkeit und Ihrer

Handlungsunfähigkeit nach wie vor Wirklichkeit ist, nicht zu beenden. Ein humanes Land, ein Land, in dem Zuversicht herrschen soll, muss die Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beenden, die für unter 2 Euro beschäftigt werden. Wo leben wir eigentlich, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Zum zweiten Punkt, den **Rentnerinnen und Rentnern**. Wenn sie Ihnen zugehört haben, werden sie nicht unbedingt Ihre Auffassung geteilt haben, dass sie Grund zur Zuversicht haben. Die Rentnerinnen und Rentner mussten in den letzten Jahren Nullrunden verkraften. Sie haben in diesem Jahr eine lächerliche Erhöhung bekommen, die noch nicht einmal die Preissteigerung ausgleicht. Wenn man mit Rentnerinnen und Rentnern spricht, dann wird man nicht hören, dass sie dies als Grund zur Zuversicht empfinden.

Aber an einer Stelle ist Ihre Bemerkung geradezu obszön, nämlich dann, wenn es um die Zukunftserwartung derjenigen Menschen in Deutschland geht, die niedrige Löhne haben. Die OECD hat festgestellt, dass diese Menschen – die Zahl nimmt zu; es sind Millionen – die schlechteste Rentenerwartung aller Industriestaaten haben. Das ist doch kein Grund zur Zuversicht, sondern der Nachweis, dass Ihre Rentenpolitik total gescheitert ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

(D) Wenn alle seriösen Prognosen nachweisen, dass immer mehr Rentnerinnen und Rentner in Zukunft Armutsrenten haben werden – das sind nicht 10 Prozent; das sind nicht 20 Prozent; das sind mehr –, dann ist völlig unvorstellbar, wieso Sie sich hier hinstellen und sagen können: Deutschland hat Grund zur Zuversicht.

Wir müssen die Rentenformel in Deutschland wiederherstellen. Die Dämpfungsfaktoren müssen wieder zurückgenommen werden. Der Rückschritt in das vorletzte Jahrhundert war ein sozialer Kahlschlag ersten Ranges. Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, haben einen Anspruch auf armutsfeste Rente. Die Linke wird nicht aufhören, dies hier immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun komme ich zu den Menschen, die arbeitslos sind. Es sind immer noch – hierin stimme ich Ihnen zu – viel zu viele, die in Deutschland arbeitslos sind. Aber wir können nicht darüber hinwegsehen, dass die Lebensbedingungen dieser Menschen durch Ihre verfehlte Politik, die Sie hier auch noch ausdrücklich gelobt haben, erheblich beschädigt worden sind. Sie haben gelobt, dass man beispielsweise die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes erheblich gekürzt hat. Sie haben gelobt, dass man **Hartz IV** durchsetzt und beispielsweise Menschen zwingt, zu Bedingungen zu arbeiten, zu denen sie vorher nicht arbeiten mussten. Sie haben gelobt, dass man Menschen ihr Vermögen nimmt, das sie fürs Alter gespart ha-

Oskar Lafontaine

- (A) ben. Das alles haben Sie hier gesagt. Glauben Sie tatsächlich, diese Menschen hätten Grund zur Zuversicht?

Wenn jemand Angst hat, arbeitslos zu werden, über 50 ist und dann gleich nach einem Jahr nach Hartz IV zurückfällt, hat er keinen Grund zur Zuversicht; dann hat er Angst. Deshalb muss Hartz IV weg, deshalb muss es überwunden werden, und ein erster Schritt dazu wäre ein längerer Bezug von Arbeitslosengeld, wie es im Übrigen auch viele Kollegen aus den Koalitionsfraktionen öfter gefordert haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Im Übrigen, um noch ein aktuelles Thema aufzugreifen: Sie haben die Zahlen hier ausgebreitet, aber zu den prekären Arbeitsverhältnissen gehört eben auch die **Leiharbeit**. Ich sage hier einmal, was Leiharbeit heißt. Kürzlich hat mir der Betriebsratsvorsitzende eines Metallbetriebes in Saarbrücken gesagt, dass der niedrigste Lohn in der Belegschaft 15 Euro pro Stunde ist, dass aber die Leiharbeiter mit der Hälfte dessen entlohnt werden, nämlich 7,50 Euro pro Stunde. Dies betrifft nicht nur einen einzelnen Betrieb. Diese Methode, Kosten zu senken, breitet sich immer weiter aus. Stimmen Sie doch dem Antrag der Linken zu, endlich durchzusetzen, dass Leiharbeiter genauso wie die Stammebelegschaft bezahlt werden müssen! Dann würden Sie hier einmal eine Reform durchführen, die diesen Namen verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Nun komme ich zur **Kinderarmut**. Wie können Sie bei 2,5 Millionen Kindern, die in Armut leben, sagen, Deutschland habe Grund zur Zuversicht? Sind Millionen Kinder nicht auch Deutschland? Wäre es nicht unsere Aufgabe, eben für diese Kinder etwas zu tun? Warum gab es in der Sommerpause Diskussionen aus den Koalitionsfraktionen, man solle den Kinderzuschlag erhöhen?

Wir haben diese Diskussion begrüßt. Aber warum ist dem nichts gefolgt? Warum lehnen Sie den Antrag der Linken ständig ab, den Kinderzuschlag zu erhöhen?

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Kinderbetreuung, Herr Lafontaine!)

Das, was in diesem Antrag enthalten ist, wäre wirklich einmal ein Fortschritt für Millionen Kinder, die in Deutschland in Armut leben.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun haben Sie hier mit viel Stolz verkündet – oder der Referent hat es Ihnen aufgeschrieben –,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Pfui! Schäbig!)

dass wir eine niedrige Staatsquote haben. Ich habe hier schon mehrfach an Sie die Frage gestellt, welche **Steuer- und Abgabenquote** Sie eigentlich für Deutschland anstreben. Das ist eine Kernfrage jeder Haushaltsberatung. Wenn man die nicht beantworten kann, sollte man eigentlich nicht zum Haushalt sprechen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Oberlehrer Napoleon!)

(C) Die Antwort auf diese Frage bestimmt ja letztendlich die Möglichkeiten, was man in Deutschland tun kann, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Eines ist auf jeden Fall klar: Wenn die Politik der Umverteilung von unten nach oben – Mehrwertsteuererhöhung plus Unternehmensteuersenkung – fortgesetzt wird, dann verarmen immer mehr Menschen in Deutschland, sehen keine Zukunft mehr in Deutschland und haben keine Zuversicht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir wollen natürlich auch an die Facharbeiter und die Kleinbetriebe denken. Deshalb möchte ich hier noch einmal einen Vorschlag wiederholen, den ich schon in zwei früheren Debatten vorgetragen habe: Wir wollen den sogenannten Bauch im Steuertarif beseitigen; wir wollen einen linearen Steuertarif. Dieser lineare Steuertarif würde Facharbeiter und Kleinbetriebe entlasten. Jedem, der wie der Bundesfinanzminister sagt, das könnten wir uns jetzt nicht erlauben, halte ich entgegen: Dann müssen wir eben den Spitzensteuersatz wieder anheben, um so die Verluste auszugleichen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Auf jeden Fall ist es nicht zulässig, Facharbeiter und Kleinbetriebe überproportional zu belasten.

(D) Dies wäre nun wirklich eine Struktur- bzw. Steuerreform, die ökonomische Wirkung entfalten und insbesondere diejenigen belohnen würde, die in Deutschland etwas leisten. Leistung lohnt sich in Deutschland schon lange nicht mehr. Sie lohnt sich nicht für diejenigen, die trotz einer Vollzeitbeschäftigung auf Hartz IV angewiesen sind, und sie lohnt sich nicht für die Facharbeiter, die überproportional zur Kasse gebeten werden. Leistung soll sich wieder lohnen in Deutschland. Damit würden wir die Kräfte freisetzen, die den wirtschaftlichen Aufschwung in Gang bringen können.

(Beifall bei der LINKEN)

An ein Zweites möchte ich in diesem Zusammenhang noch erinnern: Die Unternehmensteuer muss natürlich so gestaltet werden, dass Investitionen begünstigt werden. Ich fordere hier noch einmal für meine Fraktion, die degressive Abschreibung wieder einzuführen. Es ist unsinnig, mit der Gießkanne Steuergeschenke zu verteilen. Sinnvoll wäre es, den investierenden Unternehmer zu belohnen und beispielsweise den spekulierenden zu bestrafen und zur Kasse zu bitten.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das wäre eine sinnvolle Steuerreform. Deshalb habe ich dies hier noch einmal angesprochen.

Nächster Punkt: Obwohl da und dort etwas getan wird, liegt die Quote der **öffentlichen Investitionen** in Deutschland viel zu niedrig. Wir haben es immer wieder angemahnt: Wer wirklich für die Zukunft vorsorgen will, muss die Quote der öffentlichen Investitionen in Deutschland anheben. Da gibt es ein Maß, an dem sich

Oskar Lafontaine

- (A) jeder orientieren kann: Das ist das Maß der Europäischen Gemeinschaft. Deutschland als moderner Industriestaat sollte doch den Ehrgeiz haben, bei den öffentlichen Investitionen in Infrastruktur zumindest den Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft zu erreichen. Das ist doch nicht zu viel verlangt. An dieser Stelle war das systematische Kürzen von Investitionen aus Spargründen falsch. Mit öffentlichen Investitionen sichert man auch die Zukunft. Wir fordern: Zieht mit dem europäischen Durchschnitt gleich!

(Beifall bei der LINKEN)

Nächster Punkt: Bei den **Bildungsausgaben** sollten wir den Ehrgeiz haben, nicht den Durchschnitt der Ausgaben in den OECD-Staaten zu erreichen, sondern vielleicht noch etwas mehr.

(Otto Fricke [FDP]: Da dann doch mehr?)

Wir wurden einmal von einer französischen Schriftstellerin als Land der Dichter und Denker bezeichnet. Ich weiß nicht, ob sie das heute noch so formulieren würde, wenn sie denn noch leben würde. Auf jeden Fall können wir eines nicht zulassen, nämlich dass die Bildungsausgaben ständig unter dem Durchschnitt der Ausgaben in den OECD-Staaten liegen. Wir müssen an dieser Stelle etwas tun. Hier ist das fröhliche Bekenntnis zu einer niedrigen Staatsquote völlig fehl am Platz. Wir sollten mit Blick auf diesen Bereich eine höhere Staatsquote anstreben und mehr Ausgaben für Bildung tätigen; dann würden wir auch bei PISA nicht derartige Ergebnisse erzielen.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Können Sie sich vorstellen, dass irgendein Regierungschef eines nordischen Staates hier einen entsprechenden Vortrag halten würde? Was glauben Sie, warum in Dänemark, Schweden und Finnland weitaus bessere Bildungsergebnisse erreicht wurden? Etwa, weil die eine niedrige Staatsquote haben und wenig Geld für Bildung ausgeben? Auf eine solche Idee käme dort niemand. Ich rate dazu, doch einmal die Schülerweisheit anzuwenden, dass man, wenn man selbst nicht weiß, wie es gemacht wird, beim Nachbarn, der es besser weiß, abschreiben sollte. An dieser Stelle wäre das dringend geboten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun haben Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, gar nichts dazu gesagt, dass man international nicht mehr der Auffassung ist, dass die Konjunktur sehr gut läuft. Vielleicht war das in der Presse heute Morgen noch nicht deutlich genug. Denn international wird mittlerweile darauf hingewiesen, dass die amerikanische Hypothekenkrise Auswirkungen auf die Weltkonjunktur hat. Mittlerweile beraten andere Staaten bereits Gegenmaßnahmen. Deshalb rate ich dazu, dass auch wir überlegen, was wir tun können, um solche Krisenentwicklungen zu vermeiden.

Nun haben Sie hier gesagt – das ist lobenswert; vor Jahren wurde das von Ihrer Partei noch als völliger Unsinn verworfen –, wir bräuchten einen **internationalen**

- Ordnungsrahmen.** Ich kann dem nur zustimmen. Wir brauchen einen internationalen Ordnungsrahmen, der der Weltwirtschaft Regeln auferlegt, nach denen sie funktioniert. Solche Regeln fordern wir schon seit vielen Jahren. Nur genügt es dann nicht, wenn man brav mehr Transparenz fordert. Meinen Sie, irgendein Hedgefonds interessiert sich für solche braven Forderungen? Meinen Sie, irgendeine Private-Equity-Gesellschaft interessiert sich dafür?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Nein, wir brauchen Regeln, nach denen die internationalen Finanztransaktionen abgewickelt werden; sonst werden wir niemals Ordnung in die Weltfinanzmärkte bekommen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir hätten von Ihnen gern wenigstens eine Andeutung gehört, wie Sie sich das vorstellen. Ich frage Sie: Sind Sie beispielsweise für die Stabilisierung der Wechselkurse, wie es die Bretton-Woods-Kommission, an der Leute wie Lambsdorff, Pöhl und andere mitgewirkt haben, schon vor vielen Jahren vorgeschlagen hat? Wenn ja, wie wollen Sie dies erreichen? Oder wollen Sie weiterhin der weltweiten Spekulation Tür und Tor öffnen? Sind Sie bereit, wie es etwa James Tobin vorgeschlagen hat und wie es auch viele Staatsmänner der Welt gefordert haben, die internationalen Finanztransaktionen durch eine Steuer einzudämmen?

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Alles alte Hüte, Herr Lafontaine!)

Sind Sie bereit, zur Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs andere Regeln vorzuschlagen? Wir hätten gern irgendetwas dazu gehört. Lediglich mehr Transparenz zu fordern, ist angesichts der Zustände auf den internationalen Finanzmärkten schlicht naiv.

(Beifall bei der LINKEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Transparenz ist die Grundvoraussetzung für die Funktionsfähigkeit von Märkten!)

Das gilt im Übrigen auch für die **Europäische Gemeinschaft**. Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, dass die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten Sarkozy besser sind als das, was von Ihrer Regierung geäußert wird. Wenn beispielsweise der französische Staatspräsident und viele andere fordern, die Europäische Zentralbank nicht nur auf Preisstabilität zu verpflichten, sondern auch auf Wachstum und Beschäftigung, dann hat er recht. Wenn Sie den antiquierten Standpunkt der Preisstabilität vertreten, dann haben Sie unrecht. Europa hat in den letzten Jahren Wachstumseinbußen gehabt, weil die Europäische Zentralbank es nicht der amerikanischen Notenbank gleichgetan hat. Es wäre gut, wenn Sie Ihren Standpunkt an dieser Stelle revidieren und auf Frankreich zugehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

(C)
(D)

Oskar Lafontaine

- (A) Wenn der französische Staatspräsident beispielsweise fordert, eine europäische Wirtschaftsregierung einzusetzen, um die Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten zu koordinieren, dann findet er unsere Unterstützung. Bei immer enger verflochtenen europäischen Volkswirtschaften ist das nur logisch. Es wäre sinnvoll, die Investitionen und die Finanzpolitik aufeinander abzustimmen, ebenso die Lohnpolitik, damit das Lohndumping nicht fortgesetzt wird. Sinnvoll wäre auch, die Steuerpolitik abzustimmen; dazu hätten wir ebenfalls gern etwas gehört. Wir brauchen eine Steuerharmonisierung in Europa, damit das Dumping an der Steuerfront nicht fortgesetzt wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wenn der französische Staatspräsident beispielsweise etwas zum Stabilitätspakt sagt, dann sollte man ihn nicht so abbügeln, wie es laut Presse jetzt geschehen ist. Wir hatten schon einmal eine Regierung, der man sagen musste, dass eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich vielleicht besser sei als das ständige Schüren von Konflikten; das liegt schon etwas zurück. Irgendwann hat man das gelernt. An dieser Stelle rate ich dringend dazu, einen engeren Schulterschluss mit Frankreich zu suchen.

Aus Zeitgründen nur noch ein paar Worte zur **Außenpolitik**. Wir, die Fraktion Die Linke, befürworten eine andere Außenpolitik. Wir befürworten eine Außenpolitik, die das Völkerrecht zu ihrer Grundlage macht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

- (B) Es ist auf Dauer nicht hinnehmbar, dass Deutschland das Völkerrecht nicht zur Grundlage der Außenpolitik macht.

Ich beginne mit dem Irakkrieg. Das Bundesverwaltungsgericht hat Ihnen bescheinigt, dass Sie am Irakkrieg mittelbar beteiligt sind. Das Bundesverwaltungsgericht hat Ihnen bescheinigt, dass dies ein Bruch des Völkerrechts ist. Sie tun so, als ginge Sie das alles nichts an. Es ist etwas Neues in Deutschland, dass eine Regierung von einem höchsten Gericht bescheinigt bekommt, das Völkerrecht zu brechen, und dass sie dafür nur ein Achselzucken übrig hat. Das ist eine Fehlentwicklung, die korrigiert werden muss.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dasselbe gilt für Afghanistan. Es genügt nicht, auf ISAF zu verweisen. Wir müssen auch „Enduring Freedom“ und den Tornadoeinsatz in diesem Hause diskutieren. Daran darf man sich nicht vorbeimogeln. Es ist ja richtig, dass das eine oder andere von den Soldaten in Afghanistan positiv auf den Weg gebracht worden ist. Wer wollte das bestreiten? Für meine Fraktion aber ist es nicht hinnehmbar – ich sage dies hier noch einmal in aller Klarheit –, dass auf der Grundlage von Fotos, die mithilfe deutscher Tornados aufgenommen werden, unschuldige Menschen umgebracht werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

- (C) Wenn dies nicht der Fall ist, dann seien Sie Frau genug, sich hier hinzustellen und zu sagen: Das stimmt nicht; die von diesen Tornados aus aufgenommenen Fotos werden nicht für die NATO-Bombardierungen verwandt. Solange Sie dies aber nicht sagen können, ist die Vorgehensweise, die in den letzten Monaten an den Tag gelegt worden ist, völlig unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir reklamieren nach wie vor eine Außenpolitik, die ein Kanzler im Deutschen Bundestag einmal mit dem Wort „Gewaltverzicht“ begründet hat. Das Wort „Gewaltverzicht“ ist in den letzten Jahren aus der öffentlichen Diskussion in Deutschland verschwunden; das muss Gründe haben. Für den Fall, dass jemand eine begrenzte Auslegung des Wortes „Gewaltverzicht“ vortragen möchte, sage ich: Dieser Kanzler hat das Wort nicht nur auf den Ost-West-Konflikt bezogen. Nein, dieser Kanzler hat das Wort „Gewaltverzicht“ für den Frieden auf der ganzen Welt formuliert. Es gilt auch für die Lösung von Konflikten in Afghanistan, im Irak oder sonst wo.

(Beifall bei der LINKEN)

Gewaltverzicht sollte die Grundlage der deutschen Außenpolitik sein. Wir sollten uns an einer Tradition orientieren, die nach meiner Auffassung die gebündelte Schlussfolgerung aus unserer Geschichte im letzten Jahrhundert ist. Wenn es darum geht, den Frieden in der Welt zu erreichen, dann sollte sich Deutschland auf den Satz verpflichten: Von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen. (D)

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Peter Struck.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Peter Struck (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns zu seriöser Politik zurückkehren!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Lachen bei der LINKEN)

Ein persönliches Wort an meinen Vorredner: Wenn einer nicht das Recht hat, sich auf Willy Brandt zu berufen, dann sind Sie es, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der Finanzminister hat einen guten Haushaltsentwurf vorgelegt; dazu gratuliere ich der Regierung. Das heißt aber nicht – ich spreche für meine Fraktion, aber wohl auch für die Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU –, dass wir ihn unverändert beschließen werden. Ich möchte nur zwei Punkte ansprechen, um gleich klar-

Dr. Peter Struck

- (A) zumachen, wo wir dem Minister noch helfen wollen, wo wir uns beim Finanzminister nicht durchsetzen konnten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt kommen sicherlich Sparvorschläge, Herr Kollege!)

Erstens. Wir, jedenfalls die SPD-Fraktion, sind dafür, das **BAföG** um 10 Prozent zu erhöhen, nicht nur, wie es im Haushaltsentwurf steht, um 5 Prozent.

(Beifall bei der SPD)

Das ist längst überfällig. Es hat lange keine BAföG-Erhöhung gegeben. Außerdem glaube ich, dass wir den Studentinnen und Studenten helfen müssen, gerade im Hinblick darauf, dass es leider einige Länder gibt, die Studiengebühren eingeführt haben, was wir nicht wollten.

Das Zweite ist ein eher unwichtiger Punkt, der aber für die Betroffenen von Bedeutung ist. Wir sind auch dafür, dass der **Wehrsold** der Wehrpflichtigen der Bundeswehr erhöht wird. Sie haben das für die Arbeit, die sie zur Unterstützung der Bundeswehr zu Hause erbringen, verdient.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen auch über andere Dinge zu reden haben. Manches steht zur Debatte; manches ist in den Zeitungen zu lesen, zum Beispiel, was die Finanzierung der Staatsoper in Berlin angeht. Ich sehe der Entwicklung mit Interesse entgegen. Es gibt noch weitere Projekte. Wir werden sehen, wie wir den Haushalt nach der Bereinigungsitzung des Haushaltsausschusses letztlich gestalten.

(B)

Ich möchte ein persönliches Wort an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien richten. Ich weiß, dass in den vergangenen Jahren – ich glaube, schon zu Helmut Kohls Zeiten beginnend – Abschlüsse beim Personal gemacht worden sind, Stelleneinsparungen in deutlichem Umfang. Ich weiß aus vielen Ministerien, dass die Grenze der Zumutbarkeit erreicht ist. Jetzt muss Schluss sein mit weiteren Stellenkürzungen. Die Ministerien müssen in der Lage sein, ihre Arbeit ordentlich erledigen zu können. Wir stehen an der Seite der vielen Personalräte, die sich an uns gewandt haben. Das wollte ich nur zur Klarstellung sagen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Koalition hat eine Menge auf den Weg gebracht. Mit Interesse habe ich manche Kommentare von Journalisten gelesen, die vor der Klausurtagung des Kabinetts in Meseberg geschrieben haben: Jetzt machen sie einen neuen Koalitionsvertrag, jetzt kommt wieder etwas Neues. – Es ist kein neuer Koalitionsvertrag geschlossen worden. Das war auch gar nicht möglich, weil es eine Kabinettsitzung war und die Koalitionsfraktionen gar nicht dabei waren. Wir haben eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die uns schwer gefallen sind. Es war aber notwendig, diese Beschlüsse zu fassen; die Erfolge zeigen sich jetzt. Ich will es noch einmal darstellen, ohne dass ich wieder die alte Debatte beginnen möchte, wem der Erfolg eigentlich zuzurechnen ist oder wer derjenige ist, der den Aufschwung begründet hat: Dass durch die

Agenda 2010 von Gerhard Schröder die Grundsteine für den Aufschwung gelegt worden sind, steht doch eigentlich völlig außer Frage. Das wird doch niemand bestreiten wollen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Einen Teil hat die Union mitgetragen, auch über Vermittlungsverfahren und dergleichen. Was war denn die Agenda 2010? Sie hat das Startsignal für den Ausbau der Kinderbetreuung gegeben, hat dazu beigetragen, dass die Jugendarbeitslosigkeit zurückgeführt werden konnte, die Zahl der Existenzgründungen steigt, der Mittelstand gefördert und die Kommunen gestärkt wurden. Heute war ein Interview mit dem Oberbürgermeister von Düsseldorf zu lesen, in dem er darauf verwiesen hat, wann der Aufschwung für die Kommunen begonnen hat. Auch der Hinweis darauf, dass die Unternehmensteuerreform die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen stabilisiert hat, ist im Hinblick auf die Kommunalpolitik in Deutschland sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Die Agenda 2010, die auch in meiner Partei und in meiner Fraktion durchaus umstritten war, hat die Grundlagen für die Senkung der Arbeitslosigkeit geschaffen; das ist gar keine Frage. Natürlich haben auch viele Menschen dazu beigetragen, dass wir einen Aufschwung zu verzeichnen haben. Mit der Agenda 2010 sind zugleich die Grundlagen für die Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme gelegt worden. Wenn wir nichts gemacht hätten, wäre die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme angesichts der demografischen Entwicklung gegen die Wand gefahren worden. Das kann doch niemand bestreiten. Inzwischen bestreitet es auch niemand mehr aus den Reihen der Gewerkschaft.

Ich will auch ein Thema ansprechen, das uns im Augenblick beschäftigt: die Auswirkungen der **Rente mit 67**. Dass diese Entscheidung richtig war, ist gar keine Frage.

(Lachen bei der LINKEN)

Dass die Menschen länger arbeiten müssen, weiß jeder. Angesichts der demografischen Entwicklung kann es nicht sein, dass man so früh in Rente geht wie heute oder gestern und die gleiche Rente bekommt wie bisher. Wir müssen prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, Altersregelungen wie Teilrente bzw. Altersteilzeit auszugestalten. Das Ministerium hat Vorschläge dazu vorgelegt, über die wir zu diskutieren haben werden. Ich will aber klipp und klar sagen: Es war eine schwierige Entscheidung, die unser Verhältnis zu den Gewerkschaften nicht gerade beflügelt hat. Trotzdem stehen wir zu dieser Entscheidung; da wird nichts rückgängig gemacht, sie war richtig.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushaltsentwurf, über den jetzt im Haushaltsausschuss beraten wird, steht unter dem Dreiklang „Investieren, Sanieren, Reformieren“. Bezüglich des Themas Reformen will ich auf den Bereich der **Familien- und Kinderpolitik** zurückkommen. Diese Koali-

(C)

(D)

Dr. Peter Struck

- (A) tion hat das Elterngeld eingeführt. Die entsprechenden Regelungen gelten seit dem 1. Januar dieses Jahres. Wir alle machen leider den Fehler, dass wir zwar zur Kenntnis nehmen, wenn wir etwas erreicht haben, dass wir aber nicht mehr darüber reden. Das Elterngeld ist ein großer Erfolg der Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland; das ist gar keine Frage.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben jetzt über die Krippenplätze zu entscheiden. Die Bundesregierung wird einen Gesetzentwurf vorlegen, über den wir zu beraten haben werden. Ich will es ganz klar sagen: Für die SPD ist entscheidend, dass es einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz gibt.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden zwar auch über andere Vorstellungen, zum Beispiel über ein Betreuungsgeld – ich lese durchaus, was Kolleginnen und Kollegen dazu sagen –, aber es ist klar, dass darüber nicht jetzt entschieden wird, sondern im Jahre 2013. Jetzt wird über den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz entschieden.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge an dieser Stelle als Mitvorsitzender der Föderalismuskommission II, die sich mit den Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern zu befassen hat, ein: Dass sich der Bund bereit erklärt hat, Personalkosten und Betriebskosten von Krippen zu finanzieren, ist eine Maßnahme, die im Grunde genommen über das hinausgeht, was der Bund machen müsste. Inhaltlich gesehen ist es aber absolut richtig. Wir schaffen mehr Krippenplätze, damit der Rechtsanspruch verwirklicht werden kann.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Noch eine kurze Bemerkung zu einigen Themen aus der Innenpolitik. Sie wissen – das ist allgemein bekannt –, dass es zwischen den Koalitionsfraktionen und innerhalb der Regierung eine Debatte über die Frage gibt, ob es in Deutschland einen **Mindestlohn** geben muss. Meine feste Überzeugung ist, dass es einen Mindestlohn geben wird. Daran führt kein Weg vorbei. Wir werden dafür kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, mit dieser Koalition geht es nicht. Aber wir haben einige Punkte beschlossen, die vielleicht dahin führen. Dazu gehört das Entsendegesetz, das auch die Kanzlerin in ihrem Debattenbeitrag vorhin angesprochen hat. Ich will klipp und klar sagen: Was im Bereich der Postzustellung zwischen der Post und Verdi vereinbart worden ist, ist ein sehr guter Weg. Wir werden in der nächsten Woche in der Bundestagsfraktion beschließen, dass diese Regelung jetzt in das Entsendegesetz aufgenommen werden soll, Herr Arbeitsminister.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Fraktion werden diesen Weg mitgehen. Es ist ein großer Erfolg. Wenn wir das nicht machen würden, ergä-

ben sich im Zuge der Liberalisierung, die ab dem 1. Januar des nächsten Jahres kommt, erhebliche soziale Benachteiligungen für die Briefzusteller in Deutschland. Das wollen wir nicht. Deshalb soll das Entsendegesetz um den Bereich der Postzustellung erweitert werden. (C)

Zum Thema „innere Sicherheit“. Dass Koalitionsfraktionen miteinander diskutieren, ist klar; das gab es in jeder Regierung. Wir führen eine Debatte über das Recht zur **Onlinedurchsuchung** durch das Bundeskriminalamt. Kollege Kauder, Kollege Ramsauer, Kollege Schäuble und Kollegin Zypries haben gestern darüber gesprochen. Ich will klipp und klar festhalten: Wenn Onlinedurchsuchungen für die Bekämpfung der terroristischen Aktivitäten in Deutschland erforderlich sind, sind wir nicht dagegen. Ich möchte nur wissen, unter welchen rechtlichen Bedingungen sie stattfinden sollen. Deshalb warte ich auf ein Urteil aus Karlsruhe. Dann weiß ich ganz genau, was wir in das Gesetz hineinschreiben müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Beck [Köln] (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war der Rückzug auf Raten!)

Es bleibt dabei, dass wir nicht generell dagegen sind. Die Kanzlerin hat ihre Meinung dazu gesagt; ich habe meine gesagt. Wir werden dieses Thema in aller Ruhe beraten und dann im Frühjahr nächsten Jahres darüber entscheiden.

Was bei der Fahndung nach Terroristen in der letzten Woche gelungen ist, ist ein großer Erfolg. Das zeigt aber auch, dass die Instrumente, die wir haben, um terroristische Aktivitäten in Deutschland aufzuklären, ausreichend vorhanden sind. Das ist ein großer Erfolg der Polizei. Herzlichen Glückwunsch an die Polizeibeamten, die die geplanten Verbrechen aufgedeckt haben! (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Dass wir in Deutschland bisher von solchen Anschlägen verschont geblieben sind, hat nichts mit dem Ansehen Deutschlands in der Welt zu tun. Das ist Glück. Die Kofferbombenattentate in Köln und die jetzt geplanten Attentate sind zum Glück aufgedeckt worden. Dass wir im Visier von Terroristen sind, wissen wir. Das muss man hier auch sagen. Unsinn ist die Behauptung des Vorsitzenden der Fraktion der Linken, wir würden uns durch unsere Aktivitäten in Afghanistan den Terrorismus ins Land holen. Das ist absoluter Quatsch. Wir haben sowieso mit Terrorismus zu rechnen, Herr Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden uns in Deutschland damit beschäftigen müssen, dass wir Gegenstand von terroristischen Aktivitäten sein werden.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sind!)

Man kann nicht jeden Bürger der Bundesrepublik Deutschland vor solchen Anschlägen schützen. Das geht nicht. Das muss man wissen.

Wir können auch unsere Soldatinnen und Soldaten nicht vor jedem Anschlag schützen. Ich bin öfter in

Dr. Peter Struck

- (A) **Afghanistan** gewesen als in Amerika oder anderswo. Auch dort ist man nicht gegen Selbstmordattentäter geschützt. Wie denn auch? Das heißt, jeder Soldat und jede Soldatin, die den Auftrag der Bundeswehr in Afghanistan wahrnehmen, wissen, dass dadurch ihr Leben gefährdet ist. Deshalb will ich an dieser Stelle allen, die bei diesem Einsatz ihr Leben für ein gutes Ziel in Afghanistan riskieren, meinen Respekt und meinen herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich weiß, dass am Wochenende in Berlin eine Demonstration unter der Überschrift „Raus aus Afghanistan“ stattfindet.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Am Sonnabend!)

Diejenigen, die zu dieser Demonstration gehen, sollten Folgendes wissen: Seit 2001 – ich rede über die Zeit nach den Taliban – sind 3 500 Schulen in Afghanistan errichtet worden. Die Zahl der Schüler hat sich auf 6,5 Millionen vervielfacht. Es sind 30 000 Lehrer ausgebildet worden. Allein im Jahr 2005 wurden 500 000 Mädchen erstmals zum Schulbesuch angemeldet. Allein diese Zahlen zeigen, dass unser Engagement in Afghanistan richtig ist. Die Menschen danken es uns.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Widerspruch der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE])

- (B) Wie kann man so etwas ignorieren? Was würde es wohl bedeuten, wenn wir aus Afghanistan herausgingen? Was, glauben Sie, würde passieren? Glauben Sie, die Mädchen dürften in der Schule bleiben, wenn die Taliban wieder an die Macht kommen? Glauben Sie, die Schulen würden wieder geöffnet? In welcher Welt leben Sie eigentlich? Die Menschen haben ein Recht darauf, dass wir ihnen helfen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der SPD-Fraktion hatten wir in der letzten Woche die afghanische Frauenministerin zu Gast, Frau Dr. Ghazanfar, die uns ihr Leben geschildert hat. Sie ist Professorin für Literatur. Sie wurde von den Taliban eingesperrt und gezwungen, im Keller ihres Hauses zu bleiben. Sechs Jahre lang durfte sie das Haus und den Keller nicht verlassen. Jetzt ist sie Frauenministerin. Allein diese Tatsache, so sagt sie, ist ein Beweis dafür, dass die internationale Hilfe dringend erforderlich ist.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Lafontaine hat in einer ARD-Talkshow am 20. Mai 2007 gesagt:

Wir können aber niemals Terror durch Terror bekämpfen, also sollten wir dies jetzt einstellen, und zwar unverzüglich.

Herr Kollege Lafontaine, wer Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr mit Terroristen gleichstellt, versündigt sich gegenüber dem, was die Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan tun. Sie sollten sich schämen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dirk Niebel [FDP]: Das gilt auch für die Gleichstellung mit dem Schießbefehl!)

– Das greife ich gern auf. Wer so wie Sie auftritt, der sollte sich fragen lassen, ob das, was manche Ihrer Leute zum Schießbefehl gesagt haben, wirklich zu verantworten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Kollege Bisky, Sie haben gesagt, dass es keinen Schießbefehl gab. Das ist doch wohl absurd. Dass geschossen werden musste, das weiß doch wohl jeder. Das weiß sogar ich, und ich war nicht Mitglied der Nationalen Volksarmee.

Ein Kollege der Linkspartei, Landesvorsitzender von Hessen, Altkommunist Peter Metz, hat in der Debatte über die Leugnung des SED-Schießbefehls gesagt, dass, wer wirklich etwas gegen den Schießbefehl habe, seinen Einfluss auf Minister Jung geltend machen müsse. Er hat den SED-Tötungsbefehl an der Mauer mit dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan verglichen. Da sieht man einmal, mit welchen Leuten Sie arbeiten wollen. Er soll Ihr Spitzenkandidat in Hessen werden. Das ist unglaublich.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich will etwas zu einem Thema sagen, das im Bundestag und in der Bundesregierung sicherlich nicht ganz unumstritten ist – ich will meine Meinung dazu aber nicht verschweigen –: dem **NPD-Verbot**. Das Verbotsverfahren ist auch deswegen gescheitert, weil die zuständigen Behörden, die vielen Landesämter für Verfassungsschutz und das Bundesamt für Verfassungsschutz, nicht wussten, wie viele V-Leute der anderen Behörden wo tätig waren. Der Senat war zu Recht verärgert darüber, dass jeden Tag eine Meldung kam: Wir haben noch einen! – Wer aber sagt, dass diese Partei verfassungswidrig ist, der muss das in Karlsruhe klären lassen, der kann nicht einfach sagen: „Die sind verfassungswidrig“, und das war es. Ich möchte nicht, dass diese Partei weiterhin 1,5 Millionen Euro vom Staat kassiert und damit ihren Kampf gegen den Staat finanziert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke, dass manche öffentliche Äußerung schon ausreichend, um den Verbotsantrag zu begründen, sodass man auf V-Leute nicht Bezug nehmen muss.

Natürlich werden sich die Innenminister der Länder mit dem Thema zu beschäftigen haben; aber ich bitte die Bundesregierung, den zuständigen Innenminister – viel-

Dr. Peter Struck

- (A) leicht auch die Justizministerin –: Herr Kollege Schäuble, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie veranlassen könnten, dass innerhalb einer Frist von einem halben Jahr von den 16 Landesämtern für Verfassungsschutz und dem Bundesamt für Verfassungsschutz ein Bericht über diesbezügliche Erkenntnisse an das zuständige Gremium des Bundestages, das Parlamentarische Kontrollgremium, übergeben werden könnte. Dann können wir beraten, ob es Grundlagen für ein Verbotsverfahren gibt. Aber es einfach hinzunehmen, dass die NPD so weitermachen kann, bin ich nicht bereit zu akzeptieren. Das will ich klar festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auch auf das Thema **Föderalismusreform**, das Kollege Steinbrück gestern ebenfalls angesprochen hat, eingehen. Wir haben als Große Koalition und angesichts der großen Mehrheit im Bundesrat die enorme Chance – die wird es so schnell nicht wieder geben –, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu zu ordnen. Kollege Oettinger und ich sind uns als Vorsitzende darin einig. Am Donnerstag und Freitag beginnen wir zu beraten. Auch die Obleute aller Fraktionen – das schließt den Kollegen Ramelow ein – sind der Meinung, dass wir eine Chance haben, etwas zu erreichen.

Worum geht es? Wir wollen die Debatte über die Begrenzung der Verschuldung zu einem Ergebnis führen. Es muss klar sein, unter welchen Bedingungen die **Verschuldungsgrenze** erreicht ist, wie weit sich ein Staat verschulden darf. Dass Art. 115 des Grundgesetzes, den wir jetzt haben, nicht ganz geeignet ist, hat uns der Bundesrechnungshof bescheinigt; das ist auch durchgängig politische Meinung. Die weite Auslegung des Investitionsbegriffs, wie von vielen Regierungen praktiziert, geht so nicht weiter. Ich bin der Auffassung, dass wir über eine Verschuldungsgrenze à la Schweiz und andere Modelle reden müssen. Der Vorschlag vom Kollegen Oettinger und mir wird sein, die Frage „Wie begrenzen wir die Aufnahme von Schulden?“ zu klären, und zwar so rechtzeitig, dass noch in dieser Legislaturperiode in Bundestag und Bundesrat über Grundgesetzänderungen, wenn sie erforderlich sein sollten, abgestimmt werden kann.

- (B) In diesem Zusammenhang taucht auch die Frage auf, ob das, was wir für den Bund regeln, auch für die Länder gelten kann. Wir müssen also mit dem Bundesrat klären, wie unsere Regelungen in die 16 Landesverfassungen übernommen werden. Ich bin sehr dafür, dass für den Bund und für die Länder die gleichen Regelungen gelten. Aber dies wird schwierig.

Ein zweites Thema – auch das hat Peer Steinbrück angesprochen – sind die **Altschulden**. Dass wir eine Menge Altschulden haben, hat Peer Steinbrück gesagt. Insgesamt beträgt die staatliche Gesamtverschuldung 1 500 Milliarden Euro. Aber was machen wir damit? Es gibt Debatten darüber zu versuchen, alle Länder auf den gleichen Stand zu bringen. Kollege Oettinger hat die Einrichtung eines Fonds vorgeschlagen, in den die reichen Länder einzahlen und aus dem die armen Länder Geld bekommen, wenn sie ihre Schulden abbauen: pro abgebautem Euro Schulden 1 Euro aus dem Fonds. Peter Harry Carstensen hat andere Vorschläge gemacht, auch

Thilo Sarrazin. Die Frage, wie wir mit den Altschulden fertig werden, ist schwieriger. Aber wir müssen das Thema angehen. Es ist völlig klar, dass die Schuldenlast abgebaut werden muss; der Bund muss allein 42 Milliarden Euro an Zinsen zahlen. (C)

Das dritte Thema, das uns beschäftigt, ist die **Steuerautonomie der Länder**. In der Föderalismuskommission vertreten manche Länder die Auffassung: Wir wollen eine eigene Steuerautonomie. Hier stellt sich die Frage, ob Ländersteuern weiterhin vom Bund beschlossen werden müssen. Beispiel: die Erbschaftsteuer.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU])

– Vorsicht! – Nehmen wir einmal an, die Länder hätten das Recht, die Erbschaftsteuer selbst zu bestimmen. Dann würde Bayern sagen: Bei uns gibt es keine Erbschaftsteuer; wir haben genug Geld.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Gutes Beispiel!)

Was sagt Bremen? – Wir brauchen Erbschaftsteuer. Mit anderen Worten: Jeder, der in die Situation kommt, etwas zu vererben, geht nach Bayern. Das will ich nicht, und das geht auch überhaupt nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssten dann klären – das ist eine absurde Debatte –, ob die 16 Bundesländer untereinander Doppelbesteuerungsabkommen schließen müssten. Dies zeigt schon, dass das schwierig wird.

- (D) Ich bin dafür, dass wir die Erbschaftsteuer seitens des Bundes für alle Länder gleich festlegen sollten, damit keine Ungleichheiten, kein Wettlauf „Arm gegen Reich“ stattfindet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Die Experten klatschen; das ist auch richtig. Es gibt eine gute Chance, dazu etwas zu schaffen.

Insgesamt muss ich sagen: Die Medien in Berlin berichten darüber, wer sich mit wem in welchem Haus trifft und wer mit wem essen geht. Es ist lächerlich, was für die Presse wichtig ist. Kollege Kauder und ich treffen uns sehr oft. Wenn wir immer sagen würden, dass wir uns irgendwo treffen, würde in der Zeitung stehen: Kauder und Struck treffen sich.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ja! Dann wären die Seiten voll! – Gegenruf des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Allerdings mit nichts! Mit gar nichts! – Dirk Niebel [FDP]: Genau! Denn da passiert nichts!)

Ich will klipp und klar sagen: Diese Koalition ist eine große Chance für Deutschland. Die Große Koalition muss große Aufgaben erledigen. Das hat sie teilweise schon gemacht; das ist gar keine Frage. Wir haben die sozialen Sicherungssysteme stabilisiert – das war schwierig genug – und uns mit der Steuerpolitik beschäftigt. Aber wir haben in den nächsten zwei Jahren bis 2009 noch eine Menge zu tun.

(Dirk Niebel [FDP]: Oh ja! Da hat er allerdings recht!)

Dr. Peter Struck

- (A) Dennoch sagen alle, die beteiligt sind – Frau Kanzlerin, ich weiß nicht, ob auch Sie das sagen; ich glaube, Ihnen geht es momentan ganz gut –: 2009 soll diese Koalition zu Ende sein. Ich muss dazusagen: nicht aus inhaltlichen Gründen. Ich jedenfalls sehe keine; denn über alle Punkte, die strittig sind, können wir diskutieren, und wir werden Lösungen finden. Vielmehr ist es im Interesse der parlamentarischen Demokratie, wenn einer starken Regierung eine fast ebenso starke Opposition gegenübersteht. Große Koalitionen müssen in Deutschland eine Ausnahme bleiben; dafür bin ich.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Sie haben ja so recht! Sie sind so klug, Herr Struck!)

– Herr Westerwelle, dass Sie gerne in die Regierung kommen würden, kann ich verstehen. Irgendwann wird es auch für Sie einmal Zeit. Dass auch Sie gerne einmal auf der Regierungsbank sitzen möchten, kann ich nachvollziehen.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU – Jürgen Koppelin [FDP]: Genau! Aber ganz vorne! – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ja! Ganz vorne!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Struck, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dehm?

Dr. Peter Struck (SPD):

- (B) Nein, von Dehm nicht.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will Ihnen sagen: Wir haben noch ein großes Kapitel zu erledigen, ein Kapitel, das auf einige Initiativen der Bundeskanzlerin zurückzuführen ist. Es geht um das Thema **Klimaschutz**. An dieser Stelle gratuliere ich Sigmar Gabriel, der heute Geburtstag hat, herzlich.

(Dirk Niebel [FDP]: Zuhören, Gabriel!)

– Ja. Kollege Gabriel, Sie müssen zuhören.

(Heiterkeit – Jürgen Koppelin [FDP]: Der bucht gerade seine nächsten Flüge!)

Das, was in Heiligendamm, dann in Brüssel und vor kurzem in Meseberg beschlossen worden ist, ist für die Bundesrepublik Deutschland ein sehr dicker Brocken. Ich weiß schon jetzt, was passieren wird, wenn wir anfangen, die entsprechenden Gesetzentwürfe zu formulieren und die Maßnahmen umzusetzen. Ich begrüße, dass die Automobilindustrie mit Matthias Wissmann an der Spitze – das ist der gute Einfluss der Politik –

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nein! Das ist der Einfluss der CDU!)

offenbar bereit ist, diesen Weg mitzugehen. Die Umsetzung der Klimaschutzziele der Bundesregierung ist allerdings eine sehr große Aufgabe. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, dass das gelingt. An der SPD-Fraktion und an Gabriel wird das nicht scheitern.

(Beifall bei der SPD)

Die Klausurtagung in Meseberg war ein Erfolg. Die Bundesregierung kann sich auf die SPD-Fraktion verlassen. Wir werden diese Regierung stützen. Natürlich werden wir auch eigene Akzente setzen. Denn wir sind dafür, dass im Jahr 2009 das Gleiche passiert wie im Jahr 1969. Damals ist im Anschluss an die große Koalition ein Sozialdemokrat Bundeskanzler geworden. Dass das auch 2009 geschieht, dafür werbe ich.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt hat er eine halbe Stunde gearbeitet und mit dem letzten Satz alles abgeräumt! – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Er hat so lange geredet, aber ihr von der Union klatscht noch nicht einmal alle! Los jetzt, klatschen!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zu einer Kurzintervention erhält das Wort der Kollege Dr. Diether Dehm.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Oh nein!)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Werter Kollege Struck, ich kann damit leben, wie schnodderig Sie mit Zwischenfragen umgehen.

(Wolfgang Bosbach [CDU/CSU]: Heul doch! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Genau! Andere würden jetzt „Heulsuse“ sagen!)

Tun Sie aber bitte nicht so, als ob es in diesem Haus irgendjemanden gibt, der nicht mit Empörung auf den Befehl reagiert, auf unschuldige Menschen zu schießen: nicht in meiner Fraktion und nicht in irgendeiner anderen Fraktion des Deutschen Bundestages. Außerdem muss ich Ihnen sagen: Es gibt eine Grenze zwischen Texas und Mexiko, an der viel mehr Menschen erschossen worden sind. Auch sie müssen erwähnt werden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Mauer nicht vergessen!)

Es muss auch erwähnt werden, dass zum Befehl, auf unschuldige Menschen zu schießen, in Afghanistan hinzukommt, dass, bevor Hochzeitsgesellschaften bombardiert wurden, Aufklärungsfotos aus den Tornados erstellt worden sind. – Wenn es nicht so ist, dann widersprechen Sie der Aussage des Kollegen Lafontaine. – Deswegen nämlich treffen sich am Samstag um 12 Uhr die Demonstranten vor dem Roten Rathaus.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Jetzt wissen es alle!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fritz Kuhn.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man nach zwei Jahren – also zur Halbzeit der Legislaturperiode – den Bundeskanzlerin-Haushalt be-

Fritz Kuhn

- (A) spricht, geht es im Kern um die Frage: Was ist richtig gelaufen, was muss anders laufen, und wie sieht die politische Führung des Landes durch das Kanzleramt aus? Dieser Frage will ich mich widmen, allen anderen Fragen an anderer Stelle.

Wir verfallen nicht in das Schema, nur weil wir gerade in der Opposition sind, alles, was gegenwärtig stattfindet, schlecht zu finden und herunterzureden. Im Namen meiner Fraktion möchte ich insbesondere sagen, dass Deutschland von der Kanzlerin und dem Außenminister in der Welt respektabel repräsentiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich sage nichts über einzelne Schritte der Außenpolitik, aber viele Leute – darunter auch unsere Wählerinnen und Wähler – denken so.

Zweitens – hören Sie genau zu! – finden wir es gut, dass der Klimaschutz inzwischen bei den Regierungsfractionen als Thema angekommen ist. Zu den einzelnen Regelungen, die Sie umsetzen, werde ich nachher noch etwas sagen. Drittens ist es natürlich positiv, dass der Aufschwung da ist – eher vom Export als vom Binnenmarkt getragen –, denn dies erleichtert generell das politische Handeln.

- (B) Auf der Basis, dass es Positives gibt, erstaunt mich schon, dass Sie, Frau Merkel, mit dem Satz: „Alle Menschen haben jetzt Grund zur Zuversicht“, alle schwierigen und kritischen Fragen sowie die strukturellen Probleme unseres Landes nach dem Motto verpackt haben: „Keine Sorge, die Große Koalition wird es schon richten.“ Dies ist ein Fehler, weil die Voraussetzung guten politischen Handelns ist, gerade während einer Verbesserung der Entwicklung darauf zu achten, was strukturell eigentlich noch schlecht läuft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einige Bemerkungen zu den wichtigsten politischen Feldern machen.

Im Hinblick auf das Klima haben Sie erst einmal einiges beschlossen, was in die richtige Richtung geht. Aber Ihre **Klimaschutzpolitik** wird die Ziele – auch das 40-Prozent-Ziel – systematisch nicht erreichen, weil die gesetzliche Umsetzung sowie das, was Sie in Meseberg beschlossen haben, ihnen nicht hinreichend Rechnung tragen, sondern einem Slalomlauf zwischen Tabuzonen ähneln. Wir reden zwar heute nicht nur über Klimaschutz, aber ich will zwei Bereiche erwähnen.

Bei der Energieeffizienz – vorgestern hat auch die IEA dargestellt, dass der Stromverbrauch in Deutschland massiv ansteigt – sind Sie in Meseberg eindeutig zu kurz gesprungen. Für Nachtspeicheröfen gibt es kein Konzept. Auch für Elektrogeräte gibt es keinen Top-Runner-Ansatz. Die Kennzeichnung von Elektrogeräten soll nur freiwillig erfolgen, und es gibt keine Einschränkungen für den Stand-by-Betrieb. Sie vermeiden systematisch die Ordnungspolitik und setzen weiterhin auf freiwillige Vereinbarungen oder verschieben Entscheidungen, die heute getroffen werden müssten, in die Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Deswegen sind die 40 Millionen Tonnen CO₂-Einsparung, die Sie im Hinblick auf die Effizienz von Elektrogeräten im Haushalt im Acht-Punkte-Programm noch veranschlagt hatten, auf nur noch erreichbare 8 Millionen Tonnen zusammengeschrumpft. Dies wurde in dieser Woche im Umweltministerium auch so bilanziert. Sie springen an dieser Stelle zu kurz. Das, was Sie sonntags verbal an Klimaschutzziele formulieren, schaffen Sie werktags nicht, weil Sie sich den Lobbys – wie sie zum Beispiel Herr Glos im Parlament und in der Regierung vertritt – beugen.

Bei der **Verkehrspolitik** herrscht in der Regierung immer noch absolute Funkstille. Wenn Sie, Frau Bundeskanzlerin, morgen zur IAA gehen, müssen Sie dort klarmachen, dass jetzt die Stunde der Ordnungspolitik geschlagen hat und wir verbindliche Verbrauchsobergrenzen brauchen, und nicht, wie Herr Wiedeking jetzt wieder gefordert hat, eine Verschiebung von 2012 auf 2015. Wenn Sie das zulassen, wird der Verkehrsbereich keinen Beitrag zu den Klimaschutzbemühungen leisten können, und wir werden die Ziele insgesamt nicht erreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in Deutschland – ich sage das mit Blick auf die IAA – müssen alle Fahrzeughersteller neben den einzelnen ökologischen Pilotprojekten in der Breite – bei den großen wie bei den kleinen Fahrzeugen – systematisch von dem hohen CO₂-Ausstoß wegkommen. Dazu brauchen wir Ordnungspolitik und nicht diesen Mist der freiwilligen Vereinbarungen, der offensichtlich gescheitert ist.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, was uns bei Ihrer Rede fast amüsiert hat, war, wie Sie in einem Sätzchen mit dem Thema Bahn umgegangen sind. Sie haben gesagt: Mit dem **Börsengang der Bahn** werden wir uns auch noch beschäftigen. – Erst einmal – es ist ja ein Gesetzentwurf durch das Kabinett gegangen –: Ich hoffe schon, dass Sie sich auch vorher damit beschäftigt haben. Doch der Satz in Ihrer Rede war auf die Zukunft bezogen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie bisher im Kabinett beschlossen haben, ist nach unserer Überzeugung ordnungspolitischer Wahnsinn: Sie verschleudern Volksvermögen. Insgesamt sind 130 Milliarden Euro in der Bahn, insbesondere im Schienennetz und in den Bahnhöfen, investiert, Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Sie haben eine Privatisierung vor, bei der Sie vielleicht 8 Milliarden Euro erlösen werden. 4 Milliarden Euro gehen an den Bund, der Rest geht an die Bahn. Sie verpflichten sich, 15 Jahre lang 2,5 Milliarden Euro in das Schienennetz zu investieren, macht 37,5 Milliarden Euro. Nach dem heutigen Stand müsste der Bund, wenn wir nach 18 Jahren wieder wirtschaftlicher Eigentümer des Netzes sein wollten, immerhin 7,5 Milliarden Euro Wertausgleich zahlen. Da fragt sich doch jeder, der nur ein bisschen rechnen kann: Was soll das Ganze? Was ist eigentlich die Begründung

Fritz Kuhn

- (A) für diesen ordnungspolitischen Unsinn, mit dem Sie, Frau Kanzlerin, sich erst in der Zukunft beschäftigen wollen, obwohl Sie ihn schon beschlossen haben?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es gibt nur ein Argument, warum wir die Schieneninfrastruktur aufgeben sollen: weil Herr Mehdorn Geld braucht, um als internationaler Player eine internationale Bahn AG aufzuziehen. Was wir dagegen in Deutschland brauchen, ist eine bessere Bahn, schon aus Klimaschutzgründen. Was wir in Deutschland brauchen, ist mehr Bahnbetrieb in der Fläche, auch mehr Güterverkehr auf der Schiene, damit die Straßen entlastet werden und die Leute vernünftig reisen können. Doch dann können wir nicht die Infrastruktur verschleudern, wie Sie, Frau Merkel, es offensichtlich vorhaben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Aufgabe – das ist die Führungsaufgabe einer Kanzlerin; das können Sie nicht auf einen Tiefensee, der mit diesem Thema überfordert ist, abschieben –

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN und der FDP)

soll der Staat denn haben, wenn nicht die, die Infrastruktur, die alle brauchen, in Schuss zu halten, über sie zu verfügen? Sie darf nicht ohne Sinn und Verstand den Interessen des Kapitalmarktes preisgegeben werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Frau Merkel, da treffen wir den Kern Ihrer politischen Überzeugung. Ich finde, dass konservativ sein heißt, dass man bewahrt, was in der Vergangenheit geschaffen worden ist, dass man es erneuert, aber eben nicht, dass man es verschleudert. Deswegen ist es gut, dass Sie sich mit diesem Thema noch einmal beschäftigen wollen.

Ich will zum Bereich Wirtschaft, Haushalt, Arbeitsmarkt kurz etwas sagen. Die Konjunktur ist gut. Sorgen machen muss, dass sie zu sehr exportgeleitet ist und am Binnenmarkt zu wenig zieht. Über die Mehrwertsteuer will ich mich nicht streiten; darüber kann man insgesamt lange reden. Sie haben gestern den Finanzminister eine **Haushaltskonsolidierung** feiern lassen, die wir für unambitioniert halten. Dazu haben Sie heute nichts Vernünftiges gesagt, Frau Kanzlerin. Wenn man jetzt, im Jahr 2007, sagt: „2011 kommen wir auf die Nullverschuldung“, und man hat massiv Steuern erhöht – es ist ja nicht nur die Mehrwertsteuer: da ist die Versicherungssteuer, und viele Abschreibungsmöglichkeiten wurden abgebaut –, dann kann man sich nicht als Konsolidierungsregierung feiern. Der entscheidende Punkt ist, dass Sie es nicht rechtzeitig schaffen, aus der Neuverschuldung herauszukommen, weil Sie nicht bereit sind, die notwendigen Investitionen – es gibt notwendige Investitionen – durch Subventionsabbau zu finanzieren, sondern sie aus der Konjunktur heraus schöpfen. Solange Sie dies tun, ist die ganze Nummer der Konsolidierungsregierung nicht viel wert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wiederholen Sie nicht – ich meine das ernst, nicht ko- (C)
kett – den Fehler von Rot-Grün, die wir 2000 und 2001 eher zu wenig gespart haben und dann, als es dicke kam, versucht haben – das ist am Bundesrat immer gescheitert –, in die abnehmende Konjunktur hinein zu sparen. Dies kann nicht funktionieren. Deswegen sage ich: Politische Führung heißt, dass Sie in der Finanzpolitik mehr Vorsorge treffen für die Zeit, wenn es mit der Konjunktur wieder schlechter gehen sollte.

An Ihrer Beschönigung der Verhältnisse hat mich ein Punkt gestört. Sie haben gesagt, der **Aufschwung** komme bei allen an. Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen aber, dass der Aufschwung bei den **Dauerarbeitslosen** noch nicht ankommt. Daran können wir in diesem Hause nicht vorbeireden, nur weil es ein schwieriges Thema ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inzwischen gibt es in Deutschland 1,3 Millionen Dauerarbeitslose. In keinem anderen Land Europas außer der Slowakei hat sich die Dauerarbeitslosigkeit so verfestigt wie bei uns. Jeder zweite Arbeitslose in Deutschland ist länger als ein Jahr arbeitslos. Deswegen halte ich die Ankündigung eines neuen Programms – sozusagen Hartz Y mit einem neuen Kombilohnmodell für Zielgruppen – im Herbst für zu kurz gesprungen, wenn man die Situation bilanzieren will.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hätten sich auch der Frage der Qualität des Auf- (D)
schwungs stellen müssen.

Ich finde, dass es an der Zeit ist, **Hartz IV** zu bilanzieren. Wir von den Grünen stehen zu den wesentlichen Elementen, vor allem zu der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe; denn sie hat vielen Menschen – vor allem Alleinerziehenden mit Kindern – viel genützt. Das vergisst die PDS/Linke gerne, aber an dieser Stelle war die Reform richtig.

Aber das Arbeitslosengeld II ist noch nicht die Grundsicherung, von der wir gesprochen haben. Die Menschen im Land – daran können wir nicht vorbeigehen, Frau Merkel – haben nicht das Gefühl, dass sie im Falle einer länger als ein Jahr dauernden Arbeitslosigkeit durch eine solidarische Grundsicherung aufgefangen werden und gute Brücken zurück in die Erwerbsarbeit vorfinden. Der Kreis der ALG-II-Empfänger wächst, weil es keinen Mindestlohn gibt. Das ist der Grund, der die Menschen systematisch in die Angst treibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde, dass Sie mit diesen Debatten nach dem Muster „Wir machen im Herbst noch etwas“ dem Grundproblem, dass die Menschen Angst davor haben, zu Arbeitslosengeld-II-Empfängern zu werden, weil das Fördern nicht klappt und es keine Brücken zurück in die Erwerbsarbeit gibt, nicht gerecht werden, Frau Merkel. Ich hätte von Ihnen mehr erwartet als ein allgemeines Statement zum Aufschwung.

Fritz Kuhn

- (A) Beim **Fachkräftemangel** haben Sie recht. An dieser Stelle muss man etwas tun. Was in Meseberg beschlossen wurde, ist aber zu kurz gesprungen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn 100 000 Fachkräfte fehlen, dann müssen Sie das Zuwanderungsrecht ändern. Dann brauchen wir die Punktregelung und müssen die Grenze beim Jahreseinkommen von Hochqualifizierten, die einwandern wollen, von 85 000 auf 40 000 Euro senken.

Beide Fraktionen der Großen Koalition fordere ich auf: Geben Sie endlich die ideologischen Vorbehalte auf, die es unmöglich machen, dass Hochqualifizierte nach Deutschland einwandern können! Denn die 100 000 Fachkräfte, die uns fehlen, bedeuten auch viele hunderttausend Arbeitsplätze für Deutsche. Insofern darf man nicht auf der ideologischen Bremse stehen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Max Straubinger [CDU/CSU]: Die können ja einwandern!)

Gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung zum **Verbraucherschutz**, Frau Merkel. Ich wünsche mir, dass Sie im Kabinett besser aufpassen. Ich habe den Eindruck, dass Herr Seehofer auf alles Mögliche Bock hat, nur nicht auf Verbraucherschutz und Landwirtschaft. Es gibt einen Gammelfleischskandal nach dem anderen – alle im Wesentlichen in Bayern –, aber Sie kümmern sich nicht um die Frage, ob der Zehn-Punkte-Plan vom Herbst 2005 umgesetzt wird. Die Große Koalition funktioniert an dieser Stelle nicht, weil auch die Länder bremsen und nicht die notwendigen Maßnahmen ergreifen wollen.

(B)

Eine einfache wirtschaftliche Frage aus der Landwirtschaft, um die sich Herr Seehofer nicht kümmert – vielleicht kümmern Sie sich als Kanzlerin darum –, betrifft den **Ökolandbau**. Im Ökolandbau sind auf der Nachfrageseite Zuwächse von 20 Prozent zu verzeichnen. Der Zuwachs der Fläche im Ökolandbau beträgt 2 Prozent. Das heißt, der Nachfragezuwachs in den Läden wird vom Ausland abgeschöpft, weil Sie seit Beginn der Großen Koalition die Umstellung auf die ökologische Landwirtschaft in den Ländern und beim Bund nicht richtig fördern. Auch in diesem Bereich könnte man den einen oder anderen Arbeitsplatz schaffen. Ich bitte Sie, sich darum zu kümmern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte, da wir über über Strukturprobleme reden, auf das Thema Gesundheit und Pflege zu sprechen kommen. Frau Merkel, ich biete Ihnen jede Wette darüber an – über den Einsatz können wir noch sprechen –, dass Sie den **Gesundheitsfonds** nicht zum 1. Januar 2009 einrichten werden. Darüber reden Sie schon gar nicht mehr, weil Sie es nicht gerne hören, dass Sie da Murks gemacht haben. Es glaubt doch niemand, dass Sie im Wahljahr noch einmal mit diesem Monster antreten wollen, das Sie in den ersten zwei Jahren in Ihrer Regierungszeit beschlossen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Probleme der Gesundheitsreform spielen in Ihrem Denken offensichtlich keine Rolle. Ich finde, das muss sich ändern.

Dass Sie in Ihrer Rede für die Pflegekräfte im Wesentlichen nur ein Dankeschön übrig hatten, während offenkundig ist, dass in Deutschland massive Menschenrechtsverletzungen in der **Pflege** alter Menschen stattfinden, ist, wie ich finde, ein bisschen dürftig. Aber das hat offensichtlich nicht in Ihr Schema gepasst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wird die Regierung machen, nachdem über die Skandale in der Pflege berichtet wurde? Sie hat gesagt, es werde eine Sachverständigenkommission zur Qualitätssicherung in der Pflege geben, die erste Berichte bis zum 31. Dezember 2008 liefern werde. Erste Ergebnisse seien Mitte 2009 zu erwarten. Ich frage mich, wo die Große Koalition bei der Lösung sozialer Probleme und der Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen geblieben ist, wenn sie erst 2009 mit einem Bericht zur Qualitätssicherung aufwarten will.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben die Pflegereform quasi in einem billigen Konsens über eine Beitragserhöhung versteckt. Ansonsten haben Sie sich gegenseitig blockiert, zum Beispiel bei der Frage, welchen Beitrag die privaten Krankenkassen leisten müssen. Frau Merkel, unter Ihrer Führung ist kein Schritt zur Verbesserung der Situation Pflegebedürftiger in Deutschland gelungen. Davon haben Sie nichts gesagt. Ein Dank an die Pflegekräfte ist für eine Bundeskanzlerin zu wenig, die sich diesem Thema stellen und widmen will.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch etwas zur Außenpolitik und zum Thema **Afghanistan** sagen. Es ist unstrittig – hier gibt es einen Unterschied nur zur Linkspartei –, dass man das afghanische Volk beim Aufbau, der in einer Kombination aus Sicherheit und Entwicklung erfolgt, nicht im Stich lassen darf. Wer fordert: „Raus aus Afghanistan!“ aber nicht sagt, was dort mit den Menschen passieren soll, der handelt zynisch und hat nur einen billigen innenpolitischen Erfolg im Auge, handelt aber nicht verantwortlich in Bezug auf die Menschen in diesem geschundenen Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der SPD)

Dennoch ist die Frage relevant – sie wird zunehmend relevanter –, ob wir hier die richtige Strategie verfolgen. Wir stehen als Fraktion zum ISAF-Mandat. Aber es reicht nicht aus, dieses Mandat zu befürworten und gleichzeitig zu sagen: OEF machen die Amerikaner. Wir glauben – durch viele Besuche im Land und Berichte vor Ort sind wir bestätigt –, dass die Art der Kriegführung, der strategische Aufbau der Luftschläge, systematisch die Glaubwürdigkeit der ISAF-Mission untergräbt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Fritz Kuhn

- (A) Wir haben Verantwortung und müssen in der Diskussion prüfen, ob das stimmt, was ich sage, oder ob Sie mit Ihrer Behauptung recht haben, dass das ein unverzichtbarer Baustein sei.

Frau Merkel, ich kritisiere Sie dafür, dass Sie an der Stelle, wo es um die Strategie von OEF geht – das gilt auch für Ihren Kabinettsbeschluss zu Afghanistan insgesamt –, nicht systematisch die kritische Auseinandersetzung mit denjenigen suchen, die OEF so weiterführen wollen wie bisher. Auf dieser Ebene sind keine Veränderungen bekannt. Es gibt nur Veränderungen bei der NATO, was ISAF angeht. Sie sagen weder hier noch im Ausschuss, was Sie vorgetragen haben, was Sie erreicht haben und welche Strategieänderungen vorgenommen werden sollen.

Sie haben auf die Ausrufung des Verteidigungsfalls nach dem 11. 9. hingewiesen. Das ist in völkerrechtlicher Hinsicht eine schwierige Frage; denn die damalige Begründung lautete, dass der Angriff auf die Vereinigten Staaten in Afghanistan aufgrund der dort befindlichen Terrorlager, von den Taliban zugelassen und von al-Qaida betrieben, organisiert werde. Aber das geschieht heutzutage nicht in Afghanistan, sondern in vielen Regionen in der Welt, insbesondere in Pakistan. Diese Begründung können Sie also nicht mehr anführen. ISAF hat dagegen – darauf legen wir Wert – eine andere Begründung. Diese Mission dient dazu, die zivile Entwicklung und den Aufbau von Sicherheit miteinander zu verbinden. Das zeigt auch die Praxis.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, wenn Sie sich hier – das haben Sie in einem Nebensatz getan – zur multilateralen Perspektive der deutschen Außenpolitik bekennen, dann müssen Sie auch da, wo unilateral entschieden wird – dies ist bei OEF im Unterschied zu ISAF der Fall –, ganz deutlich sagen, welche Wünsche diejenigen haben, die insgesamt ein multilaterales Vorgehen gegen den Terrorismus für richtig und gut halten und dieses begrüßen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten hier im Haus intensiv darüber diskutieren.

Ich komme zum Schluss, weil meine Redezeit abgelaufen ist. Ich will Folgendes sagen, Frau Merkel: Vielleicht muss man als Bundeskanzlerin in der Aufschwungphase die Lage irgendwie positiv darstellen. Das ist logisch. Selbst wir sagen nicht, dass alles mies ist. Aber Sie haben es versäumt – das ist ein Element politischer Führung –, hart und klar auf die Strukturprobleme dieses Landes hinzuweisen und Vorschläge zu machen, wie Sie sie beheben wollen, und Sie haben in Ihrer smoothen Rede darüber hinweggesehen. Das war zu wenig für die politische Führung, die wir von Ihnen eigentlich verlangen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Deutschland hat – dies zeigt der Bundeshaushalt, der jetzt eingebracht wird und der ein Zwischenbericht und ein Ausblick auf die kommenden zwei Jahre dieser Großen Koalition ist – nach einer längeren schwierigen Phase wirtschaftlich wieder Tritt gefasst. Dies ist eine große Gemeinschaftsleistung, eine Leistung, die auf dem beruht, was in der letzten Legislaturperiode unter Rot-Grün richtig gemacht worden ist und woran wir beteiligt waren. Lieber Kollege Struck, wir als Union haben kein Problem damit, die richtigen Punkte der Agenda 2010 zu vertreten, aber Sie in der SPD müssen dafür sorgen, dass man sich zu dem Richtigen bekennt. Dort liegt das Problem, nicht bei uns.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir erleben, dass in Deutschland wieder aus eigener Kraft **Wachstum** geschaffen werden kann. Das durchschnittliche Wachstum in den Jahren 2006 bis 2008 wird viermal höher sein als in den drei Jahren zuvor. Dies beruht – das ist das Bemerkenswerte – nicht allein auf dem Export, vielmehr ist der Beitrag der Binnenwirtschaft zum Wachstum im Jahr 2006 zum ersten Mal seit längerem wieder größer gewesen als der Beitrag der Außenwirtschaft, und zwar vor allem wegen kräftiger privater Investitionen in unserem Land. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diesen Kurs gilt es weiterzusteuern. Deshalb sagen wir in der Regierung und in den Koalitionsfraktionen: Aufschwung stärken, jeder muss mitgenommen werden. Auf diesem Weg sind wir ein gutes Stück vorangekommen.

Die Bundeskanzlerin hat uns gesagt, wie viele zusätzliche sozialversicherungspflichtige **Arbeitsplätze** geschaffen worden sind. Ich kann nur denjenigen von ganz links außen sagen: Jeder von diesen Hunderttausenden bzw. von der 1 Million Menschen, die in der Regierungszeit der Großen Koalition einen Arbeitsplatz bekommen haben, hat am Aufschwung teilgenommen, hat neue Perspektiven und neue Chancen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Herr Kollege Lafontaine, es lohnt sich eigentlich nicht, sich mit Ihren Aussagen auseinanderzusetzen, aber eines muss ich schon klar sagen: Ich habe Ihre Reden in den letzten zwei Jahren gehört und mitbekommen, wie Sie polemisiert und gegen alle Perspektiven, die wir aufgezeigt haben, angeheult haben. Jetzt bringen Sie es nicht einmal fertig – der Kollege Kuhn bringt es fertig! –, zu akzeptieren, dass Ihre Prognosen zu hundert Prozent danebengelegen haben, dass wir neue Perspektiven für die Menschen geschaffen haben. Ausschlaggebend dafür war nicht Ihr Gerede, sondern das Handeln der Großen Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Volker Kauder

- (A) Wenn ich mir die PISA-Ergebnisse anschau, bin ich hundertprozentig sicher: Wenn wieder jemand durch Deutschland fährt und sich dieses Land anschaut, wenn er vor allem sieht, was wir in Technologie, Wissenschaft und Forschung vorhaben, dann wird er wieder zu dem Ergebnis kommen, dass Deutschland das Land der Dichter und Denker ist. Ich kann nur hoffen, Herr Kollege Lafontaine, dass er nicht auf Sie trifft; denn dann könnte das Urteil anders ausfallen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der auf **Wachstum und Stärkung des Aufschwungs** ausgerichtete Kurs – der Aufschwung muss bei jedem ankommen – ist in der nächsten Zeit das zentrale Thema in der Großen Koalition. Ich bin sicher, dass diese Große Koalition da noch eine ganze Menge leisten kann. Deswegen, lieber Kollege Struck, haben wir allen Grund, zu sagen: Diese Große Koalition ist stark genug, die Aufgaben, die vor ihr liegen, zu erfüllen. Daher rate ich dazu, jetzt nicht mit irgendwelchen Spekulationen über das, was nach 2009 ist, zu kommen. Die Menschen sollen nicht den Eindruck haben, dass wir entsprechend unseren Machtperspektiven diskutieren. Ich will den Menschen vielmehr zurufen: Uns geht es darum, Ihre Lebenschancen zu verbessern. Wir schauen jetzt nicht auf 2009, sondern wir schauen auf das, was wir im Jahr 2008 für unser Land und für die Menschen in diesem Land bewegen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Was 2009 anbelangt, lieber Kollege Struck, haben wir diametrale, also völlig entgegengesetzte Auffassungen über die Kanzlerschaft. Ich bin mir sicher, dass wir gute Voraussetzungen dafür schaffen können, dass die erfolgreiche Arbeit für unser Land unter einer erfolgreichen Kanzlerin auch 2009 fortgeführt werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Worum geht es in der nächsten Zeit? Aufschwung stärken; jeder muss davon profitieren. Ein großer Teil hat schon davon profitiert. In unseren Veranstaltungen spüren wir es doch. Noch vor einem Jahr war die Sorge der Menschen groß, ihre Arbeit zu verlieren. Sie hatten Angst, Verluste zu erleiden. Das hat sich geändert. In vielen Branchen haben wir sogar schon einen Fachkräftemangel. Die Menschen spüren doch, dass ihre Arbeitsplätze sicherer geworden sind. Aber wir ruhen uns darauf nicht aus.

Eine der Voraussetzungen für das Anhalten dieser Entwicklung ist natürlich, dass der Haushalt weiter konsolidiert wird. Deswegen müssen wir den Sparkurs klar und deutlich fortsetzen. Dabei unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Bundesfinanzminister. Wir haben klar gesagt – das wird in dem Haushalt deutlich –: Der größte Teil der Steuermehreinnahmen wird zur **Haushaltskonsolidierung** verwandt. Da zu sagen: „Da ist nichts erreicht worden“, ist blanker Unsinn. Noch im Jahr 2005 gab es ein strukturelles Defizit von 60 Milliarden Euro. In diesem Haushalt ist eine Nettoneuverschuldung von 13 Milliarden Euro vorgesehen. Wir haben

also viel erreicht. Wir sind noch nicht über den Berg. Wir müssen mit unseren Reformanstrengungen weitermachen. Aber wir können auch sagen: Wir haben konsolidiert, und damit sind wir auf dem Weg zu politischer Stabilität in unserem Land. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In einigen weiteren Punkten werden wir Menschen unterstützen – da stimme ich dem Kollegen Struck zu –, beispielsweise durch eine **BAföG-Erhöhung**. Um dem Finanzminister entgegenzukommen, soll die 10-prozentige BAföG-Erhöhung in zwei Stufen vonstatten gehen. Dies ist in Ordnung. Eine solche BAföG-Erhöhung wäre schon ein großer Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich verweise auf die Aufgaben der Bundeswehr. Ich werde den Vorschlag unserer Haushalter, den **Wehrsold** um 2 Euro pro Tag zu erhöhen, unterstützen. Diese Erhöhung wäre eine schöne Anerkennung der Arbeit unserer Soldatinnen und Soldaten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden unseren erfolgreichen Kurs fortsetzen, die Menschen entlasten und dabei helfen, Arbeitsplätze aufzubauen. Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung gesagt hat: Wir wollen den **Beitragsatz zur Arbeitslosenversicherung** auf 3,9 Prozent senken. – Wir in der Unionsfraktion sehen aber weiteren Spielraum. Wir müssen alles tun, was möglich ist. Wir hoffen deshalb, dass das Ziel, das wir haben, nämlich einen Beitragsatz zur Arbeitslosenversicherung von 3,5 Prozent festzulegen, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen noch erreichbar ist, und bitten die Bundesregierung dabei um Unterstützung. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen dafür sorgen, dass Menschen leichter, noch leichter in Arbeit kommen, und wollen deshalb die **Vermittlungsarbeit** stärken. Dazu gehört für uns, dass wir die große Zahl von Instrumenten in der Arbeitsmarktpolitik – sie ist fast unübersichtlich – überprüfen und reduzieren, um die Vermittlung einfacher zu machen, damit sie schneller funktioniert. Wir freuen uns darüber, dass die Bundesregierung in Meseberg eine solche Überprüfung beschlossen hat. Aus über 80 Instrumenten sollen maximal 10 werden. Das wäre eine große Vereinfachung und würde die Arbeit erleichtern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen Wirtschaft fördern, auch dort, wo im Augenblick ein kleiner Durchhänger vorhanden ist. Wir sehen, dass im **privaten Wohnungs- und Einfamilienhausbau** zurzeit eine Art Stillstand eingetreten ist. Wir meinen, dass wir da etwas tun sollten.

(Rainer Brüderle [FDP] und Jürgen Koppelin [FDP]: Mehrwertsteuererhöhung!)

– Wir meinen, dass wir da etwas tun sollten, nicht mit solchem Gerede, sondern mit klaren Botschaften.

Volker Kauder

- (A) Was erwarten die meisten Menschen? Sie erwarten, dass Wohnungseigentum eine sichere Grundlage auch für die Altersvorsorge ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, müssen wir in der Großen Koalition das Thema „Wohnungseigentum in staatlich geförderter Altersvorsorge“ jetzt zu einem guten Abschluss bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Hälfte der Menschen in Deutschland wohnt im sogenannten ländlichen Raum. Im ländlichen Raum findet ein Großteil der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes statt. Im ländlichen Raum ist ein großer Teil der neuen Arbeitsplätze aufgebaut worden, weil dort der Mittelstand stark vertreten ist. Deswegen ist es richtig, dass wir den Mittelstand fördern.

(Otto Fricke [FDP]: Wo denn?)

Aber **Mittelstandsförderung** findet nicht nur über den Arbeitsmarkt, über die Unternehmensteuer und über die Erbschaftsteuer – das sind alles wichtige Punkte – statt, sondern Mittelstandsförderung findet natürlich auch über Entwicklungsmöglichkeiten statt.

Wir sind für Umweltschutz. Wir sind für Naturschutz. Wir haben deshalb natürlich die FFH-Richtlinie – die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie – umgesetzt. Aber wir brauchen in unseren ländlichen Räumen auch Entwicklungschancen. Es darf nicht nur die Ballungsgebiete geben. Nicht nur diese dürfen immer fetter werden. Wir brauchen die ländlichen Räume. Deswegen sage ich Ihnen: Wenn der europäische Vertrag schon voll in Kraft wäre, müssten wir eine Subsidiaritätskontrolle mit Subsidiaritätsklage hinsichtlich der sogenannten Bodenschutzrichtlinie erreichen. Mit der Bodenschutzrichtlinie, die Europa plant, geht Europa ganz klar über seine Möglichkeiten hinaus. Deswegen bitten wir die Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass dies nicht geschieht. Das ist nicht die Aufgabe Europas. Das ist eine nationale Aufgabe.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben das Ziel, die Wirtschaft zu stärken, um Chancen für die Menschen zu schaffen. Daneben wollen wir natürlich auch, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und der Zusammenhalt der Generationen erhalten bleiben. Für die junge Generation haben wir Möglichkeiten geschaffen, eine Altersvorsorge aufzubauen. Aber wir kümmern uns auch um die ältere Generation.

(Dirk Niebel [FDP]: Wie ist das mit der Pflegeversicherung?)

Deswegen haben wir dafür gesorgt, dass es in der **Pflegeversicherung** neue Möglichkeiten gibt, beispielsweise für eine Gruppe von Menschen, die für die Familien eine große Herausforderung bedeuten, nämlich für die Demenzkranken; auch sie erhalten Leistungen aus der Pflegeversicherung. Wir haben die Leistungen für diejenigen verbessert, die zu Hause ambulant betreuen

und pflegen. Aber selbst wenn die Ergebnisse, wie die Studien zeigen, in der letzten Zeit besser geworden sind, kann es uns nicht ruhen lassen, wenn auch heute noch jeder dritte oder vierte ältere Mensch in den Pflegeheimen nicht sachgerecht gepflegt wird. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deswegen, Frau Schmidt, bin ich Ihnen ausgesprochen dankbar, wenn Sie sagen, dass wir auf diesem Gebiet zu mehr Kontrollen kommen müssen.

Eines zeigt die Wirklichkeit aber auch: Allein mit Bürokratie, mit Überprüfungen, mit Pflichten zur Dokumentation sind wir nicht weitergekommen. Es reicht nicht, Dokumentationen zu überprüfen; vielmehr müssen wir auf die Menschen schauen. Das muss das Ergebnis der Überprüfungen in der Pflege sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Bei einem wichtigen Thema, das sowohl unter dem Gesichtspunkt der Förderung von Arbeit und Chancen als auch unter dem des Zusammenhalts von Menschen, von Generationen bedeutsam ist, haben wir miteinander einen wichtigen Schritt getan, nämlich in der Familienpolitik. In diesem Bereich hat die Große Koalition einen großen Schritt getan, indem sie gesagt hat: Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf maßgeblich fördern.

Natürlich sehen wir, dass bei der Ganztagsbetreuung von Kindern unter drei Jahren ein erheblicher Bedarf besteht. Unabhängig davon, ob der Bund zuständig ist oder nicht, war es eine Notwendigkeit und daher richtig, zu sagen: Jawohl, wir machen da etwas. – Wir erwarten jetzt von Ländern und Kommunen, dass sie ebenfalls sehr schnell ihren Beitrag zusagen, damit der Aufbau stattfinden kann.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja!)

Diese Betreuung ist wichtig. Wir stehen für Wahlfreiheit. Wir wollen nicht, dass der Staat Familien vorschreibt, wie sie zu leben haben. Weil wir Wahlfreiheit wollen, wollen wir jetzt, dass die Ganztagsbetreuung aufgebaut wird. Aber ich sage auch in aller Klarheit: Die große Mehrzahl der Familien erzieht und betreut ihre Kleinkinder zu Hause, und auch dies hat unseren ganzen Respekt verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir über den Zusammenhalt der Gesellschaft sprechen, lieber Kollege Struck, so gehört dazu auch, dass wir nicht zulassen, dass **Rechtsextremismus** unsere Gesellschaft durcheinandertreibt. So sehr ich dafür Verständnis habe, dass man über ein NPD-Verbot reden kann, so kann ich nur empfehlen, weniger darüber zu reden, aber intern zu prüfen, wie groß die Erfolgchancen sind. Ein zweites Debakel vor dem Bundesverfassungsgericht wäre eine Katastrophe. Deswegen sind vorschnelle Diskussionen, dass man dies betreiben müsse,

Volker Kauder

- (A) mit mir nicht zu machen. Erst muss man prüfen und sich vergewissern, ob es geht, um es dann zu tun, aber man darf nicht leichthin „man sollte“ sagen. Das ist in dieser Situation einfach brandgefährlich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema **Afghanistan** ist von der Bundeskanzlerin eigentlich alles gesagt worden. Wir stehen zu den drei Mandaten, weil wir wissen, dass sie notwendig sind, weil wir in der Union gelernt haben, dass Menschenrechte nicht teilbar sind, Herr Lafontaine. Jeder weiß, was passieren würde, wenn wir uns aus Afghanistan zurückzögen. Wir haben noch Bilder aus Vietnam in unseren Köpfen und davon, was dort alles passiert ist. Das haben die Menschen nicht verdient. Was heute hier über die Frauen und Mädchen in den Schulen gesagt worden ist, stimmt alles. Deswegen werden wir als eine Partei, die für Menschenrechte eintritt, in unserem Engagement nicht nachlassen. Wenn es darum geht, Menschenrechte zu verteidigen, dann darf uns Afghanistan nicht egal sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dazu gehört natürlich auch die **Bekämpfung des Terrors**. Darin sind wir uns einig. Terrorbekämpfung findet auch in Afghanistan statt. Der Terror ist aber mittlerweile bei uns in Deutschland angekommen. Wolfgang Schäuble hat es immer wieder formuliert. Wir haben deshalb aus gutem Grund neue Kompetenzen bei der Terrorbekämpfung auf den Bund übertragen. Dazu muss jetzt ein BKA-Gesetz gemacht werden. Das Bundeskriminalamt muss die zur Terrorbekämpfung notwendigen Instrumente an die Hand bekommen. Dazu gehört nach meiner Auffassung und der meiner Fraktion auch die Onlinedurchsuchung in einem ganz klaren rechtlichen Rahmen: Ohne Richter geht nichts, aber mit Richter muss die Onlinedurchsuchung auch in eng begrenzten Fällen möglich sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Kollege Struck, wir haben uns gestern nicht einigen können. Wir bleiben aber im Gespräch.

Die Große Koalition muss auf die wirklich dramatische Sicherheitslage die richtige Antwort finden, damit die Menschen wissen: Sie können sich auf uns auch in dieser schwierigen Situation verlassen. Deswegen rate ich dringend dazu, dass wir als Gesetzgeber – auf uns kommt es ja an – nicht ein schlecht gemachtes Gesetz in einem Bundesland zur Benchmark unserer Entscheidungen machen und nicht sagen: Wir warten einmal darauf, bis in Karlsruhe etwas geschieht. – Nicht Karlsruhe trägt die Verantwortung für die innere Sicherheit, sondern der Deutsche Bundestag und insbesondere diese Große Koalition. Ich hoffe, dass wir hier sehr bald zu Ergebnissen kommen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, diese Große Koalition hat ein schweres Stück Arbeit hinter sich, vor

allem, wenn man bedenkt, dass es in den Jahren 2005 und 2006 gar nicht so einfach war, zusammenzufinden. Ich meine, dass wir eine wirklich gute Arbeit gemacht haben. Die in den vergangenen zwei Jahren erzielten Ergebnisse sollten und müssen Grundlage für das, was jetzt kommt, sein. Da haben wir noch einiges Schwere vor uns. Es wird sich zeigen müssen, ob wir das miteinander hinkommen. Ich bin überzeugt, Peter Struck, dass wir das miteinander hinkommen, Opposition hin oder her. Auf die Opposition kommt es bei der Lösung der Probleme jetzt nämlich nicht an, sondern auf uns kommt es an: bei der Erbschaftsteuer und vielen anderen Fragen, die anstehen.

Ich sage deshalb an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, und an die Menschen in unserem Land draußen an den Bildschirmen gerichtet: Diese Große Koalition denkt in erster Linie daran, was wir tun können, um das Land voranzubringen und den Menschen zu helfen, und blickt nur aus einem ganz kleinen Augenwinkel auf das Jahr 2009. Jetzt geht es darum, zu handeln und das Land voranzubringen. Man kann sich darauf verlassen: Diese Große Koalition unter der Führung von Angela Merkel – den SPD-Teil der Regierung möchte ich natürlich nicht verschweigen – hat Kraft genug, dieses Land weiter auf Erfolgskurs zu führen – im Interesse der Menschen in unserem Land.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Dr. Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So wie Herr Kollege Kauder Bilanz gezogen hat über die ersten zwei Jahre dieser Regierung – wir werden sehen, wie viele denen noch folgen werden; jedenfalls ist klar, dass mindestens die Hälfte der größten anzunehmenden Amtszeit dieser Koalition herum ist –, so wollen auch wir Bilanz ziehen. Ich möchte mit dem beginnen, was uns in diesem Hause verbindet.

Frau Bundeskanzlerin, Herr Außenminister, Sie haben in diesen ersten zwei Jahren wirklich große **außenpolitische Herausforderungen** meistern müssen. Das waren in diesem Jahr die EU-Ratspräsidentschaft und die G-8-Präsidentschaft. Wir möchten ausdrücklich anerkennen, dass die Regierung Merkel/Steinmeier in der Außen- und Europapolitik klug und überzeugend gearbeitet hat. Wir sind froh darüber, dass diese Regierung auch Irrtümer der früheren rot-grünen Regierung korrigiert hat. Wir begrüßen, dass sie das transatlantische Verhältnis wieder ins Lot gebracht hat. Wir finden es richtig, dass diese Regierung, anders als die Regierung Schröder/Fischer, beim Thema Menschenrechte, übrigens auch in Moskau, wieder den aufrechten Gang pflegt. Wir erkennen das an.

Dr. Guido Westerwelle

(A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden uns darüber einig sein, dass damit die außenpolitischen Aufgaben dieser Regierung und, sofern es um Sicherheitsfragen geht, des Deutschen Bundestages nicht abschließend behandelt sind. Wir haben noch außenpolitische Aufgaben vor uns. Ich will zwei Bemerkungen machen und dann etwas Grundsätzlicheres sagen.

Wir wissen, dass in Deutschland immer noch, gewissermaßen als Überbleibsel des Kalten Krieges, amerikanische **atomare Waffen** stationiert sind. Wir fordern auch von dieser Stelle aus die Regierung auf, in Gesprächen mit unseren Verbündeten auf den vollständigen Abzug dieser atomaren Waffen hinzuwirken.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Atomwaffen könnten von ihrer Reichweite her nur unsere unmittelbaren Nachbarn, die mit uns in einer Europäischen Union verbunden sind, treffen. Es ist höchste Zeit, dass diese Waffen abgezogen werden.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schließlich ist es aus unserer Sicht nach wie vor erforderlich, dass Sie fortsetzen, was Sie begonnen haben: Die Raketenstationierungspläne im Rahmen der sogenannten **Raketenabwehr** in Tschechien und Polen dürfen nicht nur als Angelegenheit der NATO, insbesondere nicht nur als Angelegenheit von Prag, Warschau und Washington, behandelt werden, sondern müssen als gesamteuropäisches Anliegen angesehen werden. Wir Europäer haben kein Interesse daran, dass auf dem europäischen Kontinent, gewissermaßen vor der Haustür Deutschlands, ein neuer Rüstungswettlauf beginnt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich möchte an dieser Stelle auch etwas zu dem **Afghanistan-Einsatz** sagen. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben sehr klare Worte gefunden. Man hat spüren können, dass diese Worte in Wahrheit nicht an die Opposition gerichtet waren; bei dieser Frage gibt es, jedenfalls in weiten Teilen, eine große Übereinstimmung in diesem Hause. Sie haben Ihr klares Bekenntnis zur Fortsetzung des militärischen Engagements in Afghanistan in Wahrheit vor allen Dingen an die eigenen Reihen gerichtet, an die Damen und Herren der Unions- und der SPD-Fraktion, insbesondere der SPD-Fraktion. Wir hatten ursprünglich vor, in der Frage der Afghanistan-Politik im Oktober im Rahmen einer großen Debatte hier über alle drei Mandate zu entscheiden. Es ist ein trauriges Ergebnis, dass, weil die SPD sich selbst nicht einig ist, bei einer so fundamentalen Frage unserer nationalen Sicherheit jetzt ein zerstrittener SPD-Parteitag abgewartet werden muss, bevor dieses Hohe Haus entscheiden kann. Führungskraft sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der SPD: Das ist Demokratie!)

– Sie rufen, das sei Demokratie. Aber dieser Deutsche Bundestag hat kein imperatives Mandat. In Fragen unseres Friedens und unserer Sicherheit, in Fragen des Afghanistan-Einsatzes erfüllen Sie bitte nicht, quasi als ausführendes Organ, das, was Parteitage beschließen! Sie sind Ihrem Gewissen verpflichtet, wenn es in diesem Hohen Hause um Krieg und Frieden geht, und nichts anderes steht hier zur Abstimmung.

(Beifall bei der FDP)

Ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf aufmerksam machen, dass wir als FDP-Fraktion nahezu geschlossen – es wird immer abweichende Meinungen geben; das wirft ja auch niemand irgendjemandem vor

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

– natürlich nicht; aber es ist notwendig, dass wir zu einer Entscheidung kommen – unterstützen, dass das Engagement, auch Deutschlands, in Afghanistan fortgesetzt wird.

Man liest gelegentlich, nichts sei gewonnen, nichts sei gelungen, alles sei verloren. Herr Kollege Kauder, Ihr Vergleich mit Vietnam, den Sie soeben gezogen haben, ist in meinen Augen sehr unzutreffend. Denn im Falle Vietnams ging es um eine Konfrontation von Blöcken. Hier geht es darum, dass eine friedliche Völkergemeinschaft gemeinsam den Terrorismus besiegen will. Das ist ein fundamentaler Unterschied; der historische Vergleich passt in keiner Weise.

(Beifall bei der FDP)

Umgekehrt muss denjenigen, die schreiben, es sei nichts gewonnen, von dieser Stelle aus noch einmal gesagt werden: In Afghanistan werden keine Menschen mehr aufgehängt, weil sie Fußball spielen. Frauen werden nicht mehr unterdrückt. Frauen, die vergewaltigt worden sind, werden nicht mehr gesteinigt, nach dem Motto: selber schuld. Die Menschen werden nicht mehr an Kränen hochgezogen, möglichst langsam, damit der Weg zum Tod besonders qualvoll ist.

Das sind in Wahrheit die Bilder und die Dinge, mit denen man sich auseinandersetzen muss. Wer heute behauptet, in Afghanistan sei nichts gewonnen, alles sei verloren, der vergisst, wie viele menschliche Schicksale unter den Taliban grausam zu Ende gekommen sind.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen bleiben wir dabei: Das ist ein humanitärer Auftrag der Menschlichkeit, der hier notwendig ist; er muss militärisch geschützt werden. Kein Entwicklungshelfer könnte in Afghanistan wirken und arbeiten, wenn es nicht den Schutz der Soldaten gäbe. Sie alle wären längst umgebracht worden; das gilt gerade für die westlichen Entwicklungshelfer.

In diesem Zusammenhang sage ich aber eines ganz klar – Herr Verteidigungsminister, ich halte es für notwendig, dass Sie das in Ihren Gesprächen ausdrücklich zum Thema machen –: Wir verbitten uns die wiederhol-

(C)

(D)

Dr. Guido Westerwelle

- (A) ten öffentlichen Belehrungen des NATO-Generalsekretärs. Der Deutsche Bundestag ist nicht ausführendes Organ des Generalsekretärs der NATO. Es ist ja wohl noch so, dass er ein Angestellter der NATO ist und wir nicht seine Befehlsempfänger sind.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das muss klar zum Ausdruck gebracht werden.

Frau Bundeskanzlerin, so wie die Regierung in der Außen- und Europapolitik eine überwiegend erfolgreiche Bilanz vorweisen kann, so ist es erstaunlich, dass Sie sich in der **Innenpolitik** von dem, was Sie einmal in Ihrer ersten Regierungserklärung als Motto Ihrer Regierungsarbeit ausgegeben haben, vollständig verabschiedet haben. Die erste Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in diesem Hohen Hause hatte die Überschrift: Mehr Freiheit wagen. Zwei Jahre später stehen Sie zur Bilanz an diesem Pult, und das Motto „Mehr Freiheit wagen“ kommt nicht einmal mehr als rhetorische Floskel bei Ihnen vor, geschweige denn, es würde mit Inhalt gefüllt.

(Beifall bei der FDP)

Das ist aus unserer Sicht ein Kardinalfehler dieser Regierung.

- (B) Beide Koalitionsfraktionen haben sich in Wahrheit von dem verabschiedet, was ihnen mittlerweile peinlich ist. Die SPD verabschiedet sich unter Schmerzen und lautem Getöse von der Agenda 2010. Die Union verabschiedet sich von den Beschlüssen ihres Leipziger Reformparteitages, leise, aber leider auch konsequent. Beides sind historische Fehler.

Man kann noch verstehen, dass Sie sagen, der Aufschwung in Deutschland komme von Ihrer Politik; wenn Sie das ernsthaft glauben, dann hat Deutschland wirklich ein Problem.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

Ihre ganzen guten Zahlen sind das Ergebnis einer fabelhaften weltwirtschaftlichen Entwicklung. Statt sich mit fremden Federn zu schmücken, müsste sich Deutschland die Frage stellen: Wie kann es eigentlich sein, dass die Weltwirtschaft seit vier Jahren wächst und der Aufschwung erst jetzt in Deutschland ankommt?

(Beifall bei der FDP)

Die Zeitverzögerung zeigt uns doch, dass wir strukturell immer noch nicht richtig aufgestellt sind.

Sie haben hier die Erfolgsbilanz vorgetragen. Sie haben in Ihrer Rede ausdrücklich gesagt: Erst einmal war es die Regierung, dann waren es die arbeitenden Menschen. Das ist eine interessante Reihenfolge. Die Art, wie Sie das hier vortragen, zeugt von einem interessanten Selbstverständnis. Der entscheidende Punkt ist: Sie sagen, das sei Ihr Aufschwung.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das hat keiner gesagt, Herr Kollege Westerwelle! Sie widerlegen eine nicht gemachte Behauptung!)

(C) Ich persönlich habe da ein Déjà-vu: Bundeskanzler Schröder 1999/2000. Das war genau dasselbe. Heute streiten Sie sich darüber, ob es ein Schröder-Aufschwung oder ein Merkel-Aufschwung ist. Damals war Herr Schröder frisch im Amt, und schon war es sein Aufschwung. Das ist besonders gefährlich, gerade in einer heiklen weltwirtschaftlichen Situation; wenn das nämlich Ihr Aufschwung ist, Frau Merkel, dann ist der nächste Aufschwung auch Ihr Aufschwung. Der nächste Aufschwung kommt bestimmt. Es wäre besser, wir würden jetzt strukturelle Reformen durchsetzen, damit uns der nächste Aufschwung nicht doppelt hart trifft.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind immer noch nicht gut aufgestellt. Wir sind aus der konjunkturellen Krise heraus; aus der strukturellen Krise sind wir es noch lange nicht.

Sie haben nicht mehr Freiheit gewagt. Vielmehr haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, mit Ihrer Bundesregierung in Wahrheit mehr Unfreiheit über die Menschen gebracht, und zwar schon allein, was das persönliche Verfügen der Bürgerinnen und Bürger über ihr Einkommen angeht. Sie verantworten die größte **Steuererhöhung** in der Geschichte dieser Republik. Noch keine Regierung vorher hat eine so hohe Steuererhöhung beschlossen: Mehrwertsteuer, Versicherungsteuer, Pendlerpauschale, Sparerfreibetrag, Eigenheimzulage und vieles mehr.

(D) Durch Ihre Politik steigen die Rentenbeiträge, die Beiträge zur Krankenversicherung und die Beiträge zur Pflegeversicherung. Mit anderen Worten: Eine vierköpfige Familie in Deutschland wird in diesem Jahr im Durchschnitt um 1 400 Euro mehr belastet als im Jahr zuvor.

(Dirk Niebel [FDP]: Pfui!)

Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass die Mehrheit der Deutschen das Gefühl hat, der Aufschwung gehe an ihnen vorbei. Sie müssen endlich einmal diejenigen entlasten, die dieses Land tragen, die den Karren ziehen. Sie reden über Heuschrecken und über Unterschichten. Aber denken Sie doch einmal an die Mitte dieses Landes, die als Leistungsträger überhaupt erst dafür sorgt, dass dieser ganze Wohlstand einschließlich der sozialen Gerechtigkeit erwirtschaftet werden kann. Auch diese Menschen müssen einmal etwas vom Aufschwung haben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Lafontaine, intellektuell hat Ihre Rede – das muss Ihnen jetzt nicht peinlich sein – mit den Reden der Damen und Herren der Regierungsfractionen eines gemeinsam: Sie alle setzen soziale Gerechtigkeit mit staatlicher **Umverteilung** gleich. Für Sie wächst die soziale Gerechtigkeit eines Landes, wenn die Umverteilung durch den Staat wächst.

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Nein!)

Deswegen sieht der Haushalt auch so aus. Noch niemals in der Geschichte hat es einen Haushalt mit derart hohen Steuereinnahmen gegeben. Übrigens wird immer mehr

Dr. Guido Westerwelle

- (A) in den Sozialstaat hineingezahlt, obgleich die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Trotzdem kommt bei den tatsächlich Bedürftigen weniger an. Dass die Kinderarmut wächst, obwohl die Ausgaben für den Sozialstaat steigen, zeigt doch eines: Soziale Gerechtigkeit hängt vor allen Dingen von der Treffsicherheit der Maßnahmen und nicht von dem Umverteilungsquotienten in dieser Republik ab.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Lafontaine, ich kann verstehen, dass Sie dem nicht zustimmen wollen. Es würde mich andererseits auch einigermaßen schockieren. Wenn Sie die Frage stellen: „Wer ist Deutschland?“, so rufe ich Ihnen zu: Auch Sie, Herr Lafontaine, sind Deutschland.

(Zuruf von der CDU/CSU: Kuba!)

Das ist manchmal schwierig, aber auch Sie sind Deutschland. – Übrigens nicht Kuba, Herr Lafontaine. Kuba ist es nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, Sie haben eben nicht mehr Freiheit gewagt, wenn es um die Lebenslage unserer Bürgerinnen und Bürger geht. Sie haben die Steuern erhöht, die Beiträge steigen, und das nennen Sie Reform. Da ist es kein Wunder, dass das Wort Reform allmählich zu einem Angstbegriff in der Bevölkerung wird.

- (B) Mehr Freiheit wagen bedeutet aber zu Beginn dieser mutmaßlich zweiten Hälfte der Legislaturperiode leider auch eine erhebliche Diskussion über den **Abbau von Bürgerrechten** in Deutschland. Onlinedurchsuchungen von privaten Computern, bis hin zu der Tatsache, dass der Bundesinnenminister öffentlich über die Unschuldsvermutung diskutiert, das öffentliche Erörtern des Tötens auf Verdacht, all das hat in diesen Monaten stattgefunden. Von einem Verfassungsminister erwarten wir etwas anderes.

Wenn Sie, Frau Bundeskanzlerin, sagen – denn auch Sie haben den Protest in Ihren eigenen Reihen gehört –, es gebe keine Denkverbote, so ist das in meinen Augen ein seltsames Amtsverständnis. Sie tun so, als ob der Innenminister ein Philosoph wäre, der ein paar Steine ins Wasser werfen könnte, und anschließend darf er sich an den Wellen ergötzen. Von einem Innenminister erwarten wir, dass er Freiheit und Sicherheit sieht. Man kann die Freiheit der Bürger nicht schützen, indem man sie aufgibt, meine Damen und Herren. Das ist ein kardinales Missverständnis, das bei Ihnen vorherrscht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben einen dramatischen Abbau von Bürgerrechten zu verzeichnen. Mich wundert, dass das in dieser Debatte überhaupt kein Thema mehr ist. Stichwort gläserner Bankkunde: Das Bankgeheimnis ist faktisch aufgehoben; man muss es so sagen. Wir erleben, dass der gläserne Patient vorbereitet wird. Die Datenschützer haben sich eindeutig geäußert. Jetzt gibt es auch noch den gläsernen Steuerbürger. Früher hieß es: Von der Wiege

bis zur Bahre Formulare, Formulare. Wenn das, was Sie beschlossen haben, Realität wird, dass nämlich die Daten des Steuerzahlers auch noch 20 Jahre nach dem Tod gespeichert werden sollen, dann heißt es: Von der Wiege bis zur Bahre plus 20 Jahre Formulare, Formulare. Das ist es, worüber wir reden. All das ist nicht „mehr Freiheit wagen“. Das ist in Wahrheit mehr Unfreiheit. Unter Freiheit verstehen wir nicht die Freiheit von Politikern, hier ihren Lieblingsprojekten nachgehen zu können. Unter Freiheit verstehen wir die real existierende Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, und zwar einschließlich der sozialen Freiheit vor Not. Aus unserer Sicht ist das völlig klar.

(Beifall bei der FDP)

Mehr Freiheit wagen müsste heute bedeuten, **Forschung und neue Technologien** zu unterstützen. Darauf gehen Sie aber gar nicht mehr ein. Das ist für eine Naturwissenschaftlerin erstaunlich. Ich weiß ja, dass Sie das anders sehen. Aber so, wie Sie beim Thema Afghanistan mit Ihrer Meinung nicht hinter dem Berg halten, könnten Sie doch auch einmal beim Thema neue Technologien die Meinungsführerschaft übernehmen. Gerade als Naturwissenschaftlerin könnten Sie etwas mehr den Verstand einschalten.

(Beifall bei der FDP)

Die Bio- und Gentechnologie werden weiter abgewickelt. Das Gentechnikgesetz könnte genauso gut von Frau Künast geschrieben worden sein. Es steht jetzt nur Seehofer darunter.

(Dirk Niebel [FDP]: Die sehen sich auch immer ähnlicher!)

(D)

Es hat sich substantiell nichts geändert.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt wird es ungenau!)

Das wollte ich zu den neuen Technologien sagen. Ich kann diesen Bereich leider nur streifen. Auch Sie kennen das Problem mit der kurzen Redezeit.

Wir bedauern, dass bei der Kernkraft in Wahrheit Stellvertreterdiskussionen stattfinden. Ich möchte einmal zitieren, was der alte Bundeswirtschaftsminister – so alt ist er noch gar nicht; jedenfalls ist er sehr jung im Kopf –, Wolfgang Clement, in diesem Monat geschrieben hat:

Dessen ungeachtet betreibt die Bundesregierung, namentlich der Umweltminister, einen in Europa einmaligen Kreuzzug gegen die heimischen Energieunternehmen und eine beispiellose Verteufelungskampagne gegen die Nutzung der Kernenergie.

Er fügte übrigens hinzu:

Die gelernte Physikerin im Kanzleramt jedenfalls lässt die Dinge ... treiben.

Präsident Putin hat in Australien Uranverträge abgeschlossen und kündigt an, er baut zu Hause 30 neue **Kernkraftwerke**. China will bis zum Jahre 2020 jedes Jahr ein Kernkraftwerk bauen. Frankreich fordert uns

Dr. Guido Westerwelle

- (A) auf, endlich von unserem Ausstiegskurs Abschied zu nehmen, weil es dem Klimaschutz dient. Wenn man sich diese Tatsachen vor Augen führt, dann ist es schlichtweg Geisterfahreierei, dass Sie nur noch eines in der Energiepolitik im Schilde führen, nämlich diese Erfolgstechnologie in Deutschland abzuwickeln. Wir brauchen beides: regenerative Energien – ja, dafür sind wir – und die friedliche Nutzung der Kernenergie, auf die wir im Interesse des Umweltschutzes und der Wirtschaft nicht verzichten können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schließlich geht es um die Frage, ob wir in Deutschland denn wirklich die Kurve gekriegt haben oder ob wir sie noch kriegen müssen. Sie sprechen von der Transparenz der **Finanzmärkte**; es ist vernünftig, dass Sie dieses Thema ansprechen. Sie sollten aber nicht so tun, als sei es damit getan, ein paar Regeln vorzuschlagen, und das Thema sei damit auf internationaler Ebene erledigt. Das ist unsachlich. Wenn Sie zu Recht anmahnen, dass die internationalen Finanzmärkte im Sinne von größerer Transparenz kontrolliert werden müssen – es wird Sie wundern, aber Sie hätten uns auf Ihrer Seite –, dann sage ich Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie dort anfangen müssen, wo Ihre eigene Regierung etwas zu sagen hat, nämlich bei den Staatsbanken, die im Augenblick auf den Finanzmärkten ein heillooses Durcheinander zulasten des deutschen Mittelstandes anrichten.

(Beifall bei der FDP)

- (B) KfW, IKB und Sachsen LB sind die Stichworte, die Sie alle kennen. Wer über Finanztransparenz spricht, sollte also erst einmal vor der eigenen Haustür kehren. Da, wo Sie Macht haben, müssen Sie sie einsetzen. Das tut der Finanzminister bedauerlicherweise nicht.

(Beifall bei der FDP)

Man kann festhalten, dass Sie in diesem Bundeshaushalt im Grunde genommen eine weitere Umverteilungspolitik beschließen. Sie steigern die Einnahmen über höhere Steuern und machen trotzdem noch Schulden. Das widerlegt übrigens auch Ihre These, es sei eine solide Finanzpolitik. Die junge Generation kann sich nur grausen, wenn sie sieht, dass die Steuern steigen und trotzdem noch mehr Schulden gemacht werden. Der Finanzminister sagt, er gibt uns einen aus, wenn es schon im Jahr 2010 einen **ausgeglichenen Haushalt** gibt. Er sagt das nur, weil er weiß, dass er dann nicht mehr Finanzminister ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Wir wollen es umgekehrt machen: Herr Steinbrück, wir geben Ihnen einen aus, wenn Sie es in dieser Legislaturperiode noch angehen, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Mit etwas mehr Ehrgeiz könnten Sie es schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie schaffen es aber nicht, weil die Devise dieser Regierung lautet: Bekommt ein schwarzer Minister mehr Geld, muss auch ein roter Minister mehr Geld bekom-

men. Das genau ist der Grund, warum es in Deutschland falsch läuft. Die Zeche zahlen die Bürger, weil die Steuern steigen. Der Staat hat nicht zu wenig Geld, er hat genug Geld. Er verplempert es aber in Bereichen, aus denen er sich besser raushalten sollte. Das ist das eigentliche Problem in diesem Lande.

(Beifall bei der FDP)

Das haben wir alles schon einmal gehabt: Hans im Glück! Peer im Glück! Wir wissen, wie es kam: Die UMTS-Lizenzen wurden versteigert, und 100 Milliarden Mark kamen rein. Die Strukturen wurden aber nicht verändert, und ein Jahr später hatten wir 5 Millionen Arbeitslose und die Staatsfinanzen waren völlig kaputt. Man müsste jetzt die gute Chance nutzen, jetzt die gute Konjunktur nutzen, um die für Deutschland wichtigen Hausaufgaben zu erledigen, damit wir, wenn es schlechter läuft, vorgesorgt haben, damit auch dann noch die Staatsfinanzen stimmen, damit auch dann noch Arbeitsplätze geschaffen werden, damit auch dann noch investiert wird.

Deswegen ist Ihr Beitrag zur Diskussion über die **Erbchaftsteuer** nur als rückwärtsgewandt zu bezeichnen. Österreich, Frankreich, alle zeigen uns, wie es geht. Sie schaffen die Erbschaftsteuer faktisch ab, und wir haben nicht einmal den Mut, die Verantwortung für die Erbschaftsteuer denen zu übertragen, die die Steuereinnahmen erhalten, nämlich den Ländern. Wo ist eigentlich Ihr föderales Bewusstsein, Männer und Frauen des Deutschen Bundestages?

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen: 2011 ausgeglichener Haushalt. Es gibt eine einfache Regel: Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen! Denn wer weiß, wie die Konjunktur im Jahr 2011 aussehen wird? Das ist zwar alles wohlfeil, aus unserer Sicht ist die Richtung aber falsch.

Es ist schon verrückt, wofür diese Regierung Geld hat. Wir geben China und Indien Entwicklungshilfe, nennen es nur nicht mehr so. Syrien – ausgerechnet Syrien – werden auf der Reise der Entwicklungshilfeministerin mal eben 44 Millionen Euro zugesagt. Die Steinkohlesubventionen steigen, werden nicht etwa abgebaut. Die Subventionen insgesamt steigen. Denken Sie an die Wirtschaftszuwendungen! Auch sie werden nicht abgebaut. Der allergrößte Hammer ist, dass Sie sogar bei den Investitionen Ihren Aufgaben nicht nachkommen. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass eine schwarz-rote Regierung für Investitionen in den Straßenbau weniger ausgibt als eine rot-grüne zum Schluss ihrer Amtszeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Westerwelle, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Sofort.

Dagegen geben Sie viel Geld für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aus. Das ist wohl wahr. Da steigern Sie die Ausgaben. Allein im Auswärtigen Amt steigt die

Dr. Guido Westerwelle

- (A) Zahl der Mitarbeiter für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von 45 auf 113. Und da rätselt die Presse noch, wer Kanzlerkandidat wird. Sie brauchen sich doch nur den Haushalt anzusehen. Sie müssen nur schauen, wo Pressesprecher eingestellt werden, dann wissen Sie schon Bescheid. Fragen Sie mich doch! Ich sage es Ihnen doch.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Auch der Kollege Struck hat gesagt, dass es darum geht, ab 2009 einen sozialdemokratischen Kanzler zu haben.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ich bitte darum!)

Ab sofort wartet Deutschland nur noch gespannt auf die Antwort auf die Frage: Wer soll es denn werden?

(Dr. Peter Struck [SPD]: Kann ich Ihnen sagen, Herr Westerwelle!)

Wir würden es an dieser Stelle gerne einmal hören. Dann können wir weiterreden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Westerwelle!

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Ein letzter Satz, bitte, Herr Präsident.

Es ist, wie es immer ist.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Schau'n wir mal!)

- (B) Das Erstaunliche aber ist, dass es bei Ihnen schon nach zwei Jahren so ist. Die Große Koalition ist zwar eine Zwangsehe, aber schon nach zwei Jahren geht es SPD und Union in dieser Regierung wie einem alten Ehepaar: Sie werden sich immer ähnlicher. Es ist ihnen Gott sei Dank noch peinlich.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Olaf Scholz von der SPD-Fraktion.

Olaf Scholz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Vorbemerkung: Es ist heute schon mehrfach über die Frage gesprochen worden, wie wir mit rechtsextremistischen Entwicklungen in diesem Lande umgehen und was wir gegen das Wirken der **NPD** tun können, dagegen, dass eine Partei mit öffentlichen Geldern rechtsextremistisches Gedankengut verbreiten kann und die Organisationsstrukturen für rechtsextremistische Tätigkeiten liefert. Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat heute gesagt, was uns alle gemeinsam bewegt: Wir müssen eine gute Untersuchung haben. Die Ämter für Verfassungsschutz in den Ländern und das Bundesamt sollen in den nächsten sechs Monaten einen Bericht vorlegen, aus dem wir ersehen können, was für verfassungswidrige und verfassungsfeindliche Aktivitäten die **NPD** betreibt, ohne dass auf nachrichtendienstliche Quellen zurückgegriffen werden muss. Der Fraktionsvorsitzende der **CDU/CSU** hat

gesagt, das könne er sich gut vorstellen. Ich bin dafür, dass wir schnell zu einer Vereinbarung über ein solches Vorgehen der Innenminister in Bund und Ländern kommen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Herr Westerwelle hat zum Thema **Afghanistan** angemerkt, dass hier ein gewisses Durcheinander herrsche. Das kann ich nicht wahrnehmen. Allerdings sind ein paar Informationen, die er als Ausgang seiner Bemerkungen genannt hat, falsch. Es handelt sich um die Information, dass wir alle hier uns verabredet hätten, im Herbst alle drei Mandate auf einmal zu verlängern. Ich war an einer solchen Verabredung nicht beteiligt. Ich kenne auch niemanden, der solch eine Verabredung getroffen hat. Es ist vielmehr umgekehrt. Wir haben gesagt: Dann, wenn diese Mandate auslaufen und ihre Verlängerung ansteht, soll auch darüber entschieden werden. Das ist genau der Weg, den man mit großer Besonnenheit für die Zukunft dieses Einsatzes gehen muss. Wir müssen alles dann entscheiden, wenn es an der Zeit ist, und nicht dann, wenn irgendjemand es auf den Terminplan setzt.

(Beifall bei der SPD)

Große Debatten zu diesem Thema hat es übrigens auch außerhalb dieses Hauses gegeben. Die **SPD-Bundestagsfraktion** hat sich sehr sorgfältig vorbereitet. Wir haben vor der Sommerpause in mehreren langen Sitzungen darüber diskutiert. Viele unserer Abgeordneten – und nicht nur diejenigen, die in den zuständigen Ausschüssen Mitglied sind – sind nach Afghanistan gefahren und haben sich dort ein eigenes Bild verschafft. Wir haben jetzt auch noch mit Vertretern der afghanischen Regierung diskutiert. Das war für uns alle sehr beeindruckend. Deshalb sind wir auf die Anträge der Bundesregierung gut vorbereitet. Wir sind auch sicher, dass es vernünftig ist, diesen Anträgen zuzustimmen. Das ist jedenfalls die Meinung der Führung der Fraktion der **SPD** und der Bundesregierung. Ich glaube, dass es auch so kommen wird, wenn die Entscheidungen jeweils anstehen. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der **CDU/CSU**)

Herr Westerwelle, es macht keinen Sinn, von Führungsunsicherheit zu sprechen, wenn man selber zum Beispiel in der Frage **UNIFIL** ein großes Durcheinander organisiert hat. Ich jedenfalls erinnere mich an eine Äußerung von Herrn Niebel, der gesagt hat, die **FDP** wolle dem Mandat zustimmen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Sie erinnern sich falsch!)

Dann erinnere ich mich an Aufrufe aus China von Herrn Hoyer, dass das alles so nicht gehen kann. Jetzt ist es wieder so, dass Sie sich diesem Mandat nicht unterstützend zur Seite stellen können. Das ist ein bisschen symptomatisch.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Durcheinander!)

Denn es ist so: Einerseits wollen Sie zeigen, dass Sie eine vernünftige außenpolitische Linie haben. Anderer-

Olaf Scholz

- (A) seits suchen Sie kleine Punkte, bei denen Sie zeigen können, dass Sie auch anderer Meinung sind. Ich finde, das ist nicht führungsstark, sondern ein Durcheinander. Sie sollten das in Ordnung bringen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sanieren, Reformieren und Investieren und dabei die Lasten gerecht auf die Schultern verteilen – das ist das Motto des Koalitionsvertrages. Sanieren, Reformieren und Investieren und dabei die Lasten gerecht auf alle Schultern verteilen – das ist auch das Thema der Regierungstätigkeit der Sozialdemokraten seit 1998. Wenn im nächsten Jahr die Sozialdemokratische Partei die Regierung dieses Landes seit zehn Jahren getragen haben wird, wird man die große Konstanz der sozialdemokratischen Bemühungen feststellen. An der Stelle hat Herr Westerwelle recht: Was die Kanzlerin heute gesagt hat, hätte sie auf dem Leipziger Parteitag als CDU-Vorsitzende nicht gesagt; aber heute hat sie recht. Das finden wir Sozialdemokraten in Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sanierend, reformierend und investierend

(Jürgen Koppelin [FDP]: Und abkassierend!)

- (B) ist es uns gelungen, unser Land wieder zukunftsfähig zu machen. Ich finde, dass man das feststellen darf und muss, auch wenn man gleichzeitig erkennen kann, dass ein großer Teil unserer Menschen von dieser besseren Entwicklung noch nichts mitbekommen hat. Es ist absurd, eine Rede zu führen, die lautet: Alles ist gut. Aber es ist genauso absurd, eine Rede zu führen, die lautet: Alles ist schlecht. Keinem, der eine solche Rede hält, kann man irgendetwas glauben. Kein Bürger und keine Bürgerin kann auf einen Politiker, der so ein undifferenziertes Zeug erzählt, setzen. Die große Zahl der Bürger wird das auch nicht tun.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich ist es unsere gemeinsame Aufgabe, unsere Erfolge zu beschreiben, weil sie der Ansporn für die nächste Zeit sind, und gleichzeitig zu sagen, dass noch etwas zu tun ist, damit alle Menschen in diesem Lande am Aufschwung teilhaben können. Aufschwung für alle, auch das ist eine sozialdemokratische Forderung, die viele andere jetzt übernommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zu unserer Tätigkeit seit 1998 gehört, dass wir die Haushalte strukturell konsolidiert haben und damit die Grundlage dafür geschaffen haben, dass der Staat seine Aufgaben im Interesse unseres Gemeinwesens auch in Zukunft erfüllen kann. Ich glaube, wir sollten bei dieser Haltung bleiben. Deshalb begrüße ich sehr, dass sich im Rahmen der Beratungen der Föderalismuskommission unter dem Stichwort **Schuldenbremse** offenbar ein Konsens abzeichnet.

(Joachim Poß [SPD]: Ja!)

(C) Ich bin übrigens dafür, dass wir dieses Vorhaben noch in dieser Legislaturperiode in Angriff nehmen. Wenn wir einen geeigneten Weg finden, sollte der Beschluss, den wir dann fassen, auch für die nächste Legislaturperiode gelten. Denn das würde dazu führen, dass manche Pläne im Hinblick auf den nächsten Bundestagswahlkampf, über die schon jetzt berichtet wurde, gleich wieder in den Schredder wandern könnten.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja, das stimmt!)

All die Versprechungen von Steuersenkungen, die von dem einen oder anderen gemacht worden sind, passen nicht zur öffentlichen Debatte über die Einführung einer Schuldenbremse. Ich glaube, dass in manch einer Parteizentrale – das sage ich insbesondere mit Blick auf unseren Koalitionspartner – neue Pläne erarbeitet werden müssten, wenn wir im Rahmen der Föderalismusreform beschließen, eine Schuldenbremse einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger würden dann allerdings einen fairen Wahlkampf erleben. Denn jeder von uns wüsste: Es erwischt ihn, wenn er den Mund zu voll nimmt.

(D) Meine Damen und Herren, wir haben die **sozialen Sicherungssysteme** saniert. Wir haben dafür gesorgt, dass die Höhe der Einnahmen und die Höhe der Ausgaben wieder zusammenpassen und dass die Beitragssätze, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für Unternehmen gelten, zwar hoch sind – keine Frage –, aber doch so erträglich, dass sie bereit sind, bei diesen Schritten mitzumachen, und dass die Leistungen, die davon finanziert werden, so vernünftig sind, dass man sich auf den Sozialstaat in diesem Lande verlassen kann.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Richtig!)

Wir haben – auch das gehört zu den Reformen – die Arbeitsvermittlung reformiert. Recht haben all die, die sagen: Deutschland hat vor allem deshalb ein Problem, weil es so viele Menschen gibt, die lange Zeit arbeitslos sind. Gerade deshalb ist es entscheidend, dass wir es als unsere wichtigste Aufgabe ansehen, die Bundesagentur für Arbeit zur am besten funktionierenden öffentlichen Institution zu machen, die den Menschen zur Seite steht und ihnen durch die Arbeitsvermittlung hilft, dem Schicksal der Arbeitslosigkeit zu entrinnen.

Zur Politik, die seit 1998 gemacht wurde, gehört unter der Überschrift „Sanieren, Reformieren, Investieren“ auch, dass wir die Betreuung der Kinder verbessert und den Ländern und Gemeinden beim Aufbau des Systems der Kinderbetreuung geholfen haben. Das ist die Grundlage für die Situation, in der wir uns heute befinden.

Mir ist wichtig, zu betonen, dass wir dabei so vorgegangen sind, wie es auch Unternehmen, die in einer wirtschaftlichen Krise sind, tun. Ein Unternehmen, das in einer wirtschaftlich schwierigen Situation ist, muss saniert werden; es muss neu aufgestellt werden – auf unserem Feld heißt das, dass es Reformen geben muss –, und es muss in die Zukunft investieren, damit es auch dann gut funktioniert. Genau das haben wir in Bezug auf unser Land geschafft. Bei einem Unternehmen, das seine

Olaf Scholz

- (A) Sanierung erfolgreich bewältigt hat, spricht man davon, dass ein Turnaround stattgefunden hat. Ziel von Sanierungen, Neuaufstellungen und Investitionen ist die Umkehr ins Positive, von einer Situation des Abschwungs in eine Situation des Aufschwungs. Das ist auch uns gelungen. Heute können wir berichten: Der Turnaround ist geschafft.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr wahr!)

Am wichtigsten ist der Abbau der Arbeitslosigkeit. Wir müssen dafür sorgen, dass noch mehr Menschen einen Arbeitsplatz finden. Es ist aber auch wichtig, dass der Sozialstaat wieder eine Zukunft hat. Die Menschen können sich auf die Rentenversicherung, die Krankenversicherung, die Pflegeversicherung, die Arbeitslosenversicherung und die Unfallversicherung wieder verlassen.

Das hat übrigens auch politische Folgen – diesen politischen Turnaround vermag wahrscheinlich niemand so recht zu ermessen –: Plötzlich will die FDP neosozial sein.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja! – Joachim Poß [SPD]: Nach ihren heutigen Reden wohl nicht mehr! – Jürgen Koppelin [FDP]: Na, na! – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Jetzt hör' aber auf!)

Das wird schon irgendwie funktionieren. Unser Koalitionspartner möchte herausfinden, inwieweit „konservativ“ und „sozial“ zusammenpassen. Die Grünen bleiben ungefähr bei dem, was sie mit uns gemeinsam begonnen haben. Die sogenannte Linke sagt immer nur mehr, mehr, mehr.

Wenn man das aber alles zusammenfasst, stellt man fest: Es hat doch eine Änderung des Zeitgeistes gegeben. Während die Meinungsführer der Republik vor wenigen Jahren noch gesagt haben, der Sozialstaat habe keine Perspektive und man solle ihn abbauen, ist diese Meinung heute nicht mehr vorherrschend. Das ist ein Erfolg sozialdemokratischer Regierungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir sind in einer schwierigen Phase. Politisch ist nämlich das, was wohl für jedes Unternehmen gilt, nicht so selbstverständlich. Während ein Manager, der für sein Unternehmen einen Sanierungsplan entwickelt und durchsetzt, vorher den Moment beschreiben muss, in dem der **Turnaround** gelingen soll, und nachher stolz über ihn berichten darf, ist ein Politiker, der einen Turnaround ankündigt oder als geschafft vermeldet, in der politischen Gefahr, ins Abseits zu geraten. Denn Reformen zu sein verkommt doch – wenn man die politische Szene beobachtet – bei dem einen oder anderen immer mehr zu einem Ritual, bei dem man sich so gibt, als fordere man eine scharfe Reform. Aber tatsächlich ist das doch völlig unvernünftig.

Wenn wir uns auf den Weg machen, auch mit schwierigen Maßnahmen dafür zu sorgen, dass der Sozialstaat, auch der Sozialversicherungsstaat, wieder funktioniert, dann müssen und dürfen wir den Menschen auch sagen, dass der Turnaround gelungen ist und es jetzt um den

Ausbau von Maßnahmen geht. Deshalb hat der Parteivorsitzende der SPD völlig recht, wenn er sagt, die Zeit der Zumutungen sei vorbei. Das eine gehört zum anderen und bildet damit eine Einheit. Wir Sozialdemokraten haben es zustande gebracht, dass wir jetzt wieder über den Ausbau von Maßnahmen und Investitionen in die Zukunft, die wir benötigen, diskutieren können.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens passt das Programm von Meseberg gut dazu. Deshalb macht es auch Sinn, dass wir in dieser Haushaltsdebatte noch ein paar Minuten darauf verwenden, das zu bedenken. Unserer Ansicht nach muss zum Beispiel dafür gesorgt werden, dass Menschen, die hart arbeiten und wenig verdienen, nicht auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Wir brauchen weitere Branchen, die in das **Entsendegesetz** aufgenommen werden. Nach der Bauwirtschaft und den Gebäudereinigern sollen das in diesem Herbst noch die Erbringer von Postdienstleistungen sein sowie alle diejenigen, die sich bis zum Frühjahr nächsten Jahres melden. Das wird Millionen Menschen, die es heute schwer haben, ein besseres Leben bescheren. Es ist eine vernünftige Politik, die wir in diesem Zusammenhang entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für die Mindestarbeitsbedingungen und den Erwerbstätigenzuschlag. Mit großer Freude habe ich festgestellt, dass diese Idee, die wir vorangebracht haben, nicht nur in Meseberg eine Rolle gespielt hat, sondern jetzt auch von unserem Koalitionspartner auf seiner Klausurtagung am Wochenende unter einem ähnlichen Namen für gut befunden wurde. Es wird also gelingen, weitere Fortschritte zu machen. Das ist nicht nur gut für die Parteien, sondern vor allem für die Menschen, um die es geht; sie haben es bitter nötig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr richtig!)

Wir investieren in die Zukunft, indem wir etwas für die Bildung tun. Darum wollen wir, dass die Menschen besser ausgebildet werden, sodass wir den Fachkräftemangel reduzieren können. Auch die Altbewerber wollen wir auf dem Berufsausbildungsmarkt besser unterstützen.

Ferner müssen wir etwas für die Kinder tun, indem wir denjenigen Eltern helfen, die ihre Kinder in einer Einrichtung unterbringen wollen, in der sie nicht einfach abgestellt werden, sondern beste Betreuung bekommen. Der Rechtsanspruch auf einen **Kindergartenplatz** ab 2013 ist ein großer politischer Fortschritt, der die Kultur des Zusammenlebens in unserem Lande wahrscheinlich mehr bewegen wird, als mancher sich angesichts dieser Formalie auszudenken vermag.

(Beifall bei der SPD)

Es bedeutet, dass unser Land endlich zu den anderen Ländern Europas aufschließt, in denen es selbstverständlich ist, dass das, was die Eltern sich für ihre Kinder wünschen, zur Verfügung steht. Es wäre ein großer Erfolg, wenn wir das schaffen.

Olaf Scholz

- (A) Wenn in dieser Großen Koalition vollendet werden kann, was wir 1998 begonnen haben, wäre das ein großer Themen- und Paradigmenwechsel in dieser Republik, der nicht alle Tage gelingt. Davon kann man als Erfolg berichten.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Max Straubinger von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Max Straubinger (CDU/CSU):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir, die Bundesregierung und natürlich die sie tragenden Fraktionen, können heute Bilanz ziehen. Es ist schon vielfältig angesprochen worden: Der **Aufschwung in Deutschland** hat sich verstetigt, es geht aufwärts in Deutschland. Damit werden die Zukunftschancen der Menschen natürlich besonders befördert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies wird mit der Einbringung des Bundeshaushalts deutlich, mit dem wir unter dem Motto „Sanieren, Reformieren, Investieren“ in den verschiedensten Bereichen die Grundlagen für ein zukunftsfähiges Deutschland legen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Natürlich ist die Einbringung des Haushalts für die Oppositionsparteien Anlass, in einzelnen Bereichen Kritik zu üben. Doch ich wende mich dagegen, dass den Menschen Zerrbilder gezeichnet werden, wie es heute wieder die linken Oppositionsfraktionen getan haben, insbesondere die Fraktion Die Linke, vor allen Dingen im Bereich der Sozialpolitik. Aber auch die FDP hat, was die Wirtschaft angeht, ein Zerrbild gezeichnet: Der Aufschwung in Deutschland rührt nicht von einem weltwirtschaftlichen Aufschwung her, sondern daher, dass die Bundesregierung seit ihrem Antritt die Wachstumskräfte mit den verschiedensten Programmen gestärkt hat: mit dem 25-Milliarden-Euro-Programm von Genshagen, durch verbesserte Abschreibungsbedingungen der Betriebe – Stichwort „degressive Abschreibung“ –; durch die Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen und dergleichen mehr. Das hat zum Aufschwung in Deutschland beigetragen und damit auch zu mehr Arbeitsplätzen in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Linke hat das kleingeredet, hat behauptet, wir hätten prekäre Arbeitsverhältnisse in Deutschland.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Die haben wir!)

Sie hat kritisiert, dass wir 1-Euro-Jobs haben, dass wir Minijobs haben. Doch gerade wir als Union sind stolz darauf, dass wir die Möglichkeit der Minijobs geschaffen haben, weil diese für die Menschen in Deutschland

eine Chance sind, wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert zu werden. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Sie alle diese Arbeitsplätze nicht haben wollen, dann berauben Sie die Menschen in Deutschland ihrer Chancen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

Jetzt, zwei Jahre nach Regierungsantritt, haben wir in einigen Bereichen einen **Fachkräftemangel**. Darüber hinaus gibt es an mancher Stelle sogar einen Arbeitskräftemangel: Erst letzten Freitag hat mich ein Unternehmer angerufen, er braucht für seinen Betrieb unbedingt Arbeitskräfte, und zwar für leichte Tätigkeiten wie das Einpacken von Osterhasen bzw. Nikoläusen. Er findet keine Arbeitskräfte. Gut, ich komme aus einer Region, in der die Arbeitslosigkeit bei 3,7 Prozent liegt – auch ein Erfolg dieser Bundesregierung. So ist die Lage sicherlich nicht in allen Gegenden. Ich wünsche aber allen in unserem Land, dass sich die Aufschwungskräfte so durchsetzen. Doch wenn, wie der Unternehmer berichtet hat, 31 Personen angeschrieben werden und sich 27 bei ihm überhaupt nicht melden, dann muss man darüber nachdenken, ob unsere Instrumentarien funktionieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Allerdings!)

Wir haben morgen Gelegenheit, uns darüber auszutauschen. (D)

Ein Zweites: Wir werden in dieser Großen Koalition, die sehr erfolgreich arbeitet, in der es bei einzelnen Themen natürlich unterschiedliche Ansichten gibt, intensiv über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, über den Mindestlohn und über Gesetze, die die Arbeitsbedingungen umfassen, diskutieren. Ich bitte aber, auch hier die Scheuklappen abzunehmen und auf die Realität einzugehen. In Freyung in Niederbayern hatten wir im Winter 1984 eine Arbeitslosigkeit von 42 Prozent. Jetzt haben wir eine Arbeitslosigkeit von 6 Prozent. Niederbayern hätte – davon bin ich überzeugt –, wäre unter den damaligen Gegebenheiten der hohen Verdienste im Ruhrgebiet, in Westdeutschland ein gesetzlicher Mindestlohn verordnet worden, den Aufstieg nicht so geschafft, wie wir ihn in der Zusammenarbeit mit den Menschen hier in Deutschland geschafft haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch dies muss uns zu denken geben. Bei allem, was wir zukünftig an gesetzlichen Initiativen ergreifen, muss gelten: Sie müssen den Menschen dienen und die Chancen der Menschen vermehren. Sicherlich werden wir die Änderungswünsche, die die Fraktionen noch in einzelnen Bereichen haben werden, in diesem Bundeshaushalt berücksichtigen.

Was die **Familienpolitik** angeht, wollen wir den Eltern in unserem Land Wahlfreiheit ermöglichen. Wir haben das Elterngeld eingeführt und sind auch für einen

Max Straubinger

- (A) Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz. Notwendig ist aber gleichermaßen ein Betreuungsgeld für diejenigen, die keine staatlichen Betreuungsleistungen in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Dieser Bundeshaushalt bietet die Grundlage dafür, den starken Aufschwungkräften in Deutschland zukünftig wieder mehr Raum zu geben. Deshalb bitte ich alle in diesem Hause: Lassen Sie uns intensiv zusammenarbeiten, um die Zukunftsfähigkeit unseres schönen Landes zu stärken.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Klaas Hübner von der SPD-Fraktion.

Klaas Hübner (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stimme meinem Vorredner ausdrücklich zu: Der derzeitige **wirtschaftliche Aufschwung** hat auch etwas damit zu tun, dass wir – übrigens schon unter Gerhard Schröder – eine Reformpolitik eingeleitet haben, die erfolgreich war. Ich bin froh, dass wir auch in der Großen Koalition das, was wir unter Rot-Grün begonnen und als Agenda 2010 bezeichnet haben, konsequent fortsetzen.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wahr ist auch, dass der Aufschwung nicht allein durch die Politik bewirkt wurde. Wir wissen durchaus, dass die Unternehmen und insbesondere die Arbeitnehmer einen starken Beitrag dazu geleistet haben. Die Unternehmen haben sich in der Zeit der Stagnation so gut aufgestellt und so stark erneuert, dass sie die neuen Exportmöglichkeiten sofort wahrnehmen konnten. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Gewerkschaften haben in den letzten zehn Jahren durch eine sehr moderate Lohnpolitik mit dazu beigetragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen gestiegen ist. An der Stelle muss man den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Gewerkschaften dafür danken, dass sie daran mitgewirkt haben, dass Deutschland wirtschaftlich wieder an Stärke gewinnt.

Ich bin froh, dass wir das tun. Wir haben gemeinsam vor, eine Form der **Mitarbeiterbeteiligung** zu finden, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Unternehmungen beteiligen zu können. Wir haben das Vorhaben Deutschlandfonds genannt. Sie haben eine ähnliche Vorstellung. Ich bin sehr froh, dass es sich die Bundesregierung und die Große Koalition auf die Fahne geschrieben haben, die stärkere Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Unternehmenserfolgen umzusetzen und voranzutreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Dass Politik durchaus wirtschaftliche Kräfte mobilisieren kann, zeigt sich auch, wenn wir Bilanz ziehen, was seit der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern passiert ist. Dort ist eine sehr große gesamtstaatliche und **gesamtgemeinschaftliche Leistung** vollbracht worden. Wir haben in den neuen Bundesländern in kurzer Zeit die Infrastruktur neu geschaffen und die Wirtschaftskraft neu belebt. Dafür gibt es, wie ich glaube, in der europäischen Geschichte kein Beispiel. Es ist eine sehr starke Leistung, mit der die Politik bewiesen hat, dass man mit Entschlossenheit etwas voranbringen kann.

(C)

Ich weiß, dass manche Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern manchmal etwas neidisch auf die vielen neuen Häuser und Straßen im Osten sind. Ich warne aber vor Neid. Im Gegenteil: Wir sollten stolz darauf sein. Es wäre doch ein Skandal gewesen, wenn das ausgegebene Geld nicht so gut investiert worden wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie uns gemeinsam stolz auf diese gesamtgesellschaftliche Leistung sein, die wir dort vollbracht haben.

Es ist auch richtig, dass wir angefangen haben, den Osten besonders zu fördern, weil in einem Wettbewerb der Regionen derjenige, der wie bei einem Wettkampf erst nach den anderen starten kann, unausgleichbare Nachteile hat. Dafür mussten wir einen Ausgleich finden. Deswegen mussten wir eine Sonderförderung für die neuen Bundesländer einführen, damit sie die Chance haben, im Wettbewerb der Regionen zu bestehen.

Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, dass wir den von uns beschlossenen **Solidarpakt** unangetastet lassen.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich weise noch einmal darauf hin, dass der Solidarpakt degressiv ausgestaltet ist. Das heißt, ab dem Jahre 2009 werden die Zahlungen aus dem Solidarpakt an die neuen Bundesländer nicht wie im Moment ein wenig, sondern massiv zurückgehen. 2019 enden sie. Verschiedentlich wird schon jetzt eine Diskussion über fast alle Parteigrenzen hinweg darüber geführt, ob die Zahlungen noch früher eingestellt werden sollten. Wenn das geschieht, tun Sie den Finanzministern in den neuen Bundesländern keinen Gefallen; denn es sind gerade die neuen Bundesländer, die erkannt haben, wie schwierig ihre Lage ist. Wir haben es dort mit Haushalten zu tun – das kennen wir weder im Westen noch im Bund –, deren Umfang bis zum Jahre 2019 um 25 Prozent abnehmen wird. Ein Land wie Sachsen-Anhalt, das heute einen Etat von 10 Milliarden Euro hat, wird 2019 wegen der ausbleibenden Zahlungen aus dem Solidarpakt wahrscheinlich nur noch über 7,5 Milliarden Euro verfügen. Vor diesem Hintergrund sind alle neuen Bundesländer dabei, ihre Haushalte zu konsolidieren, nicht nur für ausgeglichene Haushalte zu sorgen, sondern sogar Überschüsse zu erwirtschaften, um die Schulden abzubauen; denn sie wissen genau, dass ihnen die gewaltigen Zinslasten, die sie momentan zu tragen haben, später jede Möglichkeit aktiver politischer Gestaltung zunichte machen würden. Wir sollten daher keine Debatte über ein vorzeitiges Ende des Solidarpaktes führen, sondern die

Klaas Hübner

- (A) Finanzminister jeder Couleur in den neuen Bundesländern in ihren Bemühungen unterstützen. Die Zahlungen 2019 einzustellen, ist richtig. Sie dürfen aber nicht vorher enden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mir ist natürlich durchaus klar, dass viele Programme, die sich in den neuen Bundesländern bewährt haben, auch in den alten Bundesländern anzuwenden sind. Wir haben begonnen, dort, wo es sinnvoll ist, Programme für die alten Bundesländer zu öffnen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Gemeinschaftsaufgabe Ost, in die wir den Westen einbezogen haben. Das war richtig. Das ist in meinen Augen die zielgenaueste Wirtschaftsförderung, die wir betreiben können; denn dort werden gezielt Investitionen gefördert, wo Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir sollten alles daran setzen, diese Förderung aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich sage an die Adresse der Bundesregierung: Wir haben in den letzten Haushaltsberatungen GA-Mittel entgegen dem Regierungsentwurf um 50 Millionen Euro angehoben. Herr Glos hat dies im nun vorliegenden Regierungsentwurf leider nicht fortgeschrieben. Ich hätte mir gewünscht, dass dieses Niveau gehalten worden wäre. Ich hoffe aber – ich habe Vertrauen in die Haushälter –, dass wir hier zumindest eine Korrektur im Rahmen der weiteren Haushaltsberatungen vornehmen.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Gleiche gilt auch für den **Stadtumbau Ost**. Wir hatten große Schwierigkeiten, weil die Städte Ostdeutschlands unter einer starken Entvölkerung zu leiden hatten. Auch dieses Programm haben wir mittlerweile für Städte in Westdeutschland geöffnet – Stichwort Stadtumbau West –, weil diese vor ähnlichen Problemen stehen. Uns ist vollkommen bewusst, dass wir nach 2019 nicht mehr über eine Ostförderung oder eine Westförderung reden werden, sondern dass wir über die Förderung strukturschwacher Regionen reden müssen, damit solche Regionen möglichst schnell Anschluss an strukturstarke Regionen finden. Das gilt für Gesamtdeutschland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vor diesem Hintergrund sage ich an die Adresse der Bildungsministerin: Es ist sehr lobenswert, was wir im Bereich Forschung und Entwicklung machen, auch im Hinblick auf die Exzellenzinitiative. Wir müssen aber bei den Ausschreibungsbedingungen aufpassen, dass wir nicht nur Geld dorthin fließen lassen, wo bereits gewaltige Stärken da sind. Vielmehr müssen wir diese Mittel dazu nutzen, **schwachen Regionen** eine Chance und einen Impuls zu geben, aus eigener Kraft zu wachsen und sich mit neuen Produkten auf neuen Märkten zu etablieren. Hier müssen wir auf Ausgeglichenheit achten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schwache Regionen haben in der Regel kaum eine Chance, aus eigener Kraft neue Industrien anzusiedeln und in Bereiche zu investieren, in denen schon gesättigte Märkte bestehen. Ein Verdrängungswettbewerb wird wahrscheinlich nicht funktionieren. Deshalb ist es entscheidend, dass gerade in den innovativen Bereichen etwas für strukturschwache Regionen – diese liegen momentan noch überwiegend in Ostdeutschland – getan wird.

Wir haben aber auch Erfolgsgeschichten zu verzeichnen. Im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere der Solarenergie, haben wir mittlerweile Cluster in den neuen Bundesländern gebildet, die eine echte Vorreiterrolle einnehmen. Ein Beispiel: Zehn Jungunternehmer haben sich vor fünf Jahren in meinem Wahlkreis aufgemacht und ein Solarzellenwerk gegründet. Sie haben mit zehn Beschäftigten begonnen. Heute sind es 1 500. Mittlerweile sind weitere Investoren aus Kanada und den USA dorthin gezogen, sodass an diesem Standort 5 000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Wahrscheinlich werden es 10 000 bis zum Jahr 2010 sein. Es lohnt sich also, solche Impulse durch staatliche Förderung zu geben. Das macht für strukturschwache Regionen Sinn; denn sie können dadurch an eigener Kraft deutlich gewinnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Insgesamt gesehen sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – auch in den neuen Bundesländern – gar nicht schlecht. Man soll auch nicht alles kaputt- und schlechtreden. Durch den Beitritt der osteuropäischen Staaten hat die Bevölkerung der Europäischen Union um 20 Prozent, die Wirtschaftskraft aber nur um 5 Prozent zugenommen. Daran zeigt sich, welches enormes Expansionspotenzial in der Öffnung der osteuropäischen Märkte liegt. Natürlich haben wir alle Möglichkeiten, dieses Potenzial in den Nachbarländern auszuschöpfen. Eine Studie der Hypo-Vereinsbank sagt, dass gerade die neuen Bundesländer davon profitieren werden. Sie prognostiziert einen Anstieg des Exports von 20 Prozent. Das ist etwas Gutes, und ich finde, auch das soll man sagen. Man muss den Menschen Mut machen und ihnen sagen, welche Chancen in der Öffnung Osteuropas liegen. Man darf das nicht immer nur schlechtreden und Angst machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will in diesem Zusammenhang auf eine Schwachstelle in der ostdeutschen Gesellschaft eingehen: Das ist die **Anfälligkeit für rechtsradikale Handlungen** und deren teilweise Verharmlosung. Ich bin für eine deutliche Ansprache an dieser Stelle. Ich weiß und kann ein bisschen verstehen, dass manche Landesväter dieses Problem lieber schönreden, aber das bringt nichts. Wenn Probleme da sind, müssen sie benannt werden. Die Benennung ist die Grundlage für die Bekämpfung eines Problems. Wir gewinnen nichts, wenn wir irgendetwas verharmlosen. Ich bin in den letzten drei Wochen vorwiegend in den neuen Bundesländern viel unterwegs gewesen und habe mit vielen Bürgermeistern und Landräten gesprochen. Alle sagen, dass in dieser Beziehung

Klaas Hübner

- (A) Gefährdungen bestehen, gegen die etwas getan werden muss. Wenn wir nichts tun, dann hat das übrigens auch Einfluss auf die Attraktivität für ausländische Investoren. Darum sollten wir etwas tun.

Das **NPD-Verbot** ist sehr dezidiert diskutiert worden. Ich weiß um die Schwierigkeit dieser Thematik, und ich weiß auch, dass wir sehr vorsichtig vorgehen müssen. Aber insgesamt ist der Wunsch von fast allen Politikern auf allen Ebenen gewesen, dass wir ein NPD-Verbot wirklich ernsthaft, wenn auch mit aller Vorsicht, angehen; denn es kann nicht sein, dass wir dieser Partei aus Steuermitteln einen finanziellen Nährboden geben, so dass diese im Osten weiter ihr Unwesen treiben kann. Dem müssen wir einen Riegel vorschieben.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin daher der festen Überzeugung, dass man auf die Berichte, die man von den Landesverfassungsschutzämtern und vom Bundesverfassungsschutz bekommen kann, zurückgreifen soll, also auf das, was frei erhältlich ist, und dass man sich nicht der V-Leute bedienen sollte. Dann kann man ernsthaft Fakten sammeln und schauen, ob man ein Verbotverfahren anstrengen kann. Es ist übrigens – auch das will ich deutlich sagen – gerade in der jungen Demokratie der neuen Bundesländer wichtig, so etwas zu tun, weil eine solche Partei, wenn sie nicht verboten ist, leider in manchen Köpfen eine Form von Legalität hat. In meinen Augen hat sie diese nicht; denn sie arbeitet gegen die Verfassung. Darum noch einmal mein Wunsch an das gesamte Haus und an die Bundesregierung: Lassen Sie uns entschlossen und trotzdem vorsichtig vorgehen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang will ich Teilen der Linkspartei sagen: Man muss aufpassen, welchen Nährboden man manchmal mit bestimmten Reden bereitet. Wenn Ihr Fraktionsvorsitzender wie in Chemnitz, vielleicht im rhetorischen Überschwang, mit Begriffen wie Fremdarbeiter und ähnlichen jongliert, dann ist das nicht produktiv. Da sollte man vorsichtig sein und aufpassen. Damit wird nicht die demokratische Stimmung gefördert, die wir alle wollen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da macht die Linke offenbar rhetorische Anleihen!)

Ich warne sehr davor, damit weiterzumachen.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt gesehen, so glaube ich, ist die Koalition auf einem guten Weg. Sie steht in der Kontinuität der Reformpolitik, die wir Sozialdemokraten 2003 begonnen haben und die wir gemeinsam mit der Union fortsetzen. Der Dreiklang von Sanieren, Reformieren und Investieren ist der richtige Dreiklang für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Ich bin sehr sicher, dass wir bis 2009 gemeinsam eine gute Politik für das Land machen können und machen werden. Ich bin guter Hoffnung, dass wir Sozialdemokraten nach einem knackigen Wahlkampf gut dastehen werden. Zunächst geht es aber darum, die nächsten zwei Jahre eine gute Arbeit zu machen. Wir sind dazu bereit.

Ich danke Ihnen.

(C)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Staatsminister Bernd Neumann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bereits zum dritten Mal legt diese Bundesregierung einen Haushaltsentwurf im Bereich „Kultur und Medien“ vor, der eine Steigerung der Ausgaben vorsieht.

(Beifall der Abg. Rita Pawelski [CDU/CSU])

Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Das erkennt man, wenn man einen Blick auf Länder und Kommunen wirft. Seit dem Regierungswechsel wurden die Ausgaben des Bundes für die Kultur in Deutschland von 2005 bis 2008 um insgesamt 6,4 Prozent gesteigert. Ich denke, diese Zahlen sagen mehr als schöne Worte etwas darüber aus, welche Bedeutung die Bundesregierung der Kultur zumisst.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe es bereits mehrfach gesagt – es steht auch in der Koalitionsvereinbarung –: Kulturförderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft. Dies ist im ideellen wie im finanziellen Sinn gemeint. Das Beispiel unseres neuen **Deutschen Filmförderfonds** zeigt, dass Kulturförderung auch eine handfeste wirtschaftliche Seite hat.

(D)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Manche sagen, der heiße Neumann-Fonds!)

Dieser Filmförderfonds hat bereits erhebliches zusätzliches Kapital nach Deutschland gezogen und eine beträchtliche Zahl zusätzlicher Arbeitsplätze in den Studios geschaffen. Deutschland ist auch für internationale Produktionen attraktiv geworden. Die deutschen Filmstudios erleben derzeit einen beispiellosen Boom. Wenn dadurch beim deutschen Film Aufbruchstimmung herrscht, ist das ein Erfolg, auf den man ruhig hinweisen darf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Doris Barnett [SPD] – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr! Tue Gutes und rede darüber!)

Die **Deutsche Welle** war unter der Vorgängerregierung – man muss es so sagen – eher die Sparbüchse des Kulturretats. Das war ein Fehler. Gerade in Zeiten der Globalisierung brauchen wir einen starken Auslandsender, eine unüberhörbare deutsche Stimme für Freiheit und Demokratie.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das muss sein!)

Besonders wichtig ist das im arabischen Raum. Um die Präsenz der Deutschen Welle dort auszubauen, wollen

Staatsminister Bernd Neumann

- (A) wir dem Sender in 2008 4 Millionen Euro mehr zur Verfügung stellen. Dadurch kann die von uns allen gewünschte Kooperation von ARD und ZDF zur weiteren Verbesserung des Programms beitragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Beides muss sein!)

Gedenken und Erinnern sind Aufgaben, die die gesamte Gesellschaft betreffen. Ich habe im Juli dieses Jahres einen Entwurf vorgelegt, aus dem hervorgeht, wie die erfolgreiche Gedenkstättenarbeit des Bundes fortgesetzt werden soll. Für die Umsetzung dieses Konzepts wollen wir allein im nächsten Jahr zusätzliche 10 Millionen Euro ausgeben. Das bedeutet nahezu eine Verdoppelung der Mittel.

Dem Völkermord an den europäischen Juden, der Singularität des Holocaust, kommt in unserer Erinnerungspolitik nach wie vor eine unvergleichbare Bedeutung zu. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur wollen wir verstärken und verbessern. Es ist nach wie vor unsere Aufgabe, an das Unrecht der SED-Diktatur zu erinnern und so das Gedenken an die Opfer des Kommunismus in Deutschland zu bewahren.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]:
Sehr richtig!)

- (B) Die Verantwortung für unsere Vergangenheit betrifft auch den Bereich der Rückgabe der von den Nationalsozialisten geraubten und beschlagnahmten Kulturgüter aus dem ehemaligen jüdischen Besitz. Hier sehe ich es als eine wichtige Aufgabe an, dies – unbeschadet der eigentlichen Kompetenz von Ländern und Kommunen für die Mehrzahl der Museen – zu unterstützen. Wir haben uns vorgenommen, im Rahmen eines Modells beträchtliche Hilfen für die notwendige Provenienzrecherche auszugeben. Das ist vonnöten, wenn man das einstmals beschlossene Washingtoner Abkommen ernst nimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP] – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eine gute Initiative!)

Unser nationales Kulturerbe zu bewahren, ist eine der drängenden Aufgaben unserer Zeit. Wie wichtig diese Aufgabe ist, hat der verheerende Brand in der **Anna-Amalia-Bibliothek** gezeigt. An die schrecklichen Bilder vom September 2004 erinnern wir uns alle.

Ich freue mich sehr, dass diese Bibliothek am 24. Oktober wieder eröffnet werden kann. Der Bund hat für die Sanierung insgesamt 8,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Klassik-Stiftung Weimar steht in der ganzen Welt für unser nationales, also deutsches Kulturerbe. Deshalb steht hier nicht nur Thüringen, sondern Deutschland als Kulturnation in der Mitverantwortung. Daher beabsichtigen wir, ab dem Haushalt 2008 gemeinsam mit Thüringen – die Thüringer motivieren wir – die Mittel deutlich zu erhöhen. Die institutionelle Förderung steigt damit schrittweise um mehr als 20 Prozent. Das ist

ein Signal, natürlich auch für die neuen Bundesländer, die wichtige kulturelle Schätze besitzen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Staatsminister Neumann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ilja Seifert?

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Mit der Zusatzbemerkung, dass mir das auf die Redezeit nicht angerechnet wird.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die Beantwortung von Zwischenfragen wird nie auf die Redezeit angerechnet.

Bitte schön, Herr Seifert.

Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE):

Herr Staatsminister, Sie sprechen gerade von dem nationalen Kulturerbe, dessen Pflege eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Das sehe ich genauso. Gleichzeitig verweisen Sie darauf, wie toll es ist, dass Ihr Etat erhöht werden soll. Wieso wird gerade bei der **Stiftung für das sorbische Volk** gekürzt, und zwar nicht unbeträchtlich, und gleich noch dazugesagt: „Wir werden aller Voraussicht nach eine Haushaltssperre verhängen“?

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir zahlen mehr, als wir müssen, Herr Kollege!)

(D)

Es geht doch immerhin um eine in Deutschland lebende nationale Minderheit. Die Mittel für die Stiftung für das sorbische Volk müssten also eher aufgestockt werden. Sehen Sie das nicht genauso, nämlich als nationale Aufgabe des Bundes?

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Ja, das ist eine nationale Aufgabe des Bundes, der wir auch mit beträchtlichen Mitteln gerecht werden. Wie bei jeder Aufgabe des Bundes prüfen Bundesrechnungshof und Bundesverwaltungsamt jeweils, ob sie vielleicht von den Ländern oder ob der eine oder andere Teil, ein Projekt vielleicht, vom Bund zu erledigen ist. Hierzu gab es kritische Fragen. Trotz der Bemerkungen von Bundesrechnungshof und Bundesverwaltungsamt wegen nicht gegebener Totalzuständigkeit für alle diese Aufgaben haben wir im neuen Haushaltsentwurf den Mittelansatz bei 7 Millionen Euro belassen. Das ist etwas weniger als vorher, aber deutlich mehr, als die uns begleitenden Institutionen gewollt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Von daher stellen wir uns dieser Aufgabe.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Staatsminister Neumann, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage, und zwar des Kollegen Kampeter?

(A) **Bernd Neumann**, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Sie wird sicherlich hilfreich sein, deswegen sage ich Ja, obwohl man es bei ihm nie so genau weiß.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]:
Die soll hilfreich sein!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Kampeter.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Herr Staatsminister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich die beiden Berichterstatter der Koalition für den Kulturetat, die Kollegin Merkel und ich, mit dem Thema der **Sorben** bereits intensiv und nicht nur vordergründig auseinandergesetzt haben und sehr sorgfältig prüfen werden, ob eine Erhöhung der Finanzmittel im Rahmen der Haushaltsplanberatung möglich, finanzierbar und rechtlich absicherbar ist? Ich möchte Sie fragen, ob Sie bestätigen können, dass der Bund im Rahmen seiner Verantwortung in den letzten Jahren weit über das hinausgegangen ist, was im Finanzierungsabkommen tatsächlich Grundlage war – die zugesagten Finanzierungsteile für die Stiftung des sorbischen Volkes –, und dass der Eindruck, als würde es sich hier insgesamt um eine Kürzungsstrategie handeln, nicht richtig ist. Vielmehr ist es doch wahrscheinlich richtig – oder würden Sie mir da widersprechen? –, dass wir eine jahrelange Überzahlung aufgrund von Hinweisen von Bundesrechnungshof und Bundesverwaltungsamt politisch überprüfen.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?)

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Herr Kollege Kampeter, zur Kenntnis nehmen muss ich ohnehin alles, was hier gefragt wird.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD – Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das ist Schicksal!)

Ihnen hier offiziell zu widersprechen, wäre unklug; denn ich brauche Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen noch.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Unbeschadet davon bestätige ich alles, was Sie gesagt haben. Ja, es ist richtig: Die Bundesregierung hat immer mehr veranschlagt. Ich muss auch bestätigen, dass in den Haushaltsberatungen die Haushälter das immer noch erhöht haben.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]:
Das sind vernünftige Kollegen!)

Ich glaube deshalb schon, Kollege Seifert, dass wir da auf einem guten Weg sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Präsident, ich gehe doch recht in der Annahme, dass mir diese Zeit nicht angerechnet wurde, aber dass meine Redezeit doch irgendwie endlich ist. (C)

(Heiterkeit bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Staatsminister, Ihre Redezeit war nahezu abgelaufen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

In der Zwischenzeit hatte ich die Uhr angehalten. Jetzt habe ich sie wieder gestartet. Sie können gerne noch eine Schlussbemerkung machen.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Jetzt hat er noch fünf Minuten! – Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Schönes kollegiales Umgehen miteinander!)

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Meine Damen und Herren! Mit dem Haushalt 2008 setzen die Koalitionspartner erneut ein positives Signal für Kultur und Medien in Deutschland. Ich danke vor allem den Berichterstattern im Haushaltsausschuss für ihre stete Hilfe und ihr Verständnis. Allen Fraktionen im Kulturausschuss bin ich für ihre grundsätzliche Unterstützung und Solidarität besonders dankbar. Ich gehe davon aus, dass wir die fruchtbare Zusammenarbeit fortsetzen.

Einer der wichtigsten Rohstoffe unseres Landes ist die Kultur. Deutschland muss sie pflegen, weil in ihr die Grundlagen unserer Gemeinschaft heute und morgen liegen. Ich schlage vor, auch in der Zukunft die Allparteienkoalition für die Kultur fortzusetzen. Die Kultur in Deutschland wird davon den größten Nutzen haben und es uns danken. (D)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eine gute Rede und ein guter Staatsminister!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dr. Lukrezia Jochimsen von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, ich kann Ihnen ein Lob der sogenannten Linken nicht ersparen, auch wenn das auf mein Redezeitkonto geht.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Wieso sogenannte?)

– Weil hier im Laufe des heutigen Morgens so sehr viel von „sogenannt“ geredet worden ist.

Ja, Sie haben einen vergleichsweise guten Haushalt für die Kultur eingebracht und haben die Bedeutung der Kultur, seit Sie Staatsminister sind, tatsächlich ins Zen-

Dr. Lukrezia Jochimsen

- (A) trum der Bundespolitik gerückt. Dafür ist Ihnen Achtung zu zollen.

Jetzt werde ich allerdings etwas grundsätzlich. Wir reden nämlich heute über die Förderung und den Schutz unserer Kultur in einer Zeit, da **Unkultur**, Gewalt, Rohheit, Jagd auf Minderheiten und die offene Verhöhnung der Demokratie Konjunktur haben. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht **neue Nazis** wieder öffentlich durch unsere Städte marschieren, Brandreden halten und Konzerte veranstalten, die rattenfängerisch junge Leute in ihren Bann ziehen sollen. Jedes Mal schwören wir dann, dass wir uns mehr, kontinuierlicher und intensiver mit den Initiatoren, Anhängern und vor allem den potenziellen Sympathisanten auseinandersetzen müssen. Wie, das allerdings wissen wir nicht so recht, und ich gestehe, dass auch ich hilflos bin und keine umfassende Strategie kenne.

Eine Forderung allerdings stelle ich hier im Zusammenhang mit der Debatte über den Kulturhaushalt zur Diskussion: Wir müssen die **Gedenkstätten zur nationalsozialistischen Terrorherrschaft** viel mehr und viel nachhaltiger unterstützen als bisher.

(Beifall bei der LINKEN – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das ist im Konzept auch vorgesehen!)

- (B) 10 Millionen Euro sind im Haushalt des Kulturstaatsministers für die **Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts** zusätzlich eingestellt, und die KZ-Gedenkstätten Dachau, Flossenbürg, Neuengamme und Bergen-Belsen sollen dauerhaft gefördert werden. Das ist zu begrüßen. Erstens aber ist nicht klar, ob die Gedenkstätten durch diese institutionelle Förderung tatsächlich einen Euro mehr erhalten, während feststeht, dass die Projektförderung zum Beispiel für Neuengamme stark zurückgegangen ist.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das liegt aber an den beantragten Projekten!)

Zweitens muss hier einmal beschrieben werden, wie der Status quo, wie die Alltagssituation dieser Gedenkorte aussieht: Dachau hat 800 000 Besucher jährlich, aber nur eine einzige pädagogische Stelle für die historische Aufarbeitung. Neuengamme hatte im letzten Jahr 1 500 Führungen zu organisieren, Mittelbau-Dora rund 1 400, und dies mit jeweils einer museumspädagogischen Stelle. Ehrenamtliche, Honorarkräfte, selbst Zivildienstleistende, was eigentlich gar nicht erlaubt ist, machen dort die Arbeit. Ein Drittel – ich bitte Sie! – der Anfragen nach Führung und Betreuung muss abgelehnt werden. In Neuengamme kosten die Führungen jetzt für Schülergruppen 20 Euro und für Erwachsene 40 Euro. Das ist der Alltag, und das ist ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Skandal steht im krassen Widerspruch zur Überschrift der Gedenkstättenkonzeption des Kulturstaatsministers, die da lautet: „Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen“. Wenn diese drei Aufgaben ernst genommen werden, setzten

wir in der Auseinandersetzung mit den neuen Nazis, den Gewaltbereiten, den Fremdenhassern da an, wo unbedingt angesetzt werden muss,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Aber vergessen Sie nicht die SED-Aufarbeitung!)

nämlich bei dem Bestreben, bei jungen Menschen die Grundlagen für **humanitäre und demokratische Haltung** zu legen. Es muss uns gelingen, die Haltung, die Unverletzlichkeit der Person des anderen immer und überall zu respektieren, auch dann, wenn es Zivilcourage, ja sogar Mut kosten kann, jetzt in der Jugend zu verankern, und wenn es noch so viele Anstrengungen kostet.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich kann die Arbeit in den Gedenkstätten die Gesellschaft gegen Rechtsradikalität nicht immunisieren, aber eine kontinuierliche, vertiefende, aufklärerische Arbeit mit der Geschichte an den authentischen Orten der Geschichte heißt, jene Verantwortung wahrzunehmen, die das Gedenkstättenkonzept postuliert.

Ja, auch die **SED-Diktatur** muss aufgearbeitet werden, sehr einverstanden!

(Zustimmung bei der SPD)

Aber die Parallelität, von der hier immer die Rede ist, das Parallelitätsverhältnis zur Aufarbeitung der Geschichte der Nazidiktatur, wie es im Konzept heißt, ist geschichtlich falsch und heute ganz und gar nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die DDR nämlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt nicht zurück.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Na, na!)

Aber die neuen Barbaren, modern verkleidet, vernetzt, gut finanziert, sind auf dem Weg.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Nachfolgeorganisation sitzt doch hier im Parlament! – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Sie sind sehr präsent!)

Dagegen müssen wir etwas tun. Ich bitte Sie, uns dabei zu unterstützen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Die DDR sitzt da drüben! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eine historische Verirrung, die Sie als Vertreterin der Nachfolgeorganisation der SED hier vortragen!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Monika Griefahn von der SPD-Fraktion.

(A) **Monika Griefahn (SPD):**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2010 ist noch eine Weile hin, aber im Ruhrgebiet wirft es schon Schatten voraus: **Essen** wird nämlich 2010 **europäische Kulturhauptstadt**. Der Bund begleitete diese Initiative bisher schon intensiv und wird das auch weiter tun. Schon jetzt zeigen sich trotz kleinen Inputs enorme Synergieeffekte: So ist die Love-Parade von Berlin nach Essen gezogen. Das ist zwar nicht gerade ein kulturelles Highlight, aber es zeigt, dass so eine Initiative eine ganze Region umgestalten und neues Leben hereinbringen kann. Wir müssen, wie ich glaube, immer wieder deutlich machen, dass Bundeskulturpolitik, auch wenn für sie nur wenig Geld zur Verfügung steht, Impulse setzen kann. Das ist uns bei vielen Dingen ganz wichtig.

Der Haushalt wächst um 1,3 Prozent. Das ist auf der einen Seite ein ganz gutes Ergebnis; auf der anderen Seite sind viele Punkte offen, die noch in Angriff genommen werden müssen. Vor der Sommerpause hat ja Staatsminister Neumann die **Fortentwicklung des Gedenkstättenkonzeptes** vorgelegt. Wir haben dazu heute schon in mehreren Reden etwas gehört. Meine Kollegen Scholz und Hübner haben dabei sehr deutlich gemacht, dass der **Rechtsextremismus** eine echte Bedrohung ist und wir etwas tun müssen, und zwar, wie ich glaube, in ganz Deutschland, nicht nur in Ostdeutschland. Mir begegnet da durchaus auch in meinem Wahlkreis manches.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]:
Sehr richtig!)

(B)

Da ist das Gedenken an die Opfer ebenso wichtig wie das an Opposition und Widerstand in den Diktaturen. Das festigt das **Bewusstsein für Freiheit, Recht und Demokratie**. Ich denke, dass es wichtig ist, dieses aufzuarbeiten und voranzubringen. So kann nämlich Schülerinnen und Schülern gezeigt werden, wie es früher war, insbesondere auch während der nationalsozialistischen Diktatur bei uns. Es darf in den Gedenkstätten nicht an Möglichkeiten für den Besuch von Schülergruppen fehlen. Wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer mit einer Klasse dorthin will, muss er bzw. sie die Möglichkeit dazu haben. Hier müssen wir unterstützend tätig werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus dürfen wir nicht zulassen. Deshalb müssen wir diesen Erscheinungen auch mit aktiven Angeboten im Bereich der kulturellen Arbeit und der politischen Bildung entgegenreten. Auch das ist ein Teil unserer Arbeit, der sich in dem Konzept widerspiegeln muss. Gedenkstätten haben dabei als Gedenk- und vor allem Lernorte eine wichtige gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Wir brauchen aufbereitete pädagogische Angebote. Daneben sind Berichte von Zeitzeugen wichtig, aber die wird es nicht mehr lange geben. Jetzt können sie noch in Schulen gehen. Ich vermittele viele Zeitzeugen an Schulen. Das ist immer ein bewegendes Erlebnis. Daneben brauchen wir aber eben die Gedenkorte als Orte, die deren Erfahrungen bleibend pädagogisch vermitteln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

(C)

Ich möchte an dieser Stelle den vielen Ehrenamtlichen danken, die vor Ort ihre Arbeit tun. Ich möchte auch den Lehrerinnen und Lehrern danken, die trotz der begrenzten Mittel immer wieder versuchen, diese Orte aufzusuchen und wirklich Arbeit in das Gedenken investieren.

Im neuen Programm sollen durch eine verbesserte Darstellung die Herrschaftsmechanismen der **SED-Diktatur** und der damalige Alltag deutlich gemacht werden. Auch das ist, wie ich glaube, ein wichtiger Punkt. Die unterbreiteten Vorschläge bilden dafür eine Grundlage. Wir werden aber noch über das Konzept diskutieren müssen, denn es ist finanziell unzureichend ausgestattet.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Na, na!)

Ein Ort wie die Normannenstraße zum Beispiel ist im Moment überhaupt nicht berücksichtigt. Er muss zum einen baulich instandgesetzt werden, und zum anderen muss ein pädagogisches Konzept erstellt werden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Gedenkstättenarbeit bekommt erheblich mehr Geld!)

– Im Moment ist Geld für die Mauergedenkstätten vorgesehen, Herr Kampeter.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da haben Sie dem Staatsminister nicht zugehört!)

Das ist wichtig, richtig und auch gut; denn in zwei Jahren gibt es ja insoweit einen wichtigen Gedenktag. Aber das andere brauchen wir auch. (D)

Ein weiteres Feld sind die vom Verfall bedrohten Einrichtungen der **Stiftung Preußische Schlösser und Gärten**. Schon jetzt sind viele der Gebäude so sehr vom Einsturz bedroht, dass sie in Teilen für den Besucherverkehr geschlossen werden müssen. Hier gilt es, etwas zu tun, bevor sich der Zustand vieler Gebäude noch weiter verschlechtert und es zu spät ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Das gilt übrigens auch für zahlreiche historisch wertvolle Gebäude in der ganzen Republik. Ich denke da an Kirchen, alte Landhäuser, Museen. Da sollten wir prüfen, inwieweit wir ein neues Programm für die Hilfe zur Sanierung auflegen können, wie wir es früher schon einmal hatten mit „Dach und Fach“ für Ostdeutschland. Auch in Westdeutschland gibt es genügend Fälle, in denen Handlungsbedarf besteht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Haben Sie das alles mit Ihrem Finanzminister abgestimmt, was Sie hier versprechen?)

– Darüber werden wir in den parlamentarischen Beratungen diskutieren, Herr Kampeter.

Nicht nur bei der **populären Musik**, für die Sie sich besonders einsetzen – Sie haben für die „Initiative Musik“, die jetzt ihre Arbeit auf der Popkomm aufnehmen soll, 1 Million Euro zusätzlich erwirkt, worüber wir uns

Monika Griefahn

- (A) freuen –, sind wir auf einem guten Weg. Wir haben in unserem Antrag für den Bundestag klare Vorstellungen formuliert, die wir nun in konkrete Projekte umsetzen müssen. Ich denke da zum Beispiel auch an die stärkere Einbindung von Jazz in die öffentliche Förderung

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da sind wir uns seltsamerweise einig!)

oder die praktische Unterstützung von Nachwuchsbands, zum Beispiel durch Tourbusverleih.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ob das eine Bundesaufgabe ist, wage ich allerdings zu bezweifeln!)

– Die vielen zustimmenden Zuschriften, Herr Kampeter, die ich in den letzten Wochen bekommen habe, zeigen mir, dass wir hier das Richtige tun. Ich bin froh, dass wir unsere Vorschläge da einbringen können.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie sollten öfter auf meine Vorschläge hören, Frau Griefahn!)

– Sie hören ja auch auf meine; darüber freue ich mich.

Auch im Bereich der **Computerspiele** geht es voran. Nachdem besonders gewalthaltige Computerspiele in den letzten Monaten im Fokus der Öffentlichkeit standen, wächst nun die Erkenntnis, dass man mit einer Förderung von wertvollen Inhalten mehr erreichen kann als mit Verboten, die in ihrer Wirkung äußerst umstritten sind und bei denen man sich auch über die Instrumente streitet.

- (B) (Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Sehr richtig!)

Mit zwei neuen kulturpolitischen Initiativen wollen wir die Förderung erreichen. Zum einen soll mit dem Projekt „Netz für Kinder“ eine sichere Umgebung für Minderjährige angeboten werden, die zugleich ungefährliche und wertvolle Spiele herausstellt. Zum anderen soll es eine Stiftung geben, in der sich Spieleentwickler, Hersteller, Einzelhandel und Politik gemeinsam für eine bessere Akzeptanz des Mediums, für mehr Medienkompetenz und Jugendschutz sowie eine bessere Produktionsförderung bei hochwertigen Spielen einsetzen.

Ich denke, es fehlt nur ein Baustein: Wir brauchen einen Spielepreis, so wie den Filmpreis, mit dem wir öffentlich deutlich machen können, welche Computerspiele eine Bereicherung der Medienkultur sind, welche zu den besten ihrer Art gehören und so von Eltern ohne Bedenken für ihre Kinder gekauft werden können. Das gibt gleichzeitig einen wichtigen Impuls für die Branche, noch mehr solcher öffentlich ausgezeichneten Spiele zu produzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ein weiteres positive Element ist, dass wir dringend einen **Medien- und Kommunikationsbericht** brauchen. Wir führen zwar aktuell keine Diskussion mehr über Pressefusion und Medienkonzentration, aber das Thema wird uns weiter verfolgen. Ich bin froh, dass der

Kulturstaatsminister zugesagt hat, möglichst bald einen Medien- und Kommunikationsbericht vorzulegen. Daraus können wir dann auch weitere Tätigkeiten ableiten. (C)

Ich freue mich, dass – der Staatsminister hat es deutlich gemacht – die **Deutsche Welle** einen Aufwuchs von 4 Millionen Euro erfährt. Es ist der Deutschen Welle gelungen, Kooperationsverträge mit ARD und ZDF abzuschließen. Von dem Geld können zum Beispiel Weltsenderechte gekauft und das arabische Programm ausgeweitet werden. Das sind beides sehr sinnvolle Investitionen.

Damit komme ich zur auswärtigen Politik. Im vorliegenden Haushaltsentwurf zeigt sich, dass Kultur nicht nur im Inland Bedeutung hat, sondern auch im Ausland. Wir kommen zwar gleich noch zum Haushalt des auswärtigen Amtes, aber es ist wert, auch in der Kulturdebatte erwähnt zu werden: Die **auswärtige Kultur- und Bildungspolitik** erhält zusätzlich 82 Millionen Euro. Das ist ein Aufwuchs von 15 Prozent gegenüber dem letzten Jahr. Das ist ein Erfolg.

Drei wichtige Initiativen aus dem Programm: Das **Goethe-Institut** wird in diesen Monaten mit einem neuen Konzept zukunftsfähig gemacht. Wir haben es geschafft, endlich die Budgetierung ab 2008 durchzusetzen. Das war eine Arbeit von zehn Jahren, Lothar Mark. Außerdem können wir die Programmmittel ab dem nächsten Jahr um rund 10 Millionen Euro erhöhen. Das bringt die deutsche Kultur ins Ausland, und der Austausch und Dialog, den wir auf der Welt dringend brauchen, kann damit verstärkt werden. Ich finde, das ist ein großer Erfolg. Ich möchte mich beim Außenminister herzlich dafür bedanken, dass er das so unterstützt und vorangebracht hat. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU] – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Und die Auslandsschulen!)

– Dazu komme ich jetzt.

Zum zweiten Punkt. Mit über 40 Millionen Euro werden wir eine große **Schulinitiative** durchführen. Das eröffnet die Chance, dass endlich wieder mehr Schülerinnen und Schüler auf der Welt Deutsch als Fremdsprache lernen und damit eine bessere Beziehung zu unserem Land aufbauen. Ich durfte den Ausschuss beim 150-jährigen Jubiläum der Deutschen Schule in Montevideo vertreten

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wo Sie überall hinreisen, Frau Kollegin!)

und habe gesehen, welche wichtige Arbeit die Schule dort seit 150 Jahren leistet, wie wichtig die Anbindung an Deutschland über die deutsche Sprache und damit über die Deutsche Schule ist.

Die dritte Initiative heißt „**Aktion Afrika**“. Hier werden wir den deutsch-afrikanischen Dialog mit 20 Millionen Euro durch Schüleraustausche, Medienarbeit, Stipendien, Künstleraustausche oder Kulturprojekte verstärken. Damit soll eine stärkere Anbindung des Kontinents über Kulturaustausch erreicht werden, also eben

Monika Griefahn

- (A) nicht nur über Entwicklungsarbeit. Wir sehen immer wieder, wie wichtig es ist, nicht nur zu kommen und zu sagen, man müsse jetzt einmal helfen, sondern auch den Reichtum der Länder zu erkennen, sich mit ihnen zu verständigen und in einen Dialog einzutreten. Das ist etwas anderes, als zu kommen, nur um zu helfen.

Ich bin froh, dass wir mit diesem Haushalt zeigen können, dass die Themen der Kultur- und Medienpolitik sowohl im Inland als auch im Ausland wichtige Themen sind, Themen mit Zukunft, die wir als solche verstehen. Ich freue mich, dass wir in den Ausschüssen mit allen Fraktionen wirklich gut zusammengearbeitet haben. Dafür möchte ich mich bedanken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich freuen auch wir uns über den Aufwuchs des Haushalts im Kulturbereich; daran gibt es nichts zu deuten. Als Thüringerin freue ich mich ganz besonders über die Aufwüchse bei der **Klassik-Stiftung Weimar**. Es hat sich gezeigt, dass es hier eine gesamtstaatliche Verantwortung gibt, und das ist gut so.

- (B) (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt können Sie Ihre Rede beenden! Ich befürchte Schlimmes!)

Weil eine kurze Redezeit für die Opposition natürlich nicht dazu einlädt, zu langen Lobreden anzuheben, will ich an dieser Stelle auf das Thema **Gedenkstättenkonzept und Erinnerungskultur** zu sprechen kommen; Herr Neumann, Sie haben es in Ihrer Rede kurz erwähnt. Der Entwurf nennt sich zwar „Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption“, weist aber doch einige sehr markante Unterschiede zu dem auf, was die rot-grüne Bundesregierung mit ihrer Gedenkstättenkonzeption auf den Tisch gelegt hat.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Danke! Es wird besser mit dem Lob!)

Es geht um Unterschiede, die man leicht übersehen kann, insbesondere wenn man weiß, dass es um 10 Millionen Euro mehr für die Gedenkstättenförderung geht. Dennoch: Erstens ist genaues Hinsehen angesagt, zweitens muss natürlich eine öffentliche Diskussion stattfinden; denn es geht um politische Gewichtung. An dieser Stelle möchte ich sagen: Ich bin sehr froh, dass der Kulturstaatsminister nicht dem Gedenkstättenkonzept mit der Art von Erinnerungskultur folgt, das die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor einiger Zeit vorgelegt hat und das eine deutliche Verschiebung der Schwerpunkte vorgesehen hat.

Dennoch sind ein paar kritische Anmerkungen nötig. Insbesondere möchte ich einiges zum Gedenken und zur

Aufarbeitung hinsichtlich des **Nationalsozialismus** sagen; Frau Jochimsen hat hier schon auf einiges hingewiesen. Natürlich ist es gut, wenn auch die westdeutschen KZ-Gedenkstätten in die institutionelle Förderung aufgenommen werden. Es fällt aber auf, dass im vorliegenden Entwurf die Bedeutung des **zivilgesellschaftlichen Engagements** für die Erinnerungskultur nicht mehr ausdrücklich erwähnt und gewürdigt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das ist ein Problem, weil dann gerade die zivilgesellschaftlichen Projekte im Bereich der Erinnerung an den Nationalsozialismus nicht mehr möglich sind. Damit entsteht die Gefahr, eine Institutionalisierung der Erinnerungskultur in Gang zu setzen, nach dem Motto: Wir, die öffentlichen Institutionen, erledigen das mit der Erinnerungsarbeit schon für euch.

Ich möchte gern daran erinnern, dass sowohl in der alten Bundesrepublik als auch in der Nachwende-DDR die Aufarbeitung der Vergangenheit von der Zivilgesellschaft politisch erkämpft werden musste. Auch deswegen ist es dringend notwendig, dies zu würdigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Gerade die Projekte, die aus der Mitte der Gesellschaft kommen – wir alle wissen das –, sind besonders erfolgreich und tragen viel zur Erinnerungskultur bei. Ich nenne nur das Beispiel des Projekts „Stolpersteine“ des Künstlers Gunter Demnig, an dem sich viele hier im Hause auf unterschiedliche Art und Weise beteiligt haben. Es muss freie Töpfe für zivilgesellschaftliche Projekte geben, ohne die wir in der Erinnerungskultur in Deutschland nicht auskommen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich glaube übrigens, dass sich die paternalistische Art nach dem Motto „Wir regeln das schon für euch“ auch darin widerspiegelt, dass **die inhaltliche Autonomie und die politische Unabhängigkeit der KZ-Gedenkstätten** im vorliegenden Entwurf eben nicht mehr ausdrücklich erwähnt werden. Das klingt ein bisschen danach, als ob man politisch Einfluss nehmen will.

Damit komme ich zu den Kriterien bezüglich der **Förderungswürdigkeit**. Natürlich ist es richtig, dass der nationale und internationale Stellenwert des Ortes entscheidend ist. Dann wird aber gleich als Kriterium, durch das dieser Stellenwert zum Ausdruck kommen soll, die Besucherzahl genannt. Wenn man sich überlegt, was es bedeutet, dass an der Besucherzahl gemessen wird, ob eine Gedenkstätte förderungswürdig ist, dann entsteht das Problem, dass aus den ehemaligen KZs und den heutigen Gedenkstätten Museen gemacht werden. Das ist aber nicht angemessen, weil es dort um die Auseinandersetzung mit den Orten unserer eigenen Erinnerung geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katrin Göring-Eckardt

- (A) Das sind übrigens auch riesige Friedhöfe. Auch mit Rücksicht auf die Opfer sollten wir nicht so tun, als ob die Besucherzahl das einzig relevante oder auch nur das erste Kriterium sein könnte.

Wir brauchen Evaluierung. Wir brauchen übrigens auch eine öffentliche Diskussion. Ich würde mir sehr wünschen, dass auch mit denjenigen, die in diesen Gedenkstätten arbeiten, über das Gedenkstättenkonzept diskutiert wird. Das ist bisher nicht geschehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Unstreitig, Frau Kollegin!)

Wichtig ist im diesem Zusammenhang übrigens auch, dass wir die Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochstehende wissenschaftliche Arbeit und für eine gute Bildungsarbeit dauerhaft sichern. Auch hierauf ist hingewiesen worden. Dies ist offensichtlich auch nötig, wie wir an dem Beispiel der ehemaligen NDR-Journalistin Eva Herman und übrigens auch an den Reaktionen auf ihre Äußerungen gesehen haben.

Wir brauchen diese Arbeit auch, wenn wir die neonazistischen Umtriebe bekämpfen wollen. Beides gehört zusammen: die Bildungsarbeit in den Gedenkstätten und das, was wir heute tun.

Ein letzter Punkt. Ich möchte nicht, dass es zu einer Verschiebung und zu einer Parallelisierung kommt, was die **Aufarbeitung der DDR-Geschichte**, die notwendig ist, angeht. Eine solche Verschiebung beziehungsweise Parallelisierung feiert hier und da fröhliche Urständ, wie sich an den Äußerungen aus den Reihen insbesondere der Linken zum Schießbefehl sehr deutlich zeigt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr, Frau Kollegin!)

Dennoch sind es zwei unterschiedliche Themen, die wir unterschiedlich behandeln sollten. Wir sollten nicht so tun, als ob wir das, was die Stasi-Unterlagenbehörde heute macht, für verzichtbar erklären könnten. Ich glaube, auch hierfür brauchen wir diesen Ort der Erinnerung. Wir brauchen die Fortsetzung dieser Arbeit.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Göring-Eckardt, Sie haben Ihre Redezeit schon weit überschritten. Würden Sie trotzdem eine Zwischenfrage des Kollegen Börnsen zulassen? Dann könnte ich die Uhr stoppen.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das kommt mir zugute, Herr Börnsen, in der Hoffnung, dass Sie die richtige Frage stellen.

(Zuruf von der SPD: War diese Frage abgesprochen?)

– Herr Börnsen und ich sprechen eigentlich nicht miteinander. Diese Frage war also nicht abgesprochen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Oh!)

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU): (C)

Wir haben gerade erst gestern Abend miteinander gesprochen.

(Heiterkeit – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Oh! Frau Göring-Eckardt sagt nicht die Wahrheit!)

Sehr angenehm! Es war kein Geheimgespräch zwischen Christdemokraten und Grünen – noch kein Geheimgespräch.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Wer hier alles miteinander redet!)

– Tja.

Frau Vizepräsidentin, ich finde, dass Sie sehr nachdenklich über das Konzept gesprochen haben, dass Sie aber, wie es in einer Rede dann eben stattfindet, auch ein wenig schwarz-weiß gemalt haben.

Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass das Konzept, das der Staatsminister vorgelegt hat, sehr wohl zwischen den Diktaturen, die wir erlebt und erlitten haben, differenziert und auch sehr wohl deutlich macht, dass wir die Erinnerungsüberlegungen hinsichtlich der NS-Herrschaft in ihrer ganzen Brutalität verstetigen und verstärken müssen und dass wir unabhängig davon auch einen Aufholbedarf in der Frage der DDR-Geschichte haben?

Würden Sie Folgendes vielleicht noch einmal deutlich machen: In keiner Zeile ist erwähnt, dass es einen politischen Einfluss geben kann. Im Gegenteil: Wir haben deutlich gemacht, dass es die Aufgabe der Zivilgesellschaft ist, dafür zu sorgen, dass es wie in der Vergangenheit eine gemeinsame Aufarbeitung der schlimmen Erbschaften zweier Diktaturen gibt. (D)

Dritter Punkt. Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass man sich im Rahmen der Erinnerung an die Mauer und der Erinnerung um das Brandenburger Tor herum sehr wohl bemüht, ein Konzept vorzulegen, mit dem auf die Symbolhaftigkeit der Erinnerung abgestellt wird?

Letzter Punkt. Würden Sie auch zur Kenntnis nehmen, dass die beiden Koalitionsfraktionen und auch Ihre Fraktion bei den ersten Überlegungen des Staatsministers im Ausschuss für Kultur und Medien gesagt haben: Wir benötigen ein großes Anhörungsverfahren mit allen Betroffenen und Beteiligten, weil dieses Konzept es verdient, gemeinsam diskutiert und von allen getragen zu werden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Göring-Eckardt, würden Sie Ihre Antwort bitte mit den noch ausstehenden Schlussbemerkungen verbinden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Kollege Börnsen, ich möchte bemerken, dass Sie sich für eine Zwischenfrage gemeldet, aber vier gestellt haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: So ist er!)

(A) **Katrin Göring-Eckardt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Er hat sozusagen vier Antworten bestellt.

Ich freue mich sehr, dass wir uns einig sind, was das zivilgesellschaftliche Engagement angeht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das heißt nicht gleich Schwarz-Grün, Frau Kollegin!)

Es kann in der weiteren Diskussion des Konzeptes eine Rolle spielen. Wenn es aufgenommen wird, kommen wir an diesem Punkt sicherlich weiter. Ich würde mich darüber sehr freuen. Ich sage noch einmal, dass wir darauf definitiv nicht verzichten können.

Ich will auch etwas zu dem Punkt Parallelisierung der Aufarbeitung der NS-Diktatur und der Aufarbeitung der DDR-Geschichte sagen. In dem Konzept wird in der Tat zunächst auf die Unterschiede der beiden Systeme hingewiesen. Aber dann wird – auch was die Sprache angeht – doch eine Parallelisierung vorgenommen. Bei der Diskussion müssen wir deutlich machen, dass wir diese zwei sehr unterschiedlichen Weisen, mit der Geschichte umzugehen, brauchen. Wir sollten nicht so tun, als ob man einfach über zwei deutsche Diktaturen redet. Wenn wir uns darüber einig sind, dann kommen wir zusammen.

Ich bin ganz sicher, dass wir eine öffentliche Diskussion brauchen. Deswegen ist die Anhörung wichtig. Wir brauchen aber nicht nur eine Diskussion in Fachkreisen, sondern wir müssen uns selbst darüber klar werden, wie wir mit unserer eigenen Geschichte umgehen. Dafür brauchen wir die Zivilgesellschaft. Aber auch die Debatte im Ausschuss und im Deutschen Bundestag sowie die öffentliche Debatte sind wichtig. Dies gilt besonders angesichts des braunen Mobs, der zurückkehrt. Das ist übrigens nicht nur ein ostdeutsches, sondern ein gesamtdeutsches Problem, dem wir uns stellen müssen.

(B)

Wir dürfen die KZ-Gedenkstätten nicht zu Museen machen, sondern wir müssen sie zu Orten lebendiger Erinnerung machen. Sie müssen unabhängig bleiben, weil die wissenschaftliche Aufarbeitung und die Bildungsarbeit so in einer freien Atmosphäre stattfinden können. Das halte ich für einen ganz zentralen Punkt.

Ich glaube, wenn wir all diese Punkte in unserer Diskussion berücksichtigen, dann werden wir das, was wir gesellschaftlich so dringend nötig haben, zusammen hinkommen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Hans-Joachim Otto das Wort.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die FDP hat der Kultur keine Redezeit zuerkannt!)

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP):

(C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Teil der Debatte, der sich auf die Kultur bezog, beinhaltete sicherlich einen Strauß von Themen. Bemerkenswert ist allerdings, dass in einer Haushaltsdebatte zu der Position des Haushalts, die mit Abstand den größten Anteil aufweist, kein Wort gesagt wurde. Die **Hauptstadtkulturförderung** macht mehr als 50 Prozent des Etats von Staatsminister Neumann aus. Aber keiner der vier von mir geschätzten Vorredner hat hierzu ein Wort verloren.

(Monika Griefahn [SPD]: Die Deutsche Welle gehört dazu!)

– Nein, die Hauptstadtkulturförderung hat auch ohne die Deutsche Welle einen Anteil von über 50 Prozent, Frau Kollegin Griefahn.

Es bestünde durchaus ein aktueller Anlass, zur Hauptstadtkulturförderung mehr als nur ein Wort zu verlieren. Denn nach Presseberichten, so jüngst im *Spiegel*, soll es zwischen dem Berliner Senat und der Bundesregierung in Person von Herrn Neumann Verhandlungen darüber geben, dass der Bund seinen Anteil zur Unterstützung der **Staatsoper Unter den Linden** maßgeblich erhöht. Nun weiß ich natürlich nicht, ob diese Presseberichte zutreffend sind. Aber es bestünde jedenfalls Anlass, einmal darüber zu reden, zumal es sich um haushaltsaktive Positionen handelt. Der *Spiegel* schreibt, dass der Bund bereit sei, erheblich mehr Geld zu geben. Mich würde schon interessieren, wie das haushaltstechnisch bewältigt werden soll.

Ein Weiteres. In Art. 22 des Grundgesetzes steht zur Hauptstadtkulturförderung – daran darf ich erinnern –: „Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.“ Können wir es zulassen, dass der Deutsche Bundestag an der Hauptstadtkulturförderung allenfalls marginal beteiligt wird, dass dieser Bereich durch eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Berlin und dem Bund geregelt wird? Können wir es uns nicht herausnehmen, zu sagen, dass hier ein klarer Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Bund abgeschlossen werden muss, damit auch die Parlamentarier, und zwar sowohl im Abgeordnetenhaus von Berlin als auch im Bundestag, beteiligt werden?

Auch wenn viele schöne Themen besprochen worden sind, muss ich bemängeln, dass dieses Thema in unserer heutigen Haushaltsdebatte fehlte.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Es wird eine weitere Kurzintervention gewünscht, und zwar vom Kollegen Kampeter.

(Monika Griefahn [SPD]: Der hat doch die ganze Zeit interveniert!)

Er bezieht sich auf den Redebeitrag der Kollegin Göring-Eckardt.

Ich bitte Frau Kollegin Göring-Eckardt, ihm zuzuhören und ihre Aufmerksamkeit von Herrn Trittin abzuwenden, damit sie anschließend auf die Kurzintervention reagieren kann. – Bitte schön, Herr Kampeter.

(D)

(A) Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Auch ich will meine Enttäuschung darüber ausdrücken, dass die Kollegin Göring-Eckardt es versäumt hat, zu diesen wichtigen Fragen der Hauptstadtkulturförderung Stellung zu nehmen. Ich will in diesem Zusammenhang gerne auf einige Aspekte hinweisen:

Erstens. Der Bund steht zu seiner Verantwortung für Berlin als Hauptstadt und auch für deren kulturelle Funktion.

Zweitens. Sowohl bezogen auf Fragen der Kultur als auch bezogen auf Fragen der inneren Sicherheit gibt es sehr intensive Verhandlungen mit dem Land Berlin.

Drittens. Wenn ich den Sachstand richtig interpretiere, hat der Regierende Bürgermeister das sehr großzügige Angebot einer Investitionsförderung zugunsten der Berliner Staatsoper seitens der Regierung – sie hätte es dem Parlament wahrscheinlich später vorgelegt – abgelehnt.

Viertens. Ich gehe davon aus, dass alle Prozesse, die als Bundesleistung für Berlin zu verstehen sind, bei den Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag eine große Rolle spielen werden, sodass keinerlei Beschlussfassung am Parlament vorbei zu befürchten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, wollen Sie reagieren? – Sie müssen nicht, Sie dürfen.

(B) Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich weiß, dass ich antworten darf. – Ich freue mich natürlich sehr darüber, dass ausgerechnet ich dafür verantwortlich gemacht werde, dass die Hauptstadtkultur in dieser Debatte keine Rolle gespielt hat.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kampeter, das finde ich sehr ehrenwert. Möglicherweise haben Sie immer noch das Gefühl, dass ich einer Regierungsfraktion angehöre. Das wird auch bald wieder so sein, und dann wird man dieses Thema hier entsprechend behandeln können.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen damit zum Geschäftsbereich des **Auswärtigen Amtes, Einzelplan 05**.

Das Wort hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen: (C)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fast bin ich versucht zu sagen: So viel Außenpolitik war nie. Das liegt nicht daran, dass wir in diesem Jahr zwei geeignete Bühnen, die G-8-Präsidentschaft und die EU-Präsidentschaft, zur Verfügung hatten. Wir haben diese Präsidentschaften – das haben Sie gesehen – nicht nur ertragen oder sind dabei, sie zu überstehen. Wir haben die kleinen und großen Gipfel in Berlin, Brüssel, Heiligendamm, Bremen, Hamburg, Nürnberg, Potsdam und wo immer sonst nicht nur protokollarisch bewältigt, sondern auch versucht, das zu tun, was von uns gefordert wurde: Wir haben die Präsidentschaften für eine kraftvolle politische Gestaltung genutzt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das hat, wie ich finde, geholfen. Das hat geholfen, Europa wieder aus der Krise zu führen, und das hat dazu beigetragen, dass Europas Stimme in der internationalen Politik wieder wahrnehmbarer geworden ist. Dafür haben in erster Linie nicht wir uns, sondern andere uns gelobt. Auch deshalb stehen wir weiterhin in der Verantwortung, diese Politik auch unabhängig von einer Präsidentschaft voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Noch etwas ist uns gelungen – nicht in den letzten sechs Monaten, aber in den letzten zwei Jahren –: Ohne das deutsche Engagement bei den internationalen Konflikten auf dem Balkan, in Afghanistan, im Nahen Osten und in Afrika, wo wir gebraucht wurden, zu vernachlässigen, haben wir für ein neues Verständnis von Außenpolitik geworben. Wir haben dafür geworben, dass mit der Globalisierung neue Aufgaben auf die Außenpolitik zukommen, auf die wir uns jetzt und nicht irgendwann vorbereiten müssen.

Ich habe vor zwei Jahren auf der Münchener Sicherheitskonferenz – der eine oder andere von Ihnen war dabei, wie ich mich erinnere – ein Plädoyer für eine vorausschauende Außenpolitik gehalten: für eine Außenpolitik, die sich bereits jetzt um die zu erwartenden Verteilungskonflikte um knappe Ressourcen wie Energie, Rohstoffe, Wasser und Nahrung kümmert, für eine vorausschauende Außenpolitik, die Instrumente dafür entwickelt, dass sich aus solchen Interessensgegensätzen keine Konflikte entwickeln, für eine Außenpolitik, die die guten Erfahrungen der Entspannungspolitik vergangener Tage nutzt.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere mich auch, dass dieses Plädoyer vor zwei Jahren von den alten NATO-Hasen auf der Münchener Sicherheitskonferenz noch etwas belächelt wurde. Heute lacht keiner mehr. Nur, die Rezepte, die jetzt vorgelegt werden, sind noch nicht die richtigen. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Vorschlag für die Schaffung einer „Energie-NATO“ nicht die richtige Antwort auf die Fragen ist, die sich uns stellen werden. Da müssen wir dickere Bretter bohren. Seien Sie sicher: Ich jedenfalls habe keine Scheu davor.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) Zu den weltweit knappen Gütern gehört – lassen Sie mich das so offen sagen – leider manchmal auch die **Vernunft**. Ich habe vor einigen Monaten hier im Deutschen Bundestag bei einer abrüstungspolitischen Debatte schon einmal darauf hingewiesen, welche Sorgen hier angezeigt sind. Ich bin froh – die Entwicklung der jüngsten Diskussionen zeigt dies –, dass ich mit dieser Auffassung nicht ganz allein bin.

Ich weiß nicht, ob der eine oder andere von Ihnen den Weckruf dreier großer amerikanischer Außenpolitiker gehört hat.

(Zuruf von der FDP: Ja!)

Kissinger, Shultz und Nunn haben darauf hingewiesen, dass Abrüstung und Nonproliferation keine Themen von gestern sind,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

dass sie jetzt vielleicht fast noch brisanter sind als im Kalten Krieg. Das ist der Grund dafür, warum ich mich – ich bekenne das offen – trotz vieler Enttäuschungen und trotz mancher Frustrationen weiter geduldig um eine Lösung des **Iran-Konflikts** kümmern werde

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und warum wir auch weiterhin – hoffentlich gemeinsam mit den Amerikanern, Russen und Chinesen – versuchen werden, den Iran von nuklearen Abenteuern abzuhalten, ihn endlich auf den richtigen Weg zu bringen und zu ermutigen, eine konstruktive Rolle bei der Lösung der Konflikte im Libanon, im Irak und auch in Afghanistan zu übernehmen. Entschiedenheit ist eine Voraussetzung dafür, und die haben wir.

- (B) Aber auch jenseits des iranischen Nuklearthemas gehören **Abrüstung** und **Rüstungskontrolle** aus meiner Sicht wieder auf die internationale Agenda. Es geht dabei nicht nur um Missile Defense oder die Vakuum-bombe. Wir haben – lassen Sie mich das etwas nachdrücklicher sagen – ein europäisches Interesse daran, dass die über Jahrzehnte entwickelte Abrüstungsarchitektur nicht komplett rückabgewickelt wird. Solche Bedrohungen bestehen. Deshalb sage ich: Wir können diese Dinge nicht einfach laufen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich fühle mich in der Pflicht, Vorschläge zu machen. Die deutsche Bundesregierung hat dies in Abstimmung mit den zuständigen Ministerien etwa bezüglich der Reform des Nichtverbreitungsvertrages gemacht, um den nationalen Ehrgeiz verschiedener Länder zur Schließung des Brennstoffkreislaufs zu begrenzen und daraus resultierende Gefahren abzuwenden. Dieses europäische Interesse ist für mich auch der Grund, weshalb wir es nicht zulassen dürfen, dass Verträge, über die lange verhandelt wurde, wie zum Beispiel das Abkommen über die Begrenzung der konventionellen Rüstung, einfach so in die Tonne getreten werden. Wie viele andere ärgere auch ich mich darüber, dass wir jetzt in einer Situation sind, in der das Abkommen leichthin suspendiert wird. Natürlich

wäre es am einfachsten, darauf mit Verbalattacken und mit dem Abbruch der Gespräche zu antworten. Würde man das tun, wären einem am nächsten Tag zumindest die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und die Schlagzeilen in den Zeitungen sicher. (C)

Nur – das ist meine Herangehensweise –: Zu einer Lösung trägt all dies nicht bei. Deshalb ist es vernünftig, dass wir neue – sicher mühselige – Gespräche aufnehmen, um das ganz offenbar verloren gegangene Vertrauen wieder aufzubauen. Ich habe für den nächsten Monat zu einer KSE-Konferenz nach Berlin eingeladen, um zu versuchen, das, was schon kaputtgegangen ist, einigermaßen zu reparieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Warum all das? Weil ich nicht einsehen kann, dass andere über europäische Interessen entscheiden. Wir haben hier ein gewichtiges Wort mitzureden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, die Ansätze der Vernunft und der Nutzung der Dialogmöglichkeiten werden wir auch im Rahmen der diversen Regionalkonflikte, über die heute Morgen schon gesprochen worden ist, verfolgen. Diesen Ansätzen werden wir treu bleiben.

Im **Nahen Osten** haben wir die Europäische Union – das konnten Sie in den ersten sechs Monaten dieses Jahres beobachten – als ernstzunehmenden Akteur zurück an den Verhandlungstisch gebracht; damit haben wir viel erreicht, wenn auch noch keine Lösung gefunden worden ist. Das war nur deshalb möglich, weil wir dafür gesorgt haben, dass Europa seine Stellungnahmen verantwortungsvoll und vor allen Dingen geschlossen abgibt, damit im Nahen Osten nicht fünf, sechs unterschiedliche Meinungen aus Europa herumgeistern; denn das würde keinem helfen. (D)

Ich glaube, wir haben mit dazu beigetragen, dass das Nahostquartett wieder aktiv geworden ist und in der arabischen Welt Partner gefunden hat. Niemand fragt uns heute noch: Was wollt ihr Europäer bzw. ihr Deutschen eigentlich im Nahen Osten? Vielmehr werden wir von Israel und von den Palästinensern aufgefordert, unser Engagement in dieser Region aufrechtzuerhalten bzw. es womöglich noch zu steigern. Vertrauen haben wir jedenfalls auf beiden Seiten gewonnen. Vielleicht sind wir sogar diejenigen, die auch mit schwierigen, für eine Gesamtlösung aber unverzichtbaren Partnern wie zum Beispiel Syrien reden können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube, dass das, was ich zum Nahostkonflikt gesagt habe, trotz aller Unwägbarkeiten auch für den Verlauf des Konflikts im **Kosovo** gilt. In den sechs Monaten unserer Präsidentschaft haben wir es immerhin geschafft, im Hinblick auf den Kosovo-Konflikt eine gemeinsame europäische Haltung zu bewahren – wahrlich nicht ohne Mühe, wahrlich nicht ohne Konflikte, am

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) Ende aber erfolgreich. Als die Verhandlungen im Sicherheitsrat stockten und vorläufig scheiterten, waren es vor allem wir, die gesagt haben: Lasst uns jetzt dafür sorgen, dass keine Krise ausbricht – das Risiko der Gewaltanwendung war nämlich vorhanden –, und lasst uns einen Weg finden, einen neuen Verhandlungsprozess zu beginnen. Mittlerweile läuft dieser Prozess. Er dauert 120 Tage und findet unter dem Dach einer Troika bzw. unter dem Dach der VN statt. Dadurch konnte der offene Bruch, der zu befürchten war, vermieden werden. Ich hoffe, dass es uns gelingt, auf beiden Seiten die Kräfte zu mobilisieren, die für Mäßigung und für die Verfolgung gemeinsamer Interessen stehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zu den zentralen Themen gehört unser Engagement in **Afghanistan** – viele von Ihnen haben sich dazu heute bereits geäußert –, über das wir in den nächsten Wochen in diesem Hause noch vielfach miteinander diskutieren werden. Deshalb möchte ich nur einige Sätze zu meinem Grundverständnis sagen. Das, worüber wir in diesem Zusammenhang diskutieren werden, ist für mich keine pure Realpolitik. Unser Engagement in diesem Land ist ein humanes und politisch-moralisches Projekt. Deshalb ärgert es mich ganz gewaltig, dass wir die Diskussion, die wir unter den politisch Verantwortlichen führen, immer auf den Streit um Mandatskürzel reduzieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Die Weltgemeinschaft hat Afghanistan im Jahr 2001 auf dem Bonner Petersberg und wiederholt auf anderen internationalen Konferenzen versprochen, es aus der Spirale von Willkür, Rechtlosigkeit und Gewalt zu befreien. Sie, Herr Westerwelle und Herr Struck, haben in diesem Zusammenhang Beispiele angeführt, die ich nicht wiederholen muss. Wir haben den Menschen in Afghanistan versprochen, ihnen ein Leben in Freiheit und Würde zu ermöglichen. Mit dieser in ziviler Hinsicht immer stärker und in militärischer vielleicht immer schwächer werdenden Aufgabe sind wir noch nicht fertig. Das ist schlicht und einfach der Punkt.

Deshalb plädiere ich nicht für ein bloßes Weiter-so. Das war weder in der Vergangenheit meine Position noch ist sie es jetzt. Wir waren diejenigen, die das PRT-Konzept entwickelt haben; das Stichwort ist heute Morgen schon gefallen. Wir waren es, die in den NATO-Gremien mit dafür gefochten haben, dass der zivile Wiederaufbau einen höheren Stellenwert erhält. Wir haben auch in den NATO-Gremien dafür gefochten, dass die Einsatzregeln für ISAF angepasst werden, dass der Schutz unschuldiger Zivilisten einen höheren Stellenwert bekommt. Man hat da auch auf uns gehört; das bitte ich nicht kleinzureden. Wir wollen, dass unsere Botschaften auch in Zukunft gehört werden.

Natürlich werden wir unser Engagement in Afghanistan immer wieder kritisch überprüfen und dort, wo es notwendig ist, anpassen; das haben Sie, glaube ich, bei den fortgeschriebenen Konzepten unseres Afghanistan-Engagements gespürt. Ich will diese Gelegenheit nutzen,

- um mich bei all denjenigen ausdrücklich zu bedanken, die in den letzten Wochen an Vorschlägen gearbeitet haben, die wir Gott sei Dank in das Papier, das Sie mittlerweile kennen, einarbeiten konnten. (C)

Deutlich geworden ist doch eines: Wir erfüllen unsere Aufgabe in Afghanistan, wenn wir erfolgreich dafür sorgen, dass funktionierende staatliche Strukturen entstehen. Deshalb brauchen wir nicht nur ein Weiter-so, sondern mehr Elan bei der Ausbildung der afghanischen Armee, der afghanischen Polizei sowie – das wird gerne unterschlagen – der Richter und Staatsanwälte. Auch da sind wir engagiert.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir brauchen ein wirkliches Engagement und nicht nur Lippenbekenntnisse. Deshalb, lieber Fritz Kuhn – ich schätze Dich; das weißt Du –, ist „halb rein und halb raus“ keine Antwort auf die Anforderungen, die dort an uns gestellt werden.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie der Abg. Monika Knoche [DIE LINKE])

Ich komme zum Schluss, weil ich aufgrund meiner Redezeit zum Schluss kommen muss. Ich hätte gerne noch ein paar längere Ausführungen zur auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gemacht. Ich will nur, Monika Griefahn, ein kleines Beispiel nennen: Gerade hat der frühere französische Außenminister Hubert Védrine dem französischen Präsidenten, den wir erst diese Woche zu Gast hatten, einen Bericht vorgelegt. (D)

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ein enger Freund des Finanzministers!)

Was steht in diesem Bericht? Es finden sich viele kritische Bemerkungen über die französische Außenpolitik, aber auch ein Plädoyer für die Ausweitung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik mit all den Argumenten, die Sie von mir aus vergangenen Reden kennen. Das sind Investitionen in unsere eigene Zukunft. Ich bin froh, dass der Finanzminister das genauso sieht wie ich. Ich bedanke mich dafür und hoffe auf Ihre Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Werner Hoyer, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Werner Hoyer (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzten sechs Monate waren geprägt von Gipfeln, Glanz und roten Teppichen. Jetzt sind die Mühen der Ebene in der Außenpolitik wieder erreicht. Die Bundesregierung hat – mein Fraktionsvorsitzender hat das heute Morgen klargemacht – diese Aufgaben gut bewältigt. Wir gratulieren dazu. Wir schließen in unseren Dank insbesondere Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die der an-

Dr. Werner Hoyer

- (A) deren Häuser ein. Das war eine große Herausforderung, die bewältigt werden musste, und das ist gut gelungen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Ich hätte mich umso mehr gefreut, wenn Sie gerade unter diesen Gesichtspunkten den Antrag zu Strukturverbesserungen im Auswärtigen Amt, den die FDP eingebracht hat, nicht abgeschmettert hätten, obwohl die Außenpolitiker der Koalition und auch der Minister selbst sehr viele Sympathien dafür gezeigt haben. Wir kommen darauf zurück: Mein Kollege Koppelin wird nachher mit einigen ganz konkreten Vorschlägen für die Verbesserung der Situation des Auswärtigen Amtes aufwarten.

Wir – nicht nur wir Liberale, sondern, wie ich denke, die große Mehrheit hier im Hause – hatten uns bei der **europäischen Verfassung** ambitioniertere Ziele gesetzt, als unter deutscher Präsidentschaft erreichbar waren. Trotzdem ist es gut, dass der Prozess wieder in Gang gekommen ist. Die EU muss demokratischer, transparenter, handlungsfähiger und bescheidener werden. Nicht alles, was im Juni beschlossen worden ist, geht in die richtige Richtung. Deshalb ist es umso wichtiger, jetzt keine weitere Verwässerung zuzulassen. Es erfüllt uns Liberale mit großer Sorge, dass einige Partner schon wieder bohren und Forderungen erheben, die mit den Ergebnissen vom Juni nicht vereinbar sind, insbesondere was die Vereinbarung in Sachen Grundrechtecharta, aber auch was die Abstimmungsprozeduren angeht. Diese Vereinbarungen müssen gewahrt werden.

- (B) (Beifall bei der FDP)

Darüber hinaus sage ich als Liberaler: Einem weiteren Kratzen an der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und an der Verpflichtung auf unverfälschten, freien Wettbewerb werden wir Liberalen auf keinen Fall zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre im Übrigen fatal, wenn sich die Reform der Europäischen Union weiter hinzöge und mit den Verhandlungen über die Zukunft der EU-Finzen in Zusammenhang geriete. Herr Minister, ich habe die große Befürchtung, das würde für den deutschen Steuerzahler sehr teuer werden.

Ein Wort zur **europäischen Außenpolitik**. Es ist ja nicht zu übersehen, dass es die immer stärker werdende Tendenz gibt, nationale Interessen über das Gemeinschaftsinteresse zu stellen. Es kann nicht sein, dass es, wie es im Falle der Verhandlungen Tschechiens und Polens mit den USA über die Stationierung eines Raketenabwehrsystems, wie es bei der Annäherung Spaniens an das Regime Fidel Castros auf Kuba oder wie es beim jüngsten französisch-libyschen Nuklearabkommen gewesen ist, keine Abstimmung im Kreise der 27 gibt. Für uns sind das elementare Fragen, die in den Rat der Europäischen Union gehören.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Übrigen muss ich sagen: Die Verbindung der von Ihnen sehr diskret vorverhandelten Freilassung der bulgarischen Krankenschwestern in Libyen mit dem französisch-libyschen Nukleardeal desavouiert nachträglich Ihre aner kennenswerten Bemühungen. Ich finde, das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt erst recht, wenn hinterher in geradezu zynischer Weise von einem Spitzenfunktionär der libyschen Seite darauf hingewiesen wird, dass alle Vorwürfe, die die europäische Seite Libyen gemacht hatte, selbstverständlich zutreffen.

Dass der **deutsch-französische Motor** ins Stottern geraten ist, kann uns nicht fröhlich stimmen. Wenn in Frankreich nun schon regierungsamtlich durchgestochen wird, Angela Merkel gehe dem französischen Präsidenten auf die Nerven, dann verheißt das nichts Gutes für die Zukunft. Ich finde es ja gut, dass die Marginalisierung der kleinen und mittleren Staaten in Europa vorbei ist. Ich finde es gut, dass wir zurückkehren zu der Politik von Genscher und Kohl, für die die Ebenbürtigkeit der Staaten der Europäischen Union – unabhängig von Größe, Wirtschaftskraft, Lage und Zeit der Zugehörigkeit zur Europäischen Union – immer entscheidend war. Trotzdem gilt es immer noch, zu beachten: Ohne deutsch-französischen Konsens läuft in der Europäischen Union nichts. Übrigens bleibt auch die zweite Lehre gültig: Deutschland darf sich niemals in die Situation bringen, zwischen Washington und Paris wählen zu müssen.

Der Prozess der Abnabelung von der Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer ist erfolgreich vollzogen; das anerkennen wir. Ich fand im Übrigen den Auftritt der Bundeskanzlerin in Peking herzerfrischend. Das war gewissermaßen der Schlusspunkt in einer Reihe von Auftritten: in Moskau zum Thema Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, in Washington zum Thema Guantanamo Bay und jetzt in China. Das zeigt, dass man für die eigenen Werte und Überzeugungen, für das, was die ethische Grundlage unseres politischen Handelns ist, eintreten kann, ja dass man die Achtung des politischen Gegenübers verliert, wenn man nicht für das eintritt, was man für richtig hält.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU sowie des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Gerade in Menschenrechtsfragen ist der Kotau unangemessen, wirkt geradezu kontraproduktiv. Allerdings ist es eher ein Zeichen von Hilflosigkeit und Naivität, zu glauben, mit kräftigen Sprüchen und mit dem Androhen von Druck könnte man so gewichtige Partner bewegen.

(Lothar Mark [SPD]: Das gilt allgemein in der internationalen Politik!)

– Das gilt sehr allgemein, Kollege Mark, aber insbesondere im Umgang mit China.

Wir müssen kulturelle, religiöse und philosophische Grundlagen, aufgrund derer unsere Partner Politik ma-

Dr. Werner Hoyer

- (A) chen, stärker ins Kalkül einbeziehen und uns darauf einstellen, wenn wir unsere eigenen Ziele definieren. Das gilt auch für ein so komplexes Land wie **Afghanistan**. Das ist ein Zeichen dafür, dass es hohe Zeit wird, mit mehr Demut an diese Fragen heranzugehen. Das gilt schon für die Definition von Zielen und erst recht für die Definition von Strategien, mit denen wir diese Ziele erreichen wollen. Wir werden nicht in kurzer Zeit eine perfekte Westminster-Demokratie erreichen, aber wir können Probleme eindämmen und möglicherweise einen Beitrag zur Problembewältigung über die Zeit leisten.

Das setzt voraus, dass wir realistisch werden und nie vergessen, warum wir ein solches Engagement begonnen haben; das haben sowohl die Bundeskanzlerin als auch mein Fraktionsvorsitzender Guido Westerwelle heute Morgen sehr deutlich herausgearbeitet. Wir dürfen das nicht vergessen. Insofern ist Großes erreicht worden, aber das muss auch nachhaltig werden.

In Afghanistan und Pakistan gibt es nach wie vor die gefährlichste Basis für den Generalangriff auf unsere Lebensform und die fundamentalen Werte der aufgeklärten rechtsstaatlichen Demokratien des Westens. Deswegen ist dieses Engagement weiterhin erforderlich, auch wenn wir nicht einfach von Siegen oder Niederlagen sprechen können. Das heißt aber nicht, dass wir bei den Mandatsvorschlägen keinen Nachsteuerungsbedarf sähen, auch wenn wir als Liberale ihnen zustimmen werden. Das gilt für die Vernetzung unserer verschiedenen Politikbereiche und auch für die Vernetzung unserer Partner in der NATO.

- (B) Ich halte die Reduzierung der **NATO** auf die rein militärische Dimension – wie sie der NATO-Generalsekretär im *Spiegel* erneut bekräftigt hat – für falsch. Das ist nicht akzeptabel, weil wir im Ergebnis nur dann zum Erfolg kommen werden, wenn wir unsere militärischen und zivilen Aktivitäten stärker bündeln, und zwar im Gespräch mit den Partnern in der NATO.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Verweis auf die UNO geht hier völlig ins Leere. Auch wenn der NATO-Generalsekretär nicht nur uns, sondern auch der afghanischen Regierung mangelnde Bereitschaft vorwirft, erinnert mich das an die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten gegenüber den Irakern nach dem Motto: „Wir haben zwar eine große Katastrophe angerichtet, aber für das, was jetzt zu bewältigen ist, seid ihr selber verantwortlich.“ Das funktioniert nicht. Auch in Afghanistan wird die UNO alleine es nicht richten.

(Beifall bei der FDP)

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung, Herr Präsident. Ich finde es gut, dass sich der Außenminister jetzt dem Thema **Abrüstung** zuwendet. Seit zwei Jahren beende ich jede Rede zur Außenpolitik mit diesem Aspekt der Politik. Ich wünsche mir nur, dass wir demnächst entsprechende Zeichen sehen werden. Sie werden den Vorsitz in der Nuclear Suppliers Group übernehmen und uns wahrscheinlich erklären, dass Sie den amerikanisch-indischen Nukleardeal unterstützen werden. Sie werden

- uns demnächst zu erklären haben, warum Sie den Antrag der FDP-Fraktion auf Bemühungen der Bundesregierung um den Abzug der taktischen amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland neulich abgelehnt haben und möglicherweise demnächst wieder ablehnen werden. Hier erwarten wir nicht nur Worte – die ich allerdings gerne gehört habe –, sondern auch Taten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Eckart von Klaeden, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Seit der letzten Haushaltsdebatte Ende des letzten Jahres können wir auf ein erfolgreiches Dreivierteljahr deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zurückblicken. Ich freue mich, dass dieses Urteil nicht nur von der Koalition geteilt wird – das ist zunächst einmal keine Überraschung –, sondern dass auch die Opposition – mit Ausnahme der Linkspartei – lobende Worte für die Bundeskanzlerin und den Außenminister gefunden hat.

Man sollte sich einmal vor Augen führen, wie die Ausgangslage vor der Übernahme der EU-Präsidentschaft in den Monaten November und Dezember des letzten Jahres war: Damals wurde gesagt, dass von der deutschen EU-Präsidentschaft aus unterschiedlichen Gründen, der Schwierigkeiten des Verfassungsprozesses und der Wahlen in Frankreich, nicht viel zu erwarten sei. Nicht nur gemessen an diesem Maßstab, sondern objektiv daran, was erreicht worden ist – an dieser Stelle mein ausdrückliches Kompliment an die Kanzlerin und den Außenminister –, haben wir viel geschafft, und zwar mehr als das, was man im November oder Dezember letzten Jahres hat erhoffen können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das gilt insbesondere für drei Felder. Der **Klimaschutz** ist ein Markenzeichen dieser Großen Koalition. Es ist uns gelungen, in der Europäischen Union zu verbindlichen Vorgaben zu kommen, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, statt nur die Herausforderung des Klimawandels international zu beklagen. Das ist ein Ergebnis des von der Bundesregierung vorbereiteten und geführten EU-Gipfels. Das hat der damalige britische Premierminister Tony Blair zu Recht als historisch bezeichnet.

Der von vielen für tot erklärte Verfassungsprozess ist durch die deutsche Präsidentschaft so reanimiert worden, dass es nun eine Regierungskonferenz gibt, die – damit können wir rechnen – zum Erfolg führen wird. Auch das ist ein Ergebnis, mit dem man vor einigen Monaten noch nicht gerechnet hat. Die Bundesregierung hat zudem auf europäischer Ebene eine Initiative ergriffen, die dazu dient, uns auf die Herausforderungen vorzubereiten, die mit dem Aufstieg **Asiens** verbunden sind. Wir müssen uns darauf einstellen, dass in den nächsten Jahr-

Eckart von Klaeden

- (A) zehnten die Weltwirtschaft vor allem vom asiatischen Wachstum, vom asiatisch-pazifischen Raum bestimmt wird.

Wir müssen auf zwei Herausforderungen reagieren. Zum einen müssen wir uns die Frage stellen, welche Fähigkeiten und welche komparativen Vorteile wir uns aneignen und weiterentwickeln sollen, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein und das Maß an Wohlstand und sozialer Sicherheit zu garantieren, an das wir uns in Europa und insbesondere in Deutschland gewöhnt haben. Das ist vor allem, aber nicht nur eine Aufgabe der Forschungs- und Wissenschaftspolitik. Zum anderen müssen wir uns die Frage stellen, welche Strukturen wir schaffen müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet die Initiative zur Schaffung eines gemeinsamen transatlantischen Marktplatzes, die auf dem europäisch-amerikanischen Gipfel im April dieses Jahres vereinbart wurde. Globalisierung bedeutet, dass weltweite Entwicklungen unmittelbar Konsequenzen für die Art und Weise haben, wie wir in unserem Land leben und leben können. Das gilt für die wirtschaftlichen und die klimatischen Herausforderungen, aber auch und ganz besonders für die sicherheitspolitischen Herausforderungen.

Damit kommt man automatisch zu **Afghanistan**. Ich will deutlich sagen: Wer nach den glücklicherweise gescheiterten Attentatsversuchen in den letzten Tagen, Wochen und Monaten nicht begreift, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zusammen mit unseren Verbündeten im Rahmen der NATO zuallererst unseren elementaren Sicherheitsinteressen dient, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dieser Einsatz besteht im Wesentlichen aus zwei Elementen. Es geht um den Aufbau ziviler Strukturen. Es wurde schon zu Recht darauf hingewiesen, dass hier sehr viel erreicht wurde. Aber dort muss wesentlich mehr geschehen. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Bekämpfung der Drogenwirtschaft. Wenn es uns nicht gelingt, für die Bauern in Afghanistan alternative Einnahmemöglichkeiten zu schaffen,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: So ist es!)

dann besteht die Gefahr, dass das, was wir bisher erreicht haben, erneut gefährdet wird. Das heißt, wir würden nicht nur auf dem Status quo verharren, sondern wir würden Gefahr laufen, auf den Status quo ante zurückzufallen. Deswegen brauchen wir dort ein stärkeres Engagement. Die Erhöhung der **Mittel für den zivilen Aufbau** in Afghanistan um 20 Millionen Euro im Haushalt der Bundesentwicklungsministerin ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber das ist – präziser beschrieben – nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir gerade für den zivilen Aufbau – die Infrastruktur, den Straßenbau, die Wasser- und die Energieversorgung – deutlich mehr tun müssen, wenn wir die bisherigen Erfolge nicht gefährden wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Eine Schlüsselrolle bei der Verbindung von zivilem Aufbau und militärischer Sicherheit nach dem Konzept der vernetzten Sicherheit kommt dem Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte zu. Das, was Deutschland vorschlägt, ist konzeptionell beispielgebend, aber die Mittel, die wir einsetzen, fallen hinter dem von uns selbst formulierten Anspruch und vor allem hinter dem, was in Afghanistan tatsächlich erforderlich ist, nach wie vor weit zurück. Wenn wir nicht auch beim Aufbau von Armee und Polizei unsere Bemühungen erheblich verstärken, gilt auch für diesen Bereich das, was ich zum zivilen Aufbau gesagt habe: Wir gefährden das, was wir bisher erreicht haben. Dass dieser Aufbau gar nicht mit so viel mehr finanziellen Mitteln verbunden sein muss, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass ein NATO-Soldat durchschnittlich 4 000 Euro am Tag kostet. Das sind Kosten von 120 000 Euro oder 150 000 Dollar im Monat. Ich weiß, dass sich die Kosten nicht eins zu eins übertragen lassen, aber mit 150 000 Dollar im Monat könnte man 1 000 afghanische Soldaten oder Polizisten mit einem Sold von 150 Dollar pro Monat einstellen und ausbilden. Dieser Sold würde weit über dem liegen, der heutzutage gezahlt wird.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Das wäre das Fünffache!)

Wenn wir uns jetzt einmal vor Augen führen, welchen Herausforderungen wir in Bezug auf die Sicherheitslage gegenüberstehen, so kann ich bei aller Wertschätzung für das Lob, das Sie, Herr Kollege Kuhn, der Bundesregierung gezollt haben, die Position der Grünen, aus OEF auszusteigen, nicht nachvollziehen.

(D)

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist kein Tauschgeschäft!)

Der Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in seiner Amtszeit zweimal die Vertrauensfrage gestellt, beide Male mit überzeugenden Argumenten, einmal, um sie zu gewinnen, und einmal, um sie zu verlieren. Als er sie noch gewinnen wollte,

(Zuruf des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

am 16. November 2001, und sie gewonnen hat, hat er das mit der deutschen Beteiligung an der Operation „Enduring Freedom“ verbunden. Es ist nicht allein Gerhard Schröder, der dafür geworben hatte, sondern es sind, wenn ich mich recht erinnere, auch Sie persönlich gewesen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich!)

Jetzt stellt sich die Frage, warum heute der Ausstieg aus OEF gerechtfertigt sein könnte. Dafür können drei Gründe ausschlaggebend sein. Der erste Grund wäre eine so deutliche Verbesserung der Sicherheitslage, dass man auf die Terrorbekämpfung unter OEF verzichten kann. Das wird hier niemand ernsthaft behaupten wollen. Das zweite Argument, das immer wieder angeführt wird, ist, dass die deutsche Beteiligung an OEF nicht angefordert worden sei. Auch dieses Argument ist wenig überzeugend, wenn man sich vor Augen führt, dass deut-

Eckart von Klaeden

- (A) sche Truppen seit 2005 nicht mehr unter OEF in Afghanistan sind. Es ist also nicht so, dass die Truppen abgezogen wurden, weil sie nicht mehr angefordert wurden, sondern eher umgekehrt: Sie wurden nicht mehr angefordert, weil sie nicht mehr vor Ort waren. Das hat mit den begrenzten Kapazitäten unserer KSK-Truppen zu tun. Also, auch das Argument, dass eine Beteiligung unter OEF nicht mehr erforderlich sei, weil es an der entsprechenden Anforderung fehle, stimmt nicht. Schließlich kommen wir zu dem dritten, am meisten vorgetragenen Argument, nämlich zu der sich angeblich von dem ISAF-Mandat so sehr unterscheidenden Operationsführung unter OEF. Auch dieses Argument ist falsch. Dieses Argument ist in erster Linie innenpolitisch motiviert. Es hat nichts mit den Verhältnissen und der Realität in Afghanistan zu tun;

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagen selbst britische Soldaten, die im Süden eingesetzt sind! Die verstehen etwas davon!)

denn zu dem, was man euphemistisch „Kollateralschäden“ nennt, zu zivilen Opfern, ist es bedauerlicherweise sowohl unter ISAF als auch unter OEF gekommen. Nicht umsonst hat es entsprechende Äußerungen des NATO-Generalsekretärs gegeben.

- (B) OEF ist heute vor allem eine Ausbildungsmission. Die milliardenschwere Investition, die insbesondere von den Amerikanern in Afghanistan für den Aufbau der Polizei und für den Aufbau der Armee geleistet wird, wird über OEF geleistet. Wer also für den Ausstieg aus OEF plädiert und gegen die Mandatsverlängerung stimmt, der stimmt auch gegen diese Ausbildungsmission

(Zuruf des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und müsste dann erklären, wie er diese Aufgabe übernehmen zu können glaubt. Das heißt, es ist in erster Linie innenpolitische Augenwischerei, wenn man sagt, man könne die beiden aufeinander angewiesenen Missionen in Afghanistan voneinander trennen.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: ISAF und das damit verbundene Mandat, die afghanische Regierung zu unterstützen, sind auf den Erfolg von OEF angewiesen. Auch OEF wird in Afghanistan nur erfolgreich sein, wenn ISAF seinen Auftrag erfüllen kann. Beide militärischen Operationen werden ihr Ziel, für mehr Sicherheit zu sorgen, wiederum nur erreichen können, wenn wir beim zivilen Aufbau wesentlich mehr tun und deutlich erfolgreicher sind, als es bisher der Fall gewesen ist.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr von Klaeden, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nachtwei?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Ja, bitte sehr.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Herr Kollege von Klaeden, wir, die Obleute im Verteidigungsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss, haben bis dato die Erfahrung gemacht, nie darüber unterrichtet worden zu sein, was OEF in Afghanistan konkret bedeutet. Über den Auftrag sind wir seit sechs Jahren informiert; er ist klar. Können Sie der Erfahrung, die ich seit inzwischen einigen Jahren mache, etwas entgegensetzen?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Herr Kollege Nachtwei, ich kann Ihrer Erfahrung nichts entgegenzusetzen. Informationen durch das deutsche Verteidigungsministerium für die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses konnten vor allem zu der Zeit gegeben werden, als deutsche Soldaten im Rahmen von OEF in Afghanistan eingesetzt waren. Dieser Einsatz ist, wie ich gerade ausgeführt habe, im Oktober 2005, also in der Schlussphase Ihrer Regierungszeit, zu Ende gegangen. Deswegen hat es danach keine Informationen mehr gegeben.

Ich gebe Ihnen aber recht – ich nehme an, Sie wollen darauf hinaus –, dass der Informationsaustausch zwischen ISAF und OEF in Afghanistan deutlich verbessert werden muss; das ist für mich überhaupt keine Frage. Ich halte es bloß für etwas widersinnig, dass gerade diejenigen, die Wert darauf legen, dass die Weitergabe von Informationen von OEF an ISAF, zum Beispiel durch die Tornado-Flüge, besonders restriktiv gehandhabt, also eingeschränkt wird, sich hinterher darüber beklagen, dass es Mängel bei der Weitergabe von Informationen durch ISAF an OEF gibt. (D)

Ich finde, wir müssen uns darauf einstellen, dass eine künstliche Trennung in Bezug auf die Kooperation beider Operationen in Afghanistan nur ins Verderben führen kann. Wir brauchen Kooperation, Abstimmung und insbesondere Informationsaustausch in beide Richtungen. Das ist die Konsequenz dessen, was ich gerade gesagt habe: dass beide Operationen aufeinander angewiesen sind.

Ich darf insbesondere an diejenigen appellieren, die in der letzten Legislaturperiode Regierungsverantwortung getragen und – das will ich deutlich sagen – mit überzeugenden Argumenten die Auffassung vertreten haben, dass für den Erfolg in Afghanistan, für die Unterstützung des zivilen Aufbaus beide militärischen Operationen erforderlich sind: Sie sollten sich heute nicht mit fadenscheinigen Ausreden, insbesondere mit der Rücksichtnahme auf die eigene Wählerklientel, auf die innerparteiliche Situation oder auf Umfrageergebnisse aus dieser Verantwortung zu stehlen versuchen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das war eine gute Rede, Herr von Klaeden!)

- (A) **Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**
Das Wort hat nun Kollegin Monika Knoche, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Monika Knoche (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Herr von Klaeden, in einem stimme ich Ihnen zu: Es ist richtig, die heutige Oppositionsfraktion der Grünen auf ihre Verantwortung hinzuweisen, die sie mit dem Stellen der Vertrauensfrage und dem Erzwingen der Zustimmung der Fraktion zum Afghanistan-Krieg hat. Ich möchte ergänzen: Das KSK ist während der Regierungszeit von Rot-Grün eingesetzt worden; erst als die CDU an die Regierung kam, kam es nicht mehr zum Einsatz. Die diesbezüglichen Daten sind verschwunden.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Da sehen Sie mal an!)

Wir sind also gar nicht in der Lage, zu verifizieren, was unter der rot-grünen Regierung in Afghanistan im Rahmen von OEF eigentlich gemacht worden ist. Machen Sie von den Grünen hier bitte keine Schönfärberei!

(Beifall bei der LINKEN)

Herr von Klaeden, aus Ihrer Rede habe ich deutlich herausgehört, dass Sie jetzt für eine Zusammenlegung von ISAF und OEF werben.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Quatsch!)

- (B) Ich nehme an, ich habe Sie da nicht missverstanden.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Doch! Sie haben mich missverstanden!)

– Okay; dann ist es gut. Uns liegt nämlich ein Verfassungsgerichtsurteil vor, in dem größter Wert darauf gelegt wird, dass die Trennung dieser Mandate beibehalten wird. Eines in der Debatte hat mich doch verwundert, Herr Hoyer, nämlich dass Sie davon sprechen, Afghanistan greife unsere Lebensform und unsere Lebensweise an. Das kann ich nicht teilen.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Das habe ich auch nicht gesagt! Insofern ist das auch nicht überraschend! – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Der Terrorismus, hat er gesagt!)

Oft ist vom Clash of Civilisations die Rede. Es ist gut, sich von unserer Seite aus daran zu erinnern, dass er etwas mit dem Ressourcenzugriff in der islamischen Welt zu tun hat, dass es nicht nur um die aufgeklärte westliche Lebensweise, die der christlichen Kultur entstammende Lebensweise geht. Es hat eben auch etwas damit zu tun, wie die Zugriffe auf die Welt zur Sicherung der Ressourcen erfolgen.

Man muss sich einmal anschauen: Wie sieht das Weißbuch der Bundeswehr aus, was diesen Teil angeht? Die Position von Herrn Steinmeier, die er heute hier bezogen auf die Frage des Klimaschutzes und der Energieaußenpolitik dargelegt hat, bleibt in einem klaren Widerspruch zu der Position, die in der Großen Koalition

- seitens des Verteidigungsministeriums vertreten wird. (C)
Man muss einmal deutlich machen, dass das alles nicht zusammengeht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin der Auffassung, dass es ganz wesentlich ist, in unseren außenpolitischen Debatten und Beratungen endlich das Thema „Klimawandel und Frieden“ in den Mittelpunkt zu stellen; denn ich bin zutiefst davon überzeugt: Nur bei Emanzipation von der Abhängigkeit von **fossilen Energieträgern** werden wir eine Friedensdividende bekommen. Das ist die eigentliche friedenspolitische Aufgabe, die man bis hinauf in die UN-Ebene durchdeklinieren muss, wozu von der Regierung leider noch gar keine Vorschläge gemacht worden sind.

Wir stehen jetzt parlamentarisch vor einer ganz wesentlichen Entscheidung der deutschen Außenpolitik. Die Frau Kanzlerin hat in ihrer außenpolitischen Betrachtung großen Wert darauf gelegt, eine Einschätzung zu **Afghanistan** abzugeben. Am Samstag, dem 15. September, werden hier in Berlin Tausende Menschen gegen den deutschen Militäreinsatz demonstrieren. Sie stehen für einen Großteil der Bevölkerung, die der Auffassung ist, dass Deutschland seinen Friedensauftrag in Afghanistan verfehlt.

(Beifall bei der LINKEN)

- Nach sechs Jahren Krieg gegen Terror muss diesem eine Absage erteilt werden, weil es an der Zeit ist, einzugestehen, dass es nicht funktioniert, militärische oder zivil-militärische Operationen in Afghanistan zu führen. Das Scheitern dieser Strategie ist offenkundig. Wir sehen Bilder. Wir haben Informationen. Wir wissen es. Obwohl den ganzen Sommer über Werbefeldzüge für die **ISAF-Mission** geführt wurden, ist die Bevölkerung nicht zu überzeugen. Das zeugt von der Aufgeklärtheit der Menschen. Die Menschen verlangen eine andere außenpolitische Strategie, nämlich eine, die auf Militärpräsenz verzichtet und die Präsenz von Militär nicht zum Ausweis für die politische Unterstützung in einem Krisen- oder Kriegsgebiet macht. Das ist die Haltung, die in der Bevölkerung vertreten wird. Für alles, was zu weiteren Opfern in der Zivilbevölkerung Afghanistans und unter den Soldaten führt, wird die Linke die Hand nicht reichen. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist auch nicht möglich, ISAF zu einem Friedensengel zu erklären. Ich will nur anmerken: Ärzte ohne Grenzen hat nach 24 Jahren Afghanistan verlassen. Malteser International sagt: Nur ohne Soldaten ist Hilfe möglich. – De facto wissen alle, die dort waren: ISAF schützt nur sich selber. Die Zivilbevölkerung hat nahezu nichts davon.

Jetzt müssen die Grünen und die SPD Debatten in den eigenen Reihen führen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch gut! – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind ja nicht auf Kuba! – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Unterschied zu euch! Ihr führt keine!)

Monika Knoche

- (A) Dabei ist mir einiges aufgefallen. Sie veranstalten einen Sonderparteitag. Das wurde hier im Haus bereits richtig kommentiert. Man wolle OEF auslaufen lassen, wird gesagt, um ISAF samt Tornado-Einsatz zu stärken. Ich finde das höchst verwunderlich; denn Deutschland hat überhaupt keinen Einfluss auf OEF. OEF machen die Amerikaner. Da ist Deutschland nicht gefragt. Da fragen uns die USA doch nicht, auch dann nicht, wenn wir über KSK Kombattanten bei OEF sind. Das muss man der Bevölkerung klar sagen.

Ich weiß gar nicht, welche Debatten Sie auf Ihrem Parteitag führen wollen. Hier wird doch offenkundig eine Schimäre, eine Mär verbreitet. Es geht nicht darum, es entweder zu lassen oder mehr zu tun; es geht darum, ganz rational und humanitär an diese Probleme Afghanistans heranzugehen. Da ist vollkommen klar: Man bekommt keine Perspektive für Frieden und Befriedung in diesem Land, solange das Militär präsent ist. Sie müssen es einsehen: Diese Strategie ist gescheitert.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schütterer Beifall!)

Sie wollen doch eine qualitative Aufwertung der ISAF-Mission vornehmen – diese Diskussionen werden ja heute schon geführt – und in das ISAF-Mandat OEF-Anteile überführen. Was ist das denn anderes, als in den operativen Krieg gegen den Terror einzusteigen? Es muss doch klar gesagt werden, dass hier Irreführung betrieben wird, wenn öffentlich erklärt wird, mit ISAF nur noch rein zivil arbeiten zu wollen, aber insgeheim gemeint wird, den operativen Teil der kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Terror vor Ort in Afghanistan führen zu wollen. Dann wird man zum Beteiligten in diesem Konflikt, und das wollen wir auf gar keinen Fall.

(B)

Eines ist mir vollkommen klar: Im Hinblick auf den Drogenanbau und den zivilen Aufbau wird man nicht umhinkommen, die bekannten Korruptionlinien in der Regierung Karzai zum Thema zu machen. Man kann Korruptionsbekämpfung in Abmachungen hineinschreiben, aber solange der jetzige **Drogenanbau** nicht in die Form eines lizenzierten, kontrollierten Drogenanbaus für medizinische Zwecke überführt wird, wird man den Drogensumpf nicht austrocknen können. Schon gar nicht wird es gelingen, in Afghanistan neben dem Krieg gegen den Terror nun auch noch den Krieg gegen Drogen zu führen. Dieses Konzept geht nicht auf. Man muss sich vielmehr mit den Anrainerstaaten um eine Lösung vor Ort bemühen; denn der westliche Zugriff auf Afghanistan und das Herbeizwingen von Lösungen haben nicht funktioniert und werden nicht funktionieren. Deshalb muss Deutschland dort als ziviler Friedensdienstleister aktiv werden und sich so seine Unterstützung in der Bevölkerung verdienen.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Kerstin Müller, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu Afghanistan komme – auch ich werde natürlich darüber sprechen –, beginne ich mit dem Ausgangspunkt für unser Engagement dort: dem schrecklichen Terroranschlag auf das World Trade Center am **11. September 2001**. Wir haben erst gestern wieder der vielen Toten gedacht, und es gab auch viele Berichte dazu.

Man muss ganz klar festhalten: Außenpolitisch war der 11. September eine Zäsur, in vielerlei Hinsicht. Die Vereinten Nationen gestanden den USA zu Recht ein Recht auf Selbstverteidigung gegen diesen schrecklichen Terroranschlag zu; die NATO rief auf dieser Grundlage erstmals den Bündnisfall aus, und die internationale Gemeinschaft intervenierte in Afghanistan. Die USA begannen in einer „Koalition der Willigen“ ihren Kampf – sie sprechen heute vom „Krieg“ – gegen den Terror.

Wenn man dies sechs Jahre nach der Intervention in Afghanistan und vier Jahre nach dem Einmarsch im Irak bilanziert, dann muss man eines leider ganz klar feststellen – und das hat viele Gründe –: Die Welt ist nicht sicherer geworden. Der **internationale Terrorismus** ist heute stärker als je zuvor.

Herr Kollege von Klaeden, Sie haben recht: Der Gott sei Dank am letzten Dienstag vereitelte Terroranschlag hat noch einmal deutlich gezeigt, dass auch wir im Visier des Terrorismus sind. Kein Land der westlichen Welt ist davor geschützt; aber auch auf Teile der arabischen Welt trifft dies zu, wie der Anschlag in Algerien zeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, da hilft es gar nichts, den Kopf in den Sand zu stecken und zynisch zu behaupten: Wären wir nicht an den internationalen Einsätzen gegen den Terrorismus beteiligt, dann gäbe es keine Anschlagsgefahr in Deutschland. – Das ist ein unverantwortliches Gerede, denn es ist klar: Wir waren von Anfang an im Visier der Terroristen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

weil der von al-Qaida und anderen erklärte Dschihad eben ein Kulturkampf gegen unsere westlichen Werte ist, gegen unsere Lebensweise, gegen unsere offenen Gesellschaften insgesamt. Mit dieser Vogel-Strauß-Politik verunsichern Sie nur die Bevölkerung in Deutschland noch weiter. Das halte ich für unverantwortlich, denn wir müssen ja gerade deutlich machen, warum es richtig ist, dass wir an den multilateralen Einsätzen, etwa in Afghanistan, beteiligt sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir hier heute auch über den 11. September und seine Folgen für die Welt diskutieren, dann kommen wir gerade angesichts der aktuellen Irak-Diskussion in den USA nicht umhin, klar festzustellen – das ist jedenfalls meine Bilanz als jemand, Herr von Klaeden, der diese

Kerstin Müller (Köln)

- (A) Diskussionen von Anfang an hier mitgeführt hat –, dass der **War on Terror** der USA gescheitert ist; ich sage das bewusst so.

(Beifall des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er ist nämlich leider mitverantwortlich dafür, dass heute der internationale Terrorismus nicht schwächer, sondern stärker geworden ist. Das war eine Befürchtung, die der frühere Außenminister Joschka Fischer immer hatte. Er hat mit dieser These leider, leider recht behalten.

(Zuruf von der LINKEN: Trotzdem machen wir mit!)

Nach Afghanistan hat der Terrorismus neue Rückzugsgebiete in Pakistan und vor allem im Irak gefunden. Er breitet sich vor allen Dingen in fragilen Staaten aus. Beispiele seien genannt: die Flüchtlingslager im Libanon, neue Netzwerke in Gaza, Angriffe im Jemen, die Anschlagserie im Maghreb und Strukturen in Somalia über Bangladesch bis Indonesien.

Mitverantwortlich für die Stärkung ist das Irak-Desaster. Vertreter der Demokraten in den USA wie etwa der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses sprachen, bevor General Petraeus überhaupt mit seinem Bericht begann, von einem Fiasko. Die Mehrheit der Amerikaner will nur noch den Abzug. Leider bietet die amerikanische Regierung nur Durchhalteparolen. Damit kommt man, wie ich meine, im **Irak** nicht mehr weiter. Die dort angewandte Logik „Mehr Soldaten gleich mehr Sicherheit“ ist, übrigens wie in Afghanistan, nicht aufgegangen. Die Zahl der zivilen Opfer liegt leider auf demselben tragisch hohen Niveau wie im Januar. Man fragt sich, warum etwa so zentrale Empfehlungen wie die des Baker/Hamilton-Reports vom Dezember 2006 einfach in den Wind geschlagen wurden und man nicht ein Stück weit das umgesetzt hat, was dort gefordert wurde. Dort hieß es, dass ein politischer Prozess zur innerirakischen Versöhnung wichtig ist, dass die Nachbarn des Irak aktiv eingebunden werden müssen, dass eine konfrontative Politik gegenüber Syrien und Iran nicht mehr weiterführt.

Fest steht jedenfalls das Dilemma, in dem wir stecken: Deutschland war nicht am Krieg gegen den Irak beteiligt, aber wir werden jetzt mit den Folgen konfrontiert. Solange der Irak nicht befriedet ist, stellt er ein Sicherheitsrisiko für Europa und damit auch für uns dar. Wir müssen uns dringend Gedanken darüber machen, wie wir eine Stabilisierung im Irak unterstützen können. Keiner hat dafür den Stein der Weisen. Aber ich will ein Beispiel nennen: Es war eine Delegation von uns im kurdischen Norden. Ich verstehe nicht – das ist ein ganz kleiner Baustein –, warum Deutschland dort abstinert ist und wir nicht wenigstens mithelfen, diese Region zu stabilisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jetzt komme ich zur **OEF**, Herr Kollege von Klaeden. Der War on Terror ist eben nicht nur im Irak, sondern

meines Erachtens auch in Afghanistan gescheitert. Es ist vor allen Dingen die Operationsführung – Sie haben sie angesprochen –, die hohe zivile Opfer zur Folge hat. Hier gelten eben nicht die NATO-Rules, gemäß denen – das wurde auch jetzt noch einmal ganz deutlich gesagt – zivile Opfer möglichst vermieden werden sollen. Das hat Hass und Gewalt vor allen Dingen im Süden und Osten des Landes, wo mehrheitlich paschunische Bevölkerung lebt, geschürt und sie gegen die internationale Gemeinschaft aufgebracht. Ich sage es nochmals – das ist auch ganz klar das Fazit von Abgeordneten meiner Fraktion nach der Reise nach Afghanistan –: Das Vorgehen dort ist unabgestimmt und unsensibel. Es ist derart unsensibel, dass es inzwischen kontraproduktiv für den Erfolg der **ISAF-Mission** ist. Das ist unser Hauptargument.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Trittin hat in einer anderen Debatte den Vorfall von Shindand geschildert, wo OEF ISAF zu Hilfe rufen musste und die Italiener, die für die Region verantwortlich waren, erst in dem Moment von der OEF-Operation erfahren hatten. Diese „Hilfe“ führte zu so vielen Opfern, dass es darüber eine riesige Debatte in Afghanistan gegeben hat und das Oberhaus des afghanischen Parlaments, der Senat, beschlossen hat, doch bitte schön diese Mission zu beenden und solche Aktionen künftig zu unterbinden bzw. mit den afghanischen Sicherheitskräften abzustimmen. Ich sage noch einmal: Wenn uns das nicht gelingt, wenn wir darüber nicht eine Debatte mit unseren amerikanischen Partnern führen – das ist unser Hauptargument –, dann gefährden wir die gesamte ISAF-Mission, auch die zivilen Aufbauprojekte, die wir dort durchführen. Deshalb meinen wir: OEF muss beendet werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir haben immer wieder eine Unterrichtung über die Gesamtoperation OEF gefordert. Herr von Klaeden, wir haben neulich noch darüber gesprochen. Bisher haben wir sie nicht bekommen. Dass sie seit zwei Jahren nicht mehr abgerufen worden ist, heißt nicht, dass wir keine Informationen darüber bekommen müssten. Die Amerikaner führen diese Aktion so, wie sie wollen, und lassen sich nicht in die Karten schauen. Das kann nicht sein.

Wir müssen aufpassen, dass nicht eine falsch verstandene Bündnistreue dazu führt, dass Afghanistan am Ende zum Irak der NATO wird. Das kann keiner von uns wollen. Das wollen auch wir Grünen nicht. Wir wollen, dass sowohl die UNO, die im Irak die Federführung hat, als auch die NATO mit der Mission der ISAF erfolgreich sind. Die ISAF-Mission ist inzwischen auf Gesamtafghanistan ausgedehnt. Auch das ist ein Argument, warum es Zeit wird, die OEF in Afghanistan zu beenden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen Ihre Rede beenden. Sie haben die Zeit bereits deutlich überschritten.

(A) **Kerstin Müller** (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ein letzter Satz: Natürlich muss der zivile Aufbau ins Zentrum gestellt werden. Wir müssen vor allen Dingen dafür sorgen, dass auch die Menschen im Süden und im Osten die Friedensdividende zu spüren bekommen, damit sie erkennen, dass wir dort nicht als Besatzer sind, sondern Hilfe leisten wollen, damit der Aufbau, das große Projekt des Nation-Building in Afghanistan, ein Erfolg wird.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Eckart von Klaeden.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Frau Kollegin Müller, Sie haben mich mehrfach auf meine Ausführungen zur OEF angesprochen. Deswegen will ich Folgendes noch einmal klarstellen: Ich teile Ihren Wunsch nach einer besseren Information – und zwar nicht nur des Deutschen Bundestages, sondern auch der ISAF-Mission – über die Aktivitäten der OEF. Das setzt aber voraus, dass wir den Informationsaustausch von ISAF in Richtung OEF nicht beschränken. Deswegen mein Hinweis auf die Beschränkung im Bundestagsmandat, die restriktive Informationsweitergabe, die gerade auf Wunsch derjenigen aufgenommen worden ist, die kritische Anfragen an OEF stellen.

(B)

Der zweite Punkt, den Sie genannt haben, die unterschiedlichen Einsatzregeln für OEF und ISAF in **Afghanistan**, ist schlicht falsch. Beide Operationen verfügen über dieselben Einsatzgrundsätze.

Der dritte und, wie ich finde, entscheidende politische Punkt ist die Analyse, es gebe in Afghanistan zwei Probleme, nämlich zum einen die Taliban und zum anderen die Operationsführung der Amerikaner. Diese Analyse ist nicht nur falsch,

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Sie ist unfair!)

sondern führt auch dazu, dass unserem ISAF-Einsatz in Afghanistan die moralische Grundlage entzogen wird. Das heißt, Sie begeben sich mit dieser Argumentation auf eine Rutschbahn, die nur darin enden kann, dass man sich ganz aus Afghanistan zurückzieht, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem die Aufgabe noch nicht erfüllt ist.

Das ist der eigentlich problematische Teil Ihrer Argumentation. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in Ihrer Argumentation deutlich machten, dass der Grund für die schrecklich hohe Zahl der zivilen Opfer nicht in erster Linie in der Operationsführung der Amerikaner liegt – auch vonseiten der NATO ist gesagt worden, dass das, was zu verbessern ist, verbessert werden soll –, sondern zuallererst in der Kriegsführung der Taliban, die Zivilisten als menschliche Schutzschilde missbrauchen. Der zweite Grund – auch das gehört dazu – ist der Mangel an Bodentruppen; denn wenn wir, unter beiden Mandaten,

mehr Bodentruppen hätten, würden diese nicht so schnell in Bedrängnis geraten – Sie haben ja gerade ein solches Beispiel geschildert – und müssten keine Luftunterstützung anfordern. Wenn Ihre Argumentation schlüssig sein soll, müssten Sie sich für einen stärkeren militärischen Einsatz unter ISAF, aber eben auch unter OEF aussprechen. Das tun Sie aber nicht. (C)

Der letzte Punkt. ISAF selber hat in Afghanistan ungefähr 800 Spezialkräfte im Einsatz, die nichts anderes tun als die Spezialkräfte, die unter OEF eingesetzt werden. Sie werden erhebliche Schwierigkeiten bekommen, sofern Sie Ihre Linie beibehalten wollen, wenn die Glaubwürdigkeit Ihrer Argumentation mit den tatsächlichen Verhältnissen in Afghanistan verglichen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie haben Gelegenheit zur Reaktion.

Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege von Klaeden, ich kann jetzt nicht auf alle Punkte eingehen, die Sie genannt haben. Ich bin aber froh, dass wir diese Diskussion führen; Sie führen diese Diskussion ja nicht nur mit uns, sondern – das muss man der Ehrlichkeit halber ergänzen – auch in der Koalition. Es ist gut, dass diese Diskussion durch unsere Beiträge auch hier einmal thematisiert wird.

Ich möchte auf zwei Argumente eingehen. Erstens zur Operationsführung. Ich halte dies in der Tat für entscheidend. Wir können gerne unsere Quellen austauschen. Wir verfügen über viele Quellen. Es gibt viele wichtige Leute – sei es der EU-Beauftragte Vendrell in Afghanistan, seien es hohe ISAF-Offiziere, Briten, die dort unten sind –, die hier eine sehr deutliche Sprache sprechen. Die zuständigen Militärs sagen selbst, dass die OEF-Mission inzwischen kontraproduktiv ist. Ich bin zwar kein Militär, aber die zuständigen Militärs haben das berichtet, und zwar nicht nur unserer Delegation. (D)

Ich möchte auch auf die Reaktion der Afghanen hinweisen. Inzwischen hat dort ein Prozess stattgefunden – wir sind eben nicht Besatzer; das wollen wir auch nicht –: Es gibt einen gewählten Senat, ein gewähltes Parlament, eine gewählte Regierung. Dort häufen sich Klagen und entsprechende Beschlussfassungen im Senat – ihre Zahl nimmt zu –, die sich auch gegen die Operationsführung richten. Es wird immer deutlich dazugesagt: Wir wollen nicht, dass die internationale Gemeinschaft abzieht. Wir wollen, dass ihr bleibt. Wir wollen mit euch gemeinsam den Prozess der Schaffung einer selbsttragenden Sicherheit, des Aufbaus des Landes fortführen. Aber das, was da zum Teil passiert, ist so kontraproduktiv, dass es der eigenen Bevölkerung nicht mehr vermittelt werden kann.

Wenn wir uns dort einsetzen, handelt es sich immer um eine heikle und schwierige Gratwanderung. Wir müssen die Äußerungen ernst nehmen. Sie haben unter anderem zu unserem Schluss geführt, dass die Frage der Operationsführung entscheidend ist. Es gibt andere

Kerstin Müller (Köln)

- (A) Experten – Sie haben das sicherlich auch gelesen –, etwa von der SWP, die ganz klar sagen: Nach der Gesamtausdehnung der ISAF, die erst 2006 abgeschlossen worden ist, gibt es noch weniger Argumente, zwei parallel laufende Missionen in Afghanistan durchzuführen.

Natürlich ist die Kriegsführung der Taliban eine der Ursachen für die Eskalation im Süden und Osten. Hinzu kommt, dass sich Taliban- und Al-Qaida-Kräfte in den Ausbildungslagern reorganisiert haben; sie führen – da gebe ich Ihnen recht – einen systematischen Kampf. Aber was ist die Antwort darauf?

Klar ist jedenfalls – das habe ich auch dem Kabinettsbeschluss entnommen –: Wir müssen schauen, dass die militärische Präsenz im Süden und Osten den zivilen Aufbau absichert, dass dieser Aspekt wieder in den Mittelpunkt gelangt. Wir müssen auch von deutscher Seite die Mittel dafür mindestens verdoppeln, damit auch die Menschen im Süden und Osten eine Friedensdividende erhalten. Das scheint mir der allerwichtigste Punkt zu sein. Wenn uns das nicht gelingt, dann werden Kräfte wie Taliban und andere hier einen fruchtbaren Nährboden finden und dann sind wir auch mit Militär auf verlorenem Posten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Walter Kolbow, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Walter Kolbow (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass der Außenminister auch von der verantwortungsbewussten Opposition breites Lob für das bekommen hat, was er in seiner Amtszeit zusammen mit der Großen Koalition außenpolitisch auf den Weg gebracht hat, nie reaktiv, immer aktiv, nie aufdringlich, an den Hotspots dieser Welt, von denen es leider zu viele gibt, präsent, mit seinen Lösungsvorschlägen immer auf der Höhe der Zeit. Das gilt, wie Sie, Herr Außenminister, dargetan haben, für die schwierige Situation im Kosovo, aber auch für die nicht minder komplizierte Lage im Nahen Osten.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch Ihrem Team zu verdanken, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hause, in Deutschland, aber auch in der Welt, denen wir von dieser Stelle aus unseren Dank für ihre Arbeit aussprechen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dabei möchte ich insbesondere auf den Krisenstab in Ihrem Hause abstellen, der mit uns allen, mit Ihnen in Ihrer Verantwortung als Außenminister und auch mit der Frau Bundeskanzlerin, immer noch um das Leben der im Augenblick in Afghanistan gekidnappten Geisel ringt. Wir hoffen, dass wir sie gut zurückbekommen. Wir wissen um die Verantwortung, die bei diesen Fragen, bei denen es um Menschen geht, vorherrscht, sowie um die Verstrickungsprobleme, die bei der 30-jährigen Wiederkehr des

deutschen RAF-Herbstes gerade auch durch die Äußerungen von Helmut Schmidt sehr authentisch in den Vordergrund gerückt sind. Wir wünschen eine glückliche, eine menschliche, eine erfolgreiche Hand. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Sie haben zusammen mit dem Umweltminister und mit Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul die Vorbereitungen für den G-8-Gipfel getroffen, sodass er von unserer Bundeskanzlerin erfolgreich durchgeführt werden konnte. Wir freuen uns, dass die Klimapolitik als wichtige Säule der Innenpolitik und die Problematik der Energiesicherheit nicht mehr von der Tagesordnung wegzudenken sind.

Es ist wichtig, in großen, aber auch in kleinen Ländern die **Menschenrechte** einzufordern. Es ist richtig, die Menschenrechte in China, in Russland, aber auch in den Vereinigten Staaten einzufordern, Erklärungen dazu abzugeben und sich mit den Partnern, die das möglicherweise anders sehen und andere Entwicklungen zulassen, auseinanderzusetzen. Aber ich meine, wir sollten und dürfen nicht die Einzelfälle aus dem Blick lassen. Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass drei sozialdemokratische Bundeskanzler während ihrer jeweiligen Amtszeit Menschenrechte immer aktiv eingefordert und Einzelfälle auch erfolgreich gelöst haben.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Eckart von Klaeden [CDU/CSU])

Es ist zu einfach, zu sagen: Jetzt ist es so, früher war es anders. – Das hat die rot-grüne Regierungskoalition nicht verdient. (D)

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen würde ich mich freuen, wenn bei Regierungsreisen ins Ausland auch die Parlamentsinitiativen einbezogen würden, zum Beispiel der vom Deutschen Bundestag gefasste Laogai-Beschluss. Dies tun wir bei jeder unserer Reisen. Sie haben es auch getan, als Sie mit Herrn Westerwelle unterwegs waren, ebenso wie die Kollegen der CDU/CSU oder auch wir im Juni in China.

Ich denke, dass Menschenrechtspolitik in einem engen Zusammenhang mit **Rüstungs- und Abrüstungspolitik**, mit Rüstungskontrollpolitik und mit Nonproliferation steht. Dabei stehen nicht nur die Themen der Nuklearwaffen und der Waffensysteme im Mittelpunkt. Weil es heute die sogenannten kleinen Waffen sind, die den Menschen in Kriegs- und Krisengebieten Tod und Verderben bringen, stehen auch die Bemühungen im Mittelpunkt, die Verbreitung von Kleinwaffen einzuschränken. Wir müssen die Überprüfungskonferenz der Vereinten Nationen, bei der wir im letzten Jahr einen entsprechenden Antrag gestellt haben, dafür gewinnen, ein globales Waffenhandelsübereinkommen zu erzielen. Dies ist gegenwärtig in der Diskussion, muss aber beschlossen werden, um die unglückseligen Wirkungen zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Walter Kolbow

- (A) Der Vollständigkeit halber darf ich unterstreichen, dass Ihre Initiative und auch unsere aus der Großen Koalition gespeisten Anstrengungen bezüglich der Streumunition erfolgreich waren. Aber auch dort gilt es weiterzuarbeiten.

Die **Nuklearproblematik** im Hinblick auf den Iran treibt uns alle um. Sie haben es erwähnt: Unser politisches Ziel bleibt, den Zusammenhalt der Sechser-Gruppe zu bewahren und mit einer geschlossenen Haltung gegenüber dem Iran aufzutreten. Der Konflikt mit dem Iran muss politisch gelöst werden. Dass sich militärische Lösungen verbieten und diese Einsicht in die Überlegungen in den Hauptstädten dieser Welt Eingang gefunden hat, ist auch Ihnen und Ihren Aktivitäten auf den internationalen Konferenzen und hinter den Kulissen zu verdanken, Herr Außenminister.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass die mittlerweile in greifbare Nähe gerückte politische Lösung der nordkoreanischen Atomkrise dazu beitragen kann, die Weiterverbreitung von Atomwaffen einzudämmen und eine Ursache für das regionale Wettrüsten in Südostasien zu beseitigen. Ein Erfolg in Nordkorea könnte auch Impulse für die festgefahrenen Gespräche im Zusammenhang mit der iranischen Atomkrise bieten. Davon würden auch die Gespräche der EU-Drei im Rahmen der Drei-plus-Drei-Initiative profitieren. Es gibt Signale, dass unsere diesbezüglichen Forderungen erfüllt werden.

- (B) Ich will darauf hinweisen – auch Sie, Herr Kollege Hoyer, haben das getan; ich kann das nachvollziehen –, dass wir natürlich aus Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitischer Sicht die Entwicklung um das indisch-amerikanische Nuklearabkommen sehr aufmerksam betrachten. Wir werden weder Indien noch Pakistan dazu bringen können, auf den gerade erlangten Status einer Atommacht zu verzichten. Unser Augenmerk muss jedoch darauf gerichtet sein, Herr Außenminister, unser Verhalten in der Nuclear Suppliers Group mit Rüstungskontrollpolitischen Überlegungen zu vereinbaren.

(Zuruf des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN])

Es wäre hier sehr hilfreich, wenn sich Indien zu bestimmten Rüstungskontrollpolitischen Zusagen und Verhaltensweisen entschließen könnte. Aber auch wir könnten mit unseren Möglichkeiten zu einer Lösung auf den Konferenzen beitragen, die unseren Anstrengungen, was den Rüstungskontrollpolitischen Ansatz angeht, nicht hinderlich sein würde.

(Beifall bei der SPD)

Ich will an dieser Stelle auch sagen, dass wir nicht nur wegen der Rüstungskontrollpolitischen Aspekte das Thema „**strategische Raketenabwehr**“ nach wie vor auf unserem politischen Schirm haben. Für uns stand immer die Frage im Mittelpunkt, ob Verteidigungsanstrengungen im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrsystem vertragliche Rüstungskontroll- und Abrüstungsregime tangieren, ob sie erhalten werden können und ob sie ausgebaut werden müssen. Dies hat

- immer auch eine wirksame und verifizierbare Verhinderung der Proliferation eingeschlossen. (C)

Wir plädieren hier für einen kooperativen Ansatz, der sowohl Russland als auch – bei globaler Betrachtung – andere Länder wie zum Beispiel China einbeziehen muss. Unsere Position ist klar: Wir wollen eine neue Rüstungsspirale verhindern. Wie notwendig das ist, zeigen die Pläne der russischen Seite, eine Vakuumbombe zu entwickeln und die Entwicklung im Bereich der Mittel- und Langstreckensysteme voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD)

Vor wenigen Minuten ist die russische Regierung zurückgetreten. Es kann sein, dass Herr Iwanow neuer Ministerpräsident wird. Wir vertreten unsere Position natürlich auch gegenüber dem neuen Ministerpräsidenten, der möglicherweise an diese Position gesetzt wird, um die Putin-Nachfolge anzutreten. Umso wichtiger ist es, unsere Positionen auch an ihn zu adressieren.

(Beifall bei der SPD)

Die Debatte hat gezeigt, dass uns alle die **Afghanistan-Problematik** umtreibt. Ich habe Respekt vor den Argumenten, die von den Kollegen der Grünen vorgetragen worden sind, Frau Kollegin Müller. Wir müssen uns nicht nur mit diesen Argumenten, sondern auch mit der Haltung unserer Bürgerinnen und Bürger in dieser Frage auseinandersetzen. Wir müssen eine Bestandsaufnahme machen und eine klare Analyse durchführen.

- Der Anspruch der SPD-Bundestagsfraktion, sich eine verantwortungsbewusste Position zu den drei Mandaten zu erarbeiten, wird sich am Ende auszahlen. Wir debattieren intensiv nicht nur mit ausländischen Gästen, sondern auch unter uns und beziehen die nachteiligen Wirkungen der Mandate in unsere Überlegungen mit ein. Wir wollen alles in einen Gesamtzusammenhang stellen, der Afghanistan nützt und der dem zivilen Wiederaufbau Rechnung trägt. Wir wissen, dass das ohne militärische Absicherung nicht geht. Wir müssen aber eine Situation schaffen, in der die Afghanen uns mehr und mehr zutrauen, mit ihnen ihr Staatsgründungsproblem zu lösen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Human Rights Watch empfiehlt, den ISAF-Einsatz fortzuführen, weil er gut ist. Das Gleiche wird im Afghanistan-Bericht der Bundesregierung empfohlen, in dem dankenswerterweise – wir haben das aber auch erwartet – zahlreiche Fragen, die die Taskforce der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet und an die Bundesregierung gestellt hat, beantwortet worden sind. Der ISAF-Einsatz ist, glaube ich, unstrittig. Auf Reisen von Abgeordneten unserer Fraktion hat sich gezeigt, dass die Integration des Tornado-Einsatzes in dieses Mandat kein unüberwindbares Hindernis ist, und zwar aufgrund der Aufklärungs- und Schutzfunktion.

Wir wissen aber, dass es bei OEF Probleme gibt. Es gibt nicht nur ein Wirkungs- und ein Akzeptanzproblem, sondern auch Probleme, die daraus resultieren, dass OEF sich verändert hat. Da 6 000 der 8 000 Soldaten im Bereich der Ausbildung eingesetzt werden – darauf ist von Herrn von Kladden hingewiesen worden –, ist OEF quasi

Walter Kolbow

- (A) ein Ausbildungsprojekt geworden. In Kabul findet die Grundausbildung der Soldaten der afghanischen National Force, also der Armee, statt. Die anderen Soldaten, die im Übrigen aus 14 Nationen stammen, sind im Antiterrorkampf tätig. Redlicherweise muss man die Frage stellen, wie wir die wenigen Soldaten für die Antiterrorbekämpfung substituieren können.

Ich weiß, dass diese Frage schwer zu beantworten ist – das erfahren wir, wenn wir in unseren Wahlkreisen sind –; denn die Frage, ob Soldatinnen und Soldaten in größerer Zahl nach Afghanistan geschickt werden sollen, ist nicht nur emotional, sondern auch rational umstritten. Das gilt im Übrigen auch für andere westliche Demokratien; diesbezüglich sind die Niederlande nicht anders als Kanada. Das ist auch eine Frage der internationalen Solidarität; denn es geht um einen Wert. Deshalb sprechen wir mit unseren amerikanischen Freunden und weisen sie darauf hin, dass die veränderten Einsatzrichtlinien mit der entsprechenden Wirkung nicht nur bei ISAF, sondern auch bei OEF zum Tragen kommen müssen.

Frau Kollegin Müller, Sie haben gesagt – das ist jetzt kein Vorhalt –, dass der Antrag auf Fortsetzung der OEF abgelehnt werden müsste, weil die neuen ISAF-Einsatzregeln nicht für OEF gelten. Im Umkehrschluss würde das aber bedeuten, dass eine Zustimmung möglich wäre, wenn die Einsatzregeln übertragen würden. Die Übertragung halte ich im Übrigen für geboten und auch für erreichbar.

- (B) An dieser Stelle möchte ich resümieren – Herr Präsident, ich komme zum Schluss – und sagen, dass sich an der Wirkung unserer Auslandseinsätze deutlich macht, ob wir – ich schließe an die Ausführungen von Frau Müller an – im **Kampf gegen den Terrorismus** auch in Auslandseinsätzen bestehen können. Wenn es uns nicht gelingt, die Zustimmung zu unseren Auslandseinsätzen in eine Zustimmung der Bevölkerung zu ihrer eigenen Regierung umzumünzen, dann sind die Auslandseinsätze von großen Mängeln hinsichtlich des politischen Erfolges geprägt. Dann steht insgesamt der Erfolg des Einsatzes, in diesem Fall: der Wiederaufbau in Afghanistan, infrage.

Wir sollten keine Barrieren aufrichten, indem wir schon vor der abschließenden Abstimmung ein absolutes Nein kundtun. Es kommt nämlich sehr darauf an, welche Schlussfolgerungen die Bundesregierung in ihrem Antrag an das Parlament aus unserer Debatte zieht. Ich hoffe, dass wir in diesem Sinne heute einen guten Beitrag dazu geleistet haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Jürgen Koppelin, FDP-Fraktion.

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz meiner kurzen Redezeit ist es mir ein Bedürfnis – ich denke, das ist auch in Ihrem Interesse, da ich Hauptberichterstatter für den Einzelplan 05 bin –, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes unseren Dank auszusprechen. Ich danke insbesondere denjenigen, die in den Botschaften, Auslandsschulen und Goethe-Instituten ihren Dienst leisten. Wir alle haben unsere Erfahrungen gemacht und wissen, dass wir vor allen Dingen in unseren Botschaften ausgesprochen gute, teilweise sogar sehr gute Leute haben. Ich denke, zu dieser Debatte gehört auch, ihnen unseren Dank auszusprechen.

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Bundesaußenminister, als Haushälter achtet man natürlich sehr darauf, dass gespart wird. Da dieser Haushalt aber – das kann man auch aus der Opposition heraus ganz offen eingestehen – immer auf Kante genäht war, ist die Steigerung, die Sie jetzt erreicht haben, durchaus notwendig. Auf uns kommen viele Aufgaben zu, die zu erfüllen sind.

Ich bleibe beim Thema **Personal**. Wir alle loben die gute Konjunktur, die wir im Augenblick haben. Ich glaube, dass sich das Auswärtige Amt anstrengen muss, bei guter Konjunktur nach wie vor gute Leute einstellen zu können. Viele gehen in die Wirtschaft, vor allen Dingen angesichts der Belastungen, die es im Auswärtigen Dienst gibt. Insofern muss dieser Dienst attraktiver gemacht werden.

Ich will hier einen Punkt aufgreifen. Wir werden uns im Haushaltsausschuss, ebenso wie Sie im Auswärtigen Ausschuss und im Ministerium selber, überlegen müssen, wie wir zukünftig mit den Ehepartnern von Mitarbeitern, die in die Botschaften gehen, verfahren. Wir stellen fest, dass der Anteil der Frauen in den Botschaften überdurchschnittlich hoch ist. Das ist zu begrüßen. Aber wir haben das Problem, dass mitziehende Männer im Ausland keinen Job finden. Frauen sind – das haben wir eigentlich immer gewusst – etwas flexibler, wenn sie mit ihrem Ehepartner ins Ausland ziehen.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Frauen sind sowieso flexibler als Männer!)

– Entschuldigung. Männer sind leider etwas sturer; das ist nun einmal so. – Wir müssen uns etwas einfallen lassen, damit der Wechsel ins Ausland attraktiver wird. So sehr wir jetzt auch schmunzeln: Wenn die Ehefrau in acht Jahren an zwei Botschaften war und der Mann in dieser Zeit keinen Job hatte, dann wird es für ihn sehr schwierig, in Deutschland wieder einen Job zu finden. Für diese Fälle müssen wir uns Programme überlegen.

Ich darf, weil wir immer dafür sind, dass Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut werden, den einen oder anderen an dieser Stelle darauf hinweisen, dass seit 1994 700 Auslandsstellen und im Ministerium selber 200 Stellen gestrichen wurden. Das sollte man einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Dabei sind die Belastungen des auswärtigen Dienstes, sowohl im Ministerium als auch in den Botschaften, größer geworden; die Aufgaben sind

Jürgen Koppelin

- (A) schwieriger geworden. Das ist so nicht mehr hinzubekommen. Insofern müssen wir uns bezüglich des Personals etwas überlegen.

(Beifall des Abg. Markus Meckel [SPD])

Es kommt noch ein Bereich hinzu, der dem einen oder anderen vielleicht nicht so bewusst ist. Wenn man eine Auslandsreise macht und an der Botschaft ist, sieht man es. Viele unserer **Botschaften** sind in den 50er-Jahren gebaut worden. Der Bauzustand ist teilweise katastrophal, das gilt bis hin zu den Gardinen und Teppichen. Hier besteht mit einem Schlag großer Nachholbedarf. Hinzu kommt – das will ich nicht vergessen –, dass viele Botschaften vor Terrorismus geschützt werden müssen. Ich habe eine große Bitte, die ich bei anderer Gelegenheit schon einmal geäußert habe – dieser Punkt ist mir als Haushälter sehr wichtig –: Ich bitte unsere Bundesbaugesellschaft aufs Dringendste, kein Spitzenreiter in Sachen Bürokratie zu sein, sondern flexibel zu sein und gemeinsam mit den Botschaften nach kostengünstigen Lösungen zu suchen, die auch schnell durchzuführen sind.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Es kann nicht sein, dass immer nur blockiert wird. Wir als Politiker wollen, dass gehandelt wird, aber sie tut nichts. Sie hat anscheinend nur eine Aufgabe: dorthin zu reisen, um sich den Zustand anzusehen, und das Vorhaben anschließend abzulehnen oder zu verzögern. Das kann nicht sein.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich muss gleich zum Schluss kommen, möchte aber noch eine andere Bitte aussprechen. Ich glaube, dass die Zusammenarbeit zwischen dem BMZ und dem Auswärtigen Amt dringend einer Verbesserung bedarf. Ich habe nicht den Eindruck, dass **BMZ und Auswärtiges Amt** sehr harmonisch zusammenarbeiten; das muss nicht am Minister liegen. Die Außenpolitik und die Entwicklungshilfepolitik gehören zusammen und müssen abgestimmt werden. Es ist meine dringende Bitte, Herr Minister, dass dies geschieht. Ich begrüße es, dass Sie einen Teil des Geldes, das dem BMZ zusteht, zur Verwaltung ins Auswärtige Amt bekommen. Bei Ihnen ist es anscheinend besser aufgehoben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Herbert Frankenhauser, CDU/CSU-Fraktion.

Herbert Frankenhauser (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich kenne die Befindlichkeiten und Schwierigkeiten, wenn Haushälter plötzlich in eine Etatdebatte eingreifen.

(Beifall des Abg. Lothar Mark [SPD])

Um dem Rechnung zu tragen, haben sich mein hochgeschätzter Mitberichterstatter, Kollege Lothar Mark, und

ich darauf verständigt, dass ich heute sozusagen in Personalunion für uns beide rede. Wir wollen das Hohe Haus nicht zu sehr mit haushälterischen Gesichtspunkten aufhalten. (C)

(Zuruf von der FDP: Das ist eine wahre Große Koalition!)

Im Übrigen ist es, wenn einer für jemanden aus der anderen Fraktion spricht, natürlich ein untrügerisches Zeichen für die durch nichts zu überbietende Harmonie in dieser Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der FDP: Herzlichen Glückwunsch!)

Ich befinde mich auf gewisse Weise in einer schwierigen Situation. Denn Haushälter müssen sich quasi berufsmäßig und naturgemäß – wenn vielleicht auch nicht angeboren – gegen jede Etaterrhöhung wenden. Nach intensiver Prüfung bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Etaterrhöhung, wenn überhaupt, im Einzelplan des Auswärtigen Amtes angemessen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin des Weiteren zu der Erkenntnis gelangt, dass wir im Haushaltsverfahren, angelehnt an die ODA-Quote, eigentlich so etwas wie eine AA-Quote einführen müssten,

(Heiterkeit bei der FDP)

um endlich beurteilen zu können, was eine angemessene finanzielle Ausstattung ist. (D)

Meine herzliche Gratulation, Herr Außenminister, dass es Ihnen als erstem Amtsinhaber seit – ich weiß nicht, wie vielen – Jahren gelungen ist,

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Seit zehn Jahren!)

den Bundesfinanzminister davon zu überzeugen – einer Ihrer Vorgänger hat einmal gesagt: „Ohne Moos nix los.“ –, dass mehr Aufgaben mit weniger Geld auf die Dauer nicht zu bewältigen sind. An dieser Stelle sage ich auch dem Bundesfinanzminister für seine Einsicht vielen Dank.

Einsparmöglichkeiten gäbe es zum Beispiel dann, wenn wir, zumindest was den Bau von Botschaften betrifft – Kollege Koppelin hat das angesprochen –, die ohnehin überforderte Bundesbaugesellschaft entlasten

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Hartmut Koschyk [CDU/CSU])

und eine Gesellschaft gründen würden, die für diese Bauten zuständig ist. Ich hoffe, dass wir nach der entsprechenden Beratung in den zuständigen Gremien für dieses Vorhaben auch Ihre Unterstützung bekommen werden.

Das Gesamtvolumen des Haushalts des Auswärtigen Amtes für das Jahr 2008 beträgt 2,816 Milliarden Euro. Der Haushalt dieses Ministeriums erreicht damit einen Anteil von 0,994 Prozent am Gesamthaushalt. Kollege Mark will immer die 1-Prozent-Marke erreichen, aber

Herbert Frankenhauser

- (A) ich weiß nicht, ob uns das im Beratungsverfahren gelingen wird; wir wollen es zumindest versuchen.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Das wäre doch mal was!)

Das heißt, jeder Bundesbürger, ob groß, ob klein, wird für die Tätigkeit des Auswärtigen Amtes mit einem Betrag von 34 Euro belastet. Wenn man dem gegenüberstellt, dass jeder Bundesbürger für die Bundesschuld 527 Euro aufbringen muss, so denke ich, dass diese 34 Euro wirklich gut angelegt sind, nicht zuletzt deshalb, weil die große Koalition und somit auch Herr Außenminister Steinmeier inhaltlich neue Akzente gesetzt haben. Der Stabilitätspakt für Afghanistan und der Stabilitätspakt für Südosteuropa sind wieder dort etabliert, wo sie hingehören.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Es ist begrüßenswert, dass mit diesen Mitteln schnell, gezielt und sichtbar

(Lothar Mark [SPD]: Und unbürokratisch!)

– das betrifft das, was Sie, Herr Kolbow, angesprochen haben – auf akute Probleme und Bedürfnisse reagiert werden kann, damit auch die Bevölkerung erkennt, was wir unternehmen.

(Beifall des Abg. Walter Kolbow [SPD])

- (B) Völlig neu im Einzelplan 05 ist eine Dotierung in Höhe von 30 Millionen Euro für die **Afrika-Initiative** im Rahmen der deutschen G-8-Präsidentschaft. Im Übrigen, Herr Außenminister, werden 10 Millionen Euro für die African-Standby-Forces bereitgestellt. Wir haben uns überzeugen können, welche exzellente Arbeit im „Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre“ geleistet wird.

Völlig neu ist auch der **Nachbarschaftsinvestitionsfonds**, NIF, der mit 12 Millionen Euro gespeist wurde. Ich bin der festen Überzeugung, dieser Fonds musste dringend erfunden werden. Bei meiner heutigen Lektüre habe ich darüber hinaus festgestellt, dass die Bundesregierung unbedingt noch einen Beauftragten für die Erforschung der Fonds ernennen sollte, die es bei all diesen Institutionen gibt, damit wir endlich einmal erfahren, wo unser Geld überall verwendet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Die Mittel für **humanitäre Hilfe** haben wir fast verdoppelt. Besonders möchte ich auf die Schulinitiative unter dem Stichwort „Partner der Zukunft“ hinweisen, die der Außenminister ins Leben gerufen hat und für die 41,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden. Ich denke, dass insbesondere die deutschen Auslandsschulen und die Angebote, die deutsche Sprache zu erlernen, für die deutsche Außenpolitik von ganz herausragender Bedeutung sind.

Auch ist es gelungen, das **Goethe-Institut**, das in den letzten Jahren große Not gelitten hat, wieder auf die richtige Spur zu bringen. Von hier aus gratuliere ich dem neu

- gewählten Präsidenten, Herrn Professor Lehmann, ganz herzlich zu seiner Wahl. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind oft gescholten worden, wir würden das Goethe-Institut arm sparen. Der Haushaltsausschuss hat nie ein Institut geschlossen und wollte auch nie eines schließen. Wenn wir jetzt noch einmal über 27 Millionen Euro darauflegen und insgesamt 185 Millionen Euro für das Goethe-Institut aufwenden, dann haben wir das Mögliche für eine ordentliche finanzielle Ausstattung und eine dauerhafte Konsolidierung des Goethe-Instituts getan. Ich möchte aber schon darauf hinweisen, dass Qualität weder allein eine Frage des Geldes noch der Masse ist. Das gilt auch mit Blick auf die Absurdität mancher Programme, die leider Gottes angeboten werden.

Es gibt einen ganz kleinen Posten, den ich aber für sehr wichtig halte und deswegen einmal erwähnen möchte: Im Etat ist die Erhaltung **deutscher Kriegsgräber im Ausland** und damit die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge finanziell abgesichert. Es handelt sich um eine relativ kleine Position, die aber eine sehr hohe Bedeutung für viele unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen sowie die Wirkung nach außen hat. Am vergangenen Wochenende haben deutsche und russische Soldaten zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam auf einem Soldatenfriedhof in Russland an deutschen und russischen Gräbern gearbeitet. Das mag zwar eine kleine Aktion gewesen sein, aber es ist ein sehr ermutigendes Zeichen dafür, dass es sich lohnt, geduldig und beharrlich für Verständigung, Versöhnung und Frieden zu arbeiten. Deswegen danke ich den vielen ehrenamtlichen Helfern, den Soldaten, die diese Arbeit verrichten. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Michael Leutert von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Michael Leutert (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn jemand den Eindruck haben sollte, dass sich meine Argumente aus der letzten Haushaltsberatung wiederholen, dann stimmt dieser Eindruck. Das hängt damit zusammen,

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Weil Ihnen nichts Neues einfällt!)

dass die Politik der Großen Koalition heute immer noch so schlecht ist wie im letzten Jahr. Das möchte ich jetzt gern begründen.

Eigentlich freut sich das Herz des Haushälters, wenn 12,7 Milliarden Euro mehr zu verteilen sind. Das

Michael Leutert

- (A) Auswärtige Amt bekommt davon 300 Millionen Euro ab. Das Problem ist bloß: Diese Mehreinnahmen kommen nicht durch eine kluge und gerechte Einnahmepolitik zustande, sondern es handelt sich dabei letztendlich um das Geld, das wir den kleinen Leuten aus der Tasche gezogen haben; ich nenne nur das Stichwort Mehrwertsteuererhöhung. Das trübt natürlich den Blick auf den Haushalt und macht es schwer, sich an dieser Debatte zu beteiligen.

Wenn man sich dann noch anschaut, wie das Geld verteilt wird, ist das einfach traurig. Der Haushalt des Auswärtigen Amtes umfasst 2,8 Milliarden Euro, das ist nicht einmal 1 Prozent des Gesamthaushaltes. Im Gegensatz dazu umfasst der Etat des Verteidigungsministers – zweitgrößter Etat – über 29 Milliarden Euro. Auf diesen Etat ist einfach 1 Milliarde Euro daraufgepackt worden; das ist zehnmal so viel wie beim Auswärtigen Amt.

Das muss man sich aber noch genauer anschauen. Dem Auswärtigen Amt stehen 2,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon müssen 700 Millionen Euro für Beiträge an internationale Organisationen einschließlich der VN-Beiträge für Militäreinsätze abgezogen werden. Es bleiben also 2,1 Milliarden Euro für alle Aufgaben, die im Ausland entstehen, übrig. Das sind die Goethe-Institute, die angesprochene Afrika-Initiative, humanitäre Hilfe, Demokratisierungshilfe und natürlich die 220 Vertretungen im Ausland mit ungefähr 9 000 Bediensteten.

- (B) Im Übrigen haben wir mittlerweile mehr Soldaten im Ausland stehen als Diplomaten. Der Verteidigungsminister hat also Ihnen, Herr Außenminister, mittlerweile den Rang abgelaufen. Er hat mehr Truppen im Ausland stehen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seit wann hat der Außenminister Truppen? Er ist doch Zivilist!)

Schon das zeigt, wie die **Prioritäten** in der deutschen Außenpolitik gesetzt sind. Es geht in der Außenpolitik nicht in erster Linie um zivile Instrumente, sondern es geht letztendlich um militärische Instrumente in der Außenpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Das kann man an dem derzeitigen Projekt der deutschen Außenpolitik, **Afghanistan**, durchexerzieren: In jedem Bereich muss abgerechnet werden, was welches Instrument gebracht hat, wie effektiv es gewesen ist. Bei Militärmissionen hingegen gibt es eine solche Abrechnung nicht.

Wir haben über OEF gesprochen: Bisher gibt es keine Auskunft darüber, wie der Auftrag, feindliche Kämpfer gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen, ausgeführt worden ist. Der OEF-Einsatz hat bisher über 800 Millionen Euro gekostet.

Wir haben auch keine vorzeigbaren Ergebnisse bei ISAF. Obwohl dieser Einsatz bisher 2,2 Milliarden Euro gekostet hat, hat sich die Lage in Afghanistan nicht stabilisiert: Jeden Tag sind massive Anschläge zu verzeich-

nen, und die Menschenrechtssituation ist immer noch bedrohlich. (C)

(Zuruf von der SPD: Wollen Sie da heraus?)

– Nein, es geht mir um das Verhältnis der zivilen und der militärischen Instrumente der Außenpolitik: Wenn 50 Millionen Euro im Rahmen des Stabilitätspaktes zur Verfügung gestellt werden, dem aber ISAF-Gesamtkosten von 2,2 Milliarden Euro gegenüberstehen, muss ich sagen: Ich halte das für einen schwerwiegenden Fehler.

(Beifall bei der LINKEN)

Das zeigen uns auch die Ergebnisse, die wir derzeit in Afghanistan zu verzeichnen haben.

Die Folgerung, die die Regierung zieht – das kann man an den Haushaltszahlen sehen –, ist: Nichts passiert, es wird weitergemacht. Die Mehreinnahmen werden nicht dafür verwendet, den zivilen Sektor aufzustocken. Ich habe es vorhin schon erwähnt: Um 1 Milliarde Euro wird der Verteidigungshaushalt erhöht; übrigens wird auch dieses Jahr weit über 1 Milliarde Euro für Rüstungsforschung und wehrtechnische Erprobung eingestellt. Immer wieder betonen die Vertreter von Regierung und Koalition, dass sie den zivilen Aufbau stärken wollten, dass sie die Demokratie, die Menschenrechte und den Frieden in der Welt sichern wollten. Das wird damit nicht erreicht, sondern konterkariert.

(Lothar Mark [SPD]: AA, BMZ, BMI, wir investieren schon!)

Mittlerweile, nach Afghanistan, müsste doch jeder kapiert haben, dass man Demokratie und Menschenrechte nicht mit militärischen Mitteln erzwingen kann. (D)

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Rainer Steenblock, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die deutsche Außenpolitik bewegt sich immer stärker in dem Spannungsfeld zwischen einer eigenständigen, bilateral orientierten deutschen Außenpolitik und der Einbindung in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Wenn wir unsere Ziele, unsere Interessen, unsere Werte in den außenpolitischen Konflikten durchsetzen wollen, dann brauchen wir – davon bin ich überzeugt – eine stärkere **Einbindung** unserer **Außenpolitik** in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der **Europäischen Union**. Der Außenminister unseres Landes ist aktiv dabei, das voranzutreiben.

Wenn man sich die Ergebnisse der europäischen Außenpolitik anschaut, muss man sagen: Es gibt Erfolge, es gibt eine gute Kooperation, zum Beispiel was den Nahostkonflikt angeht; aber auch Iran ist sicherlich ein Beispiel für eine gute Kooperation. Es gibt aber auch viele Schwachstellen in der europäischen Außenpolitik: Ich

Rainer Steenblock

- (A) nenne nur Kosovo als Beispiel. Auch in der Energieaußenpolitik haben wir große Probleme, die wir lösen müssen. Wenn EU-Mitgliedstaaten wie Ungarn und Bulgarien dabei sind, das Fundament der Ressourcensicherung, die ein Teil der Energieaußenpolitik ist – für uns Grüne gehört viel mehr dazu –, zu zerstören, indem sie mit immer neuen Pipelines versuchen, die Gasvorkommen Russlands in ihr Land zu leiten, dann ist das ein Beispiel dafür, wie die EU-Mitgliedstaaten ihre außenpolitischen Interessen durch Vielstimmigkeit kaputtmachen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist es wichtig, dass wir bei den zentralen Themen zusammzukommen versuchen.

Ein großes Problem, das wir im nächsten Jahr lösen müssen, ist, glaube ich, das **Verhältnis der Europäischen Union zu Russland**. Es ist ein Kernpunkt vieler Konfliktfelder, die wir haben. Der Europäischen Union muss es gelingen – nicht nur wegen der Konflikte, die wir jetzt mit Polen hatten –, einen eigenen strategischen Ansatz, eine eigene Russlandpolitik zu entwickeln. Wir haben eine Zentralasienstrategie entwickelt. Wir haben den Außenminister in dieser Frage sehr unterstützt. Aber diese Zentralasienstrategie wird so lange zahnlos bleiben, solange sie nicht durch eine Russlandstrategie komplementiert ist. Deshalb ist es wichtig, dass in unseren Strategien die Ressourcenpolitik immer mit der Frage nach Demokratie und Menschenrechten verbunden wird. Das gilt gerade auch für Russland.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg.
Eckart von Klaeden [CDU/CSU])

Wenn wir schon über eine europäische Energiepolitik sprechen, dann muss ich feststellen, dass mich das letzte Treffen unserer Bundeskanzlerin mit Herrn Sarkozy nicht besonders erfreut hat. Zentrales Thema war sozusagen der Versuch, eine konservative Politik zu gestalten, um die europäischen Lobbyinteressen im Atombereich zu stabilisieren und zu stärken. Das ist hinsichtlich einer nachhaltigen Energiepolitik im europäischen Rahmen kontraproduktiv.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Gestatten Sie mir noch eine weitere Bemerkung. Auch der sogenannte **Rat der Weisen** geht dramatisch in die falsche Richtung. Wenn man anfängt, wieder über Vertrauensbildung bei den Menschen in Europa nachzudenken, dann braucht man keine Gremien hinter verschlossenen Türen, sondern demokratisch legitimierte Strukturen, zum Beispiel einen Konvent, um die Europäische Union weiterzuentwickeln. Wir brauchen keine zusätzlichen Expertengremien, sondern eine offene, transparente und demokratische Debatte

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Und parlamentarische Debatte!)

um die Zukunft Europas.

- (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP) (C)

Ich komme zum letzten Punkt. Eines der zentralen Projekte des Reformvertrages war die **Grundrechtecharta**, in der viele soziale Grundrechte der Menschen in Europa verankert sind. Wenn ich jetzt in den Debatten höre, dass die Grundrechtecharta neu gewichtet und in ihrer Bedeutung abgewertet werden soll, dann gehen bei mir alle Warnlampen an.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Zu Recht!)

Die Menschen in Europa brauchen die Grundrechtecharta als verlässliches Element zur Bildung der europäischen Identität. Wir alle sollten ein gemeinsames Interesse daran haben, dieser Grundrechtecharta einen hohen Rang in der europäischen Verfassung oder im Reformvertrag einzuräumen. Das dient unserer demokratischen Legitimation, aber auch dem Vertrauen in den europäischen Weg zur Lösung von Problemen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Axel Schäfer, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast zum Schluss der Debatte über den Haushalt des Auswärtigen Amtes reden wir über Europapolitik. Das ist wichtig und richtig, weil es ein zentraler Teil Ihrer Arbeit ist, Herr Bundesaußenminister.

Zwei Punkte sind in diesem Jahr entscheidend. Zum einen brauchen wir in der EU den **Zusammenhalt nach außen**, auch um anderen Halt geben zu können. Was mit der Bremer Erklärung in der Ratspräsidentschaft gelungen ist, was vor allen Dingen die Menschen erwarten – das sage ich nach vielen Reisen auf den westlichen Balkan, vor allem auch im Kosovo, auf denen ich eine Reihe von Gesprächen geführt habe –, ist in der Europäischen Union insgesamt, aber auch hinsichtlich unserer deutschen Rolle nicht hoch genug einzuschätzen. Deswegen wird es wichtig sein, lieber Frank-Walter Steinmeier, dass es weiterhin gelingt, dass wir diese Europäische Union zusammenhalten – selbst wenn die Probleme im Kosovo größer werden –, weil wir im Falle einer Spaltung in Europa nicht in der Lage wären, für die Menschen und die gemeinsame Sache Erfolge zu erzielen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum anderen brauchen wir den **Zusammenhalt nach innen**. Was zurzeit bei der Regierungskonferenz werkstelligt werden soll – das sollten wir ohne Übertrei-

(D)

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) bung in aller Ruhe deutlich benennen –, ist das wichtigste Reformprojekt im institutionellen Bereich seit 15 Jahren und die grundlegendste Veränderung in 50 Jahren europäischer Verträge.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir es schaffen, Europa auch zukünftig handlungsfähig zu machen, dann brauchen wir Veränderungen im Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Akteuren, auch zwischen Europäischem Parlament, der Kommission und dem Rat. Notwendig für die Stärkung ist auch, dass wir die Handlungsmöglichkeiten verbessern – Stichwort „dritter Pfeiler“ – und die Pfeilerstruktur überwinden und integrieren.

Wir brauchen dabei auch mehr direkte Demokratie. Was Europa ausmacht, ist eben nicht nur eine Kopfgeburt, sondern es ist ein Projekt, das den Menschen zugewandt ist. Dafür ist es notwendig, dass wir die Elemente mit in den Verfassungsvertrag aufnehmen und entsprechend mit Leben erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weise deshalb so eindringlich darauf hin, weil wir in einer schwierigen Situation sind. Das muss man trotz der vielen guten Botschaften über die Vorbereitung zum Abschluss der **Regierungskonferenz**, die wir zurzeit aus Brüssel von den Rechtskundigen bekommen, offen bekennen. Es ist noch nicht geschafft. Wir sind mit der Regierungskonferenz schon ein Stückchen zurückgegangen, gemessen an dem von Rainer Steenblock zu Recht erwähnten Konvent im Jahr 2003. Trotz der Ratifizierung des Verfassungsvertrages in 18 Ländern haben wir einen Bruch erlebt. Mit den vertraglichen Grundlagen, die wir nun schaffen wollen, bewegen wir uns auf einem Niveau, das wieder ein Stückchen niedriger ist. Dennoch sind diese neuen vertraglichen Grundlagen das Wichtigste, was wir gemeinsam zustande bringen müssen. Wenn aber nun einzelne Länder versuchen, noch mehr infrage zu stellen und Änderungen hin zu weniger Gemeinschaft zu bewirken, dann müssen wir alle in diesem Hohen Hause dazu Nein sagen und Ja zu dem, was wir gemeinsam erreicht und auf dem EU-Gipfel in Brüssel beschlossen haben. Das muss unser gemeinsames Anliegen sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage das ganz offen als jemand, der bekennender Anhänger der **direkten Demokratie** ist: Wenn es Länder gibt, in denen nun ein Plebiszit ansteht, nicht nur verpflichtend in Irland und wahrscheinlich auch in Dänemark, oder in denen man nach einem Volksentscheid ruft, um gegen Europa votieren zu können, dann müssen wir uns auf gute Erfahrungen in Europa besinnen, die deutlich machen, wie wir mit solchen Konflikten umgehen können. Harold Wilson stand 1975 als Labour-Premier vor einem ähnlichen Problem. Er musste ein Stück neu verhandeln, um seiner eigenen Partei sowie den Wählerinnen und Wählern zu entsprechen, und musste gleichzeitig dazu beitragen, dass Großbritannien in der Europäischen Union bleiben konnte. Harold Wilson hat keine Volksabstimmung ausgerufen, um ein-

mal zu testen, was die Bürgerinnen und Bürger meinen. (C) Er hat gesagt: Diese Neuverhandlungen haben ein gutes Ergebnis gezeitigt. Sie haben unserem Land etwas gebracht. Ich werbe um Zustimmung. Aber ich sage auch klar: Wir haben die Alternativen, Ja in der EG oder Nein in der Volksabstimmung zu sagen und dann auszutreten.

Ich appelliere an alle, die wollen, dass wir dieses Europa zusammenhalten, die zweite Chance mit der nun anstehenden Regierungskonferenz und der Ratifizierung zu nutzen. Denn in Europa ist es anders als im Sport: Wir haben keine drei Versuche, also keine zwei Fehlversuche, um dann das Gewicht im dritten Versuch zu stemmen. Wir müssen es jetzt schaffen. Ich denke, wir werden es schaffen. Der Deutsche Bundestag wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Der Außenminister wird eine hervorragende Rolle spielen.

Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Erika Steinbach, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Erika Steinbach (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute über den Einzelplan 05 des Auswärtigen Amtes sprechen, können wir das durchaus unter erfreulichen Vorzeichen tun; denn der Gesamtetat des Auswärtigen Amtes wurde nach vielen Jahren erstmals wieder angehoben, und das war dringend nötig. Davon profitieren nicht zuletzt auch die Menschenrechtsanliegen dieses Hauses. So ist zum Beispiel vorgesehen, den Mittelansatz im Titel „Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe, Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte“ um rund 3 Millionen Euro zu erhöhen. Diese Erhöhung spiegelt das gewachsene Engagement wider, das Deutschland in den letzten Jahren bei der Sicherung des Friedens und der Wahrung der Menschenrechte gezeigt hat. (D)

Die Herausforderungen, denen sich Deutschland auch im Menschenrechtsbereich gegenüber sieht, sind in den letzten Jahren nicht geringer geworden. In vielen Bereichen prallen heute religiöse, ethnische oder ideologische Vorstellungen verstärkter und aggressiver aufeinander als in den Jahrzehnten zuvor. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass die Menschenrechtsverletzungen von heute nicht selten die kriegerischen oder die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen von morgen sind. Beides hat immer mehr oder weniger Auswirkungen auf unser Land, direkt oder indirekt. Deshalb ist **Menschenrechtspolitik** neben dem humanitären Anliegen auch immer Interessenpolitik unseres eigenen Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Bundesregierung tut in Fragen der Menschenrechte mehr – Herr Kollege Kolbow, das sehe ich ein wenig anders als Sie – als alle Bundesregierungen zuvor.

Erika Steinbach

- (A) Das gilt nicht nur für die rot-grüne Bundesregierung, sondern auch für die, die davor waren. Das begrüße ich ausdrücklich. Förderprogramme zur Durchsetzung von Demokratie und von Menschenrechten sind wichtig. Daran besteht überhaupt kein Zweifel. Sie helfen den Menschen, und sie stabilisieren das globale politische Gesamtgefüge. Sie können aber nur dann ihre Wirkung wirklich entfalten, wenn das Bekenntnis zu den Menschenrechten von oberster Ebene mitgetragen und immer wieder eingefordert wird. Geld alleine reicht nicht, und Geld alleine hilft nicht nachhaltig. Menschenrechtspolitik braucht Politiker, die Missstände im Ausland mutig und ohne Schnörkel ansprechen. Das tun sowohl die Bundeskanzlerin als auch der Herr Außenminister. Herzlichen Dank dafür. Von ihnen werden Menschenrechtsdefizite nicht ausgeklammert, sondern angesprochen. In der Vergangenheit war auch das nicht immer selbstverständlich.

Wenn ich anfangs sagte, dass der Haushalt des Auswärtigen Amtes den höheren Stellenwert von Menschenrechten widerspiegelt, so trifft dies vor allem auf ein Land zu, das heute in der Debatte schon eine große Rolle gespielt hat, auf **Afghanistan**. Nirgendwo sonst hat sich Deutschland in den letzten Jahren auch unter menschenrechtlichen Aspekten so sehr verpflichtet wie in dieser Region. Es gibt heute Erfolge, aber nach wie vor auch Herausforderungen. Das Beispiel Afghanistan wähle ich deshalb, weil ich und wir alle sehr wohl wissen, dass es vielen Menschen hier im Land am liebsten wäre, wenn Deutschland sein Engagement dort baldmöglichst einstellen würde. Aber das wäre nicht nur aus der Menschenrechtsperspektive, sondern auch aus Gründen der innenpolitischen Sicherheit ein ganz kardinaler Fehler. Ohne Zweifel ist Afghanistan noch sehr weit von Zuständen entfernt, die wir mit unseren eigenen Maßstäben als rechtsstaatlich oder menschenrechtlich akzeptabel empfinden. Dennoch müssen wir uns immer wieder vor Augen halten, wie verheerend die Menschenrechtsbilanz zu Beginn des multinationalen Engagements in Afghanistan ausgesehen hat. Frauen und Mädchen wurden massiv unterdrückt und sowohl aus dem politischen Prozess als auch von Bildung, sogar von Schulbildung, ausgeschlossen. Es gab kein funktionierendes Justizwesen. Genauso wenig wurden die allgemeinen Menschenrechte beachtet. All das war in diesem Lande nicht vorhanden. Die Talibanherrschaft hatte die Menschen dort im Griff. Ihre Herrschaft konnte inzwischen durch den internationalen Einsatz beendet werden. Die weitverbreiteten terroristischen Nester, die es heute noch gibt, dürfen uns gleichwohl nicht gleichgültig sein. Von dort aus werden die zivilisierte Welt und auch die afghanische Regierung nach wie vor bedroht.

Zum befriedenden Prozess in Afghanistan hat Deutschland intensiv beigetragen. Erste **Erfolge** sind zweifellos sichtbar. 2004 wurden in der afghanischen Verfassung die Menschen- und Bürgerrechte fest verankert. Im Zuge des Verfassungsprozesses hat sich insbesondere die Situation von Frauen durch ihre rechtliche Gleichstellung gebessert. Zwangsehen und Ehrenmorde sind heute verboten. Wichtig ist jetzt eine konsequente Durchsetzung der vorhandenen Rechte. Dafür braucht

die dortige Regierung Unterstützung. Das allgemeine Ziel, Sicherheit und Menschenrechte in Afghanistan zu stabilisieren, kann erreicht werden, wenn wir in unseren Bemühungen jetzt nicht nachlassen. Wie sehr sich aber die Situation seit Beginn des internationalen Hilfseinsatzes verbessert hat, lässt sich unter anderem daran messen, wie viele Exilafghanen inzwischen heimgekehrt sind. Seit 2002 sind es fast 5 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge, die zurückkehren konnten, davon weit mehr als tausend aus Deutschland. Das ist ein Zeichen des Vertrauens in die Gegenwart und in die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deutschland hat in diesem Bereich seinen Beitrag geleistet. Auch beim Minenräumen hat Deutschland engagiert eingegriffen.

Aber Afghanistan ist nur einer von vielen internationalen Brennpunkten, durch die menschenrechtliche Fragen berührt sind. Zahlreiche andere Länder und ihre Menschenrechtsdefizite beschäftigen uns tagtäglich. Ich nenne stellvertretend Darfur, Simbabwe, Iran, China, Belarus, Kuba, Zentralasien, Russland und nicht zuletzt den Nahen Osten. Überall dort leistet die Bundesregierung in ganz unterschiedlicher Art und Weise ihren Beitrag zur Wahrung der Menschenrechte und der Menschenwürde.

All diejenigen, denen das Schicksal anderer Menschen auf diesem Erdball herzlich egal ist, die auch nichts von christlicher Nächstenliebe halten, all diejenigen, die glauben, deutsche Politik sollte sich aus allem, was es an Schrecklichem in dieser Welt gibt, heraushalten und sich selbstgenügsam zurückhalten, müssen sich vor Augen führen, dass sie damit ihren zum Teil sehr egoistischen Interessen selber mehr schaden als nutzen. Die Weltprobleme enden eben nicht am deutschen Tellerrand. Gewalt, Terror und Unterdrückung bleiben in unserer globalisierten Welt nicht in den Regionen, in denen sie entstanden sind. Sie schwappen über bis hin zu uns, ob in Wanderungsströmen oder durch Terrorakte. Auch deshalb ist es zwingend erforderlich, Demokratien zu stabilisieren und menschenwürdiges Leben in anderen Teilen der Erde zu ermöglichen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Bevor wir zum nächsten Geschäftsbereich kommen, will ich die **Parlamentarische Bundeswehr-Beschwerdekommision des österreichischen Nationalrats** – das ist eine Institution, die dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages vergleichbar ist – begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

(A) Wir kommen damit zum Geschäftsbereich des **Bundesministeriums der Verteidigung, Einzelplan 14.**

Ich erteile dem Bundesminister Franz Josef Jung das Wort.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der gestrige Tag hat der deutschen Öffentlichkeit wieder deutlich gemacht, dass sich die Bedrohungslage aufgrund der Anschläge in New York und in Washington auch für uns sehr konkret verändert hat. Wir haben den Kalten Krieg zum Glück überwunden. Durch den internationalen Terrorismus, durch Massenvernichtungswaffen, durch Krisensituationen und durch Staatsverfall haben wir es heute mit einer besonderen Bedrohungslage zu tun. In dieser Hinsicht nimmt die Bundeswehr ihre **Aufgaben** wahr. Ich verweise konkret auf Afghanistan: Die Anschläge sind von Afghanistan ausgegangen. Deshalb ist es im Interesse von Stabilität, von friedlicher Entwicklung und von Menschenrechten, aber auch im Interesse der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands richtig und wichtig, dass wir diesen Auftrag auch in Zukunft wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) Wir stellen in Afghanistan das drittstärkste Kontingent. Wir stellen das stärkste Kontingent in Bosnien-Herzegowina. Außerdem stellen wir das stärkste Kontingent im Kosovo. Wir werden im Kosovo auch weiterhin Präsenz zeigen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja!)

Ich kann nur hoffen und wünschen, dass wir die Statusverhandlungen im Hinblick auf Stabilität und Frieden zu einem guten Ergebnis führen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf welcher rechtlichen Grundlage?)

Ich glaube, dass das nicht nur die Voraussetzung dafür ist, dass in dieser Region eine europäische Perspektive entwickelt wird, sondern auch dafür, dass in Zukunft Stabilität und Frieden vorherrschen.

Wir sind im Rahmen von UNIFIL vor der Küste des Libanon im Einsatz; wir debattieren gleich darüber. Wir sind im Rahmen des Mandats OEF auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung aktiv. Außerdem ist die Bundeswehr am Horn von Afrika, Stichwort „Dschibuti“, im Einsatz. Hinzu kommt die Operation „Active Endeavour“ im Mittelmeer. Wir sind auch im Sudan. Wir haben Militärbeobachter in Äthiopien und in Eritrea. In Georgien sind wir im Bereich des Sanitätswesens vertreten.

Ich zeige dies nur auf, um deutlich zu machen, in welcher Art und Weise die Bundeswehr heute einen Auftrag zur Stabilität und friedlichen Entwicklung, damit aber

auch zur Sicherung der Situation in Deutschland erfüllt. (C) Es ist notwendig, dass eine finanzielle Grundlage geschaffen wird, damit dieser Auftrag auch in Zukunft gut erfüllt werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn solche Aufträge wahrgenommen werden, dann – das ist ein wichtiger Punkt – müssen unsere Soldatinnen und Soldaten dafür gut ausgebildet und gut ausgerüstet sein. Wir haben die Verpflichtung, ihnen den **Schutz** mitzugeben, den wir ihnen bei dieser schwierigen Aufgabe mitgeben können; denn gerade die Auslandseinsätze sind oft mit unmittelbarem Risiko für Leib und Leben verbunden. Wir haben die Verpflichtung, alles zu tun, um Schutzmaßnahmen zu ergreifen und die Soldatinnen und Soldaten so vor Angriffen zu schützen. Deshalb bin ich froh darüber, dass wir entschieden haben, nur noch mit geschützten Fahrzeugen zu fahren. Deshalb haben wir die Aufklärung verstärkt.

Wir brauchen die **finanziellen Grundlagen**, um diese Maßnahmen zu ermöglichen – im Interesse des Schutzes unserer Soldatinnen und Soldaten bei diesen wichtigen Einsätzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Daher bin ich froh darüber, dass wir in diesem Etat eine Steigerung um 918 Millionen Euro zu verzeichnen haben, was aber auch notwendig ist, um den Modernisierungsprozess und den Anpassungsprozess – das ist das, was wir „Transformationsprozess“ nennen – voranzutreiben.

(D) Als diese Bundesregierung ins Amt kam, hat noch niemand daran gedacht, dass wir einen Einsatz im Kongo zu leisten haben würden, wie das im letzten Jahr der Fall war. Wir haben ihn erfolgreich durchgeführt. UNIFIL vor der Küste des Libanon, die Tornados in Afghanistan, all das hat auch etwas mit finanziellen Fragen zu tun. Wir sind noch weit davon entfernt, die Forderung der NATO – 2-Prozent-Anteil am Bruttoinlandsprodukt – zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Bernd Siebert [CDU/CSU]: Wohl wahr!)

Mit diesem Haushalt legen wir die Grundlage dafür, dass wir den Modernisierungsprozess bzw. den Transformationsprozess auch in Zukunft positiv gestalten können. Deshalb sind wir auf dem richtigen Weg, auch was die finanzielle Ausstattung für die Bundeswehr angeht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Unser Ziel ist weiter, die Ausgaben für **Investitionen** zu steigern und die Betriebsausgaben zurückzufahren. Wir haben mittlerweile eine Situation erreicht, in der gerade im investiven Bereich Erhebliches geleistet wird. Ich denke etwa an die Situation unserer wehrtechnischen Industrie und an die Arbeitsplatzsituation. Wer sich vor Ort begibt und sich einmal anschaut, wie sich die Industrie dort entwickelt, stellt fest: Die Planung im Hinblick auf die Zukunft der Bundeswehr, die wir vollzogen haben – im Weißbuch gemeinsam beschlossen –, ist auch eine Grundlage für die Fortentwicklung von Forschung,

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) Entwicklung und wehrtechnischer Industrie. Das gewährleistet auch Arbeitsplätze in Deutschland.

Die Auslandseinsätze sind mit erheblichen Ansprüchen an unser Material verbunden. Es ist notwendig, die entsprechenden Mittel bereitzustellen.

Ich füge allerdings hinzu: Natürlich müssen wir auch im Hinblick auf den notwendigen Übungsbetrieb in Deutschland bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Ich habe von der Verpflichtung gesprochen, die wir im Weißbuch beschrieben haben. Wir haben in diesem Jahr beschlossen, die zivil-militärische Zusammenarbeit zum Schutz Deutschlands auf eine neue Grundlage zu stellen, die die föderalen Strukturen abbildet. Damit schaffen wir Verbindungskommandos, um beispielsweise im Bereich des Katastrophenschutzes noch effektiver zu helfen. Auch in dieser Hinsicht erfüllt die Bundeswehr in Zukunft ihre Aufgabe, was den Schutz Deutschlands anbetrifft.

Wer hohe Einsatzbereitschaft und Leistungsbereitschaft von den Soldatinnen und Soldaten verlangt, der muss auch dafür sorgen, dass die **sozialen Rahmenbedingungen** stimmen. Wir berücksichtigen diesen Punkt im vorliegenden Haushalt dadurch, dass wir den teilweise schlechten Zustand der Kasernen in den alten Bundesländern beseitigen wollen. Wir haben vor, ein Prioritätenprogramm für die Modernisierung der Kasernen aufzulegen; denn ich halte es für teilweise nicht mehr akzeptabel, dass Soldaten in der Art und Weise gefordert werden, wie sie gefordert sind, sie sich aber dann in einem sozialen Umfeld befinden, das wirklich nicht mehr angemessen ist. Deshalb bin ich dankbar, dass wir mit diesem Haushalt das eben genannte Prioritätenprogramm einleiten können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich füge einen Punkt hinzu: Wir haben bereits im Bundeskabinett beschlossen, Rahmenbedingungen zu verändern, die sich aus der konkreten Situation des Auslandseinsatzes ergeben haben. Ich spreche konkret das Thema **Weiterverwendungsgesetz** an. Meines Erachtens hat ein Staat, der von seinen Soldatinnen und Soldaten verlangt, derartig riskante und auch lebensbedrohliche Einsätze durchzuführen, auch die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, dass die Betroffenen dann, wenn sie sich beispielsweise eine erhebliche Verletzung zugezogen haben, sie jedoch später gesundheitlich so wiederhergestellt sind, dass sie einer Beschäftigung nachgehen können, einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung haben und nicht nur als Versorgungsfälle abgeschoben werden. Auch dies wollen wir entsprechend umsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Weißbuch beschlossen, dass wir die Bundeswehr auch weiterhin als Wehrpflichtarmee entwickeln. Deshalb bin ich dankbar, dass die Regierungsfractionen beschlossen haben, den Wehrsold um 2 Euro zu erhöhen.

Aber auch unserer Verpflichtung unter dem Aspekt der **Wehrgerechtigkeit** sind wir ein Stück näher gekommen. Das Folgende sage ich ganz bewusst, weil ich teilweise zu viele Zahlen in der Öffentlichkeit sehe, die mit der Wahrheit nicht mehr viel zu tun haben. Tatsache ist, dass von über 400 000 Jugendlichen etwa 80 Prozent als tauglich gemustert werden, davon rund 31 Prozent den Wehrdienst verweigern und dann den Zivildienst ableisten und darüber hinaus nicht einzuberufende Wehrpflichtige zu berücksichtigen sind, beispielsweise bei der Feuerwehr Aktive, dritte Söhne und Verheiratete. Von den rund 150 000 Jugendlichen, die dann noch zur Verfügung stehen, sind 126 000 eingezogen worden, also 80 Prozent, sodass wir damit meines Erachtens dem Grundsatz der Einberufungsgerechtigkeit Rechnung tragen.

Es ist wahr, dass die Zahlen in den letzten Jahren etwas zurückgegangen sind. Deshalb haben wir entschieden, jährlich 6 500 Wehrpflichtige mehr einzuziehen, um dem Gebot der Wehrgerechtigkeit nachzukommen. Denn ich bin der Auffassung, wir brauchen diese Wehrpflichtigen in den Auslandseinsätzen, aber wir brauchen sie auch im Hinblick auf die Erledigung unseres Auftrages, beispielsweise zum Schutz Deutschlands, und in der Katastrophenhilfe. Die Bundeswehr hat sich als Wehrpflichtarmee gut entwickelt. Deshalb ist es notwendig, dass die Einberufungsgerechtigkeit auch in Zukunft eine Rolle spielt, um die Wehrpflicht in vollem Umfang in dieser Legislaturperiode beizubehalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend sagen: In den unterschiedlichen Einsätzen – sei es für den Frieden in verschiedensten Ländern, sei es zum Schutz Deutschlands, den sie unmittelbar ausüben, sei es auch in anderem Zusammenhang – zeigen unsere Soldatinnen und Soldaten eine hohe Einsatz- und Leistungsbereitschaft. Sie werden, wie wir gerade wieder bei den Auslandseinsätzen feststellen konnten, im Ausland durch die Art und Weise, in der sie auftreten, den Grundsätzen der inneren Führung gerecht, die ein Merkmal der Bundeswehr darstellt: Dadurch, dass sie unsere Werte im Ausland vermitteln, tragen sie zum Ansehen der Bundesrepublik Deutschland bei. Sie haben meines Erachtens sowohl unseren Dank als auch die finanzielle Grundlage durch diesen von uns zu beschließenden Haushalt verdient, damit sie auch in Zukunft ihre Aufgabe erfüllen können – im Interesse von Frieden und Freiheit und im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die nächste Rednerin ist Elke Hoff für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

(A) **Elke Hoff** (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben sehr eindrucksvoll das zahlreiche Engagement der deutschen Soldatinnen und Soldaten im Ausland dargestellt. Es lässt sich inzwischen aber nicht mehr leugnen: Die materielle und finanzielle Ausstattung der Bundeswehr beeinträchtigt zunehmend die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr. In wichtigen Bereichen – ich denke hier insbesondere an den Bereich des Lufttransportes – ist die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland durch die nicht mehr zu leugnenden Ausrüstungsdefizite immer weiter eingeschränkt. Der Fahrplan der Transformation ist aus dem Ruder gelaufen. Die Unzufriedenheit in der Bundeswehr nimmt dramatisch zu.

Trotz einer **Erhöhung des Verteidigungsetats** um 920 Millionen Euro haben Sie, Herr Minister, keinen Euro für die dringend notwendige Sanierung der Kasernen und für wichtige Ausrüstung übrig, obwohl diese im Einsatz über Leben und Gesundheit unserer Soldaten entscheiden kann. Um Ihren entschiedenen Widerspruch gleich vorwegzunehmen: Ja, wir haben registriert – Sie haben es eben auch ausgeführt –, dass Sie 116 Millionen Euro für das Programm „Sanierung der Kasernen West“ in den Haushaltsentwurf eingestellt haben. Aber Ihr Ministerium hat erst vor wenigen Wochen eingestanden, dass alleine im Jahr 2007 rund 1,4 Milliarden Euro für Instandsetzung und Investitionen in Liegenschaften der Bundeswehr fehlen. Daher ist Ihr Programm mit dem Volumen, das Sie eben vorgetragen haben, nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Alleine 300 Millionen Euro aus dem Verteidigungshaushalt kommen durch die erhöhte Mehrwertsteuer Ihrem Kabinettskollegen Steinbrück zugute. Ihre Prognose, dass die Kosten für die Auslandseinsätze sinken werden, ist ebenso an den Haaren herbeigezogen wie die Annahme, dass man weniger Mittel für weitere Beschaffung über den einsatzbedingten Sofortbedarf hinaus benötigen werde. Die Bundesregierung ist doch längst dazu übergegangen, wichtige Beschaffungsvorhaben zunächst in Minimalstückzahlen zu realisieren, um später den tatsächlichen Bedarf über das Instrument des kurzfristigen und einsatzbedingten Sofortbedarfs zu decken. Insofern stellen Ihre Prognosen eine Milchmädchenrechnung dar. Außerdem fressen die notwendigen Maßnahmen zum Materialerhalt mögliche Spielräume auf, die in der Vergangenheit nahezu ausschließlich durch Personalabbau erzielt werden konnten. In diesem Bereich sind die Einsparpotenziale aber weitgehend ausgeschöpft.

Herr Minister, es reicht auch nicht aus, wenn Sie immer wieder vortragen, dass Sie die Kosten für den Betrieb weiter reduzieren und die Ausgaben für **Investitionen** steigern werden. Das erreichen Sie möglicherweise auf dem Papier, weil die Haushaltsabteilung Ihres Hauses die Ausgabenbereiche Materialerhalt, Betrieb und Betreiberverträge voll umfänglich dem Bereich „Militärische Beschaffungen“ zuschlägt. Damit schaffen Sie sich zwar ein Rüstungsplus von 600 Millionen Euro, aber mit Haushaltsklarheit und mit Haushaltswahrheit

hat dies nichts mehr zu tun. Statt sich mit solchen Haushaltstricks über Wasser zu halten, fordern wir Sie daher auf, das im Verteidigungshaushalt vorhandene Geld intelligenter als bisher auszugeben. Spielräume können in der Zukunft nur aus einer nachhaltigen Stückzahlanpassung bei Großprojekten wie dem Eurofighter und dem A400M bzw. durch den Verzicht auf Projekte wie MEADS erzielt werden. Die FDP fordert dies zu Recht seit vielen Jahren.

(Beifall bei der FDP)

Unsere britischen Partner machen uns beim Eurofighter inzwischen vor, wie man intelligent auf neue Bedürfnisse reagiert. Man entscheidet sich in Kooperation mit der Industrie für geringere Stückzahlen, rüstet diese dann aber mit Fähigkeiten aus, die tatsächlich für den Einsatz benötigt werden. Dies führt in der Beschaffung zwar nicht unmittelbar zu Einsparungen, aber im Betrieb werden die Belastungen deutlich geringer. Das hat zur Folge, dass es in Großbritannien bald realistische Einsatzszenarien für den Eurofighter auch außerhalb von Rüstungsmessen geben wird. Spannend ist auch, dass sich neben den Briten andere Partner wie etwa Italien konditionierte Berechnungen für die dritte Tranche des Eurofighters vorlegen lassen, das heißt für die volle bzw. die halbe Stückzahl oder für einen kompletten Verzicht.

Die Bundesregierung scheut sich aber vor Veränderungen bei den Stückzahlen, weil damit auch eine Reduzierung der fliegenden Verbände und Standortschließungen verbunden wären. Die Bundeswehr muss aber für die Notwendigkeiten des Einsatzes und nicht unter strukturellen Gesichtspunkten ausgerüstet werden.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Richtig!)

Die Bundesregierung darf sich weiterhin nicht hinter vertraglichen Bindungen und drohenden Schadensersatzansprüchen verstecken. Die Erfahrungen unserer Partner in der NATO und der EU zeigen doch, dass gerade die Industrie ein Interesse an einem Verteidigungshaushalt mit finanziellen Spielräumen hat, um auch technologische Innovationen finanzieren zu können.

Dazu ist diese Bundesregierung jedoch weiterhin nicht bereit. Sie passt die Ausrüstungsplanung in keiner Weise an die Einsatzrealität an, führt sinnlose Großprojekte fort, streicht dafür aber eine Vielzahl von Kleinprojekten, die für die Überlebensfähigkeit und den Schutz unserer Soldaten im Einsatz oberste Priorität haben sollten. Ich denke dabei etwa an Geräte zur Freund-Feind-Erkennung, CSAR- und Aufklärungsfähigkeiten, geschützte Transportfahrzeuge oder die Triebwerksanpassung für den CH-53.

Herr Minister, die von Ihnen gefeierten zusätzlichen Mittel werden den allein seit 2004 entstandenen Substanzverlust in Höhe von 4,5 Milliarden Euro in keiner Weise kompensieren können. Der finanzielle Zugewinn entspricht der Finanzlinie des Bundeswehrplanes 2008, in dem sich der Generalinspekteur von der Durchführbarkeit eines transformatorischen Ansatzes verabschiedet, weil er keinerlei finanzielle Spielräume mehr für Veränderungen im Rahmen der Entwicklung und Beschaffung sieht. Der Bundeswehrplan 2008 ist das politi-

(C)

(D)

Elke Hoff

- (A) sche und militärische Eingeständnis, dass die Bundesregierung die Zielmarken der Transformation völlig aus den Augen verloren hat. In der Fachpresse wird er sogar als Insolvenzerklärung bezeichnet.

Seit Jahren können der NATO zugesagte Fähigkeiten nicht zertifiziert werden. Ich will nur einige wenige Beispiele der Bundeswehrmängelliste nennen:

Bei den Rüstungsinvestitionen reicht das verfügbare Finanzvolumen nicht aus, um den Ausrüstungsbedarf der Bundeswehr kurz- oder mittelfristig zu decken. Im Zeitraum zwischen 2008 und 2015 kann ein Volumen von 14,9 Milliarden Euro planerisch nicht abgedeckt werden.

Die Beschaffung eines Selbstschutzsystems für den A400M wird erst 2014 eingeleitet. Damit wird der A400M vier Jahre nach Beginn seiner Einführung für Auslandseinsätze nicht einsatzfähig sein.

Die Beschaffung von Feldlagerschutzsystemen für Einsatzkontingente wurde gestreckt und verzögert. Erst ab 2008, 2012 und 2014 wird hier Abhilfe geschaffen. Bis dahin muss auf Behelfslösungen zurückgegriffen werden. Die Infrastrukturinvestitionen berücksichtigen rund ein Drittel der Maßnahmen nicht, die zur zeitgerechten Sicherstellung der Kernfähigkeiten der Streitkräfte erforderlich sind. Eine querschnittliche Verbesserung der Attraktivität der Liegenschaften ist somit mittelfristig nicht zu erreichen.

- (B) Darüber hinaus fehlt es an einer Anpassung der Rüstungsplanung an die Einsatzrealitäten. Den Anforderungen von ISAF, des über Jahre hinweg umfassendsten Auslandseinsatzes der Bundeswehr, wird in keiner Weise Rechnung getragen. Jeder, der in der Bundeswehr mit Ausrüstungs- und Einsatzplanung beschäftigt ist, weiß, dass die Bundeswehr in Afghanistan neben einer effektiven Schutzrüstung vor allem moderne Aufklärungs- und Lufttransportfähigkeiten benötigt.

(Beifall bei der FDP)

Aber auch so kleine Vorhaben wie der Lastengleitfallschirm werden nicht realisiert, obwohl dessen Beschaffung dringend notwendig wäre. Denn wenn deutsche Soldaten in Afghanistan aufgrund von widrigen Witterungsbedingungen oder Angriffen von der Außenwelt abgeschnitten wären, könnte man sie damit punktgenau aus der Luft versorgen. Von mehr geschützten Transportfahrzeugen oder der Beschaffung von unbemannten Luftfahrzeugen ganz zu schweigen. Die Spielräume für eine einsatzorientierte Ausrüstung wird die Bundesregierung aber nicht mit einer Beibehaltung des Status quo erzielen.

Ähnlich uneinsichtig wie bei der Ausrüstungsplanung zeigen sich die Bundesregierung und die sie tragenden Regierungsfractionen bei Strukturentscheidungen, von denen die wichtigste ohne Frage die **Wehrpflicht** ist.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Abschaffen!)

Mit dem halbgenen Antrag, den die SPD auf ihrem Parteitag beschließen wird, eine sogenannte freiwillige

- (C) Dienstpflicht einzuführen, gäbe es im Deutschen Bundestag erstmals eine parlamentarische Mehrheit gegen einen Vollzug der Wehrpflicht.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP-Bundestagsfraktion beantragt seit dem Jahr 2000 alljährlich im Deutschen Bundestag, die Wehrpflicht auszusetzen,

(Johannes Kahrs [SPD]: Das war jedes Mal ein Fehler!)

da sie sicherheitspolitisch nicht mehr zu begründen ist. Hier im Hause hat nur noch die CDU/CSU-Fraktion etwas gegen die Aussetzung der Wehrpflicht, für die jedoch nur ein einfacher Mehrheitsbeschluss im Parlament benötigt wird.

(Johannes Kahrs [SPD]: Sie haben es nicht verstanden!)

– Sie sagen, wir hätten es nicht verstanden. Es ist auch wirklich sehr kompliziert, das nachzuvollziehen. Deswegen hoffe ich, dass nach Ihrem Parteitag Aufklärung erfolgt.

(Johannes Kahrs [SPD]: Lesen bildet, Denken hilft!)

- (D) Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, endlich den Weg für eine **zukunftsfähige Bundeswehr** freizumachen. Diese muss dann aber so attraktiv sein, dass sich diejenigen qualifizierten jungen Menschen für einen Dienst in der Bundeswehr gewinnen lassen, die für die immer schwieriger werdenden Aufgaben tatsächlich benötigt werden. Stehen Sie weder einer neuen Laufbahnregelung, die die bestehenden Beförderungs- und Verwendungsstaus ausschließt, noch einem eigenen Besoldungsrecht, das die Besonderheiten des Soldatenberufs berücksichtigt, länger im Wege!

Herr Minister, ich finde es gut, dass Sie hier die Erhöhung des Wehrsolds als besonderes Verdienst der Bundesregierung hervorgehoben haben. Die Erhöhung ist eine alte FDP-Forderung, die wir seit vielen Jahren postulieren.

(Beifall bei der FDP)

Endlich haben wir es geschafft,

(Johannes Kahrs [SPD]: Wieso Sie?)

durch eine Erhöhung um 2 Euro pro Tag ein gewisses Mindestmaß an Attraktivität zu erzielen.

Auch das Weiterverwendungsgesetz haben wir von der FDP immer unterstützt.

(Johannes Kahrs [SPD]: Als Sie regiert haben, haben Sie es aber nicht gemacht!)

Es war eine lange und schwierige Geburt; aber wir sind trotzdem froh, dass dieses wichtige Gesetz jetzt auf dem Weg ist.

Herr Minister, Ihre Politik verliert in der Bundeswehr immer mehr an Rückhalt. Die Stimmung, mit der ich bei Truppenbesuchen konfrontiert werde, ist ernüchternd.

Elke Hoff

- (A) Beleg dafür sind auch die Ergebnisse der Umfrage des Deutschen Bundeswehrverbandes zur **Berufszufriedenheit** in der Bundeswehr. Die Angehörigen der Bundeswehr fühlen sich oft nicht mehr mitgenommen, wenn es um die Veränderungsprozesse in der Bundeswehr geht.

Auf großen Unmut stößt zu Recht auch, dass der zuständige Minister die Augen vor den offensichtlichen Missständen verschließt. Ich denke hier insbesondere an den Sanitätsdienst der Bundeswehr. Immer noch zu leugnen, dass der Sanitätsdienst hinsichtlich seiner Ausrüstung sowie der Personalausstattung nur bedingt einsatzfähig ist, löst bei den Betroffenen nur noch Kopfschütteln aus. Sie handeln getreu dem Motto: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Der Begriff der Transformation ist in weiten Teilen der Bundeswehr inzwischen zum Reizwort geworden oder ruft allenfalls ein müdes Lächeln hervor. Sie formulieren zwar immer wieder konkrete Ziele der Transformation; aber wenn Sie Gewissheit haben, dass diese nicht zu erreichen sind, passen Sie Ihre Ziele an den erreichten Stand an und schieben die Begründung hinterher, dass die Transformation doch ein dynamischer Prozess sei. Das ist in meinen Augen nichts anderes als Beliebigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, den unseligen Dreiklang „unzufrieden, unmotiviert und schlecht ausgerüstet“ können Sie nicht mit Schönheitsreparaturen wie jenen, die Sie gerade in Ihrer Rede angeführt haben, beseitigen. Sie benötigen endlich einen deutlichen Kurswechsel in Ihrer Politik.

- (B)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die SPD-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Ulrike Merten.

Ulrike Merten (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Debatte ist schon mehrfach auf die Einsatzrealität unserer Bundeswehr hingewiesen worden. Wir blicken inzwischen auf 15 Jahre Einsatzerfahrung unserer Streitkräfte zurück. Das heißt, seit eineinhalb Jahrzehnten gibt es ein Bemühen und ein Ringen darum, die Einsatzrealität nicht immer wieder nur zu beschreiben, sondern sie auch im Haushalt wirklich abzubilden.

Seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten dauert der nicht zuletzt durch die deutsche Einheit bedingte **Reformprozess** an; er ist noch lange nicht zu Ende. Der Reformprozess erfordert von den zivilen Mitarbeitern und den Soldatinnen und Soldaten ständige Veränderungsbereitschaft. Dieser Umgestaltungsprozess ist für alle Beschäftigten der Bundeswehr mit großen Belastungen verbunden. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ihnen zu danken und sie unserer breiten parlamentarischen Unterstützung ihrer Arbeit, nicht zuletzt in den Einsätzen, zu versichern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Wenn wir den vorgelegten Einzelplan 14 mit den Einzelplänen der vergangenen Jahre vergleichen, sehen wir, dass zwar der Anteil der **Investitionen** am Plafond steigt, aber nur in sehr geringem Maße. Das bleibt unbefriedigend; das ist überhaupt keine Frage. Hinzu kommt, dass der Großteil der Investitionen sehr langfristig angelegt ist, wodurch der Spielraum für kurzfristige planerische Vorhaben oder für Reaktionen auf veränderte Bedarfe praktisch gegen null geht. Parallel dazu sinkt der Ansatz für die einsatzbezogenen Zusatzaufgaben von 642 Millionen Euro auf 600 Millionen Euro in 2008.

Sicherlich kommt bei der Verringerung zum Tragen, dass sich der Verteidigungshaushalt parallel zum Transformationsstand der Bundeswehr doch zunehmend zu einem „Einsatzhaushalt“ entwickelt hat, in dem die für die Einsätze erforderlichen Mittel für die personelle und materielle Befähigung zunehmend aus den originären Titeln finanziert werden. Doch ich hoffe, dass sich diese beiden Momente nicht gegenseitig verstärken, wenn drängende Beschaffungen größeren Umfangs anstehen. Dabei setze ich vor allem auf die sehr weit gehende Deckungsfähigkeit im Titel der einsatzbedingten Sofortbeschaffungen.

Es ist oft, nicht zuletzt vom Generalinspekteur, darauf hingewiesen worden, dass es einer noch konsequenteren Ausrichtung auf die **Einsätze** bedarf, wenn es um **Beschaffungen** geht. Hierbei muss der Schutz der Soldaten und Soldatinnen ganz oben auf der Prioritätenliste stehen. Es ist gut, dass der GTK Boxer im Zulauf ist und dass die Produktion einer größeren Anzahl von Dingo 2 bewilligt ist. Ich rege aber an, darüber nachzudenken, wie die Versorgung mit geschützten Fahrzeugen noch stärker optimiert werden kann. Nach meinem Kenntnisstand wird nicht nur der Dingo in Boxbauweise produziert. Das bedeutet relativ wenige Stückzahlen pro Jahr dieser bewährten Fahrzeuge. Durch höhere Abnahmen könnte eine Umstellung auf die Produktion am Fließband erfolgen. Auf diese Weise würden die Zulaufzeiten deutlich verkürzt. Im Übrigen hätte das auch Auswirkungen auf die Preisgestaltung.

(D)

Zum anderen hat sich angesichts der infrastrukturellen und geografischen Gegebenheiten und für die Erfüllung verschiedener Aufgaben der mit unseren zurzeit vorhandenen Transportkapazitäten sehr gut verlegbare und weniger schwere Typ Wolf bewährt. Diese Fahrzeuge besitzen ein eher geringes Schutzniveau, wurden und werden jedoch bereits in verschiedenen Stufen nachgerüstet. Ich begrüße die Anstrengungen des BWB, diese Umrüstungen zu vollziehen und noch schneller voranzutreiben. Sollte der Bedarf dennoch nicht gedeckt werden können, wären weitere Überlegungen anzustellen, wie der Zulauf intensiviert werden könnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein Wort zum Schutz und Ausbau von **Feldlagern**. Besonders natürlich in Afghanistan ist es nötig, sowohl den passiven Schutz als auch den aktiven Schutz über Aufklärung und Abwehr schnell und wirkungsvoll weiter zu verbessern. Der für den Frühling 2008 angekündigte Zulauf des

Ulrike Merten

- (A) Flugabwehrsystems Skyshield wird dringend erwartet und darf sich als ein wichtiges Element des aktiven Lagerschutzes nicht verzögern.

In diesem Zusammenhang möchte ich das Thema Unterbringung nicht vergessen. Mein Kollege Kahrs wird darauf noch näher eingehen, aber ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass es der Wehrbeauftragte gewesen ist, der auf den enormen Bedarf an Reparatur hingewiesen hat, nicht zuletzt auch im Hinblick auf eine attraktiv bleibende Bundeswehr. Mir geht es an dieser Stelle jedoch eher um die Unterbringung im Einsatz in unseren Feldlagern, wo ich Nachbesserungs- und auch Erweiterungsbedarf sehe.

Sehr erfahren sind wir inzwischen mit länger dauernden Missionen. Das Camp Marmal in Mazar-e-Sharif oder das Camp Warehouse in Kabul sind Beispiele für zweckmäßige und sichere Unterbringung. Mit der EUFOR-Mission Kongo haben wir erstmals auch Erfahrungen mit dem Bedarf an Unterkünften in Kurzzeiteinsätzen gesammelt. Erstmals wurde das Feldlagersystem öffentlich und europaweit ausgeschrieben. Das heißt, mit der Unterbringung, mit der Verpflegung und mit den Serviceleistungen für alle im Kongo und in Gabun eingesetzten EUFOR-Truppen war ein ziviles Dienstleistungsunternehmen betraut. Dabei ist es – auch das hat der Wehrbeauftragte von einer Reise als Information mitgebracht – vor allem in den Anfangswochen zu vielen Reibungsverlusten gekommen, weil das Unternehmen noch über keine Erfahrungen verfügte und weil die Versorgungslage vor Ort anders eingeschätzt wurde. Der

(B) Vollständigkeit halber weise ich aber auch darauf hin, dass es in Afghanistan ebenfalls Anfangsschwierigkeiten gegeben hat. Das ist keine Besonderheit des Einsatzes im Kongo.

Warum führe ich den Punkt Feldlager aus? Auch hier kommen wir an der Definition „Armee im Einsatz“ nicht vorbei. Wir sollten uns möglichst kurzfristig umfassende Konzepte für unsere Soldaten – Unterbringung, baulicher und militärischer Schutz, Lagebild, Selbstverteidigung, Versorgung, Klima usw. – in kurz und länger dauernden Einsätzen ohne regionale Begrenzung überlegen und abrufbare Vorsorge treffen. Ich hege große Sympathie für ein eigenes Bausteinfeldlagersystem. Ich weiß aber auch, dass wir aus personellen Erwägungen heraus mittelfristig auf die Unterstützung erfahrener ziviler Dienstleister nicht verzichten können. Ich meine, dass unsere Erfahrungen im Kongo uns nicht dazu bringen dürfen, einseitige Annahmen für die Zukunft zu implizieren.

Manchmal sind es aber auch taugliche Kleinigkeiten, die die Stimmung und damit die Motivation verbessern und so große Wirkung entfalten können. Dazu gehören zum Beispiel im Einsatz die standardmäßige Ausstattung mit Pistolenhalftern, eine neue Generation von Schutzwesten, die es erlaubt, sich bei Patrouillengängen deutlich besser bewegen zu können, eine stärkere Einbeziehung von mit Sicherheitssoftware ausgestatteten und inzwischen vor Ort schon gängigen Handys für die Kommunikation.

(C) Die Einsätze im erweiterten Aufgabenspektrum erfordern auch eine Veränderung des Charakters militärischen Dienens und des soldatischen Selbstverständnisses. Im Rahmen der Konfliktverhinderung oder Krisenbeherrschung werden Fähigkeiten verlangt werden, die bislang nicht gefordert waren. Das **Eignungsprofil** unserer Soldatinnen und Soldaten wird künftig gekennzeichnet sein durch Beherrschung handwerklicher militärischer Fähigkeiten, moralisch-ethische Integrität, geistige Flexibilität und lebenslanges Lernen. Sprachenkenntnis, interkulturelle Kompetenz, Innovationsfähigkeit, technisches Verständnis, soziale Kompetenz, Leistungs- und Einsatzbereitschaft, Kostenbewusstsein sowie psychische und physische Belastbarkeit sind dabei wichtige Forderungen an den Soldaten.

Ich will an dieser Stelle besonders hervorheben, dass sich der seit Anfang der 90er-Jahre vollziehende Geburtenrückgang ab 2008 deutlich auf das Bewerberaufkommen für einen Dienst in den Streitkräften niederschlagen wird. Im Ergebnis wird der demografische Wandel fast unvermeidlich zu einer Umkehrung der Wettbewerbsposition führen. Qualifizierte Arbeitskräfte werden schon in wenigen Jahren ein knappes Gut sein. Deshalb sind schon heute erhebliche Anstrengungen und neue Konzepte erforderlich, um in Zukunft ausreichend qualifizierten Nachwuchs für den Dienst in den Streitkräften zu gewinnen.

(Zustimmung bei der SPD)

(D) Dafür bleibt die Wehrpflicht eine der Möglichkeiten, die Auswahlkriterien in der Breite zu erhalten und die Soldatinnen und Soldaten für die Bundeswehr zu gewinnen, die wir in den Einsätzen brauchen. Wir brauchen nämlich nicht diejenigen, die aufgrund fehlender Lebensperspektiven keine andere Chance sehen, sondern wir brauchen diejenigen, die in der Lage sind, die von mir eben beschriebenen komplizierten Aufgaben und Anforderungen zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich habe darauf hingewiesen, dass auch dieser Haushalt ein Ringen um das Setzen der richtigen Prioritäten bleibt.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte kommen Sie zum Schluss.

Ulrike Merten (SPD):

Ja, ich komme zum Schluss. – Ich will noch erwähnen, dass es uns gelungen ist, den Haushaltsansatz erheblich zu erhöhen. Wir konnten gegenüber dem Bundesfinanzminister deutlich machen, dass wir größere Spielräume brauchen, um die Intensität der Einsätze aufrechtzuerhalten. Dass dies gelungen ist, ist nicht nur für die Soldatinnen und Soldaten gut, sondern es zeigt auch, welche Schwerpunkte wir setzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

- (A) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**
Der Kollege Paul Schäfer spricht jetzt für die Linke.
(Beifall bei der LINKEN)

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben hier im Oktober vergangenen Jahres eine spannende Debatte geführt. Der Bundesaußenminister hat mir damals beigepflichtet, als ich sagte, dass Abrüstung wie ein Stichwort aus längst vergangener Zeit klingt. Er hat heute noch einmal bekräftigt, hier müsse etwas geschehen und Deutschland müsse eine aktive Abrüstungspolitik verfolgen. Das hat mir zwar gut gefallen, aber ich frage mich: Waren wir damals in der Abteilung „wohlfeile Deklaration“, und sind wir jetzt im richtigen Leben gelandet?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Der Rüstungsetat wird um circa 920 Millionen Euro erhöht, das heißt, es wird kräftig draufgesattelt. Es passt doch nicht zusammen, wenn man draußen für Abrüstung wirbt und hier drinnen bei den Finanzmitteln kräftig draufsattelt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

920 Millionen Euro mehr bei gleichzeitig um 670 Millionen Euro sinkenden Personal- und Betriebsausgaben; das heißt, es wird kräftig investiert. Wir kriegen jetzt schöne, neue Flugzeuge, den A400M und den Eurofighter. Das ist aber noch längst nicht das Ende der Fahnenstange. Es folgen die schönen, neuen Kriegsschiffe. Deshalb ist es konsequent, noch viel mehr zu fordern. Eine entsprechende Steigerung ist im Haushalt eingeplant. Für mich ist interessant, dass Sie die öffentlichen **Investitionen** zwar insgesamt gesehen auf einen historischen Tiefstand gefahren haben, aber just in diesem Bereich investieren. Das kann doch nicht wahr sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ein weiterer Punkt muss an dieser Stelle genannt werden. Die vertraglichen Verpflichtungen belaufen sich derzeit auf 51 Milliarden Euro. Durch diese gewaltige Summe, durch diese Verpflichtungsermächtigungen ist der Verteidigungshaushalt im Grunde auf Jahre hinaus verpfändet und die parlamentarisch-demokratischen Gestaltungsspielräume gehen gegen null. Ich finde, das ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Man könnte es so formulieren – auch wenn das sehr zugespitzt klingt –: Die Streitkräfte sind auf **Expansionskurs**, und zwar sowohl bezogen auf die Ausgaben als auch bezogen auf die Aufgaben. Die Expansion hat mit der Entgrenzung des Verteidigungsbegriffs angefangen. Die Verteidigung beginnt nicht mehr in Hindelang, sondern am Hindukusch. Die Entgrenzung geht jetzt aber noch viel weiter. Man kann von einer Entgrenzung

der sicherheitspolitischen Philosophie sprechen. Das stellt man beim Lesen von NATO-Dokumenten fest, das kann man aber auch im Weißbuch nachlesen. Die NATO will sich auf die Fahne schreiben, als globaler Akteur aufzutreten und global militärische Macht zu entfalten. Je mehr man betont, dass man aber trotzdem kein Weltpolizist sein wolle, umso mehr hat man das Gefühl, dass es genau darum geht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Schauen wir uns die Aufgaben an: globaler Krieg gegen den Terror, weltumspannende Sicherung unserer Rohstoffe und Ressourcen – in Klammern: die Formulierung „unsere Rohstoffe und Ressourcen“ ist verräterisch und bringt die ganze westliche Arroganz zum Ausdruck –,

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

sogenannte gescheiterte Staaten auf den rechten Weg bringen – Afghanistan und andere Länder –, die Grenzen der Wohlstandsfestungen gegen Armutsflüchtlinge sicher machen; auch das ist heute im Katalog der Streitkräfte enthalten. Das ist der abgesteckte Rahmen, und dem dient die Transformation der Bundeswehr.

Es ist natürlich nicht zu bestreiten, dass diese extra breite Auftragsdefinition an die Analyse weltpolitischer Risiken anknüpft und dass auf die offenen Fragen Antworten gefunden werden müssen. Ihre Antworten sind aber grundfalsch. Ich will nur drei Beispiele herausgreifen.

Gegen die dramatische **Verknappung der Energieressourcen** bei stark steigender Nachfrage – wir reden über Öl und Gas – helfen keine militärischen Planspiele zur Sicherung der weltweiten Transportwege, zum Beispiel zur Überwachung von Pipelines. Hier helfen erneuerbare Energien, verbesserte Energieeffizienz und Energiesparen. Wir brauchen die Energiewende.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Außerdem brauchen wir eine kooperative Außenpolitik, um die Ressourcen gerecht verteilen zu können. Es passt nicht zusammen, wenn der Außenminister einerseits für eine Energie-KSZE, also für einen kooperativen Ansatz wirbt, und der Verteidigungsminister andererseits – siehe Weißbuch – die deutsche Marine um den Globus schicken will, um die Transportwege militärisch zu sichern.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Gegen die Gefahr der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen helfen keine Raketenabwehrsysteme, sondern nur die Verschrottung der vorhandenen Atomwaffen und eine Politik, die die aufstrebenden Regionalmächte ernst nimmt. Das bedeutet: Auch bei uns müssen Atomwaffen abgezogen und muss die nukleare Teilhabe beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Paul Schäfer (Köln)

- (A) Gegen die Gefahren des **Terrorismus** hilft kein Einsatz militärischer Gewalt. Man muss vielmehr die Verhältnisse ändern, aus denen Terroristen immer wieder ihre scheinbare Legitimation ziehen und die ihnen immer wieder neue Anhänger zutreiben. Das hat nicht zuletzt der Militäreinsatz in Afghanistan gezeigt. Deshalb sind wir dafür, das militärische Engagement dort zu beenden. Wir wollen, dass der Truppenabzug eingeleitet und die zivilorientierte Aufbauhilfe deutlich verstärkt wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Es ist gut, wenn viele Menschen das am Samstag auf der Straße kundtun.

Wir bleiben dabei: Der Wehretat ist entschieden überdimensioniert.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das Geld wird an der falschen Stelle ausgegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Es geht in die überambitionierten Beschaffungsprojekte statt an die Soldatinnen und Soldaten, die in den letzten Jahren zum Teil erhebliche Einbußen hinnehmen mussten. Das schrecklich späte Programm „Sanierung Kasernen West“ wird hinten und vorne nicht ausreichen. Davon bin ich überzeugt.

- (B) Das Geld wird für falsche Zwecke verwandt. Statt sich auf Verteidigung und die Stärkung der UNO zu konzentrieren, orientiert sich die Regierung auf überlebte und zudem gefährliche globale Machtpolitik. Wir dagegen wollen Mittel einsparen – bei Militärinterventionen, bei den Großprojekten – und diese Summen in mehr Entwicklungszusammenarbeit und in die längerfristige Umstellung vom Militärischen zum Zivilen stecken.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Das ist Schmarrn, was Sie da erzählen!)

Aktive Abrüstungspolitik ist richtig. Das wäre zukunftsorientiert. Ihr Haushalt ist es nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für Bündnis 90/Die Grünen erteile ich jetzt das Wort dem Kollegen Alex Bonde.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss zu Beginn kurz auf Afghanistan zu sprechen kommen. Denn, Kollege Schäfer, Ihren Ansatz für die Lösung der Situation in Afghanistan konnte ich nicht nachvollziehen. Es klingt so, als wollten Sie Ihre hessische Lösung vorschlagen: So lange wählen, bis das Ergebnis passt. Aber Außen- und Sicherheitspolitik funktioniert anders als die Schauspiele, die Sie innerparteilich veranstalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD) (C)

Natürlich teilen wir an vielen Stellen Ihre skeptischen Bemerkungen. Aber am Ende muss man in einer verantwortlichen Außen- und Sicherheitspolitik eine Linie finden, die tatsächlich Lösungen für die Probleme, die sich stellen, bietet. An dieser Stelle – wir sprechen hier ja zur Halbzeitbilanz des Verteidigungsministers nach zwei Jahren – ist einiges in die Richtung der Regierung zu sagen.

Wir erleben den Verteidigungsminister seit zwei Jahren als eine Art menschgewordene Durchhalteparole. Wir haben hier einen Einzelplan, der in Zahlen gegossen einen **Stillstand** in vielen Bereichen dokumentiert. Wir haben in den Haushaltsverhandlungen erlebt, dass mehr Geld nicht immer bedeutet, dass der Reformeifer zunimmt, und dass für diese Koalition zwischen der Bereitschaft, bestehende Probleme zielführend zu analysieren, und der Bereitschaft, im Sinne der Effizienz tatsächlich Veränderungen herbeizuführen, in sich kein logischer Zusammenhang besteht. Das erleben wir auch bei diesem Einzelplan. Wir erleben, dass 918 Millionen Euro mehr in den Einzelplan 14 des Verteidigungsministers gesteckt werden. Aber an den entscheidenden Punkten ergeben sich keine Veränderungen.

Der Stillstand beginnt bei der Frage der politischen Linie. Damit bin ich wieder bei **Afghanistan**, wo der Minister mit großem Beharrungsvermögen Probleme aussitzt, die es aufgrund der dramatischen Veränderungen der Situation in Afghanistan gibt, wo die Bundesregierung nicht bereit ist, zu erkennen, dass das Mandat „Enduring Freedom“ inzwischen kontraproduktiv wirkt und dass nach der Ausdehnung von ISAF auf Gesamtafghanistan die nicht in den Wiederaufbauprozess eingebundene Antiterrormission mehr Widerstand schürt als bekämpft. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die politische Schwäche der Bundesregierung wird auch bei der Frage, wie wir einen Strategiewechsel bei den Partnern einfordern, deutlich, wenn ich mir ansehe, wie die Führungsstruktur von ISAF aussieht. Die herausgehobene Funktion Deutschlands im Stab von ISAF gehört bald der Vergangenheit an. Der Minister hat einen glorreichen Coup gelandet, indem Deutschland zukünftig den Pressesprecher von ISAF stellt. Jetzt mag der Minister es für richtig halten – so hat er es bisher bei der Bundeswehr getan –, lieber die Presse zu bedienen als die Bundeswehr zu führen, aber in Afghanistan wird Pressearbeit nicht ausreichen, um dem Land eine sinnvolle Perspektive zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliche Betonköpfigkeit zeigen Sie aktuell in der Frage des **Bombenabwurfplatzes in Wittstock**. Sie haben sich vor Gericht eine blutige Nase geholt. Sie haben bisher eine halbe Million Euro in Gerichtsverfahren investiert. Anstatt der Bevölkerung jetzt die notwendigen Signale für eine wirtschaftliche Perspektive, zum Bei-

Alexander Bonde

- (A) spiel für Tourismus in der Region, zu geben, haben Sie schon angekündigt, dass auch hier gilt: Durchhalten, koste es, was es wolle. Die nächste juristische Instanz ist zuständig, Sie in Ihrem Drängen aufzuhalten.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das nennt man Prozesshanslei!)

Was die **Bundeswehrstruktur** angeht, kommt nichts voran. Interessant war, dass in diesem Sommer auch aus der SPD sehr harsche Kritik an der Struktur der Verwaltung der Bundeswehr und am Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung geäußert wurde. Daran wurde deutlich, dass Sie die Reformen Ihres Vorgängers in diesen Bereichen, wenn überhaupt, nur mit gequälter Miene durchführen. Etwas Neues gibt es bei Ihnen nicht. Alles wird so betrieben wie bisher. Insofern haben die 918 Millionen Euro, um die dieser Etat aufgestockt wird, einen faden Beigeschmack. Um es Ihnen als Winzersohn noch deutlicher zu sagen: Ihr Wein korkt ordentlich, Herr Minister.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Bundeswehr ist aufgrund ihrer Struktur für die Erfüllung der Aufgabe, die sie hat, nicht fit. Ihre Aufgabe, eine **Armee im Einsatz** zu sein, wird in der Realität nicht in der Struktur der Bundeswehr abgebildet. Insgesamt gibt es knapp 250 000 Soldatinnen und Soldaten. Sie haben auf unsere Anfrage geantwortet, dass ungefähr 23 Prozent von ihnen bisher tatsächlich in Auslandseinsätzen waren; davon gehören gerade einmal 2 Prozent zum Zivilpersonal.

(B)

Auch wenn eine Bundeswehr im Einsatz viele Menschen braucht, die in der Heimat arbeiten und sie von dort aus unterstützen, ist klar, dass die Bürgerinnen und Bürger die Frage stellen: Wenn die Kernaufgabe der Bundeswehr von heute die Stabilisierung im Auftrag der UN ist, was machen dann die 77 Prozent der Soldatinnen und Soldaten, die mit dieser Aufgabe offensichtlich nichts zu tun haben, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aber einen Großteil der Mittel dieses Einzelplanes kosten?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der FDP)

Damit sind wir bei der **Wehrpflicht**. In diese Debatte ist ein wenig Wind gekommen, als die SPD versucht hat, die beiden unvereinbaren Pole der „freiwilligen Wehrpflicht“ zusammenzuführen. Insofern besteht dieser Wind eher in einem windigen Konzept.

(Johannes Kahrs [SPD]: Na, na!)

Nichtsdestotrotz nehmen wir diesen Debattenanstoß dankbar an. Das strukturelle Problem lösen Sie mit Ihrem Konzept allerdings nicht. Es besteht darin, dass durch die Wehrpflicht in erheblichem Umfang Ressourcen gebunden werden, Großteile der Infrastruktur und des Materials darauf ausgerichtet werden müssen und in der Ausbildung massiv Personal gebunden wird.

Genau das sind die Punkte, über die wir eigentlich sprechen müssten, wenn wir den Steuerzahlerinnen und

Steuerzahlern erklären wollen, welche Struktur der Bundeswehr wir in der heutigen sicherheitspolitischen Situation brauchen und welche Elemente wir uns – mit Verlaub – schenken können, weil sie alte militärische Zöpfe sind, die unter Traditionsgesichtspunkten kostenpflichtig am Leben erhalten werden.

(C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der FDP)

Was die **Rüstungsbeschaffung** angeht, ist die Situation noch schlimmer; die Kollegin Hoff hat das sehr deutlich angesprochen. Von Bundeswehrsoldaten, die in Einsätzen sind, bekommt man auf die Frage, wie die Situation im Hinblick auf ihre Ausrüstung ist, die Antwort: Ganz ehrlich, die Abteilung Rüstung/Nutzung und das BWB machen doch nur Industriepolitik. Daran wird deutlich, in welcher Situation wir inzwischen sind. Sie beschaffen nach dem Produktkatalog der Rüstungsindustrie, Sie gehen dabei nach dem Gießkannenprinzip vor, und Sie beschaffen manchmal zum denkbar höchsten Preis.

Kurz vor dem Sommer dieses Jahres haben Sie noch die **Fregatte 125** durchgewinkt. Sehen wir uns die Situation an: kein Wettbewerb, Abnahmegarantie gegenüber den Werften und letztlich ein Preis, der dreimal so hoch ist wie der, den unsere Verbündeten für vergleichbare Schiffe zahlen. Angesichts eines Stückpreises von 656 Millionen Euro muss man sich wirklich fragen: Geht es Ihnen eigentlich noch um die Ausrüstung der Bundeswehr zur Erledigung der Aufträge, die sich heute in sicherheitspolitischer Hinsicht stellen, oder sind Sie der stellvertretende Wirtschaftsminister der Bundesregierung?

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Eindruck wird dadurch erhärtet, dass Ihre bisherigen Reisen oft genug Handlungsreisen im Interesse der Rüstungsindustrie waren. Die Exportrate im Rüstungsbereich hat sich verdoppelt. Sie hatten, was kritische Länder angeht, eine geringe Hemmschwelle. Sie wollen Eurofighter nach Indien und U-Boote ins instabile Pakistan liefern.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist wahr!)

Herr Jung, das Bild, das wir von Ihnen bekommen, wird immer deutlicher. Aber es passt nicht zur Ankündigung von Außenminister Steinmeier, dass das Thema Abrüstung wieder ins Zentrum der Politik der Bundesregierung rückt. Es passt nicht zusammen, dass der Außenminister herumreist, um sich für die Abrüstung einzusetzen, und dass Sie herumreisen, um dafür zu sorgen, dass genau das geliefert wird, was man abrüsten könnte.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Genau! Der Verteidigungsminister liefert nämlich die Waffen!)

Hier muss sich die Regierung irgendwann einmal entscheiden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alexander Bonde

- (A) Zurück zur Beschaffung. Beim Einsatzgruppenversorger droht angesichts der monopolartigen Werftenkonsortien, die Sie hier ins Spiel bringen, ein ähnliches Preisdesaster. Beim Thema Eurofighter fehlt Ihnen der Mut, endlich Verhandlungen über die dritte Tranche aufzunehmen. Deutschland ist wieder einmal die einzige Nation, die sich von der EADS willfährig über den Tisch ziehen lässt.

Wirklich eng wird es in Bezug auf geschützten **Transportraum**. Wann haben Sie schon einmal die Situation, dass es im Haushaltsausschuss relativ breit, über alle fast Fraktionen hinweg eine Initiative gibt, bei der gefragt wird, ob wir nicht mehr für den Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten in gefährlichen Einsätzen – wie bei der Stabilisierung in Afghanistan – tun können. Die Antwort Ihres Hauses ist: Das haben wir alles, und das, was wir nicht haben, wird schon kommen, macht euch keine Sorgen, alles ist da. Die Realität in den Einsatzländern ist eine andere. Wenn Sie mit den Soldatinnen und Soldaten sprechen, wenn einmal keine Presseoffiziere danebenstehen, dann werden Sie hören, dass das nicht der Fall ist. Sie müssen endlich anfangen, Prioritäten bei der Ausgabe des Geldes zu setzen, und Sie müssen akzeptieren, dass die Einsätze heute andere sind, als es früher der Fall war.

Im Transportbereich gibt es eine andere Fähigkeitslücke. Der **A400M** entwickelt sich immer mehr zu einer lahmen Ente, die nicht vom Boden wegkommt. Wenn Sie uns heute erzählen, dass es Ihrer Ansicht nach keine Verzögerungen in der Auslieferung geben werde, dann kann ich Ihnen nach oben hin offene Wetten darauf anbieten, dass das natürlich der Fall sein wird.

(B)

Was die Nachfolgedebatte über den Transporthubschrauber CH-53 angeht – den Lastesel in allen humanitären Missionen, zum Beispiel bei der Erdbebenhilfe in Pakistan, aber auch bei Einsätzen der Bundeswehr wie in Afghanistan –, möchte ich nicht wissen, was dabei am Ende wieder herauskommt. Auch da sind Sie wieder im Begriff, etwas in den Sand zu setzen.

Zum **Einsatz der Bundeswehr im Inneren** muss man sich auch noch einmal kurz die Bilanz Ihres Hauses in Erinnerung rufen. Wir haben beim G-8-Gipfel erlebt, dass die mecklenburgische Polizei vorübergehend die Befehlsgewalt der Luftwaffe übernommen hat. Per Handy hat die Polizei vor Ort Einsätze dirigiert, und der Bundesverteidigungsminister wusste nicht, was die eigene Luftwaffe macht, denn er war in Indien und Pakistan im Zusammenhang mit besagten Rüstungsdeals unterwegs. Aber es wird immer offenkundiger, was in entscheidenden Fragen – im genannten Beispiel handelte es sich um eine Frage, die Sie selbst zu einer entscheidenden erklärt haben – geschehen ist. Sie haben die halbe Luftwaffe wegen potenzieller Terrorgefahr beim G-8-Gipfel in Mobilität versetzt. Aber Sie wussten offensichtlich nicht, was passiert, weil Sie im Ausland waren. Da frage ich mich schon: Haben Sie den Laden eigentlich im Griff?

Abschließend möchte ich sagen, dass Sie viele Baustellen haben, mit denen Ihr Haus fertig werden muss und bei denen Sie aufhören müssen zu glauben, man

könne alles so weiterführen wie immer. Sie müssen anfangen, in den großen Linien umzudenken. Sie müssen sich klar werden, was das, was Sie selbst immer „comprehensive approach“ nennen, für die Bundeswehr bedeutet, was es für ihre Orientierung und Ausrüstung bedeutet. Sie müssen diese Fragen im Umgang mit Entscheidungen ernst nehmen. (C)

Ich fürchte, dass die 918 Millionen Euro, die der Finanzminister Ihnen jetzt vom Aufschwung abgegeben hat, die letzten Reste von Reformbereitschaft bei Ihnen ersticken werden. Ich fände das dramatisch, weil wir am Ende alle einen außen- und sicherheitspolitischen Preis werden zahlen müssen, wenn Sie nicht auf die Reformschiene kommen. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zahlen schon heute einen hohen Preis dafür, dass Sie die zentralen Reformen im sicherheitspolitischen Bereich aussitzen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich hoffe, dass Sie die zweite Halbzeit nutzen werden, um aus dem sicherheitspolitischen Schläfchen aufzuwachen. Es gibt viel zu tun. Wir warten darauf, von Ihnen auch einmal Antworten zu hören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich gebe jetzt das Wort Susanne Jaffke für die CDU/CSU-Fraktion. (D)

Susanne Jaffke (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Gott, Alex, wenn ich Sie nicht kennen würde, hätte ich das wirklich alles nicht geglaubt. Wer hat Ihnen diese Rede aufgeschrieben?

(Beifall bei der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht er selber!)

In diesen Tagen wird aus aktuellem Anlass vielfältig an die Geschehnisse des 11. September 2001 erinnert. Männer und Frauen – nicht nur US-Staatsbürger, sicher Menschen aller Glaubensrichtungen – fanden dabei den Tod, auch Deutsche. Mehrfach haben sich ähnliche Ereignisse in Europa wiederholt. Erinnert sei an die Anschläge von Madrid und London. Vor wenigen Tagen konnten unsere Sicherheitsbehörden geplante Anschläge in Deutschland erfolgreich verhindern. Über Ursachen und Hintergründe solchen für uns unzivilisatorischen Handelns gibt es viele Analysen und Interpretationen. Ich will das nicht vertiefen. Aber eines ist wichtig: Diese Einsätze bestimmen seither wesentlich unser verteidigungspolitisches Handeln. Nicht erst seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und nicht erst seit dem Ausbruch der ethnischen Konflikte auf dem Balkan, sondern seit ebendieser letztgenannten Zeit haben sich die Anforderungen an unsere Streitkräfte verändert.

Susanne Jaffke

- (A) Gestatten Sie mir deshalb, dass ich mich ganz herzlich bei all den Soldatinnen und Soldaten bedanke, die auf dem Balkan, in Afghanistan, am Horn von Afrika oder vor der Küste Libanons ihren Dienst versehen. Sie wissen, dass sie in diesen Regionen der Welt unsere gemeinsamen Werte – unsere freiheitliche parlamentarische Demokratie, basierend auf dem christlichen Menschenbild – nicht nur verteidigen, sondern dass sie zugleich als Botschafter für diese demokratischen Werte, für Toleranz und Anerkennung des Lebens miteinander im Einsatz sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dafür stehen unsere Soldatinnen und Soldaten ein, dafür üben sie in der Heimat, dafür bringen ihre Familien Verständnis auf. Es lohnt sich, das hier im Parlament immer wieder zu erwähnen. Im Alltagsgeschehen ist das schon ein Stück Routine geworden. So werden meine Fernmelder in Neubrandenburg gerade mit einem Appell zu ihrem Einsatz auf dem Balkan verabschiedet. Ich bin hier, kann nicht da sein; ich nehme diese Aufgabe an.

Auf diese neuen Herausforderungen werden die Bundeswehrplanungen ausgerichtet. Auf diese Herausforderungen sollen die **Strukturanpassungen**, genannt „Transformation“, zielen, und dem soll auch die auszuplanende und umzusetzende Zielstruktur der zivilen Verwaltung dienen. Die Beschäftigten brauchen diese Strukturen, damit sie endlich wissen, wo ihre zukünftige Tätigkeit sein wird.

- (B) Der Einzelplan 14, den wir hier in erster Lesung beraten, soll dem Anspruch gerecht werden, die Investitionen in Sicherheit im Einsatz – verbunden mit optimalen Übungsmöglichkeiten in der Heimat einerseits und andererseits natürlich mit der Landesverteidigung – zu gewährleisten. Dass dazu in den letzten Jahren eine Reihe von Beschaffungsvorgängen vorbereitet und auf den Weg gebracht wurden, ist bekannt. Dass der Haushalt eng ist, wissen die Insider. Dass es noch einiger Projekte dringend bedarf – zum Beispiel des geschützten Transportfahrzeugs Puma und des dritten Einsatzgruppenversorgers –, ist ebenso bekannt und erklärtes strategisches Ziel.

In der mittelfristigen Finanzplanung des Wehretats ist ein **Etataufwuchs** vorgesehen. Das ist erfreulich, dennoch nicht üppig. Investiven Nachholbedarf gibt es ebenso bei der Kasernensanierung West. Die Koalition wird darauf bei den Etatberatungen besonderes Augenmerk legen. Geplante Ausgabenaufwüchse ergeben sich in dem zu beratenden Etat bei der Modernisierung der IT-Ausstattung – Projekt „Herkules“ – und im Bereich von Materialerhaltung und -instandsetzung. Sowohl beim Investitionsvorhaben „Herkules“ als auch bei der Erhaltung und Instandsetzung von wehrtechnischem Material sollen Auftragsausgestaltung und -vergabe in enger Partnerschaft mit mittelständischen Betrieben organisiert werden. Auch darauf wird die Koalition besonderes Augenmerk legen.

Gestatten Sie mir eine Bemerkung zur Wehrgerechtigkeit. Ich stehe zur **Wehrpflicht**. Sie steht im Koali-

tionsvertrag für diese Legislaturperiode, sollte aber auch darüber hinaus gelten. Verbunden mit der Wehrpflicht sind in unserem Land nämlich vielfältige andere soziale Dienstleistungen. Selbstverständlich kann ein junger Einzuberufender in den vielen Einrichtungen der Sozialdienste auch Zivildienst leisten, der mit Sicherheit eine körperliche und mentale Herausforderung darstellt. Aber auch Ehrenamtorganisationen wie Technisches Hilfswerk, Rotes Kreuz, Malteser Hilfsdienst, Johanniter und andere profitieren von dem bewährten System der Wehrpflicht. All diese gesellschaftlichen Leistungen durch Hauptamtliche erbringen zu lassen, würde unsere öffentlichen Haushalte überfordern. So sollten wir uns auch hier zur allgemeinen Wehrpflicht bekennen. Die Koalition wird nach Wegen der Finanzierung der Wehrsoldanpassung, die überfällig ist, suchen und sie ermöglichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Allen in diesem Hause, die sich mit der Organisationsstruktur des Einzelplans 14 auskennen, wissen, dass dieses Zahlenwerk dringend einer **organisatorischen Umgestaltung** bedarf. Alle Berichterstatter sind in diesem Zusammenhang aktiv geworden und haben der Verwaltung aufgegeben, das Zahlenwerk übersichtlicher, in Kapitel und Titel, zu strukturieren, die Zahl der Deckungsvermerke einzuschränken und damit die Transparenz zu erhöhen. Dennoch bleibt dieser Etat in gewisser Weise unparlamentarisch, weil der Verwaltung durch Deckungsverbände große Flexibilität bei Ausgabenanforderungen gegeben wird.

Die Koalition wird auch weiterhin ihr Augenmerk darauf richten, dass die parlamentarisch gebilligten Mittel dort eingesetzt werden, wo die Politik die Schwerpunktsetzung vorgenommen hat. Dies dient nicht nur der erwähnten Transparenz, sondern sichert den effizienten Einsatz der Mittel.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss zu den Einzelplanberatungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht Johannes Kahrs für die SPD-Fraktion.

Johannes Kahrs (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Verteidigungshaushalt umfasst 29,3 Milliarden Euro. Das sind 918,5 Millionen Euro mehr als 2007 und entspricht einer Steigerung von 3,2 Prozent. Trotzdem sinkt der Anteil des Verteidigungsetats am Gesamthaushalt. Ein genauer Blick in den Haushalt zeigt, dass der Anteil der Personalausgaben gegenüber dem letzten Haushalt deutlich sinkt, dass der Abbau der Zahl der Zivilbeschäftigten planmäßig vorangeht und die Betriebsausgaben gesenkt werden. Die Ausgaben für Materialerhalt steigen. Dies ist kritisch, weil teilweise auch neues Gerät mit höheren Betriebsausgaben verbunden ist als altes. Das betrifft insbesondere den Materialhaushalt.

Johannes Kahrs

- (A) Wir alle wissen, dass der gesamte Bereich der Betreiberverträge anwächst. Frau Hoff hat es bereits erwähnt. Das liegt insbesondere daran, dass das IT-Projekt „Herkules“ zum ersten Mal in vollem Umfang im Haushalt dotiert ist.

Wir kennen die Zahlen. Der Minister ist vielfach kritisiert worden. Wir alle kennen das Problem: Der Etat ist, wie er ist. Die Bundeswehr hat Probleme. Diese Koalition versucht aber, Schwerpunkte zu setzen, um diese Probleme zu beheben. Das wird man nicht sofort hinbekommen, aber wir verfolgen eine gute Linie. Der Verteidigungsetat wächst, wie gesagt, um 3 Prozent. Im Großen und Ganzen wird die Linie von Peter Struck fortgesetzt. An dieser Stelle möchte ich Peer Steinbrück danken, der es ermöglicht hat, diesen **Aufwuchs** umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man sich mit diesem Haushalt beschäftigt, dann erinnert man sich an mancher Stelle an ein altes Gedicht aus dem Dreißigjährigen Krieg, das folgendermaßen lautet:

Gott und den Soldaten ehrt man
in Zeiten der Not – und nur dann!
Denn ist die Not vorüber und die Zeiten gewandelt,
wird Gott schnell vergessen und der Soldat
schlecht behandelt.

- (B) Das gilt in Teilen leider auch für die Bundeswehr. Daran können das Ministerium und die Koalitionen – wie auch immer sie aussehen – arbeiten, aber das Problem wird weiter fortbestehen. Das ergibt sich schon aus der Größe der Bundeswehr, der planwirtschaftlichen Struktur, die wir uns selber auferlegt haben, aus den Verwaltungsstrukturen und den Gesetzen und Vorschriften, die wir selber beschlossen haben und die es uns manchmal unmöglich machen, das zu erreichen, was wir selber wollen.

Für die Bundeswehr sind drei Bereiche besonders wichtig, um zukunftsfähig zu sein und das Personal anzuwerben, das wir brauchen. Dazu gehören erstens die **Besoldung der Soldaten**, zweitens ihre Unterbringung – das hat etwas mit der Infrastruktur zu tun – und drittens die Ausrüstung. Das alles führt im besten Fall zu einer gewissen Berufszufriedenheit, die wiederum zur Folge hat, dass sich Menschen dafür entscheiden, den Beruf des Soldaten zu ergreifen.

Die Koalition bemüht sich, in diesen Bereichen etwas zu tun. Die Anhebung des Wehresoldes um 2 Euro ist nicht weltbewegend, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Gleichzeitig wollen wir uns langfristig bei der Besoldung der Soldaten konzeptionell eher an der Bundespolizei orientieren als an der gegenwärtigen Situation in der Bundeswehr. Otto Schily hat die Bundespolizei hervorragend ausgestattet. Angesichts der Gehaltsstrukturen kann man nur wünschen, dass sie irgendwann auch auf die Bundeswehr übertragen werden.

Strukturveränderungen bei den Beamtenbesoldungen – wie sie zum Beispiel derzeit im Bundesinnenministerium geplant werden – dürfen nicht zu Belastungen der

- Mannschaftsdienstgrade – der Feldwebel mit und ohne Portepees – bei der Bundeswehr führen. Das ist für uns in dieser Koalition im Verteidigungsbereich nicht akzeptabel. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Beim Thema **Infrastruktur** hat man manchmal das Gefühl, dass der Soldat schlecht behandelt wird. Es gibt insbesondere im Westen Bundeswehrstandorte, in denen in den letzten Jahren nichts passiert ist. Darüber kann man lange diskutieren. Ich habe mir in den letzten Wochen und Monaten unzählige Standorte angesehen. Zum Beispiel der Standort Schwarzenborn in Hessen und viele andere mehr stehen dafür. Ich glaube, wir alle werden etwas tun müssen, um hier für Verbesserungen zu sorgen.

Frau Hoff hat gesagt, dass die 123 Millionen Euro, die die Koalition zusätzlich einstellt, nur ein Tropfen auf den heißen Stein seien. Wir könnten noch viel mehr drauflegen. Aber das änderte im Kern nichts. Das Problem, das wir mit den veralteten, teilweise maroden Kasernen aus den 60er- und 70er-Jahren haben, besteht darin, dass die Strukturen nicht funktionieren. In einer Kaserne ist üblicherweise der S 3 für entsprechende Anforderungen zuständig. Wenn er nicht gerade im Ausland ist, wenn er nicht gerade anderweitig überlastet ist und wenn er nicht gerade einer Battle-Group oder anderen zur Verfügung stehen muss, passiert das irgendwann auch. Danach kümmert sich der Infrastrukturstab darum. Darauf folgt die Wehrverwaltung mit ihren neu geschaffenen Servicecentern in der einen oder anderen Variante, mit der einen oder anderen Stufe. Darauf folgt die Landesbauverwaltung. Hier gibt es unterschiedliche Qualitäten. Das sollten wir uns einmal vor Augen führen: Wir finanzieren Landesbauverwaltungen, die die Bundesländer selber nicht mehr nutzen und die uns teilweise nur mäßig dienen. Ich könnte auch Positives anmerken. Aber in letzter Zeit habe ich eher Negatives feststellen müssen. (D)

Im Ergebnis wird dann ausgeschrieben. Wer die Ausschreibung gewinnt, kümmert sich um die Infrastruktur. Die Landesbauverwaltung kontrolliert das. Die Soldaten selber haben nicht einmal Zugang zu der Baustelle in ihrer eigenen Kaserne. Man darf nicht vergessen, dass auch das Bundesfinanzministerium eine Rolle spielt. Es muss jeden Quadratmeter absegnen. Das sind Strukturen, die es eigentlich unmöglich machen zu bauen. Wir sollten uns also in nächster Zeit um die Strukturen kümmern; denn dort versickert das Geld. Hierdurch werden Soldaten frustriert und entstehen Zustände wie beispielsweise in Schwarzenborn und Fritzlar. Das darf nicht sein. Hier muss sich etwas ändern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns einmal den dritten Bereich an, die **Ausrüstung**. Die Bundeswehr, die Verwaltung und der Minister bemühen sich, die Soldaten bestmöglich auszustatten. Wir haben zu diesem Zweck einmal den Einsatzbedingten Sofortbedarf geschaffen, ein hervorragendes Instrument, von der Verwaltung aber nicht geliebt, weil

Johannes Kahrs

- (A) es in großem Maße verwaltungsfrei ist. Die Mittel zur Deckung des Einsatzbedingten Sofortbedarfs wurden aber in den letzten Jahren zunehmend zurückgefahren oder teilweise nicht ausgeschöpft. Das liegt unter anderem daran, dass die Verwaltung die Vorschriften für den Einsatzbedingten Sofortbedarf verschärft hat mit der Begründung, dass man das auch über die normalen Versorgungswege schaffen könne. Wer im Einsatz war, weiß, dass das nicht geht. Man wird also darüber nachdenken müssen, ob es nicht sinnvoll ist, den Mittelansatz zur Deckung des Einsatzbedingten Sofortbedarfs wieder auf das ursprüngliche Niveau anzuheben und dafür zu sorgen, dass es in diesem Bereich keine Deckungsfähigkeiten gibt und die Mittel einzig und allein dafür ausgegeben werden. Man sollte das Ganze relativ einfach gestalten, damit die Kollegen aus den Ausschüssen, wenn sie im Einsatzgebiet sind, reagieren können, wenn es notwendig ist. Unsere eigene Verwaltungsstruktur darf uns nicht behindern.

Wir haben uns jahrzehntlang – wer die Bundeswehr kennt, weiß das – auf den großen vaterländischen Krieg vorbereitet. Er ist nicht gekommen. Nun stimmen die **Strukturen** nicht. Wir arbeiten an der von der Kollegin Jaffke vorbereiteten Transformation. Das ist ausgesprochen schwierig. Das hängt damit zusammen, dass wir Beschaffungsstrukturen haben, die durch ein Nebeneinander von zivilem und militärischem Bereich gekennzeichnet sind. Man möge sich in diesem Zusammenhang einmal das Grundgesetz anschauen. Art. 87 b ist in großen Teilen verzichtbar. Ich würde mich freuen, wenn der Minister das aufgreifen würde. Die SPD hat das schon einmal gefordert. Im Ergebnis ist es nicht einsichtig, warum das Nebeneinander von zivilem und militärischem Strang fortbestehen sollte. So wird oft etwas doppelt produziert. Man sollte die beiden Stränge zusammenführen. Es ist derzeit so, dass in der Rüstungsabteilung Zivilisten und Soldaten gut zusammenarbeiten. Diese Doppelstruktur wird gerade verändert; denn das ist schizophoren. Nutzer und diejenigen, die die Geräte beschaffen, gehören zusammen, nicht auseinander.

(Beifall bei der SPD)

Die weiteren Probleme möchte ich hier nur kurz anreißen. Zum Beispiel haben wir selber beschlossen, die Zahl der **Transporthubschrauber** vom Typ CH-53 von über 100 auf 90 bzw. demnächst auf 80 zu reduzieren. Wer heute in die Einsatzgebiete geht, weiß, dass wir den CH-53 brauchen. Dieser wird international immer wieder angefordert; denn Hubschraubertransportkapazitäten sind knapp. Wir sollten darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll ist, den Beschluss, die Zahl auf 80 zu reduzieren, zurückzunehmen und den Bestand bei 90 Stück zu halten. Wenn es drei oder vier mehr sind, ist das auch nicht schlimm; denn das sind wertvolle Maschinen, und neue schwere Transporthubschrauber wird es lange nicht mehr geben. Wir alle wissen, dass wir von einer großen europäischen Firma Hubschrauber erwarten, die seit Jahren nicht kommen bzw. zu spät angeliefert werden.

(Kurt J. Rossmann [CDU/CSU]: Sie haben jetzt etwas übertrieben!)

- Unsere alten Hubschrauber werden schneller ausgedient, als neue in Dienst gestellt werden. Wenn die neuen nicht kommen, dann muss man die Ausphasung verschieben. (C)

Ich komme zum Ende und habe noch eine kurze Anmerkung. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist das Letzte, was die Bundeswehr braucht. Die SPD steht zur Wehrpflicht und zur Wehrpflicht plus, nämlich zur Freiwilligkeit. Menschen müssen dazu animiert werden, zur Bundeswehr zu gehen. Das muss man ihnen leicht machen. Das wollen wir auch in dieser Koalition.

Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die Linke hat das Wort die Kollegin Inge Höger.

(Beifall bei der LINKEN)

Inge Höger (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Politik der Bundesregierung führt unser Land hochgerüstet in die militärische Sackgasse. Wir müssen uns klarmachen, worüber wir hier gerade reden. Der Einzelplan 14 ist kein Verteidigungshaushalt mehr. Nein, es geht hier in weiten Teilen um einen Rüstungshaushalt.

(Beifall bei der LINKEN)

- Die Bundeswehr wird für Kriege und Besetzung überall auf diesem Globus fit gemacht. (D)

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Aus einer Armee, deren größter Erfolg darin bestand, nicht eingesetzt zu werden, aus einer Armee, für die Frieden der Ernstfall war, haben deutsche machtpolitische Ambitionen eine **Armee im Einsatz** gemacht. Von einem „Einsatzhaushalt“ war schon die Rede.

Krieg und Besetzung gibt es nicht zum Nulltarif. Viele bezahlen, wenige profitieren. Faktisch sind viele Projekte nichts anderes als Subventionen für die Rüstungsindustrie. Allein die Praxis der Preisfortschreibung sichert den Unternehmen regelmäßig Extragewinne in Millionenhöhe. Die Zeche für diese haushaltspolitisch und inhaltlich verfehlte Politik zahlen unter anderem die Menschen in den Einsatzgebieten, nicht zuletzt dadurch, dass zwar Geld für den Militäreinsatz zur Verfügung steht, jedoch nicht in ausreichendem Maße für zivile Entwicklung.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Zeche zahlen die Anwohnerinnen und Anwohner von militärisch genutzten Flughäfen und Übungsplätzen wie dem Gefechtsübungszentrum in der Colbitz-Letzlinger Heide bei Magdeburg. Lärm und Umweltzerstörung sollen zukünftig durch einen weiteren Ausbau des Übungsgeländes noch zunehmen. Die dafür veranschlagten 34 Millionen Euro für das Jahr 2008 wären sinnvoller in die Renaturierung des Geländes investiert.

Inge Höger

- (A) (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Zeche zahlen aber auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, und das, obwohl die Mehrheit der Menschen in diesem Lande eindeutig gegen die militärische Außenpolitik ist. Eine Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr stellt fest: 68 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik bejahen den Satz – hören Sie jetzt gut zu –: Konflikte innerhalb eines Staates oder zwischen Staaten lassen sich immer mit friedlichen Mitteln lösen. Die größte Bedrohung sehen die Befragten in der Kürzung der Sozialleistungen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Erwartungen der Bevölkerungen werden von der Regierung bewusst ignoriert. Stattdessen wird in gefährliche und teure Rüstungsprojekte investiert, von denen ich hier drei Projekte beispielhaft anführen möchte.

Für 2,6 Milliarden Euro sollen in den nächsten Jahren vier Fregatten vom Typ F 125 gebaut werden. Die **Fregatte F 125** ist ein Kriegsschiff im gefährlichsten Sinne. Die Fregatte wird zukünftig auch als Aktionsplattform für Einsätze von Spezialkräften dienen. Die F 125 ist in der Lage, Angriffe und Überfälle auf feindliches fremdes Territorium durchzuführen, zu unterstützen und aufrechtzuerhalten. Die Anschaffung der Fregatte wird unter Berücksichtigung von Preissteigerungen, zusätzlicher Bewaffnung und Infrastruktur schnell weit über 3 Milliarden Euro verschlingen. Die Linke lehnt dieses und weitere Marinerüstungsprojekte ab. Wir wollen keine deutsche Kriegsflotte.

- (B) (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Auch das unsägliche **Eurofighterprojekt** für insgesamt mehr als 20 Milliarden Euro sei hier noch einmal genannt. Die gigantische Geldverschwendung und das Sponsoring der Rüstungsindustrie durch dieses Projekt kritisiert die Linke schon seit Jahren. Nun wird durch die Aufrüstung des Eurofighters für die sogenannte Mehrrollenfähigkeit der ursprüngliche Abfangjäger zur Angriffswaffe mit Befähigung zu Flächenbombardements. Dies ist eine Kriegsmethode, die zwangsläufig zu Opfern unter der Zivilbevölkerung führen muss und jeden Konflikt nur anheizen kann. Wir brauchen den Eurofighter nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dem **Airbus A400M** sollen deutsche Soldaten zukünftig in Auslandseinsätze verfrachtet werden. Wer die Bundeswehr nur zur Verteidigung einsetzt, der braucht nicht über 9 Milliarden Euro für strategische Verlegbarkeit der Soldatinnen und Soldaten ausgeben. Solchen gigantischen Ausgaben für Projekte, die aggressive und gefährliche Out-of-area-Einsätze ermöglichen, kann und wird die Fraktion Die Linke nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die effektivste Sicherheitspolitik nach innen und nach außen ist Armutsbekämpfung. Stoppen Sie den Rüs-

tungswahnsinn! Stoppen Sie die Auslandseinsätze und investieren Sie in zivile Alternativen! (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht Thomas Silberhorn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur **geänderten Bedrohungslage**, in der wir uns befinden, hat vor wenigen Tagen Walter Laqueur, der als Vater der internationalen Terrorismusforschung gilt, einen bemerkenswerten Beitrag in der *Welt* geleistet. Er schreibt:

Der Terrorismus ist in unserer Zeit ... die mehr oder weniger normale Form von Gewalt zwischen und innerhalb von Staaten.

Dazu stellt er fest, dass es im 19. Jahrhundert noch so etwas wie einen terroristischen Ehrenkodex gegeben habe. Dieser Kodex von Anarchisten habe festgelegt, dass Attentate nur auf verhasste führende Persönlichkeiten ausgeübt würden und dass man zu vermeiden versuche, dass Unschuldige Opfer werden. Heute herrsche dagegen wahlloses Morden, das den Fortbestand unserer Zivilisation infrage stellt.

Damit ist sehr deutlich umschrieben, dass die **Verwundbarkeit offener Gesellschaften** durch einige wenige nationalistisch oder religiös motivierte Fanatiker deutlich gestiegen ist. Die neuen Bedrohungen verlangen auch neue Antworten, und eine dieser Antworten lautet: Wir müssen neue Bedrohungen dort bekämpfen, wo sie entstehen. Das ist der Grund dafür, dass wir deutsche Soldatinnen und Soldaten in Krisengebiete schicken. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In **Afghanistan**, an einem unserer wichtigsten Einsatzorte, wird die Sicherheitspräsenz der internationalen Gemeinschaft sowohl im zivilen als auch im militärischen Sektor weiterhin erforderlich sein, solange Afghanistan nicht selbst in der Lage ist, eigenverantwortlich und ausreichend wirksam gegen Terroristen vorzugehen. Deshalb befürwortet die CSU-Landesgruppe die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an OEF wie an der ISAF-Mission.

Die afghanische Bevölkerung kennt die Differenzierung, die in der Diskussion in Deutschland gemacht wird, übrigens nicht. Sie nimmt den Einsatz der internationalen Gemeinschaft als Ganzes wahr, also ohne zwischen OEF und ISAF zu unterscheiden. Ich meine, wir sollten keine Zweifel an der Solidarität Deutschlands mit seinen NATO-Partnern durch eine Diskussion über einen einseitigen Rückzug aus OEF wecken.

Die Perspektive muss vielmehr sein, die Frage zu beantworten: Was braucht dieses Land, Afghanistan? Ich glaube, wir müssen als unser Ziel definieren, die afgha-

Thomas Silberhorn

- (A) nische Regierung in die Lage zu versetzen, sobald wie möglich aus eigener Kraft gegen Aufständische und Terroristen in ihrem Land vorzugehen. Dazu ist es notwendig, dass wir die afghanischen Sicherheitskräfte stärken und dass wir mehr für die Ausbildung und Ausstattung der afghanischen Armee und der Polizei tun. Herr Bundesverteidigungsminister, ich freue mich, dass es gelungen ist, diese Aspekte im Afghanistan-Konzept der Bundesregierung zu verankern.

Wir müssen allerdings auch dafür sorgen, dass die deutschen Soldatinnen und Soldaten, die wir in Auslandseinsätze schicken, optimal ausgebildet und bestmöglich ausgestattet sind, im Übrigen nicht nur im Einsatz, sondern auch bei der Vorbereitung auf Einsätze. Dazu sind ausreichende Finanzmittel notwendig. Die Höhe dieser Finanzmittel müssen wir nach den Erfordernissen der Einsätze bemessen. Wenn der Bundestag Auslandseinsätze beschließt, dann ist es auch unsere Verpflichtung, dafür zu sorgen, ausreichende Finanzmittel für ebendiese Einsätze zur Verfügung zu stellen.

Insoweit begrüße ich ausdrücklich, dass es gelungen ist, den Verteidigungshaushalt zu erhöhen, um 3,2 Prozent auf 29,3 Milliarden Euro. Das setzt ein wichtiges Signal: Der Deutsche Bundestag unterstützt die Streitkräfte, damit sie ihren Auftrag erfüllen können.

- (B) Der **Aufwuchs des Verteidigungsetats** wird es ermöglichen, die Umsetzung des Vorhabens, geschützte Fahrzeuge zu beschaffen, zu erleichtern und die Modernisierung der Kasernen anzugehen. Das ist im Übrigen nicht nur ein Problem der letzten zwei Jahre; vielmehr werden diese Kasernen seit vielen Jahren vernachlässigt. Jetzt endlich gelingt es, hier vorwärtszukommen.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass wir vonseiten des Bundestags die Initiative ergriffen haben, den Wehrsold zu erhöhen, der seit 1999 nicht mehr verändert worden ist. Das ist ein positives Signal an die Bundeswehr und aus meiner Sicht ein Einstieg in eine verbesserte Finanzlinie für den Verteidigungshaushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich kurz auf das Thema **Einsatz-Weiterverwendungsgesetz** eingehen; der Bundesverteidigungsminister hat es vorhin angesprochen. Ich möchte es ausdrücklich erwähnen, weil ich denke, dass die bisherige Situation – wir haben Lücken in der Versorgung von Soldaten, die in einem Einsatz versehrt worden sind – untragbar ist. Es ist eine zwingende Folge des Wandels der Bundeswehr hin zur Armee im Einsatz, dass wir diese Versorgungslücken schließen. Deswegen ist es gerechtfertigt, dass wir einen Anspruch auf unbefristete Weiterbeschäftigung nicht nur für Soldaten einführen, die im Einsatz dauerhaft geschädigt wurden, sondern ebenso für Zivilpersonal der Bundeswehr und anderer Bundesressorts sowie auch für die Mitglieder des Technischen Hilfswerkes. Dies alles ist ein erheblicher Fortschritt, den wir in diesem Haus unterstützen sollten.

(Beifall des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN])

- (C) Lassen Sie mich einige Anmerkungen zur Zukunft der **Wehrpflicht** machen. Ich meine, dass die Wehrpflicht im 50. Jahr ihres Bestehens von zentraler Bedeutung für unsere Sicherheitsvorsorge bleibt. Sie ist weiterhin die Basis für die Rekrutierung von qualifiziertem Nachwuchs. Gerade dieses Argument sollte man nicht gering schätzen; ich verweise auf die Probleme unserer NATO-Partner bei der Rekrutierung von Nachwuchs für ihre Berufsarmeen.

Die Wehrpflicht gewährleistet außerdem, dass die Bundeswehr weiterhin in der Gesellschaft verankert bleibt. Es ist ebendiese Bundeswehr, die mit Wehrpflicht organisiert ist, die sich bei ihren Einsätzen im Ausland höchste Anerkennung erworben hat.

Ich bin schon der Ansicht, dass die Wehrpflicht auch dazu beiträgt, die Verantwortung der Bevölkerung für die Wahrung unserer Sicherheit aufrechtzuerhalten. Deswegen lehnt die CSU Pläne ab, die de facto auf eine Abschaffung der Wehrpflicht hinauslaufen.

Ich bin allerdings auch der Ansicht, dass wir das Thema Wehrgerechtigkeit sehr ernst nehmen müssen. Es handelt sich nach meinem Dafürhalten nicht nur um eine verfassungsrechtliche Frage. Es gibt auch im Rahmen des verfassungsrechtlich noch Zulässigen so etwas wie eine gefühlte Wehrgerechtigkeit, deren wir uns annehmen.

- (D) Allerdings ist nach meiner Einschätzung der Bedarf an Diensten für unsere Sicherheit gewachsen und nicht kleiner geworden. Deswegen rege ich an, darüber nachzudenken, die Wehrpflicht eher zu einer sicherheitspolitisch begründeten Dienstpflicht weiterzuentwickeln, wenn nur so die Wehrgerechtigkeit aufrechterhalten werden kann.

Es ist nicht nur der Wehrdienst, der unserer Sicherheit dient; es sind auch Dienste im Zivilschutz und – wenn die Bundesländer mitmachen – im Katastrophenschutz; aber auch die Entwicklungshilfe kann man dazuzählen, wenn man einen weiten Sicherheitsbegriff wie den der präventiven Sicherheit zugrunde legt.

Wenn dazukommt, dass wir Freiwilligendienste großzügiger auf eine solche Dienstpflicht anrechnen – das ist das, was heute im Bereich des Zivildienstes schon möglich ist –, dann würde ein solches Modell einer sicherheitspolitisch motivierten Dienstpflicht mehr Wehrgerechtigkeit schaffen, und sie wäre ohne eine Verfassungsänderung umsetzbar.

Im Ergebnis möchte ich feststellen: Sicherheitsvorsorge lässt sich jedenfalls nicht outsourcen und nicht privatisieren; sie geht uns weiterhin alle an.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich erteile das Wort jetzt dem Kollegen Gert Winkelmeier.

(A) **Gert Winkelmeier** (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Jung, was macht ein Minister, wenn er das Parlament davon überzeugen will, dass sein Ressort unterfinanziert ist? Er appelliert an das Mitleid der Abgeordneten.

In den 1970er-Jahren nahm dies schon einmal ausgesprochen skurrile Züge an. Da wurde allen Ernstes eine Blattobergrenze für Toilettenpapier pro Soldat und Tag erwogen; man musste ja sparen. Sie sehen, Kolleginnen und Kollegen: Das Jammern des BMVg nach mehr Steuergeldern ist überhaupt nichts Neues. Deswegen müssen wir genau hinsehen, wofür die öffentlichen Gelder im Verteidigungshaushalt verwandt werden.

Der Verteidigungsetat ist mit 29 Milliarden Euro der drittgrößte Haushaltsposten. Man kann es gar nicht oft genug wiederholen: Er umfasst 29 Milliarden Euro, und es gibt nicht eine einzige reale oder sich abzeichnende Bedrohung für unser Land, die mit militärischen Mitteln abgewendet werden könnte. Dies gilt für den Terrorismus ebenso wie für das organisierte Verbrechen. Dass die Vorgängerregierung der NATO-Strategie zugestimmt hat, die Flüchtlinge als Bedrohung einzustufen, kann wohl auch kein Mensch mit klarem Verstand verstehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Schlussendlich ist auch die Landesverteidigung auf der Prioritätenliste Ihres *Weißbuchs* ganz nach unten gerutscht, denn wir sind nur noch von Freunden umzingelt, wie dies schon einer Ihrer Amtsvorgänger sagte. Dieses Bonmot gefällt mir übrigens wesentlich besser als das eines anderen Amtsvorgängers, das sich auf die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch bezog.

(B)

Nun werden Sie einwenden: Aber wir müssen doch in Krisenregionen den Frieden wieder herstellen und für den Wiederaufbau zerfallener Staaten sorgen. – Nehmen wir einmal an, dass es Ihnen tatsächlich darum geht, so kann ich Ihnen nur erwidern: Damit sind Sie schon im Kosovo und auch in Afghanistan hereingefallen. Wie viele Versuche und Irrtümer brauchen Sie denn noch?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Bevölkerung ist da in ihrem friedenspolitischen Denken bereits wesentlich weiter als die Bundesregierung. Sie hat offenbar keine Lust auf die vom stellvertretenden Chefredakteur der *Zeit*, Herrn Ulrich, in der Nummer 35 empfohlenen „Experimente, auch mit Menschenleben“.

Nun zum Positiven dieses Haushaltentwurfs: Herr Minister, Sie erhalten in den nächsten vier Jahren rund 2 Milliarden Euro zusätzlich. Ich begrüße ausdrücklich, dass Sie dies zum Anlass nehmen, endlich die teils katastrophalen Zustände in den Kasernen zu beseitigen, die Sie ja nicht zu verantworten hatten, auch wenn mit den dafür in den kommenden vier Jahren jeweils vorgesehenen 175 Millionen Euro der Investitionsstau von 2 Milliarden Euro bei der Infrastruktur nicht vollständig aufgelöst werden kann. Auch die Wehrsolderhöhung um 2 Euro pro Tag, was circa 46 Millionen Euro pro Jahr ausmacht, war seit Jahren überfällig.

Das war es aber auch schon mit dem Positiven. (C) Schließlich sind diese rund 221 Millionen Euro pro Jahr für Soziales in den nächsten vier Jahren nun wirklich Peanuts beim Vergleich mit denjenigen Summen, die Sie in den kommenden Jahren für **neue Rüstungsvorhaben** ausgeben wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das, was Sie damit vorhaben, passt überhaupt nicht zu den ständigen Beteuerungen, es gehe der Bundesregierung ausschließlich darum, anderen Ländern unter die Arme zu greifen, ihnen Demokratie, Stabilität und Frieden zu bringen.

Braucht man dazu 180 Eurofighter, dieses Überbleibsel aus dem Kalten Krieg, für 16 Milliarden Euro plus Entwicklungskosten? Braucht man dazu Fregatten F 125 mit der Möglichkeit, zwei Jahre lang ununterbrochen Seekrieg führen zu können, wofür der Steuerzahler 2,6 Milliarden Euro ausgeben muss? Braucht man dazu U-Boote für 2,8 Milliarden Euro? Braucht man für die Demokratie in anderen Ländern ein paar Korvetten für 1 Milliarde Euro? Braucht man dazu Panzerhaubitzen für 1 Milliarde Euro, die gegen die Armeen des Warschauer Vertrages entwickelt wurden, den es seit 1991 überhaupt nicht mehr gibt? Diese Waffen braucht man für Demokratie und Frieden nicht.

Ein Blick in Ihr *Weißbuch* zeigt, worum es Ihnen in Wirklichkeit geht. Nach dem Vorbild der US-Marines – Stichwort Marines Expeditionary Force – soll die Marine eine Expeditionsmarine werden; ergänzt um strategischen Lufttransport und Einsatzgruppenversorger, wollen Sie dann weltweite Machtprojektionen im klassischen Sinn machen. Das offiziöse *Marineforum* schwärmt geradezu von der Hochseekriegsführung mit einem Expeditionskorps – früher auf der falschen, heute vermeintlich auf der richtigen Seite –, um politischen Druck zu machen und die Rohstoffversorgung der Wirtschaft notfalls militärisch sicherzustellen, im Schulterchluss und technisch kompatibel mit der NATO.

(D)

Was die Führungsmacht aus der NATO machen will, hat die US-Botschafterin bei der NATO, Frau Nuland, eine führende Neokonservative, der *Financial Times* im Januar 2006 verraten: Die USA wollen ein völlig anderes – wörtlich sagte sie: animal, also Tier –, also eine völlig andere NATO, und zwar unter Einschluss Japans, Neuseelands und Australiens.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Gert Winkelmeier (fraktionslos):

Ich komme zum Ende. – Dieser Kurs bringt eine Defacto-Marginalisierung der UNO mit sich, und die Einkreisung vermeintlicher Rivalen verstößt gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Hans-Peter Bartels hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zum Schluss dieser Debatte einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Die **Bundeswehr** steht unter dreifachem Druck:

Erstens. Sie ist im **Auslandseinsatz** täglich gefordert und muss über Jahre durchhaltefähig sein. Das ist heute der Ernstfall.

Zweitens. Die Bundeswehr wird von Grund auf modernisiert. Wir nennen das **Transformation**. Aber auch mit solch einem modernen Etikett geschieht das nicht von selbst. Da ist Tag für Tag viel Arbeit und Antiarbeit zu leisten. Für die, die den Begriff „Antiarbeit“ nicht kennen: Damit wird die Arbeit bezeichnet, die geleistet werden muss, um die Folgen der Arbeit anderer Leute zu beseitigen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Drittens. Es ginge vieles leichter, wenn mehr Geld da wäre. Ist es aber nicht. Wir sind heute froh, dass der Finanzminister über die alte Linie hinaus 500 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellt. Das ist mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, aber für die Bundeswehr natürlich zu wenig, um wirklich attraktiv dastehen und ausreichend Ausrüstung beschaffen zu können. Ich will einen Maßstab nennen, welcher Betrag aus meiner Sicht ausreichend wäre: Zu Zeiten des Kalten Krieges, als die Bundeswehr noch 500 000 Mann stark war, hatte der Verteidigungsetat einen Anteil von 20 Prozent am Gesamthaushalt des Bundes. Heute sind unsere Streitkräfte genau halb so groß, nämlich 250 000 Soldaten, und der Anteil des Verteidigungshaushaltes liegt bei 9 Prozent. Der **Bundeswehretat** ist also schneller geschrumpft als die Bundeswehr selbst. Ich meine, 10 Prozent des Bundeshaushaltes für die Bundeswehr, also genau die Hälfte von früher, stellten eine Größenordnung dar, die okay wäre. Der vorliegende Haushalt ist ein Schritt in diese Richtung. Herr Minister, Sie kommen voran. Dazu beglückwünsche ich Sie. Das war nicht selbstverständlich. Das musste verhandelt werden.

Noch eine grundsätzliche Bemerkung. Wir hören oft Klagen darüber, auch aus der Generalität, die Bundeswehr sei mit den laufenden Auslandseinsätzen strukturell überfordert. Die Einsätze störten den ordnungsgemäßen Grundbetrieb, sie störten die anspruchsvolle Ausbildung, und sie störten die Transformation. Dazu muss man sagen: Entschuldigung, das war von der Politik anders gemeint. Der Grundbetrieb, die Ausbildung und die Transformation sollten eigentlich dazu dienen, die Auslandseinsätze zu ermöglichen, statt sie zu behindern. Stimmt da vielleicht irgendetwas nicht? Streitkräfte, die so sehr mit sich selbst beschäftigt wären, dass sie keine Aufträge entgegennehmen könnten, wären falsch organisiert. Das ist ja auch bei der Bundeswehr nicht so. Man sollte also auch aufhören, so zu tun, als ob der Ausbildungsbetrieb einer ganzen Brigade in

Deutschland lahmgelegt würde, wenn 30 zusätzliche Ausbilder nach Afghanistan gingen. Wenn so etwas tatsächlich eintritt, dann stellt das sicherlich ein Problem dar, aber eines der militärischen Organisation; und das lässt sich abstellen. (C)

Ein letztes Wort zum Bereich des Grundsätzlichen: Das Stichwort heißt „Redundanz“. Wir alle gemeinsam betreiben manchmal einen Kult der Betriebswirtschaft. Wir verabsolutieren das ökonomische Denken und vergessen manchmal, dass es auch andere und ganz eigene **Kriterien militärischer Rationalität** gibt. Redundanz ist eines davon, das heißt, mehr von dem Gleichen bzw. Ersatzvorhaltungen. Betriebswirtschaftlich wäre es gewiss am kostengünstigsten, alle Transportflugzeuge und Hubschrauber der Luftwaffe an einem Ort zu konzentrieren, quasi die deutsche Drehscheibe für Lufttransport zu schaffen. Das wäre ideal, solange nichts passiert. Aber die Bundeswehr ist dazu da zu funktionieren, auch wenn etwas passiert. Sie muss auch dann, wenn einzelne Kapazitäten ausfallen, ihren Auftrag erfüllen. Deshalb gibt es ein paar Flugzeuge mehr, ein paar Dienstposten mehr und ein paar Stützpunkte mehr, als es betriebswirtschaftlich ideal wäre. Daran sollten wir festhalten. Die Strukturen sollten und müssen robust sein und Durchhaltefähigkeit ermöglichen. Das ist der Sinn der Transformation. Wo das in manchen Teilstreitkräften oder Organisationsbereichen noch nicht erreicht wird, muss nachgesteuert werden.

Es ist gut, dass das Nachsteuern gegebenenfalls durch die gleiche Hand erfolgen kann wie das Planen und Durchsetzen. Es ist gut, dass Generalinspekteur Schneiderhan bleibt und sein Hauptwerk zu Ende bringen kann. Dabei weiter viel Erfolg! (D)

Ich will einiges zu den Themen **Materialehaltung und -beschaffungen** sagen. Wir wundern uns manchmal bei unseren Besuchen, sei es in Masar-i-Scharif, in Limassol oder in Dschibuti, mit wie viel Geschick, Einfallsreichtum, Energie und kluger Voraussicht manche Einsatzkontingente ihr Material verfügbar halten. Die Klarstände der Transall, der CH-53, der Seakings und der Tornados in den verschiedenen Friedensmissionen sind hart erkämpft und vorbildlich. Aber es ist oft Gerät, für das die Nachfolgemuster schon bestellt sind; nur werden sie nicht fertig. Der Hubschrauber NH-90 hat fünf Jahre Verzug, und ob aus der maritimen Variante MH-90 für die Bundeswehr überhaupt noch etwas wird, ist inzwischen nicht mehr sicher. Der Kampfhubschrauber Tiger hat vier Jahre Verspätung. Über die Verzögerungen beim Eurofighter, der früher Jäger 90 hieß, weil er in den 90er-Jahren zulaufen sollte, ist hier schon gelegentlich diskutiert worden. Jetzt verfolgen wir gebannt die Wasserstandsmeldungen für den Transall-Nachfolger A400M. Das erste Jahr Zeitverzug ist inzwischen angemeldet. Schauen wir mal.

Das alles kann passieren. Internationalität ist ja nicht gerade ein Beschleunigungsmittel. Auch unsere nationalen Bedarfsträger und Beschaffer haben manchmal Zusatzforderungen, die Zeit kosten. Aber es ist eben oft auch die Industrie, die wohlfeile Versprechungen macht, die sie nicht halten kann. Und nicht selten ist es dieselbe

Dr. Hans-Peter Bartels

- (A) Industrie, die die Nutzungsdauer unseres alten Geräts für teures Geld verlängert, das Produkt verbessert oder schlicht die immer teureren Wartungsarbeiten durchführt. Ich kann die Fachleute im Ministerium nur ermuntern, diesen Zusammenhang von Verzögerungen auf der einen Seite und lukrativem Zusatzgeschäft auf der anderen Seite in den entsprechenden Industrieverhandlungen zu thematisieren. Jedenfalls fällt auch im Parlament durchaus auf, dass die Materialerhaltungstitel, insbesondere für fliegendes Gerät, immer weiter steigen, obwohl die Stückzahlen drastisch reduziert werden. Das ist die falsche Richtung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zum Schluss ein Wort zur **Wehrpflicht**. Eine freiwillige Pflicht gibt es nicht; das ist wie ein schwarzer Schimmel ein Widerspruch in sich. Darüber haben sich schon viele weise Beobachter lustig gemacht – herzlichen Glückwunsch! Was es aber gibt, ist ein Vorschlag des SPD-Parteivorstandes, der besagt: Wenn wir in Zukunft weniger Wehrpflichtige aus einem Jahrgang brauchen, dann nehmen wir erst einmal die, die das auch wollen. Freiwilligkeit so weit wie möglich, Pflicht so weit wie nötig. Jeder wird erfasst, jeder wird gemustert, und dann wird nach der Motivation gefragt. Wenn genügend Wehrpflichtige wollen, dann muss niemand gegen seinen Willen eingezogen werden. Dafür können und sollten wir zusätzlich den einen oder anderen Anreiz und Bonus schaffen. Geht die Rechnung nicht auf, müssen wir nichts neu erfinden; die Wehrpflicht gilt. Dann wird eingezogen nach Tauglichkeit und Bedarf, wie heute.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, der Kollege Eckart von Klaeden hat den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Würden Sie sie zulassen?

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):
Gern.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Bitte schön.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Herr Kollege Bartels, was mich an Ihrem Modell der jetzt doch nicht so freiwilligen Wehrpflicht – vielleicht finden Sie ja noch einen eingängigeren Namen dafür – besonders interessiert: Führt der von Ihnen geschilderte Fall, dass sich nicht genügend Freiwillige melden, so dass dann aus dem Kreis der Gemusterten gezogen werden muss, nicht zu einer wesentlich größeren Wehrungerechtigkeit als die, die Sie durch Ihr Modell beseitigen wollen?

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

In dem Fall hätten wir den Zustand, den wir heute haben. Sie werden ja nicht unterstellen wollen, Herr Kollege Klaeden, dass alle, die über die Wehrpflicht in die

- Bundeswehr kommen, total dagegen sind, das nie gewollt haben und nur durch Zwang dazu bewegt werden können, der Einberufung Folge zu leisten. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch heute gibt es viele, die das richtig und gut finden und auf der Grundlage der Wehrpflicht freiwillig kommen.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Aber wenn es doch schon so ist, was wollen Sie denn dann ändern?)

– Ich will die Möglichkeiten, die dadurch entstehen, dass wir in Zukunft eine geringere Zahl von Wehrpflichtigen brauchen, nutzen. Aber ich erkläre es Ihnen gern ein bisschen genauer; dazu gibt es noch zwei, drei Aspekte.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

In den Koalitionsrunden!

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Warum ist es heute möglich, die Wehrpflicht zu reformieren, sie weiterzuentwickeln? Weil wir nicht mehr wie zu Zeiten des Kalten Krieges jedes Jahr 250 000 junge Männer neu in die Bundeswehr holen müssen – Herr von Klaeden, das richtet sich immer noch auch an Sie, aber Sie können gern sitzen bleiben –, auch nicht mehr 120 000 wie noch 2003, sondern künftig nur noch gut 70 000 Grundwehrdienstleistende, freiwillig länger Wehrdienstleistende und Zeitsoldaten benötigen; darunter werden übrigens immer auch einige Tausend Frauen sein. (D)

Unser Modell ist intelligenter als das klassische Downsizen der Zahlen durch die Tauglichkeitskriterien. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2007 wurden 46 Prozent der gemusterten Wehrpflichtigen aussortiert. Das ist absurd; so krank ist unsere Gesellschaft nicht. Der Vorschlag des Ministers, 6 700 Soldaten außerhalb von Dienstposten zusätzlich einzuberufen, ist gewiss ein Hinweis auf das zu lösende Problem, aber doch wohl keine Dauerlösung.

Gut ist hingegen, dass wir in der Koalition verabredet haben, den **Wehrsold** nach Jahren der Stagnation endlich wieder anzuheben. Dabei geht es gar nicht um gewaltige Summen, sondern eher um ein Signal. Das Signal lautet: Die Wehrpflicht bleibt das Fundament unserer Bundeswehr.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Hier liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der „United

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A) **Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) auf Grundlage der Resolutionen 1701 (2006) und 1773 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006 bzw. 24. August 2007**

– Drucksachen 16/6278, 16/6330 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Eckart von Klaeden
Niels Annen
Dr. Werner Hoyer
Wolfgang Gehrcke
Kerstin Müller (Köln)

Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 16/6341 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Herbert Frankenhauser
Lothar Mark
Jürgen Koppelin
Michael Leutert
Alexander Bonde

Es liegt je ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Über die Beschlussempfehlung werden wir später namentlich abstimmen.

Zwischen den Fraktionen ist verabredet, zu diesem Punkt eine Dreiviertelstunde zu debattieren. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Das ist also so beschlossen.

(B) Ich erteile das Wort dem Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier.

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Frau Vizepräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den meisten von Ihnen wird es am Beginn dieser Debatte nicht anders gehen als mir: Erinnerungen sind wieder präsent, Erinnerungen an eine Debatte hier in diesem Haus im Herbst des vergangenen Jahres, an deren Ende wir entschieden haben, zum ersten Mal die Bundeswehr im Libanon zum Einsatz zu bringen. Es handelte sich, wie ich mich erinnere, um keinen gewöhnlichen Tag und um keine gewöhnliche Debatte; jeder hat das gespürt.

Zum ersten Mal – das war das Ergebnis – erhielten deutsche Soldaten einen Befehl zum Einsatz im Nahen Osten, um dort seit an Seit mit europäischen Kameraden unter dem Dach der UNIFIL den Frieden zu sichern. Ich weiß: Gerade diese Entscheidung ist niemandem in diesem Hause leichtgefallen. Alle haben gewusst, dass wir politisches Neuland betreten. Ich glaube, am Ende hat sich die breite Mehrheit dieses Hauses im vollen Bewusstsein unserer deutschen und unserer europäischen Verantwortung für Frieden im Nahen Osten für diesen Einsatz entschieden. Wir haben sie in dem Bewusstsein getroffen, dass die Umsetzung der Resolution 1701 ohne unser Engagement beim Waffenstillstand nicht möglich gewesen wäre. Wir haben die Entscheidung in der siche-

ren Erwartung getroffen, dass nur auf diese Weise die äußeren Voraussetzungen für mehr Stabilität im Libanon überhaupt geschaffen werden konnten. (C)

(Beifall bei der SPD)

Ein Jahr später dürfen wir einen kleinen Rückblick wagen, der mich zu dem Ergebnis bringt – ich habe keinen Zweifel –: Die damalige Entscheidung war richtig. Seit einem Jahr führt die Bundeswehr die Marinekomponente der UNIFIL. Die deutschen Soldaten – ich habe mich bei Besuchen im Libanon mehrfach davon überzeugen können – genießen große Anerkennung; dafür verdienen die Soldaten unseren Dank. Das ist wohl auch der Grund dafür, dass uns die Vereinten Nationen im Verlauf dieses Jahres gebeten haben, die Führung der maritimen Taskforce auch weiterhin zu übernehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unser Auftrag verfolgte von Anfang an zwei Ziele. Es ging nicht nur darum, im Zusammenwirken mit der libanesischen Marine Waffenschmuggel so weit wie möglich seeseitig zu verhindern, sondern es ging auch immer darum, den libanesischen Partner von Anfang an und schrittweise zu befähigen, die Aufgabe, die Seegrenze am Ende in eigener Verantwortung zu sichern, selbst zu übernehmen. Deshalb haben wir nach den Diskussionen im Kabinett gemeinsam entschieden, dass wir den Einsatz von Anfang an durch bilaterale Ausbildungsmaßnahmen, durch Zurverfügungstellung von Patrouillenbooten, durch die Wiederinstandsetzung des libanesischen Küstenradars sowie durch weitere Maßnahmen ergänzen. Das lässt schon jetzt deutliche Fortschritte erkennen, die notwendig sind. Sie sind jedenfalls dann notwendig, wenn wir in der Perspektive unser jetzt noch erforderliches Engagement irgendwann einmal reduzieren und es Schritt für Schritt in libanesische Hände übergeben wollen. (D)

Meine Damen und Herren, wichtig ist auch, dass dieser Teil des Engagements nur Teil unseres Gesamtengagements im Libanon ist. Wir beteiligen uns – das wissen Sie; wir haben es hier diskutiert – aktiv im internationalen Konzert, wenn ich das so ausdrücken darf, am Wiederaufbau im Libanon. Wir unterstützen den Libanon bei der Sicherung nicht nur der Seegrenze, sondern auch der Luft- und Landgrenzen. Wir haben Scanner und Dokumentenprüfgeräte für den Flughafen in Beirut zur Verfügung gestellt, leisten Beratungs- und Ausstattungshilfe zur Sicherung der Landgrenze zu Syrien jedenfalls in einem Nordabschnitt, der sich zu einem Modellprojekt entwickeln könnte. Wenn die Ergebnisse positiv sind, werden wir andere europäische Staaten einladen, mitzumachen und weitere Grenzabschnitte auf diese Weise zu übernehmen.

(Beifall des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Meine Damen und Herren, das alles ist Ziel unseres Bemühens, es dem Libanon zu ermöglichen, selbst die Grundlagen für innenpolitische Stabilität zu schaffen. Wir wissen, wie ich heute Morgen in meiner Rede angedeutet habe, dass das langfristig nur möglich sein wird,

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) wenn wir auch die regionalen Partner einbeziehen. Wir versuchen, dies so weit wie möglich zu tun. Dazu ist der ständige Kontakt zu den Verantwortlichen im Libanon erforderlich. Sie haben gerade in der vergangenen Woche gesehen, dass der Ministerpräsident des Landes, Ministerpräsident Siniora, erneut zu politischen Gesprächen mit der Bundeskanzlerin und allen Ministern, die mit dem Libanon zu tun haben, nach Berlin gekommen ist.

Der Sicherheitsrat hat am 24. August das Mandat von UNIFIL unverändert für ein weiteres Jahr verlängert. Wir bleiben auf Sicht für die Erfüllung der Umsetzung der Resolution 1701 unentbehrlich. Dies ist die Auffassung der Vereinten Nationen. Sie sind mit der Bitte um unseren Einsatz bei der Leitung der maritimen Taskforce auf uns zugekommen. Ich glaube, ich muss in diesem Hause nicht erläutern, warum wir in dieser Region in einer gesteigerten Verantwortung stehen. Die Menschen im Libanon und im Nahen Osten erwarten, dass wir diese gesteigerte Verantwortung entsprechen.

Ich darf Sie deshalb nicht nur einfach um Zustimmung bitten – das tue ich hiermit –, sondern ich drücke auch meine Hoffnung aus, dass die Zustimmung noch breiter wird, als sie bei den bisherigen UNIFIL-Abstimmungen war.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Jetzt ist Birgit Homburger für die FDP-Fraktion an der Reihe.

(Beifall bei der FDP)

Birgit Homburger (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa hat ein vitales Interesse an Stabilität im Nahen und Mittleren Osten. Seit einem Jahr ist die deutsche Marine im Rahmen der Maritime Taskforce an der Küste des Libanon im Einsatz. Als die große Mehrheit der FDP-Bundestagsfraktion vor einem Jahr entschieden hat, gegen eine militärische deutsche Beteiligung zu stimmen, haben wir auch sehr deutlich gemacht, dass die zugrunde liegende UN-Resolution 1701 unsere Unterstützung findet. So gilt auch heute, dass die Folgeresolution 1773 der UN von uns begrüßt wird.

Die Frage ist also nicht: UNIFIL, ja oder nein? Die Frage lautet, ob es richtig und klug ist, den deutschen Beitrag vor allem militärisch zu erbringen. Der Einsatz von Militär ist nur das letzte Mittel von Politik, er darf aber Politik nie ersetzen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch ein Zweites direkt zu Beginn deutlich machen. Die deutsche Marine hat einen Auftrag erhalten, dessen Wirksamkeit aufgrund mangelhafter Rahmenbedingungen von Beginn an zweifelhaft war. Wir sagen aber ebenso klar, dass die Soldatinnen und Solda-

ten der Bundeswehr immer unsere Unterstützung geschenkt haben und ihren Auftrag im Rahmen der ihnen gegebenen Möglichkeiten gut und professionell erfüllt haben. Die Art und Weise ihres Auftretens findet Respekt und Anerkennung. Dafür verdienen die Soldatinnen und Soldaten unser aller Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die große Mehrheit der FDP-Bundestagsfraktion wird auch heute dem Mandat nicht zustimmen. Dafür gibt es vier zentrale Gründe.

Erstens. Die Bundesregierung muss die Priorität endlich wieder auf politische Bemühungen legen. Wir erkennen an, dass im Laufe des letzten Jahres das Nahostquartett wiederbelebt wurde, Herr Minister Steinmeier. Aber es ist festzustellen, dass die Initiativen hinter den Erwartungen zurückblieben. Ziel muss ein politischer Friedensprozess für den Nahen Osten sein, der der mehrdimensionalen Konfliktstruktur gerecht wird. Aber wir sind von einer Idee eines Prozesses analog dem KSZE-Prozess, den wir aus der Vergangenheit kennen, jetzt weiter entfernt als vor einem Jahr.

(Beifall bei der FDP)

Wie hat sich die Lage in der Region entwickelt? Für den Frieden in der Region spielen die Palästinenser eine Schlüsselrolle. Hier hat sich die Situation eher verschlechtert. Wir beobachten eine Spaltung in Westjordanland und Gaza-Streifen. Es ist festzustellen, dass dies auch das Ergebnis einer falschen Politik im letzten Jahr ist.

Die Anzahl der Anschläge im Libanon hat wieder zugenommen, und die politische Lage vor der Präsidentschaftswahl ist schwieriger geworden. Es gibt immer noch keine Fortschritte bei der Lösung der Grenzkonflikte. Über eine Entwaffnung der Hisbollah wird gar nicht mehr gesprochen. Wir müssen im Gegenteil feststellen, dass in den vergangenen zwölf Monaten mit hoher Wahrscheinlichkeit eine umfangreiche Ergänzung oder sogar Aufstockung des Waffenarsenals der Hisbollah stattgefunden hat. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der FDP – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Und was machen Sie jetzt dagegen? Was ist Ihr Vorschlag?)

Hat dieser militärische Beitrag zu mehr politischem Gewicht geführt? Ich möchte an zwei Beispielen deutlich machen, dass das nicht der Fall ist. Schauen Sie sich zum einen das Verhalten Israels an. Die Israelis führen permanent Überflüge über den Libanon durch, obwohl sie wissen, dass das die Regierung Siniora auf jeden Fall nicht stärkt. Sie lassen sich nicht davon abbringen, obwohl ihr Vorgehen gegen die UN-Resolution verstößt. Nehmen Sie zum anderen die Situation im Libanon. Ohne Zweifel arbeiten wir hervorragend mit der Regierung Siniora zusammen. Dennoch wird man bei den entscheidenden innerlibanesischen Konfliktpunkten nicht weiterkommen, wenn man nicht auch die Hisbollah, die einen Gutteil der libanesischen Bevölkerung repräsentiert, dazu bringt, den politischen Prozess konstruktiv zu

Birgit Homburger

- (A) begleiten. Hier herrscht nicht Fortschritt, sondern Blockade.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zweitens. Wir sehen nicht, dass ein Aufeinandertreffen zwischen israelischen und deutschen Soldaten ausgeschlossen werden kann. Unsere Befürchtungen wurden vor einem Jahr in diesem Parlament harsch zurückgewiesen. Kurz nach Beginn des Einsatzes gab es die ersten Zwischenfälle. Obwohl es einen sogenannten kurzen Draht mit der israelischen Regierung gibt, hat es weitere Zwischenfälle in diesem Jahr gegeben. Dieser kurze Draht funktioniert nicht. Auch das bestätigt unsere Zweifel.

Drittens. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat am 26. Juni einen Bericht einer unabhängigen Expertenkommission vorgestellt, die zu der Einschätzung kommt, „dass der gegenwärtige Stand der Grenzsicherheit nicht ausreicht, um Schmuggel, insbesondere Waffenschmuggel, auch nur ansatzweise zu verhindern“. Warum sollte also jemand den Versuch machen, auf dem Seewege Waffen zu schmuggeln, wenn die Landseite offen ist wie ein Scheunentor?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Viertens. Die Bundesregierung hat erklärt, dass sie die Zahl der Fregatten und Schnellboote zwar reduzieren, die Aufgabe aber mit diesem modifizierten Kräfteinsatz erfüllen will. Die Einschätzung der Marine vor Ort ist eindeutig – das wurde bei einem Besuch klar –: Damit kann die bisherige Qualität der Sicherung der Seeseite nicht mehr gewährleistet werden. Zum Scheunentor auf der Landseite kommen also Lücken auf der Seeseite hinzu. Das ist vollkommen kontraproduktiv.

- (B)

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Wollen Sie jetzt die Landseite schließen?)

Wer von uns im Libanon unterwegs ist, erfährt vor allem Dank für die bilaterale nichtmilitärische Hilfe; der Aufbau einer eigenständigen Grenzsicherung im Libanon wurde bereits angesprochen. Acht Grenzbeamte und Polizisten sind zurzeit entsandt.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Birgit Homburger (FDP):

Ja, bitte.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Bitte.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kollegin Homburger, teilen Sie, abgesehen von der Kritik und den Bedenken, die Sie richtigerweise geäußert haben, unsere Erkenntnis, dass die UNIFIL-Marine die entscheidende Voraussetzung dafür war, dass die israelische Seeblockade vor der libanesischen Küste aufgehoben werden konnte? Teilen Sie unsere Erfahrung,

dass die UNIFIL-Marine, speziell die Bundeswehr, see- (C)
seitig ganz wesentlich zur Stärkung der libanesischen Souveränität beiträgt? Teilen Sie die Einschätzung, dass ein Abzug der Bundeswehr aus der UNIFIL-Marine die seeseitige Absicherung dieser UN-Mission zum Einsturz bringen und damit gleichzeitig die für den Waffenstillstand entscheidende UN-Friedensmission gefährdet würde?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Birgit Homburger (FDP):

Herr Kollege Nachtwei, die ursprüngliche Entscheidung liegt jetzt ein Jahr zurück. Ich möchte eines sehr deutlich zum Ausdruck bringen: Dieser Einsatz hat in der Tat dazu beigetragen, dass die Seeblockade vor der Küste des Libanon beendet worden ist. Wir müssen uns doch aber fragen, welchen Fortschritt es gibt. Wenn man militärische Mittel einsetzt, dann muss es immer auch auf politischer Ebene intensive Bemühungen geben; denn nur mithilfe intensiver politischer Bemühungen können in diesem Friedensprozess Fortschritte erreicht werden. Diesbezüglich haben wir im Laufe des vergangenen Jahres Defizite festgestellt.

Herr Kollege Nachtwei, Sie haben gefragt, ob ich der Meinung bin, dass ein Rückzug der Bundeswehr zum Zusammenbruch der Mission führen würde. Ich teile diese Einschätzung nicht. Vor einem Jahr war eine ganze Reihe von europäischen Partnern bereit, die Sicherung der Seeseite zu übernehmen. Sie kennen die Gründe (D)
ganz genau, die dazu geführt haben, dass die deutsche Seite diese Aufgabe übernommen hat. Das Mandat war ursprünglich auf zwölf Monate begrenzt, soll jetzt aber fortgesetzt werden. Ich glaube, wir sollten mit unseren Partnern intensive Gespräche darüber führen und fragen, wer bereit wäre, einen solchen Beitrag zu leisten. Es gibt Partner, die dazu bereit wären. Die Bundesregierung muss natürlich einen entsprechenden Versuch unternehmen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen den Aufbau einer eigenständigen Grenzsicherung im Libanon. Die libanesischen Regierung soll in die Lage versetzt werden, selbst für Sicherheit und Ordnung zu sorgen und die Grenzen zu sichern. Hierzu können wir einen ganz hervorragenden Beitrag leisten. Wir wollen, dass unser diesbezüglicher Beitrag aufgestockt bzw. ausgebaut wird. So können wir dazu beitragen, dass eine dauerhafte Friedenslösung gefunden wird.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Und deswegen sagen Sie Nein? Merkwürdige Logik!)

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Ohne ausreichende politische Flankierung wird die UNIFIL-Mission zu einem Endloseinsatz ohne Perspektive. Deshalb muss die Bundesregierung die politischen Anstrengungen forcieren. Das würde auch unserem gemeinsamen Ziel dienen, die Existenz Israels in sicheren Grenzen zu gewährleisten.

Vielen Dank.

Birgit Homburger

- (A) (Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Norman Paech [DIE LINKE] – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Arme FDP, Herr Westerwelle! – Gegenruf des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Hat Ihnen jemand etwas in den Nachmittagstee getan, oder was ist los?)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 20. September des letzten Jahres hat der Deutsche Bundestag dem Einsatz der Bundeswehr vor der Küste des Libanon im Rahmen des UNIFIL-Mandates zugestimmt. Dem sind kritische Diskussionen vorausgegangen. Dies war – ich denke, das hat jeder ein Stück so empfunden – eine historische Entscheidung. Wenn man nach einem Jahr Bilanz zieht, kann man sagen, dass dies eine richtige Entscheidung war. Der Einsatz, den die Bundeswehr vor der Küste des Libanon zur Gewährleistung und Durchsetzung des Waffenstillstands geleistet hat, war erfolgreich. Deshalb ist es sinnvoll, heute der Verlängerung des Mandats zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Es wurde das Verhältnis zu **Israel** angesprochen. Ich will daran erinnern, dass der Staat Israel diesen Einsatz sehr begrüßt. Im Übrigen empfinde ich es als sehr positiv – auch aus historischer Perspektive –, dass 73 Prozent der Bevölkerung Israels den Einsatz der Bundeswehr dort gewünscht haben. Das zeigt meines Erachtens, welches Vertrauen die Bundeswehr sich dort zwischenzeitlich erobert hat.

Ich habe vor allem an die FDP-Fraktion, die ihre Argumente gerade vorgetragen hat, die herzliche Bitte, ihre Position noch einmal zu überdenken. Denn eines ist wahr – dabei ist es zutreffend, dass die Streitkräfte nicht diejenigen sind, die eine politische Lösung herbeiführen –: Wenn die Waffen nicht schweigen, gibt es keine Chance, eine politische Lösung herbeizuführen. Deshalb ist es im Hinblick auf die Gewährleistung des Waffenstillstandes, im Hinblick auf die Souveränität des Libanon und im Hinblick auf die Möglichkeit einer politischen Lösung sinnvoll, dass der UNIFIL-Einsatz fortgesetzt wird, um Seesicherheit herzustellen und einen Waffenstillstand auch in Zukunft zu gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Unsere Erfolge sind erstens die nachhaltige Absicherung der Waffenruhe, zweitens die Aufhebung der israelischen Seeblockade, drittens die Unterbindung von Waffenschmuggel über See und damit viertens die Herstellung von Seesicherheit. Wir haben 9 200 Schiffe abgefragt. Durch die libanesischen Kräfte sind 36 Schiffe

(C) untersucht worden. Die Zusammenarbeit mit dem Libanon ist hervorragend. Ich kann mich noch erinnern, welche Bedenken damals vorgetragen worden sind. Die Zusammenarbeit auch und gerade mit den libanesischen Kräften funktioniert, wie ich finde, in einer hervorragenden Art und Weise. Auch die Ausbildung, die von unserer Seite gewährleistet wird, ist auf einem sehr guten Weg, sodass man von einer Stabilisierung der Region und damit einer Stärkung der Souveränität des Libanon sprechen kann.

Wir leisten mit unserem Einsatz auch einen aktiven Beitrag für den politischen Friedensprozess. Denn letztlich muss dieser Prozess, der durch die Frage nach der Qualität und anderem eingeleitet worden ist, abgesichert werden, damit auch in Zukunft die Waffen schweigen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat Ende August beschlossen, das Mandat um ein Jahr zu verlängern. Wir haben ebenfalls vor, es um ein Jahr zu verlängern. Es ist zutreffend: Wir haben die Führung der **Maritime Task Force**, die hier sehr erfolgreich operiert. Es waren die Vereinten Nationen, die an uns die Bitte gerichtet haben, die Führung der Maritime Task Force bis zum 29. Februar des nächsten Jahres zu übernehmen. Wir haben eindeutig signalisiert, dass wir diesen Beitrag leisten wollen.

Wir wollen aber auch unsere Unterstützung bei der Ausbildung und Ausrüstung der libanesischen Kräfte fortsetzen. Sie wissen, wir haben hier geholfen, indem wir zwei Polizeiboote, Küstenradar und zur Grenzsicherung beispielsweise Durchleuchtungstechnik bereitgestellt haben. Im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau ist eine Unterstützung in Höhe von 105 Millionen Euro geleistet worden.

(D) Das heißt, die Bundesrepublik Deutschland hat in verschiedenster Art und Weise zur Stärkung der Souveränität des Libanon beigetragen. Davon konnte sich das Parlament letzte Woche überzeugen, als Ministerpräsident Siniora deutlich seinen Dank für die Unterstützung, die geleistet wird, aber auch seine Bitte zum Ausdruck gebracht hat, in Zukunft entsprechende Unterstützung, zum Beispiel bei der Ausbildung, zu gewähren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, an der Maritime Task Force sind vier Nationen beteiligt: Deutschland, Griechenland, die Niederlande und die Türkei. Wir haben signalisiert, dass wir den Umfang unseres Beitrags aus unserer Sicht reduzieren könnten. Darüber wird die Truppenstellerkonferenz entscheiden; denn das ist Aufgabe der Vereinten Nationen.

Frau Homburger, ich kann Sie beruhigen: Auch in Zukunft wird eine solche Einsatztruppe dort sein, die die Sicherheit voll und ganz gewährleistet und keine Lücken zulässt; denn sonst hätten wir unseren Auftrag nicht erfüllt. Das wird in Abstimmung mit den Vereinten Nationen geschehen. Wir können die Obergrenze des im Rahmen des Gesamtmandats bereitgestellten Personals, die auf 2 400 Soldatinnen und Soldaten ausgerichtet war,

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) auf 1 400 Soldatinnen und Soldaten reduzieren. Auch dann können wir unseren Auftrag weiterhin erfüllen.

Ich bitte das Parlament um Zustimmung zur Fortsetzung dieses Mandats. Denn damit leisten wir einen Beitrag zur Stabilität und friedlichen Entwicklung im Nahen Osten. Ich denke, dass unsere Soldatinnen und Soldaten für den Beitrag, den sie zur Sicherung von Stabilität und Frieden im Nahen Osten leisten, erstens unseren Dank und zweitens unsere politische Unterstützung verdient haben.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Norman Paech für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Norman Paech (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Abgeordneten der Regierungsfractionen ist der deutsche Beitrag zum UNIFIL-Mandat, also zum Militäreinsatz, offenbar ein Erfolg. Das kann man so sehen, wenn man sich darauf beschränkt, festzustellen, dass es offensichtlich keinen Waffenschmuggel von der See aus gegeben hat und dass bisher zum Glück auch keine Toten zu beklagen sind.

- (B) (Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Das ist doch schon mal etwas!)

Doch wenn man genauer hinsieht, kommt man zu dem Ergebnis, dass die Sache etwas anders aussieht.

Wir haben dieses Mandat vor einem Jahr aus zwei Gründen abgelehnt:

Erstens. Unsere furchtbare Geschichte und unsere daraus erwachsende Verantwortung verpflichten uns zwar, die Existenz Israels zu garantieren und zu sichern. Gleichzeitig verbieten sie es uns aber, in dieser Region militärisch aufzutreten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Ansicht sind wir heute noch.

Zweitens. Wir haben die mangelnde Neutralität des Mandats kritisiert: Es wird zwar versucht, die Waffenlieferungen in den Libanon zu unterbinden, aber gleichzeitig werden die ungehemmten Waffenlieferungen an Israel ignoriert. Das kritisieren wir heute noch.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Nun kommt ein dritter Punkt hinzu, den wir schon damals vorhergesagt haben: Der Marineeinsatz ist vollkommen überflüssig und nutzlos. Er ist schlichtweg fehl am Platz; so lautet, wie Sie wissen, auch das Urteil der Stiftung Wissenschaft und Politik. Dieser Einsatz ist reine Symbolpolitik.

(C) Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg sind wir im östlichen Mittelmeer militärisch präsent. Wofür eigentlich? Die **Waffenlieferungen** – das haben Sie selbst eingeräumt – kommen über das Land und nicht über die See. Sie haben inzwischen ein solches Ausmaß angenommen, dass sich die Führung der Hisbollah heute rühmen kann, die gleiche militärische Qualität und Schlagkraft erreicht zu haben wie vor dem Krieg.

Werten Sie es ruhig als Erfolg, dass bisher nichts passiert ist. Sollte es aber einmal zu einer Konfrontation mit israelischen Soldaten kommen – Frau Homburger hat darauf angespielt –, so sind unsere jungen Soldaten völlig damit überfordert, diese schwierige Situation, die auch bei uns sehr viele Zweifel und Unsicherheiten hervorgerufen hat, zu meistern. Wir haben nicht das Recht, sie in eine solche Situation zu bringen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Derzeit herrscht an der Nordgrenze Israels eine trügerische Ruhe, die jederzeit in eine neue militärische Konfrontation umschlagen kann. Ich erinnere nur an die Probleme im Hinblick auf die Scheba-Farmen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Paech, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Müller?

Dr. Norman Paech (DIE LINKE):

Gerne.

(D)

Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Paech, da eines Ihrer Gegenargumente darin begründet ist, dass Sie angeblich israelische Interessen vertreten wollen – Sie sagten, dass sich dieses Mandat nicht mit unserem Verhältnis zu Israel verträgt –, frage ich Sie: Wie verträgt sich dieses Argument damit, dass eine große Mehrheit der israelischen Bevölkerung und vor allen Dingen führende Politiker Israels begrüßen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland – und zwar gerade die Bundesrepublik Deutschland – in Anbetracht ihrer Geschichte und ihrer Verantwortung für diesen Konflikt am UNIFIL-Einsatz beteiligt? Ist Ihnen das überhaupt bekannt?

Dr. Norman Paech (DIE LINKE):

Frau Müller, das ist mir durchaus bekannt. Aber kann das nicht genau an dem liegen, was wir kritisieren? Kann es nicht daran liegen, dass das Engagement der Bundesrepublik sehr einseitig, nur zugunsten Israels, ist? Es gibt zum Beispiel keine Stationierung von Truppen in Israel so wie im Libanon, was sich letztlich auf die libanesischen Grenze auswirkt. Kann es sein, dass man diese Einseitigkeit durchaus begrüßt und es ablehnt, dass ein neutrales Mandat wahrgenommen wird? Das ist offensichtlich der Hintergrund.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Norman Paech

- (A) Ich komme noch einmal auf die Grenzen im Norden zurück. Die Probleme mit den Scheba-Farmen und den Golanhöhen sind überhaupt nicht gelöst.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Paech, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Leute, habt ihr kein Zuhause?)

Dr. Norman Paech (DIE LINKE):

Bitte sehr.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Kollege Paech, ich habe soeben mit großem Interesse Ihre Einschätzung gehört, dass das Mandat ausschließlich Israel dient und sehr einseitig ist. Wie vereinbaren Sie mit dieser Position die Haltung der libanesischen Regierung sowie Aussagen aus dem gesamten politischen Spektrum des Libanon – bis hin zur Hisbollah –, die den Einsatz der Bundeswehr, also den maritimen Teil von UNIFIL, ausdrücklich unterstützen, weil er eine positive Auswirkung auf die Stabilisierung des Einsatzgebiets hat? Wie passt das mit Ihrer Bewertung eines einseitig auf Israel ausgerichteten Einsatzes der Bundeswehr zusammen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) **Dr. Norman Paech (DIE LINKE):**

Mit solchen Einschätzungen, die uns von der Presse übermittelt werden, ist das so eine Sache.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer sagt uns eigentlich, dass es stimmt, dass die Hisbollah damit zufrieden ist? Zweitens könnten auch die absolute Nutzlosigkeit, Harmlosigkeit und Sinnlosigkeit des Einsatzes der dort kreuzenden und dahindümpelnden Fregatten zu der Aussage geführt haben, dass sie nicht schaden und deshalb bleiben können. Vielleicht ist das der Hintergrund.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich komme zum Kernproblem zurück, das schon angesprochen worden ist. Dieses betrifft nicht nur die Nordgrenzen Israels, also die Golanhöhen bzw. Syrien, sondern vor allem den **Palästinakonflikt**, bei dem es um die Errichtung eines separaten und lebensfähigen palästinensischen Staates geht. Sie werden jetzt einwenden, dass es Gespräche zwischen Abbas und Olmert geben wird

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Nicht nur wird! Es gibt sie!)

und dass dazu demnächst eine internationale Konferenz in Washington stattfinden wird. Eine solche Konferenz haben auch wir immer gefordert. Doch was sind Gespräche wert, bei denen kaum die Hälfte des palästinensi-

- schon Volkes repräsentiert wird? Was ist von einer Konferenz zu erwarten, von der Staaten wie Syrien und der Iran und natürlich die Hamas ausgeschlossen werden sollen? (C)

Historisch gesehen sind jede Verhandlung und jede Konferenz, auf der das palästinensische Volk nicht in seiner Gesamtheit und durch seine gewählten Vertreter repräsentiert worden ist, gescheitert. Das wird auch diesmal nicht anders sein. Meines Erachtens verbauen Sie mit dieser Politik nicht nur den Weg zu einem palästinensischen Staat, sondern provozieren geradezu eine humanitäre Katastrophe im Gazastreifen, die nichts anderes als immer mehr Gewalt und Terror hervorrufen kann.

Ich darf Sie daran erinnern, dass im jüngsten Bericht der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung die Boykottpolitik des Nahostquartetts ausdrücklich dafür verantwortlich gemacht worden ist, dass Armut und Elend in einem ungeheuren Ausmaß in Gaza und unter den Flüchtlingen grassieren. Dafür sind auch Sie verantwortlich.

Deshalb fordern wir zum Schluss: Holen Sie diese überflüssigen Schiffe zurück und werden Sie endlich politisch aktiv für den Frieden im Nahen Osten!

(Beifall bei der LINKEN)

Konkret heißt das: Beenden Sie den Boykott und die Blockade einer gewählten Regierung und verhindern Sie die Eskalation von Armut, Elend und Gewalt in Gaza!

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN) (D)

Sorgen Sie dafür, dass alle Kräfte und alle Staaten dieser Region an den kommenden Gesprächen und Verhandlungen beteiligt werden!

Nur eine solche Politik wird die Chance für Frieden im Nahen Osten eröffnen. Dann werden wir Sie unterstützen – aber bei Anträgen wie den vorliegenden nicht.

Danke sehr.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Manfred Grund [CDU/CSU]: Könnt ihr nicht ein paar Friedenstauben hinschicken?)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Jürgen Trittin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eines kann man nicht machen: Man kann sich nicht zur UN-geleiteten multilateralen Außenpolitik bekennen und dann in jedem praktischen Fall sagen: War nicht so gemeint – das ist einseitig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Jürgen Trittin

- (A) Man kann auch nicht so tun, als wenn ein UN-Mandat wie das UNIFIL-Mandat aufgeteilt werden könnte nach dem Motto: „Uns interessiert nur der Seeinsatz, und den kritisieren wir“, und nicht merken, dass man dabei den UNIFIL-Einsatz als solchen infrage stellt.

Ich sage an dieser Stelle: Dieser Einsatz war ein Erfolg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Er war ein Erfolg, weil er den Krieg beendet hat. Wenn ich an diesem Einsatz etwas zu kritisieren habe, dann, dass dieses Mandat nicht nach drei Tagen Krieg, sondern erst nach drei Wochen Krieg in Kraft getreten ist; aber das ist zurzeit mein einziger Kritikpunkt an diesem Einsatz. Alles andere ist erst einmal gelungen: Der Krieg ist beendet. Die Seeblockade ist aufgehoben. Zum ersten Mal seit über 20 Jahren führen nicht mehr Milizen vom Süden des Libanon aus Krieg gegen Israel, zum ersten Mal seit 20 Jahren steht dort eine reguläre libanesisch-Armee.

Deswegen sage ich: Dieser Einsatz ist ein Erfolg. Ist es kein Erfolg, wenn wir heute erfahren, dass der Großteil der dort verschossenen Streumunition viel schneller als ursprünglich geplant geräumt wird? All dies ist UNIFIL. Bei allen Problemen – die Geiselnahme ist nicht beendet, der Gefangenenaustausch nicht geklärt; ich erinnere an die von Frau Homburger zu Recht angesprochenen Überflüge, zu denen sich die Bundesregierung, wie ich finde, viel zu leise verhält – muss man unter dem Strich festhalten: Gemessen an dem Mandat, das der Sicherheitsrat erteilt hat, ist UNIFIL ein Erfolg.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das sollte doch zu denken geben!

Natürlich stimmt es, dass die Milizen wieder aufgerüstet haben – übrigens nicht nur die Hisbollah. Aber ist das ein Argument, die seeseitige Absicherung aufzugeben? Ist das nicht vielmehr ein Argument, die Bundesregierung dafür zu kritisieren, dass die Durchführung dieses hochgelobten Grenzprojektes, Herr Bundesaußenminister, leider monatelange Verspätung hat, weil Sie sich innerhalb der Regierung – zwischen dem Innen- und dem Finanzministerium – nicht einigen konnten? Ist das nicht eher Anlass dafür, an dieser Stelle Druck auf die Bundesregierung auszuüben, anstatt sich vor der Zustimmung zur seeseitigen Absicherung zu drücken, wie Sie von der FDP es tun?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Herr Westerwelle, Sie haben in der letzten Debatte über diesen Einsatz die Befürchtung geäußert, dass insbesondere die Gefahr einer Konfrontation zwischen deutschen Soldaten und Israelis bestehe. Jetzt, ein Jahr später, hätten Sie eigentlich die Traute, die Kraft haben müssen, einzuräumen, dass Ihre Befürchtungen nicht eingetreten sind,

- (Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ich habe recht behalten!) (C)

dass Sie sich damals geirrt haben, und Ihr Verhalten zu ändern. Das wäre politische Führung und Politikfähigkeit gewesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Am kommenden Samstag demonstriert die Linke unter dem Motto – das sie als links versteht –: „Bundeswehr raus aus Afghanistan“,

(Beifall bei der LINKEN)

einer sehr falschen Parole. Aber sind Sie von der FDP denn besser mit Ihrer Forderung, dem UNIFIL-Mandat nicht zuzustimmen und die Bundeswehr von der libanesischen Küste abzuziehen? Ich finde, nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

An dieser Stelle sind Sie und die Linke genauso wenig politikfähig.

Ich sage das auch, weil ich von der Bundesregierung eines nach wie vor erwarte: Diese förmlich katatonische Lähmung, die die Bundesregierung nach der Verabschiedung des UNIFIL-Mandats überkommen hat, muss überwunden werden. Es kann doch nicht sein, dass Sie alle Aktivitäten, die Sie bisher unternommen haben – zum Beispiel in der Auseinandersetzung um die Gebietsansprüche und in der Frage, wie die innerlibanesisch-Verfassungskrise überwunden werden kann –, einfach an das Nahostquartett delegieren.

- (D)

Die libanesisch-Regierung ist eine gewählte Regierung. Herr Siniora genießt unser aller Respekt auch für seinen persönlichen Mut. Wir müssen aber an dieser Stelle auch die Kraft haben, klarzumachen, dass der Verfassungskonsens des Libanon darauf beruht, dass alle Volksgruppen an der Gestaltung des Landes zu beteiligen sind. Dabei erwarte ich von Ihnen – das hätte ich auch von der EU-Präsidentschaft erwartet – energische Initiativen, um die bestehende **Verfassungsblockade** zu durchbrechen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist, dass das Ziel der Entwaffnung aller Milizen im Libanon und die Herstellung des politischen Gewaltmonopols tatsächlich durchgesetzt werden können. Stattdessen haben Sie sich auf eine mehr oder weniger einseitige Parteinarbeit konzentriert.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Trittin, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das Militär kann dieses Problem nicht lösen. Wenn Sie sich von UNIFIL verabschieden, dann werden Sie keine Sicherheitskonferenz wie die KSZE und keine politische Lösung zustande bringen; vielmehr riskieren Sie einen Rückfall in ein erhebliches Sicherheitspro-

Jürgen Trittin

- (A) blem. Umgekehrt gilt, dass UNIFIL nur dann ein Erfolg werden wird, wenn die Bundesregierung ihre Zurückhaltung in der Frage, das Ganze in einem politischen Prozess zu begleiten, endlich überwindet.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Bevor ich dem Kollegen Niels Annen für die SPD-Fraktion das Wort gebe, bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür zu sorgen, dass wir auch die letzten beiden Beiträge in dieser Debatte hören und abwägen können, und Gespräche, die dringend geführt werden müssen, vielleicht nach draußen zu verlegen.

Der Kollege Niels Annen hat das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Niels Annen (SPD):

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es lohnt sich, sich noch einmal die Bilder vor Augen zu führen, die zur Zeit der Entscheidung über das UNIFIL-Mandat die Öffentlichkeit bewegt haben. Der Krieg zwischen Israel und der Hisbollah-Miliz hat ungefähr 2 000 Tote gefordert. Wer wie ich vor Ort war und sich dort umgesehen hat, erinnert sich nicht nur an die geradezu menschenleeren Städte im Norden Israels, sondern auch an die zerschossenen Vorstädte in Beirut und das unendliche Leid, das den Menschen damit zugefügt worden ist. Ich sage ganz offen: Angesichts einer solchen historischen Entscheidung – der Minister hat das richtig gesagt – waren die Bedenken, kritischen Fragen und auch die streitigen Diskussionen in diesem Hause absolut berechtigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus meiner Sicht ist es auch in Ordnung – auch wenn ich diese Position nicht teile –, festzustellen, dass sich die Erwartungen, die mit unserem Engagement verbunden gewesen sind, vielleicht nicht hundertprozentig erfüllt haben. Das mag sein, aber zu dem Privileg einer **Parlamentsarmee**, das es sonst innerhalb Europas nur noch in den Niederlanden gibt, gehört auch, dass es mit Leben erfüllt wird. Wenn sich ein Parlament das zur Aufgabe macht, dann gehört dazu auch, eine ehrliche Bilanz zu ziehen.

In den internationalen Nachrichten finden wir heute keine Bilder mehr von kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hisbollah-Miliz im Libanon.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sehen keine Flüchtlingstrecks, zerstörten Vorstädte und Menschen mehr, die sich im Norden Israels in die

- Bunker flüchten. Das hat auch etwas mit unserem Engagement zu tun. Ich finde, dass es der Opposition gut zu Gesicht stehen würde, das in aller Klarheit und Konsequenz einzugestehen. (C)

Ich habe die Anträge gelesen. Für meine sozialdemokratische Fraktion ist es ein Grundprinzip der Außenpolitik, militärische Mittel nur als allerletzte Möglichkeit einzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist eine Selbstverständlichkeit. Der Außenminister steht dafür. Er hat sich in den vergangenen Monaten intensiv dafür eingesetzt, dass diese militärischen Mittel immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebunden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zu dem vorliegenden Entschließungsantrag der FDP kann ich nur sagen – ich habe für meine Partei häufiger in Antragskommissionen zur Vorbereitung von Bundesparteitagungen gesessen –: Wir haben auf solche Anträge immer nur draufgeschrieben: erledigt durch Regierungshandeln. Ich glaube, das trifft es auch hier ganz gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- Die große Mehrheit in der libanesischen und der israelischen Öffentlichkeit ist der Meinung, dass der Einsatz im Rahmen von UNIFIL – auch der maritime – ein Erfolg ist. Gerade weil wir uns als Parlament mit kritischen Fragen auseinandersetzen müssen, was den Einsatz von Bundeswehr und deutschen Soldaten insgesamt angeht, müssen wir für unsere Entscheidungen werben. Wir tragen auch Verantwortung dafür. In diesem konkreten Fall können wir darauf hinweisen, dass nicht nur die Regierungen, sondern auch die oppositionellen Kräfte in beiden Ländern der Meinung sind, dass es richtig war, sich für diesen Waffenstillstand einzusetzen, und dass man dafür auch etwas tun muss. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deutschland hat einen erheblichen Beitrag geleistet; das wurde bereits gesagt. Der Waffenschmuggel über den Seeweg konnte effektiv verhindert werden. Über 9 000 Schiffe wurden kontrolliert und erfasst. Ich glaube, das ist eine Erwähnung wert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist aber auch richtig, dass wir einen langen Atem brauchen, gerade wenn es darum geht, in dieser schwierigen Konfliktsituation stabilisierend zu wirken. Ich finde, Herr Kollege Paech, es ist ein wenig an den Haaren herbeigezogen, wenn Sie im direkten Zusammenhang mit dem UNIFIL-Einsatz der deutschen Marine darauf hinweisen, unsere Politik führe dazu, dass ein lebensfähiger palästinensischer Staat nicht durchgesetzt werden könne. Sie sollten die Kirche im Dorf lassen. Die Hisbollah-Miliz und die Hisbollah-Bewegung, die Parlamentarier in das libanesisches Parlament entsandt hat, haben sich nicht gegen diesen Einsatz gewehrt, sondern akzeptiert, dass es im Interesse der libanesischen Bevölkerung liegt, zu einer Stabilisierung zu kommen. Ich finde, Sie sollten das zur Kenntnis nehmen.

Niels Annen

- (A) Das Stichwort „Hisbollah“ ist genannt worden. Die **innenpolitische Situation im Libanon** ist extrem instabil. Das Land steht kurz vor Präsidentschaftswahlen. Jeder, der sich mit der dortigen Lage auseinandergesetzt hat, weiß, dass das innenpolitische Machtgefüge extrem kompliziert ist. Ich glaube, dass es richtig ist, wenn die Europäische Union und Deutschland als ein Land, das nun Verantwortung übernommen hat, offen aussprechen, dass wir nicht zu einer dauerhaften Stabilisierung kommen werden, wenn wir nicht einen Prozess unterstützen, der dafür sorgt, dass die schiitische Bevölkerungsgruppe im Libanon eine akzeptable Repräsentanz in diesem Staatswesen erhält, und dass man darüber auch mit den gewählten Vertreterinnen und Vertretern wird reden müssen, also auch mit der Hisbollah, selbst wenn es nicht leichtfällt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen alle Akteure einbeziehen. Ich sage das auch deswegen, weil in diesem Hause Kritik daran geübt wurde, dass es in den letzten Monaten Kontakte zur syrischen Regierung gegeben hat. Ich unterstütze mit Nachdruck den jüngsten Syrien-Besuch der Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen den in der Tat viel zu schwachen Reformkräften in der syrischen Gesellschaft eine Alternative bieten und einen Weg aufzeigen. Eine Ausgrenzung treibt **Syrien** – das zeigt sich in vielen unterschiedlichen Bereichen – lediglich in eine zunehmend engere Allianz mit dem Iran. Das kann nicht in unserem Interesse liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt in der Tat wenig Grund, daran zu zweifeln, dass eine Wiederbewaffnung der Hisbollah und der anderen Milizen über den Landweg – der Kollege Trittin hat das bereits erwähnt – zumindest mit Duldung Syriens geschieht. Das ist ein inakzeptabler Verstoß gegen die UN-Resolution 1701. Deswegen glaube ich, dass wir den Druck auf die Hisbollah und die anderen Milizen aufrechterhalten müssen. Wir müssen die Forderung nach Entwaffnung in den Mittelpunkt rücken und sowohl die politischen als auch die praktischen Bemühungen um eine Absicherung der dortigen Grenze politisch unterstützen. Aber es sagt sich so leicht: Diese Grenze muss abgesichert werden. – Denn, wie wir alle wissen, gibt es noch nicht einmal eine Markierung dieser internationalen Grenze. Deswegen unterstütze ich die politischen Bemühungen des Bundesaußenministers, mit den regionalen Akteuren ins Gespräch zu kommen; denn wir wissen, dass es ohne sie nicht gehen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unter dem Strich ist zu unserem Engagement zu sagen: Die seeseitige Absicherung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die israelische Seeblockade aufgehoben worden ist. Die seeseitige Absicherung durch die deutsche Marine hat damit maßgeblich dazu beigetragen, dass ein stabiler, bis heute wirksamer Waffenstill-

stand durchgesetzt worden ist und damit das Töten und der Krieg zumindest bis heute beendet werden konnten. (C)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist ein Argument, das für sich selbst sprechen sollte. Deswegen wird meine Fraktion den Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung dieses Mandates unterstützen, und auch ich bitte um Ihre Zustimmung.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Eckart von Klaeden für die Unionsfraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Meine Fraktion wird für die Verlängerung des Mandates für UNIFIL stimmen. Die wesentlichen Argumente sind hier schon genannt worden, sodass ich sie nicht wiederholen muss. Ich will aber darauf hinweisen, dass meiner Ansicht nach die Argumentation der FDP zu einem Zirkelschluss führt; denn selbstverständlich ist es möglich, die Gründe, die einen militärischen Einsatz erforderlich machen, aufzuführen und sie gleichzeitig gegen den Einsatz zu wenden.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Genau so ist das!) (D)

Die Analyse, die von Ihnen, Frau Kollegin Homburger, vorgetragen worden ist, ist im Wesentlichen richtig: Die Lage ist fragil. Es sind eine ganze Reihe von politischen Fragen, die Libanon und Syrien bzw. Libanon und Israel betreffen, bisher ungeklärt. Aber das ist gerade kein Grund, sich zurückzuziehen, sondern das ist ein Grund, dort zu bleiben, um in dieser fragilen Situation weiter ein Mindestmaß an Stabilität aufrechtzuerhalten, damit überhaupt eine politische Lösung möglich werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Margareta Wolf [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn die Verhältnisse so stabil wären, dass man nach Ihren Kriterien die Bundeswehr hinschicken könnte, dann können die Schiffe auch gleich in den Häfen bleiben. Dann ist nämlich der Einsatz der Bundeswehr gerade nicht notwendig.

Natürlich kann es sein, dass eine Lage so schwierig ist, so gefährlich ist und so wenig lösbar erscheint, dass es unverantwortlich wäre, Soldaten hinzuschicken. Aber von einer solchen Situation kann doch vor der Küste des Libanon jetzt nicht ernsthaft die Rede sein. Wenn man sich tatsächlich die Frage stellt, welche Abwägung vorzunehmen ist, dann, so meine ich, gibt es zwei Aspekte, die zu berücksichtigen sind, gerade wenn es um die Verlängerung eines Mandats geht. Erste Frage: Ist das, was mit dem Mandat beabsichtigt war, jedenfalls zunächst

Eckart von Klaeden

- (A) erfüllt? Das ist hier eindeutig der Fall. Es ist nicht weiter zu bewaffneten Einsätzen gekommen, und die Wahrscheinlichkeit des Aufflammens von Auseinandersetzungen zwischen Hisbollah und Israel hat sich reduziert. Die zweite Frage, die man sich stellen muss, ist: Was geschieht, wenn sich die anderen so verhalten, wie wir es empfehlen? Für eine Ablehnung einzutreten, weil die weitere Beteiligung anderer gesichert ist, ist doch keine verantwortungsvolle Position.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deswegen müssen wir als ein Land, das sich der Durchsetzung des **Völkerrechts** verpflichtet hat, auch bereit sein, unseren Beitrag zu leisten, wenn wir dazu in der Lage sind. Denn das Dilemma des Völkerrechts, der internationalen Gemeinschaft ist nun einmal, dass es kein Gewaltmonopol gibt, sondern dass sich immer wieder die Länder, die bereit sind, das Völkerrecht zu akzeptieren, zusammenfinden müssen, um es gegebenenfalls gegen diejenigen durchzusetzen, die nicht bereit sind, ihm zu folgen.

Die Argumentation der PDS oder der Linkspartei – oder wie immer sie sich gerade nennt – schlägt dem Fass wirklich den Boden aus. Zunächst einmal, Herr Kollege Paech, ist es wirklich nicht der erste Einsatz der Marine im Mittelmeer. Wenn Sie sich erinnern mögen: Die erste verfassungsgerichtliche Auseinandersetzung drehte sich um einen Einsatz der Marine im Mittelmeer, als nämlich die Küste des ehemaligen Jugoslawien von einer Fregatte beobachtet werden sollte. Auch die Operation „Active Endeavour“ findet seit vielen Jahren im Mittelmeer statt. Diese Argumentation ist wirklich hanebüchen und zeigt, wie sehr Ihre Maßstäbe verrückt sind. Dass Sie Waffenlieferungen an den paramilitärischen Arm der Hisbollah, den man mit guten Gründen als terroristisch bezeichnen kann, auf eine Stufe mit Waffenlieferungen an ein Land wie Israel stellen, das ist geradezu verrückt.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es zeigt sich wieder, dass die PDS hier eine im Grunde völkerrechtsfeindliche Fraktion stellt.

(Beifall des Abg. Dr. Karl A. Lamers [Heidelberg] [CDU/CSU] – Widerspruch bei Abgeordneten der LINKEN – Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Dümmer geht's nimmer!)

Immer wenn es um die Durchsetzung des Völkerrechts geht, sind Sie nicht dabei. Sie behaupten jedes Mal, wenn die völkerrechtliche Grundlage eindeutig ist, dass sie nicht vorliegt. Das gilt für den Afghanistan-Einsatz, das gilt für das OEF-Mandat, und das gilt für das ISAF-Mandat. Selbst wenn Ihnen hier nichts einfällt, suchen Sie nach hanebüchenen Begründungen, um sich nicht zu beteiligen.

Ich warte auf den Fall, dass Sie einmal – wenigstens theoretisch – bereit sind, zu skizzieren, wann Sie in der Lage sind, die internationalen Bestimmungen, die Ver-

einbarungen, die im Rahmen der Vereinten Nationen getroffen wurden, zu unterstützen. Solange das nicht der Fall ist und solange Sie sich immer wieder gegen klare völkerrechtliche Regeln wenden, werden wir darauf hinweisen, dass mit Ihnen hier kein Staat zu machen ist. (C)

Wir stimmen dem Antrag der Bundesregierung zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 16/6330 zu dem Antrag der Bundesregierung zur *Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der „United Nations Interim Force in Lebanon“*. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 16/6278 anzunehmen. Es ist namentliche Abstimmung verlangt. Aus diesem Grund bitte ich Sie, sorgfältig darauf zu achten, dass die Stimmkarten, die Sie verwenden, tatsächlich Ihren Namen tragen. Ich bitte außerdem die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Dies ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgeben konnte?

Ich wiederhole meine Frage: Gibt es noch Mitglieder des Hauses, die ihre Stimme nicht abgeben konnten? – Das ist nicht der Fall. (D)

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Entschließungsanträge. Damit wir die Abstimmung durchführen und das Ergebnis zweifelsfrei feststellen können, bitte ich die Kolleginnen und Kollegen, die an den weiteren Beratungen teilnehmen wollen, ihre Plätze einzunehmen, und die anderen Kolleginnen und Kollegen, die unaufschiebbare Dinge zu erledigen haben, dies außerhalb des Plenarsaals zu tun.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/6331. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Die Gegenprobe! – Die Enthaltungen! – Der Entschließungsantrag ist gegen die Stimmen der Antragsteller bei Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/6332. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag gegen die Stimmen der Antragsteller mit den Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses abgelehnt.

¹⁾ siehe Seite 11570 C

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) Wir setzen die Haushaltsberatungen fort und kommen nun zum Geschäftsbereich des **Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Einzelplan 23**.

Das Wort hat die Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

– Frau Ministerin, einen kleinen Moment bitte. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen, die unaufschiebbare Dinge zu erledigen haben, bitten, das außerhalb des Saales zu tun und uns die Möglichkeit zu geben, den Beratungen wieder zu folgen. – Das ist geschehen.

Sie haben das Wort, Frau Ministerin.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute hat die indonesische Insel Sumatra wieder Erschütterungen und Erdbeben erleben müssen, die hohe Werte auf der Richterskala erreicht haben. Wir wissen noch nichts über die einzelnen Schäden, aber wir wissen, dass viele Gebäude geräumt werden mussten. Unser Mitgefühl gilt den betroffenen Menschen in dieser Region, die beim Tsunami schon so viel erleiden mussten. Diese Menschen sollen wissen, dass sie sich auf unsere Solidarität in der Not verlassen können.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Das wollte ich zu Beginn gerne sagen.

Wir haben die heutigen Debatten zum Haushalt immer unter dem Gesichtspunkt geführt, welche globalen Umbrüche unsere Welt erlebt. Wir sehen das am Beispiel des Klimawandels. Wir sehen es an den tektonischen Veränderungen in der Weltwirtschaft; Stichwort: Indien und China. Wir sehen, dass es wirklich eine multipolare Welt mit entsprechenden Auswirkungen geben wird. Wir sehen es an der Globalisierung der Finanzmärkte und deren Auswirkungen, und wir sehen es auch an den neuen Entwicklungen in Afrika.

Demgemäß hat sich die Entwicklungszusammenarbeit auf veränderte Verhältnisse einzustellen, und dies hat sie auch getan. **Entwicklungszusammenarbeit** bedeutet heute nicht nur Nothilfe und Armutsbekämpfung, sondern Unterstützung von sozialen Reformprozessen und Technologietransfer zur Rettung des Klimas. Entwicklungszusammenarbeit steht für den Beitrag zu einer gerechteren globalen Rahmenordnung in der Weltwirtschaft, den die Kanzlerin heute angemahnt hat. Sie steht für verantwortliche Regierungsführung, Krisenprävention sowie Förderung von Demokratie und Menschenrechten.

Deshalb ist die Entwicklungszusammenarbeit mit völlig neuen Herausforderungen konfrontiert, und deshalb hat sie zu Recht in diesem Haushalt auch mehr zusätzliche Mittel erhalten. Entsprechend steigt der Umfang des Einzelplans 23 um fast 700 Millionen Euro.

Das ist in der Geschichte unseres Ministeriums dessen (C)
höchster Zuwachs.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Er ist natürlich für unsere Entwicklungszusammenarbeit wichtig; aber vor allen Dingen ist dies ein Beitrag zur Glaubwürdigkeit und Verantwortung unseres Landes; denn das, was auf diesem Gebiet investiert wird, sind Investitionen in eine friedliche, in eine gerechte und ökologisch verantwortungsvolle Welt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit diesem Haushalt übernehmen wir Globalverantwortung. Wir leisten einen Beitrag zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele, damit endlich die weltweite Armut bekämpft wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in unserem Lande umgedacht. Aber in globaler Hinsicht weist uns zum Beispiel das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI darauf hin, dass nur 20 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung weltweit heute ausreichen, um alle Millenniumsentwicklungsziele zu verwirklichen, dass aber weltweit heute schon wieder 187 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung für Rüstung ausgegeben werden. Das macht deutlich: Wir müssen weltweit – so, wie wir es auch mit unserem Etat tun – Schwerpunkte setzen, um der Agitationsbasis für Terrorismus und der Armut den Boden zu entziehen. Das machen wir mit unserem Haushalt sehr deutlich.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in dieser veränderten Welt auch die Verantwortung, die Menschen und insbesondere junge Menschen auf Umbrüche vorzubereiten. Deshalb freue ich mich, dass es uns gelungen ist, unseren entwicklungspolitischen Freiwilligendienst in diesem Haushalt zu verankern und damit die Chance zu bieten, dass junge Menschen unabhängig von finanziellen Mitteln und dem Geldbeutel ihrer Eltern die Chance haben, bis zu zwei Jahre lang einen **entwicklungspolitischen Freiwilligendienst** in Entwicklungsländern zu leisten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist eine wunderbare Aufgabe für diese Jugendlichen, die sehr große Zustimmung findet. Die Nachfrage ist überwältigend. Wir wollen diesen Dienst so ausweiten, dass er mittelfristig mit einem Finanzvolumen von 70 Millionen Euro bis zu 10 000 Einsatzplätze pro Jahr möglich macht. Im Rahmen des Freiwilligenprogramms „Weltwärts“ ist eine Gemeinschaftsinitiative mit über 200 Nichtregierungsorganisationen, aber auch mit Kommunen und privaten Trägern vorgesehen. Wir gestalten keinen staatlichen Dienst, sondern eine Gemeinschaftsinitiative. Ich danke allen, die sich auf diese Art und Weise in sie einbringen und eingebracht haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul

- (A) Wer sich als Jugendlicher an einem solchen Dienst beteiligt, der wird niemals zum Rassisten. Auch deshalb ist es so wichtig, dass wir diese Arbeit engagiert unterstützen. Ich bedanke mich bei allen, die dies in den jetzigen Haushaltsberatungen tun.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben aber auch andere Schlussfolgerungen gezogen, nämlich bei G 8 in Richtung auf den **Heiligendamm-Prozess**, wobei zum Beispiel Länder wie Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika in die globale Verantwortung einbezogen worden sind, um deutlich zu machen: Die G 8 sind sich nicht selbst genug.

Ich will an der Stelle ausdrücklich noch einmal auf unsere Entwicklungszusammenarbeit mit **China** eingehen. Heute Morgen hat ja auch Herr Westerwelle diese wieder einmal angesprochen. Nicht ohne Grund hat der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Jürgen Thumann, der, wie ich glaube, nicht prinzipiell mit der Sozialdemokratie in Verbindung gebracht werden kann, unsere Entwicklungszusammenarbeit mit China im *Handelsblatt* mit großem Lob versehen. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit leistet dabei einen wichtigen Beitrag. Erstens wird China beim Umwelt- und Klimaschutz unterstützt durch Umweltpolitikberatung, Verbesserung der Energieeffizienz oder der nachhaltigen Forstwirtschaft. Zweitens leistet die Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Beitrag bei der Stärkung marktwirtschaftlicher Elemente in China, etwa beim Ausbau des Rechtssystems und beim Schutz geistigen Eigentums. Drittens trägt der entwicklungspolitische Dialog dazu bei, China stärker in die globale Verantwortung einzubinden, auch im Hinblick auf das Engagement Chinas auf den Rohstoffmärkten Afrikas.

(B)

Ich freue mich über diese mit Lob verbundene Einschätzung des BDI-Präsidenten und würde mir ein ähnlich unparteiisches Lob auch von anderen in diesem Hause, die stattdessen versuchen, parteipolitische Taktik zu machen, wünschen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Walter Kolbow [SPD]: Der Mann hat recht! Genau! – Dr. Karl Addicks [FDP]: Das ist keine parteipolitische Taktik, sondern eine Frage der Vernunft!)

Der zweite Punkt in Verbindung mit der Verantwortung der G 8 betrifft **Afrika**. Wir haben bei den G-8-Treffen einen besonderen Schwerpunkt gesetzt, der sich auch in den Beschlüssen niederschlägt:

So stehen wir, wie es auch heute Morgen die Kanzlerin gesagt hat, zu den Verpflichtungen des Gipfels von Gleneagles, der in Heiligendamm bestätigt worden ist, nämlich dazu beizutragen, dass bis zum Jahr 2010 die Mittel für Afrika vonseiten der G 8 verdoppelt werden. Entsprechende Schritte in diese Richtung können wir mit dem vorliegenden Haushalt auch umsetzen.

- Wir tragen auch mit dazu bei, dass der ODA-Stufenplan Jahr für Jahr entschlossen umgesetzt wird. (C)

Gleichzeitig wollen wir Investitionen in Afrika stärken. Neben den finanziellen Mitteln, um die es aber nicht allein gehen darf, sind dazu notwendig Transparenz und Rechenschaftspflichten im öffentlichen Finanzwesen sowie Transparenz der Rohstoffmärkte gemäß der EITI-Initiative.

Darüber hinaus unterstützen wir die Verbesserung der regionalen Kooperation Afrikas und fördern den Zugang Afrikas zu erneuerbaren Energien sowie die effizientere Nutzung von Energie.

Ich fand es wichtig und gut, dass wir beim G-8-Gipfel die Chancen, die sich in Afrika bieten, deutlich gemacht haben. Ich will heute aber auch einen Punkt ansprechen, von dem ich weiß, dass er viele bei uns im Hause so wie mich bedrückt. So sage ich an dieser Stelle ausdrücklich: Wir müssen gemeinsam – die Europäische Union und auch die UN – Druck auf den kongolesischen Präsidenten Kabila ausüben,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

damit er endlich dazu beiträgt, die Gewalt und das Leid, das Frauen im Osten des **Kongo** durch Vergewaltigungen zugefügt wird, zu beenden. In der letzten Zeit ist es immer wieder deutlich geworden – man konnte es heute wieder lesen –, dass dort von allen beteiligten Militärgruppen Vergewaltigungen als ein Mittel im Krieg eingesetzt werden. Dabei handelt es sich nach dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, Art. 7 und 8, um Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Ich fordere daher die kongolesische Regierung auf, diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie anderen Kriegsverbrechen ein Ende zu machen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. (D)

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Wenn dies nicht endlich geschieht, so ist gemäß seinem Statut der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag verpflichtet, gegen die Verantwortlichen in den beteiligten Militärgruppen vorzugehen, so wie er es auch aufgrund der Geschehnisse in Darfur in den letzten Wochen und Monaten getan hat. Wir dürfen dabei nicht länger zusehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir halten unsere Versprechen und Zusagen. Bei dem G-8-Treffen haben die G 8 zugesagt, für die **Aidsbekämpfung**, insbesondere in Afrika, 60 Milliarden US-Dollar bis zum Jahr 2015 – die USA wollen das sogar schon früher erreichen – zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung hat zugesagt, bis zum Jahr 2015, wenn die Millenniumsziele erreicht sein sollen, 4 Milliarden Euro für die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose einzusetzen. Das soll auf zwei Wegen geschehen: Wir werden den hier in zwei Wochen tagenden Globalen Fonds finanziell unterstützen und die ent-

Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul

- (A) sprechenden Mittel aufstocken. Dabei hoffe ich auf die Unterstützung des Haushaltsausschusses. Außerdem wollen wir die bilateralen Mittel in diesem Bereich ausweiten; denn auch das ist eine Frage unserer eigenen Glaubwürdigkeit. Die Tagung des Globalen Fonds ist der erste Test für die G 8, ob sie zu ihren Versprechen stehen. Dass wir das tun, können wir mit diesem Haushalt belegen. Dort sind die größten Einzelsteigerungen bei den Mitteln für die Aidsbekämpfung und für die Zusammenarbeit mit Afrika vorgesehen. Dafür bin ich besonders dankbar; denn das sind wichtige Aufgaben für uns.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Entwicklungspolitik hat durch die globalen Aufgaben ganz neue Zuständigkeiten bekommen. Das zeigt sich auch in diesem Haushalt. Damit bringen wir unsere **europäische Verantwortung** zum Ausdruck. Ich finde, angesichts der tektonischen Ereignisse, die ich zu Anfang angesprochen habe, ist der Beitrag Europas wichtig. Er verbindet wirtschaftlichen Erfolg mit den Werten, für die wir stehen, und mit einer gerechteren Gestaltung der Globalisierung. In diesem Sinne haben wir viele Aufgaben. Ich bin überzeugt, dass die Kraft des Dialogs und der guten

- Beispiele auch in Regionen wirkt, die heute noch nicht zu den Demokratien zählen oder erst auf dem Weg dahin sind. (C)

Ich hoffe auf Ihre Unterstützung und bedanke mich für diese. Lassen Sie uns gemeinsam diese Werte zum Ausdruck bringen und sie umsetzen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich dem Kollegen Dr. Addicks das Wort gebe, komme ich zurück zum Tagesordnungspunkt 3 und gebe Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der United Nations Interim Force in Lebanon bekannt – es handelte sich um die Drucksachen 16/6278 und 16/6330 –: Abgegebene Stimmen 571. Mit Ja haben 441 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein haben 126 gestimmt, und es gab 4 Enthaltungen. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.

Endgültiges Ergebnis		
(B) Abgegebene Stimmen:	571;	Monika Brünig
davon		Georg Brunnhuber
ja:	441	Cajus Caesar
nein:	126	Gitta Connemann
enthalten:	4	Leo Dautzenberg
		Hubert Deittert
		Alexander Dobrindt
		Thomas Dörflinger
		Marie-Luise Dött
		Maria Eichhorn
Ja		Dr. Stephan Eisel
CDU/CSU		Anke Eymer (Lübeck)
Ulrich Adam		Georg Fahrenschohn
Ilse Aigner		Ilse Falk
Peter Albach		Dr. Hans Georg Faust
Peter Altmaier		Enak Ferlemann
Dorothee Bär		Ingrid Fischbach
Thomas Bareiß		Hartwig Fischer (Göttingen)
Norbert Barthle		Dirk Fischer (Hamburg)
Günter Baumann		Axel E. Fischer (Karlsruhe-
Ernst-Reinhard Beck		Land)
(Reutlingen)		Dr. Maria Flachsbarth
Veronika Bellmann		Klaus-Peter Flosbach
Dr. Christoph Bergner		Herbert Frankenhauser
Otto Bernhardt		Dr. Hans-Peter Friedrich
Clemens Binninger		(Hof)
Peter Bleser		Erich G. Fritz
Antje Blumenthal		Jochen-Konrad Fromme
Dr. Maria Böhmer		Dr. Michael Fuchs
Jochen Borchert		Hans-Joachim Fuchtel
Wolfgang Börnsen		Dr. Peter Gauweiler
(Bönstrup)		Dr. Jürgen Gehb
Wolfgang Bosbach		Norbert Geis
Klaus Brähmig		Eberhard Gienger
Helmut Brandt		Michael Glos
Dr. Ralf Brauksiepe		Ralf Göbel

Josef Göppel	Volker Kauder	
Peter Götz	Eckart von Klaeden	
Dr. Wolfgang Götzer	Jürgen Klimke	(D)
Ute Granold	Julia Klöckner	
Hermann Gröhe	Jens Koeppen	
Michael Grosse-Brömer	Kristina Köhler (Wiesbaden)	
Markus Grübel	Manfred Kolbe	
Manfred Grund	Norbert Königshofen	
Monika Grütters	Dr. Rolf Koschorrek	
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu	Hartmut Koschyk	
Guttenberg	Thomas Kossendey	
Olav Gutting	Michael Kretschmer	
Gerda Hasselfeldt	Gunther Krichbaum	
Ursula Heinen	Dr. Günter Krings	
Uda Carmen Freia Heller	Dr. Martina Krogmann	
Jürgen Herrmann	Johann-Henrich	
Bernd Heynemann	Krummacher	
Ernst Hinsken	Dr. Hermann Kues	
Peter Hintze	Dr. Karl A. Lamers	
Robert Hochbaum	(Heidelberg)	
Klaus Hofbauer	Andreas G. Lämmel	
Franz-Josef Holzenkamp	Katharina Landgraf	
Anette Hübinger	Dr. Max Lehmer	
Hubert Hüppe	Paul Lehrieder	
Susanne Jaffke	Ingbert Liebing	
Dr. Peter Jahr	Patricia Lips	
Dr. Hans-Heinrich Jordan	Dr. Michael Luther	
Dr. Franz Josef Jung	Stephan Mayer (Altötting)	
Andreas Jung (Konstanz)	Wolfgang Meckelburg	
Bartholomäus Kalb	Dr. Michael Meister	
Hans-Werner Kammer	Dr. Angela Merkel	
Steffen Kampeter	Friedrich Merz	
Alois Karl	Maria Michalk	
Bernhard Kaster	Philipp Mißfelder	
Siegfried Kauder (Villingen-	Dr. Eva Möllring	
Schwenningen)	Marlene Mortler	

Vizepräsidentin Petra Pau

- | | | | | | |
|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| (A) | Dr. Gerd Müller
Hildegard Müller
Carsten Müller
(Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Ruprecht Polenz
Daniela Raab
Thomas Rachel
Hans Raidel
Dr. Peter Ramsauer
Peter Rauen
Katherina Reiche (Potsdam)
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Kurt J. Rossmanith
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Albert Rupprecht (Weiden)
Peter Rzepka
Anita Schäfer (Saalstadt)
Hermann-Josef Scharf | Kai Wegner
Marcus Weinberg
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Willy Wimmer (Neuss)
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew | Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Monika Griefahn
Kerstin Griese
Gabriele Groneberg
Achim Großmann
Wolfgang Grotthaus
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Nina Hauer
Reinhold Hemker
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Petra Heß
Stephan Hilsberg
Gerd Höfer
Iris Hoffmann (Wismar)
Frank Hofmann (Volkach)
Eike Hovermann
Klaas Hübner
Christel Humme
Lothar Ibrügger
Brunhilde Irber
Johannes Jung (Karlsruhe)
Josip Juratovic
Johannes Kahrs
Ulrich Kasparick
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Christian Kleiminger
Hans-Ulrich Klose
Astrid Klug
Dr. Bärbel Kofler
Walter Kolbow
Fritz Rudolf Körper
Karin Kortmann
Rolf Kramer
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Angelika Krüger-Leißner
Jürgen Kucharczyk
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Dr. Uwe Küster
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Waltraud Lehn
Helga Lopez
Gabriele Lösekrug-Möller
Lothar Mark
Caren Marks
Markus Meckel
Petra Merkel (Berlin)
Ulrike Merten
Dr. Matthias Miersch
Ursula Mogg
Marko Mühlstein
Michael Müller (Düsseldorf)
Gesine Mulhaupt
Franz Müntefering | Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Thomas Oppermann
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Christoph Pries
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Steffen Reiche (Cottbus)
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Christel Riemann-
Hanewinkel
Walter Riestler
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Dr. Hermann Scheer
Marianne Schieder
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Renate Schmidt (Nürnberg)
Heinz Schmitt (Landau)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Reinhard Schultz
(Everswinkel)
Sven Schulz (Spandau)
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Dr. Margrit Spielmann
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt
Dieter Steinecke
Andreas Steppuhn
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Christoph Strässer
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Dr. Rainer Tabillion
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Jörn Thießen
Franz Thönnies
Simone Viola
Jörg Vogelsänger
Dr. Marlies Volkmer
Hedi Wegener
Andreas Weigel
Petra Weis
Gunter Weißerger
Gert Weisskirchen
(Wiesloch)
Dr. Rainer Wend | (C) |
| | SPD
Dr. Lale Akgün
Niels Annen
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Ernst Bahr (Neuruppin)
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Sören Bartol
Sabine Bätzing
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer
Klaus Uwe Benneter
Dr. Axel Berg
Ute Berg
Petra Bierwirth
Volker Blumentritt
Kurt Bodewig
Clemens Bollen
Gerd Bollmann
Dr. Gerhard Botz
Klaus Brandner
Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)
Edelgard Bulmahn
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Dr. Michael Bürsch
Christian Carstensen
Marion Caspers-Merk
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Karl Diller
Martin Dörmann
Dr. Carl-Christian Dressler
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Detlef Dzembitzki
Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Hans Eichel
Gernot Erler
Petra Ernstberger
Annette Faße
Gabriele Fograscher
Rainer Fornahl
Gabriele Frechen
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser | | | | |
| (B) | Dr. Wolfgang Schäuble
Hartmut Schauerte
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Georg Schirmbeck
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Andreas Schmidt (Mülheim)
Ingo Schmitt (Berlin)
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Wilhelm Josef Sebastian
Horst Seehofer
Kurt Segner
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Gero Storjohann
Andreas Storm
Max Straubinger
Michael Stübgen
Hans Peter Thul
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Uwe Vogel
Andrea Astrid Voßhoff
Gerhard Wächter
Marco Wanderwitz | | | (D) | |

Vizepräsidentin Petra Pau

- | | | | | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| (A) | <p>Lydia Westrich
Dr. Margrit Wetzel
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Engelbert Wistuba
Heidi Wright
Uta Zapf
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries</p> <p>FDP</p> <p>Hans-Michael Goldmann
Gudrun Kopp
Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger
Markus Löning
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)</p> <p>BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN</p> <p>Kerstin Andreae
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Grietje Bettin
Alexander Bonde
Ekin Deligöz
Dr. Thea Dückert
Dr. Uschi Eid
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt</p> | <p>Rainder Steenblock
Silke Stokar von Neuforn
Jürgen Trittin
Wolfgang Wieland
Josef Philip Winkler
Margareta Wolf (Frankfurt)</p> <p>Nein</p> <p>CDU/CSU</p> <p>Renate Blank</p> <p>SPD</p> <p>Gregor Amann
Klaus Barthel
Lothar Binding (Heidelberg)
Willi Brase
Dr. Peter Danckert
Renate Gradistanac
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Ernst Kranz
Dirk Manzewski
Hilde Mattheis
Detlef Müller (Chemnitz)
Maik Reichel
Sönke Rix
Ortwin Runde
Dr. Frank Schmidt
Rüdiger Veit
Dr. Wolfgang Wodarg
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)</p> <p>FDP</p> <p>Jens Ackermann
Dr. Karl Addicks
Christian Ahrendt
Daniel Bahr (Münster)
Uwe Barth
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan</p> | <p>Heinz-Peter Haustein
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Jürgen Koppelin
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Michael Link (Heilbronn)
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Niebel
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Dr. Konrad Schily
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Florian Toncar
Christoph Waitz
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Martin Zeil</p> <p>DIE LINKE</p> <p>Hüseyin-Kenan Aydin
Dr. Dietmar Bartsch
Karin Binder
Dr. Lothar Bisky
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Diana Golze
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Lutz Heilmann
Hans-Kurt Hill
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Dr. Hakki Keskin
Monika Knoche</p> | <p>Jan Korte
Katrin Kunert
Oskar Lafontaine
Michael Leutert
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsch
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Kersten Naumann
Wolfgang Nešković
Dr. Norman Paech
Petra Pau
Bodo Ramelow
Elke Reinke
Paul Schäfer (Köln)
Volker Schneider
(Saarbrücken)
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Dr. Petra Sitte
Frank Spieth
Dr. Kirsten Tackmann
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Jörn Wunderlich</p> <p>BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN</p> <p>Peter Hettlich
Dr. Anton Hofreiter
Sylvia Kotting-Uhl
Monika Lazar
Hans-Christian Ströbele</p> <p>Fraktionslose Abgeordnete</p> <p>Henry Nitzsche
Gert Winkelmeier</p> <p>Enthalten</p> <p>CDU/CSU</p> <p>Norbert Schindler</p> <p>SPD</p> <p>Ewald Schurer</p> <p>FDP</p> <p>Marina Schuster</p> <p>BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN</p> <p>Dr. Harald Terpe</p> | (C) |
| (B) | <p>Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Priska Hinz (Herborn)
Thilo Hoppe
Ute Koczy
Fritz Kuhn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Anna Lührmann
Nicole Maisch
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Omid Nouripour
Brigitte Pothmer
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Elisabeth Scharfenberg
Christine Scheel
Irmgard Schewe-Gerigk
Dr. Gerhard Schick</p> | <p>FDP</p> <p>Jens Ackermann
Dr. Karl Addicks
Christian Ahrendt
Daniel Bahr (Münster)
Uwe Barth
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan</p> | <p>Hüseyin-Kenan Aydin
Dr. Dietmar Bartsch
Karin Binder
Dr. Lothar Bisky
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Diana Golze
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Lutz Heilmann
Hans-Kurt Hill
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Dr. Hakki Keskin
Monika Knoche</p> | <p>Fraktionslose Abgeordnete</p> <p>Henry Nitzsche
Gert Winkelmeier</p> <p>Enthalten</p> <p>CDU/CSU</p> <p>Norbert Schindler</p> <p>SPD</p> <p>Ewald Schurer</p> <p>FDP</p> <p>Marina Schuster</p> <p>BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN</p> <p>Dr. Harald Terpe</p> | (D) |

Wir fahren in der Debatte fort. Das Wort hat der Kollege Dr. Karl Addicks für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Karl Addicks (FDP):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Für den Etat des BMZ im Haushalt 2008 sind in der Tat 700 Millionen Euro mehr vorgesehen. Das bedeutet eine Steigerung auf insgesamt 5,1 Milliarden Euro. Deutschland ist damit auf dem Weg, seine internationalen Zusagen einzuhalten. Das müssen wir begrüßen; das ist gut so.

Frau Ministerin, Sie haben auf dem G-8-Gipfel versprochen, **Gesundheit und Wirtschaft in Afrika** be-

Dr. Karl Addicks

- (A) sonders zu fördern. Zum Thema Gesundheit möchte ich nur sagen, dass der Unterausschuss, den wir geplant hatten einzuführen und der sich insbesondere mit Gesundheit in Entwicklungsländern beschäftigen sollte, leider abgelehnt wurde. Ihre Unterstützung habe ich da vermisst.

Für die Wirtschaftsförderung in Afrika sind in Ihrem Entwurf ganze 2 Millionen Euro mehr vorgesehen. Das halten wir für ein Armutszeugnis. Man fragt sich, warum das BMZ in seinem Namen das Attribut „wirtschaftlich“ führt; wir könnten es eigentlich streichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie haben offenbar noch immer nicht verstanden, dass Entwicklung zuallererst wirtschaftliche Entwicklung ist. Armutsbekämpfung ist gut, aber Armutsursachenbekämpfung ist besser.

(Beifall bei der FDP)

Die Ursache der Armut liegt nun einmal in der Unterentwicklung vor allem der Privatwirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent. Diesen Wirtschaftsbereich müssen wir voranbringen. Da gibt es gute Ansätze. Ich erwähne nur die Mikrofinanzierung. In diesem Bereich sollten wir viel mehr tun. Das ist sinnvoll eingesetztes Geld; da wird die Wirtschaft von unten nach oben entwickelt. Kleine Unternehmen können zur Entwicklung beitragen – wir haben das auf unseren Reisen gesehen –: hier eine Müllerei, dort eine Schreinerei, dort ein kleiner Marktstand. Mithilfe von Mikrofinanzmitteln fangen sie an, sich zu etablieren. Das sind die Leute, die die Wirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent voranbringen, die die Basis für eine positive Entwicklung schaffen.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Dr. Wolfgang Wodarg [SPD]: Das sind doch genau die, die wir unterstützen!)

Ganz anders verhält es sich leider mit der **Budgethilfe**. Hier wird das Geld in den Haushalt eines Landes gekippt, ohne Kontrollen und mit fragwürdiger Effizienz.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Parlamentarische Kontrolle!)

Wir haben schon öfter gesagt, dass wir Budgethilfe nicht prinzipiell ablehnen. Sie kann ein wirksames Instrument der Entwicklungszusammenarbeit sein, allerdings nur, wenn sie gezielt und vernünftig angewendet wird, und genau das vermissen wir leider.

Budgethilfe kann man nur mit handverlesenen, vertrauenswürdigen Partnern vereinbaren. Wir müssen immer wieder im Nachhinein feststellen, dass das Vertrauen, das wir in unsere Partnerregierungen gesetzt haben, nicht gerechtfertigt war. Nur ist das Geld dann leider weg. Wenn wir schon Budgethilfe leisten, müssen wir mehr als bisher darauf achten, dass das Geld korrekt verwendet wird; wir müssen das auch kontrollieren. Ich halte es da mit Herrn Lenin – gerade wenn es um Geld geht –: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

– Das ist ein Tribut an Sie. – Wir haben leider viel zu viele schlechte Erfahrungen gemacht. (C)

Gerade heute erreichen uns Mitteilungen aus **Kamerun**, dass der Gesundheitsminister und der Finanzminister zurückgetreten sind. Wo liegen unsere Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit mit Kamerun? In den Bereichen Gesundheit und Finanzen. Wann werden wir endlich lernen, dass wir mit solchen Regierungen keine Budgetzusammenarbeit aufnehmen können?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich nenne auch das Beispiel **Mosambik**. Die FRELIMO-Regierung hat offenbar noch nicht so ganz begriffen, was Demokratie ist; das haben sie noch nicht gelernt. Okay, nach Bürgerkrieg und langer Diktatur braucht das ein bisschen Zeit. Aber mit einer solchen Regierung die Budgetzusammenarbeit auszudehnen, ist nicht das richtige Zeichen; denn die Regierung missbraucht die Budgetmittel – das haben wir feststellen können –, um die eigene Partei voranzubringen. Wir haben den Herren in Mosambik sehr deutlich gesagt, dass uns der Umgang mit der dortigen Opposition überhaupt nicht gefällt. Wir können diesen Umgang nicht auch noch mit Budgethilfe honorieren. Ich frage Sie: Hat die Bundesregierung eigentlich jemals einem Land die Budgethilfe entzogen? Möglichkeiten dazu gäbe es; Frau Ministerin hat gerade selbst den Kongo angesprochen. Zumindest im Falle von Mosambik ist die Ausweitung das falsche Signal.

Frau Ministerin, Sie haben gerade die Good Governance angesprochen. Leider verkommt dieser Begriff immer mehr zu einem Schlagwort. Wir müssen Good Governance einfordern und überprüfen. Aber dort, wo es keine Good Governance gibt, ist die Budgethilfe fehl am Platz. (D)

(Beifall bei der FDP)

Ich habe hier die Bundesregierung gefragt, ob sie irgendwelche Fälle kenne, in denen Geld versickert ist. Darauf wurde mir geantwortet, davon sei der Bundesregierung nichts bekannt. Aber überall pfeifen es die Spatzen von den Dächern. Ich frage Sie: Wie trotzig muss man eigentlich sein, wenn man das nicht zur Kenntnis nehmen will? Wie unbelehrbar muss man sein, wenn man daraus keine Konsequenz ziehen will?

Schauen Sie einmal, was in **Südafrika** bei der Aidsbekämpfung passiert – Frau Ministerin, Sie haben dieses Beispiel erwähnt –: Die unsägliche Gesundheitsministerin ist dort immer noch im Amt, und wir trauen uns nicht, dazu ein deutliches Wort zu sagen.

Diese Frau, die im Nachbarland Botswana rechtskräftig verurteilt wurde, weil sie Patienteneigentum und Krankenhauseigentum gestohlen hat, verfügt mit über Entwicklungszusammenarbeitsgelder in Millionenhöhe. Es tut mir leid, aber das ist für mich keine EZ auf Augenhöhe, wie wir sie so oft einfordern.

(Beifall bei der FDP)

Zu einer EZ auf Augenhöhe gehört, dass wir dem Partner die Meinung richtig ins Gesicht sagen können.

Dr. Karl Addicks

- (A) Warum machen Sie das eigentlich nicht, Frau Ministerin? Das wären ganz neue Töne, die einige aufschrecken dürften. Stattdessen höre ich auf den Fluren des BMZ, die Entwicklungsländer müssten lernen, mit Geld umzugehen. Dazu bräuchten sie wie Kinder, die lernen müssen, mit dem Taschengeld umzugehen, eine Budgethilfe. Dafür haben wir überhaupt kein Verständnis; denn dafür ist das Geld von unseren Steuerzahlern doch etwas zu hart erarbeitet worden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss meiner Rede. Wenn Minister angeklagt werden, schauen wir ganz betroffen. Wenn sie entlassen werden, wegen Korruption gehen müssen, sagen wir uns: Da ist ja wohl etwas nicht in Ordnung. – Ich erinnere nur an die Tschad-Kamerun-Pipeline, zu der Frau Kollegin Koczy von den Grünen festgestellt hat, dass dort sehr viel versickert. Das alles sind Dinge, die wir nicht länger hinnehmen können. Dort muss unsere Blauäugigkeit aufhören. Bitte lassen Sie uns auch da in ganz klaren Tönen sprechen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Christian Ruck für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B)

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser sehr engagierten, aber für meine Begriffe etwas undifferenzierten Rede von Ihnen, Herr Addicks, möchte ich zunächst festhalten, dass das Jahr 2007 ein für die deutsche Entwicklungspolitik wichtiges und, wie sich abzeichnet, gutes Jahr werden wird. Die deutsche G-8- und EU-Präsidentschaft hat die strategische Bedeutung der Entwicklungspolitik für die friedliche und nachhaltige Entwicklung unserer Erde unterstrichen. Ich glaube, dass noch nie ein deutscher Bundeskanzler globale und entwicklungspolitische Themen so ins Zentrum eines G-8-Gipfels gerückt hat, wie es Frau Merkel getan hat, und dass entwicklungspolitische Themen überhaupt noch nie so in den Fokus der Weltöffentlichkeit gerückt wurden wie in Heiligendamm.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube aber auch, dass noch nie so große entwicklungspolitische Herausforderungen im Kampf um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, im Kampf gegen Hunger, Elend und Perspektivlosigkeit, im Kampf auch gegen eine zunehmend gefährliche Ungleichgewichtung in der Welt und im Kampf für mehr Sicherheit und gegen Terrorismus zu bewältigen waren.

Mit dem Haushaltsentwurf 2008 wird die schwarzrote Koalition den Entwicklungshaushalt nun zum dritten Mal in Folge signifikant anheben, und zwar um

15 Prozent gegenüber dem Entwurf vom letzten Jahr. Bei einem Gesamtwachstum des Haushalts von 4,7 Prozent ist das ein Erfolg für die Entwicklungspolitik. Nach Jahren der Stagnation ist der Haushaltsansatz seit 2005 nun insgesamt um ein Drittel angehoben worden. Das ist ein Erfolg für uns. Das ist auch ein Erfolg, zu dem ich Ihnen, Frau Bundesministerin, Ihrem Hause und Ihrer Führungscrow gratuliere.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Damit demonstriert die Große Koalition Entschlossenheit, einem Bekenntnis zum verantwortlichen Handeln in einer globalen Welt auch Taten folgen zu lassen. Ich möchte an die beeindruckenden Worte der Bundeskanzlerin von heute Vormittag erinnern, die sich noch einmal ganz klar und deutlich zu dieser Verantwortung bekannt hat und in diesem Zusammenhang auch das Stichwort Glaubwürdigkeit genannt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben international zugesagt, dass wir mehr für unseren Nachbarcontinent Afrika tun wollen. Darauf wird mein Kollege Hartwig Fischer noch eingehen. Wir haben zugesagt, dass wir mehr für die Bekämpfung von HIV/Aids, für den Klimaschutz und für die Erhaltung der Schöpfung tun wollen.

Die Entwicklungsländer sind gerade in Bezug auf den **Klimawandel** Opfer und Täter. Es muss hier gelingen, mit klugem Transfer von Know-how, aber auch mit kluger Reformberatung gerade in aufstrebenden Entwicklungsländern das Wirtschaftswachstum vom Ansteigen des Energiebedarfs zu entkoppeln.

(D)

In China – das wurde schon angesprochen – ist der Klimaschutz besonders wichtig. Dort ist es beispielsweise gelungen – das wird die meisten in diesem Hause freuen –, über eine Einspeiseverordnung, die sich an dem orientiert, was wir in Deutschland machen, einen großen Schritt bei der Beratung voranzukommen. Was die Technologie betrifft, ist es natürlich entscheidend, dass wir mit unserer Kohlekraftwerkstechnologie in China Fuß fassen können.

Wichtig ist auch – die Bali-Konferenz zum Klimaschutz steht vor der Tür –, dass der Schutz des Waldes, der als CO₂-Senke und als Schatzkammer für die Artenvielfalt auf unserer Erde dient, in der Entwicklungspolitik mehr Beachtung findet. Auch hier hat der vorliegende Haushaltsentwurf wichtige Impulse für die Weltkonferenz zum Schutz der Artenvielfalt im nächsten Jahr in Deutschland gesetzt.

Zum erklärten Ziel der Koalition gehört auch, dass wir die Bereiche Bildung und Ausbildung einerseits und ländliche Entwicklung andererseits stärken. Das eine ist ein zentrales Element für die Hilfe zur Selbsthilfe, und das andere ist die Grundlage der **Armutsbekämpfung**. Armut spielt sich noch immer vorwiegend auf dem Land ab. Aber auch die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und eine wirksamere Drogenbekämpfung können zur Verringerung der Armut beitragen.

Herr Addicks, auch eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung ist im Kampf gegen die Armut entschei-

Dr. Christian Ruck

- (A) dend. Auch wir sind der Meinung – da gebe ich Ihnen vollkommen recht; damit rennen Sie bei uns offene Türen ein –, dass der Bereich der Mikrofinanzierung in allen Bereichen, also auch im Bereich der ländlichen Entwicklung, sozusagen als Querschnittsaufgabe gestärkt werden muss. Das ist ein wichtiger Faktor, um die Lage der Armen erfolgreich zu verbessern. Ihn gilt es weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Karl Addicks [FDP]: Sie müssen die Mittel für die Förderung der Privatwirtschaft erhöhen!)

– Da haben Sie mich auf Ihrer Seite.

Ein vielfach entscheidendes entwicklungspolitisches Ziel – auch das wurde zu Recht angesprochen – ist die Überwindung entwicklungshemmender politischer Strukturen und Entscheidungsmechanismen in Entwicklungsländern. Herr Addicks, wir halten **Good Governance** für den zentralen Begriff in unserem Instrumentarium und in unserer Zielsetzung. Wir müssen aber alles das, was zur Demokratie, zur Gewaltenteilung und auch zum Entstehen handlungsfähiger politischer Parteien mit einem entsprechenden Parteiprogramm führt, stärker als bisher unterstützen. Dazu gehört auch der Aufbau einer Zivilgesellschaft, die auf allen Ebenen kontrollierend einwirken kann.

- (B) Wir möchten auch heute wieder das Bekenntnis abgeben, dass es zu unseren Aufgaben und zu unserer Politik gehört, so wichtige Einrichtungen wie unsere politischen Stiftungen, aber auch NGOs und vor allem die Kirchen weiterhin konsequent und beharrlich zu unterstützen. Auch das wollen wir in diesem Haushalt als Signal verwirklicht sehen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Kollege Ruck, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Addicks?

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Ja.

Dr. Karl Addicks (FDP):

Herr Kollege Ruck, ich gebe Ihnen gerne die Möglichkeit, Ihre Redezeit zu verlängern. Sie sprachen gerade die **politischen Stiftungen** an. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass im Haushalt des AA und des BMZ gegenläufige Maßnahmen zur Förderung von politischen Stiftungen getätigt werden, was per saldo darauf hinausläuft, dass die politischen Stiftungen insgesamt 7 Millionen Euro weniger bekommen?

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Ich sage es noch einmal: Für uns ist es wichtig, dass die Stiftungen insgesamt, was ihre Arbeit betrifft, gestärkt werden. Sie haben vollkommen recht, dass es per saldo keine Verbesserung ist, wenn die eine Hand nimmt, was die andere Hand gibt.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Danke!)

- (C) Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meinen Schlusssatz, den ich jetzt natürlich noch nicht sagen möchte, weil er erst, wie gesagt, zum Schluss kommt.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Unsere größte und gefährlichste entwicklungspolitische Baustelle ist **Afghanistan**. Auch hier gibt es eindrucksvolle Erfolge; diese sollten wir immer wieder nennen. Aber es gibt natürlich auch große Herausforderungen. Das kam in einigen Debatten vorher schon zum Ausdruck. In der nächsten Woche haben wir Gelegenheit, über diese Herausforderungen im Paket zu sprechen. Nirgendwo ist die Notwendigkeit einer gemeinsamen Antwort von Sicherheits-, Außen- und Entwicklungspolitik größer als hier.

Uns Entwicklungspolitikern ist klar geworden, dass wir unsere Anliegen nicht verfolgen können und dass wir mit unseren Instrumenten nicht weiterkommen, wenn es keine Sicherheit gibt. Uns ist klar geworden, dass es keine Drogenbekämpfung, dass es keine Alternative zum Drogenanbau auf dem Land gibt, wenn dort keine Sicherheit vorherrscht. Deswegen ist gerade aus Sicht von uns Entwicklungspolitikern ein erfolgreicher Aufbau der Polizei unabdingbar. Das Gleiche gilt für ein funktionierendes Justizwesen. In diesen Bereichen gibt es noch immer große Defizite. Weitere Defizite sind, dass zu viel Geld in Kabul hängen bleibt und zu wenig in die Provinzen geht und nicht alle, die Beiträge zugesagt haben, diese auch erbracht haben.

- (D) Ich begrüße ausdrücklich, dass ein stärkeres entwicklungspolitisches Engagement im Süden von Afghanistan vorgesehen ist. Wir müssen die internationale Arbeit in Afghanistan insbesondere im entwicklungspolitischen Bereich noch besser koordinieren.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Ruck, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, diesmal vom Kollegen Trittin?

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Ja, nachdem ich das Kapitel Afghanistan mit folgendem Satz beendet habe: Aus den genannten Gründen bin ich hochofregt, dass im Haushaltsentwurf mehr Geld für die Entwicklungshilfe in Afghanistan vorgesehen ist. Das ist vielleicht immer noch zu wenig, aber in unseren Augen ist es ein weiterer wichtiger Schritt.

Herr Trittin, bitte.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Ruck, Sie haben – ich glaube, diesbezüglich stimmen wir überein – die Notwendigkeit eines verstärkten, schnelleren und besseren entwicklungspolitischen Engagements in Afghanistan unterstrichen. Wie erklären Sie es sich, dass die Umsetzung eines GTZ-Projekts im Süden von Afghanistan, im PRT der Niederländer, trotz der Bereitschaft der GTZ, dort hinzugehen, von März bis heute auf sich warten ließ? Jetzt liegt die Zusage des BMZ vor, sodass die Entwicklungshelfer, die darauf drängen, dort hingehen zu können, nun endlich gehen können.

(A) **Dr. Christian Ruck** (CDU/CSU):

Herr Trittin, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, dass ich zu diesem Einzelfall aus dem Stand heraus nichts sagen kann.

(Heidmarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin: Aber ich kann es!)

Ich gehe der Sache natürlich nach. Lassen Sie mich aber klarstellen, dass ich schon vor einem Vierteljahr ange-regt habe, uns im Süden entwicklungspolitisch stärker zu engagieren. Daran halte ich fest. Alle Einzelprojekte in Afghanistan habe ich leider nicht im Kopf. Ich glaube aber, es gibt jemanden, der Ihnen Ihre Frage sofort be-antworten kann.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Wenn die Frage des Kollegen Trittin damit beantwor-tet ist, stellt sich die Frage, ob die Kollegin Bundesmi-nisterin Ihnen gleich eine weitere Zwischenfrage stellen darf.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Bitte.

Heidmarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

(B) Herr Kollege Ruck, stimmen Sie mit mir in der Auf-fassung überein, dass das Ministerium bis August ge-wartet hat, weil es die Bestätigung der niederländischen Regierung abwarten wollte, dass das PRT aufrechterhal-ten wird, damit die Sicherheit der Mitarbeiter von GTZ International Services gewährleistet ist, und dass das unse-erer Fürsorgepflicht entspricht? Alles andere wäre vom Kollegen Trittin sicherlich kritisiert worden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Einen kleinen Moment, bitte. – Wir müssen erst ein-mal einen kleinen Fehler von mir korrigieren. Ich hätte die Ministerin auffordern müssen, die Regierungsbank zu verlassen. Von der Regierungsbank aus kann sie keine Zwischenfragen stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Ich bin für Entbürokratisierung.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Trittin, ich bin mit der Ministerin einig. Es ist so, wie sie es beschrieben hat.

Nun zum Ernst der Lage. Die Entwicklung in Afgha-nistan hängt natürlich damit zusammen, was in den Nachbarländern passiert. Pakistan ist inzwischen allge-mein als entscheidender Schlüsselfaktor für die Entwick-lung in Afghanistan anerkannt.

(C) Damit komme ich zur Diskussion über die Zahl und Art der Länder, mit denen wir in Zukunft eine volle **bila-terale Kooperation** eingehen wollen. Wir haben im Koalitionsvertrag festgehalten, dass wir die Anzahl die-ser Länder reduzieren wollen, um dem Gießkannenprin-zip entgegenzuwirken. Wir befinden uns in einer sehr fruchtbaren Diskussion darüber. Bei der Auswahl der Länder legen wir Wert darauf, dass es nicht nur um die Bedürftigkeit der Länder geht, sondern auch um die strate-gische Bedeutung, die diese Länder für uns haben, um die Fragen, welchen politischen Spielraum wir in diesen Ländern haben und wie stark die Tradition ist, die uns mit diesen Ländern verbindet, zum Beispiel mit Latein-amerika und der arabischen Welt. All das spielt in unse-erer Diskussion über die Länderauswahl, die wir in den nächsten Monaten zu einem konstruktiven Abschluss führen wollen, eine Rolle.

Über die **Bedeutung der Schwellenländer** in der Entwicklungszusammenarbeit ist schon gesprochen wor-den. Auch das ist sicherlich eine viel diskutierte Angele-genheit. Es würde hier zu weit führen, das ganze Für und Wider zu beleuchten. Für uns war in der Debatte über die Zusammenarbeit mit den Schwellenländern ein Argu-ment, das uns auch die Kirchen immer wieder ans Herz gelegt haben, ganz wichtig. Sie sagen, dass wir die Zu-sammenarbeit mit Ländern wie Brasilien, Indien, aber auch Mexiko und China, mit Schwellenländern, die sehr erfolgreich sind, nicht aufgeben dürfen, weil wir sonst die andere Hälfte der Menschen in diesen Ländern, die zum Teil bitterarmen, aus dem Blick verlieren. Das ist ein Argument, das uns sehr stark beeinflusst und das ich in diesem Zusammenhang zu bedenken geben möchte. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein Punkt, den ich noch anschneiden möchte, ist ein Dauerbrenner, nämlich die **internationale Arbeitstei-lung**. Hier agiert die EU als 27. Geber. Das ist nach wie vor unsinnig. Man weiß gar nicht, ob man es begrüßen soll, dass der Mittelabfluss in der EU plötzlich viel schneller vonstatten geht als früher. Aber ich glaube, Frau Ministerin, dass im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Pflöcke eingerammt, Positionen be-zogen wurden, auf denen man aufbauen kann. Jetzt muss es darum gehen, dass die EPAs entwicklungsorientiert ausgebaut werden. Da gibt es, glaube ich, noch viele Widerstände zu überwinden. Im Zusammenhang mit der Diskussion über diesen Reformvertrag muss die Arbeits-teilung in der Entwicklungszusammenarbeit geregelt werden. Dabei geht es um viel Geld. Wir alle müssen ein Interesse daran haben, dass deutsche Steuergelder an dieser Stelle nicht verschwendet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Norbert Königshofen [CDU/CSU]: Genau! Festschreiben!)

Das Spannungsverhältnis zwischen bilateraler Hilfe und multilateraler Hilfe ist ebenfalls ein Dauerbrenner. Darüber gibt es eine Diskussion unter uns Koalitionären. Hier geht es darum, die richtige Balance zu finden. Die richtige Balance muss sich an zwei Dingen ausrichten, nämlich an der Effizienz der **internationalen Organisa-tionen** und an der Sichtbarkeit unseres Beitrags dort.

Dr. Christian Ruck

- (A) Deswegen sagen wir: Wir wollen im internationalen Geschehen mehr Einfluss. Wir wollen – dazu gibt es in der nächsten Sitzungswoche einen Antrag von uns Koalitionären – aus deutscher Sicht mehr Personal, vor allem qualifiziertes Personal, in internationalen Organisationen.

(Beifall des Abg. Hellmut Königshaus [FDP])

Wir wollen auch, dass das BMZ für die Aufgaben der Zukunft besser aufgestellt ist, indem die unsinnige Personalspirale nach unten aufgehoben wird. Der jetzige **Personalbestand** im BMZ entspricht dem von 1975, jedoch gibt es jetzt ganz andere Aufgaben und Herausforderungen. Deswegen muss die Frage, wie das BMZ in Zukunft ausgestaltet wird, auf die Tagesordnung. Hierbei bitte ich um Unterstützung des ganzen Hauses.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Ruck, es ist jetzt Zeit für den angekündigten Schlusssatz.

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Ich bin gleich fertig.

Mein Schlusssatz: Entwicklungspolitik ist nicht nur ein humanitärer Auftrag, sondern dient auch der Sicherheit unserer eigenen Bevölkerung. Dieser Etat ist ein zutiefst investiver Haushalt, mit dem über 200 000 Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden.

(Zuruf von der FDP: Sehr gut!)

- (B) Ich zitiere noch meinen Freund und Fußballkollegen Carsten Schneider, der diese Woche gesagt hat: Der Haushaltsentwurf des BMZ ist gut. Wir wollen dafür sorgen, dass er noch besser wird.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das war ein ganzes Schlusskapitel. – Das Wort hat der Kollege Michael Leutert für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Michael Leutert (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die Linke begrüßt und unterstützt, dass von den im Gesamtetat neu zu verteilenden 12,7 Milliarden Euro 660 Millionen Euro in den Haushalt des BMZ fließen. Wir sind froh, dass nicht auch diese 660 Millionen Euro im Etat des Verteidigungsministers gelandet sind.

Weil ein Argument, das ich in der Debatte über den Haushalt des Auswärtigen Amtes angeführt habe, sehr gut angekommen ist, möchte ich es gerne wiederholen: Die Freude auf unserer Seite wird sehr stark dadurch getrübt, dass die Mehreinnahmen, die wir verteilen, nicht dadurch zustande gekommen sind, dass eine kluge und gerechte Einnahmepolitik betrieben wurde, sondern dadurch, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern dieses Geld durch die Mehrwertsteuererhöhung abgenommen haben. Es gehört zur Haushaltswahrheit und -klarheit,

auch das zu sagen, und ich vermute, dem stimmt auch die FDP zu. Wir haben schließlich nicht aus populistischen Gründen gegen die Mehrwertsteuererhöhung gekämpft, sondern weil wir davon überzeugt sind, dass sie falsch ist. (C)

(Ute Kumpf [SPD]: Es geht um Entwicklungszusammenarbeit!)

– Man muss das im Gesamtzusammenhang betrachten. Es geht nicht immer um einzelne Politikbereiche, sondern manchmal auch um größere Zusammenhänge.

Jetzt stehen uns 5,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Es geht nun darum, nach welchen Prioritäten dieses Geld angelegt wird. Der Kollege Westerwelle hat in der Debatte am heutigen Vormittag mit Bezug auf China gesagt, wir würden im Bereich der Entwicklungshilfe Geld verplempern.

Dazu möchte ich ganz klar und deutlich sagen: Ich glaube, fraktionsübergreifend sind wir hier anderer Meinung. Die Runde der Berichterstatter des Haushaltsausschusses war in diesem Sommer in China – die FDP war dort nicht vertreten –, um sich dort verschiedene Projekte in den Bereichen Klimaschutz, Aufforstung und Gesundheit, unter anderem zu präventiven Maßnahmen gegen Epidemien, Krankheiten usw., anzusehen.

Wir sind der Auffassung, dass eine Unterstützung solcher Projekte eine sinnvolle Investition in eine sichere Zukunft ist. Denn in einem **Wachstumsmarkt** wie **China** mit 1,3 Milliarden Menschen werden wir in Zukunft nur dann Sicherheit und eine stetige Entwicklung gewährleisten können, wenn dort auch eine soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung stattfindet. (D)

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Leutert, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Michael Leutert (DIE LINKE):

Mittlerweile stellt sich nicht mehr die Frage, ob China uns in Zukunft braucht, sondern die Frage, ob wir in Zukunft China brauchen. Daher müssen wir in sinnvolle Projekte investieren.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Typisch! Sie wollen natürlich wieder bei Ihren kommunistischen Freunden investieren! Das ist klar!)

Wenn es darum geht, in welchem Bereich Geld verplempert wird, dann sollten wir über das Thema reden, über das wir gerade namentlich abgestimmt haben. Ich meine die 95 Millionen Euro, die für den **UNIFIL-Einsatz** bereitgestellt werden. In der Begründung des Antrags der Bundesregierung steht, dass der Waffenschmuggel auf dem Seeweg effektiv unterbunden wurde.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Was da steht, brauchen Sie mir nicht zu erzählen! – Hellmut Königshaus [FDP]: Die Präsidentin hat Ihnen eben gerade übrigens eine Frage gestellt, Herr Kollege!)

Michael Leutert

- (A) Als ich heute im Haushalts- und im Menschenrechtsausschuss gefragt habe, wie viele Boote aufgebracht und wie viele Waffen sichergestellt worden sind, lautete die Antwort: 9 008 Schiffe wurden registriert, 36 wurden an die libanesischen Streitkräfte gemeldet, und die Zahl der gefundenen Waffen ist 0.

Niemand fragt nach, wofür diese 95 Millionen Euro verwendet werden. Dieses Geld wird einfach rausgeschmissen. In China investieren wir im Rahmen von TZ und FZ in jedem Jahr insgesamt 167 Millionen Euro. Auch hier frage ich nach dem Verhältnis zwischen zivilen und militärischen außenpolitischen Instrumenten. Ich glaube, es liegt auf der Hand, welches Instrument besser geeignet ist.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Karl Addicks [FDP]: Ein abenteuerlicher Zusammenhang ist das, was Sie da konstruieren!)

– Das sind keine abenteuerlichen Zusammenhänge. Es geht darum, wie man die verschiedenen Instrumente der Außenpolitik einsetzt.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Leutert, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage, und nehmen Sie damit das Angebot aus der FDP-Fraktion an, Ihre Redezeit noch ein wenig zu verlängern?

Michael Leutert (DIE LINKE):

Bitte.

(B)

Hellmut Königshaus (FDP):

Herr Kollege, es gibt gute Projekte, die auch die FDP kennt. Auch wir wollen diese Projekte nicht einstellen. Niemand hat jemals gesagt, wir sollten dort keine technische oder sonstige Unterstützung leisten. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Stimmen Sie mit mir überein, dass wir von Ländern, die über eine Wirtschafts- und Finanzkraft wie China verfügen, die Kosten solcher Projekte also selbst tragen können, einen ordentlichen Eigenbeitrag verlangen sollten, anstatt sie obendrein dadurch zu erniedrigen, dass wir so tun und sogar öffentlich erklären, wir könnten diese Länder quasi kaufen, indem wir ihnen ein paar Millionen Euro an die Hand geben und damit Einfluss auf ihre Politik nehmen?

Michael Leutert (DIE LINKE):

Herr Kollege, ich bin mit Ihnen dieser Meinung. Aber erstens geschieht das meiner Kenntnis nach im Fall China. Zweitens ist Entwicklungshilfe natürlich immer auch eine Hilfe für das Geberland. Mindestens 2 Euro fließen für 1 Euro, der in Wirtschaftshilfe investiert wird, zurück.

(Widerspruch bei der FDP)

– Ich kann Ihnen die Studien gern zusenden. Drittens habe ich davon gesprochen, dass es für uns aus sicherheitspolitischen Gründen relevant ist, wie wir in der Außenpolitik mit China in diesen Bereichen umgehen. China ist – zumindest meiner Erfahrung aus Begegnun-

gen nach – sehr offen gegenüber Problemen und sehr an Know-how- und Technologietransfer interessiert. (C)

(Hellmut Königshaus [FDP]: Sie könnten bei Herrn Glos arbeiten!)

– Wir arbeiten da gut zusammen.

(Karl Addicks [FDP]: Warum dann über das BMZ? Dann machen Sie das doch über die Außenwirtschaftsförderung!)

– Das ist eine Strukturfrage, die wir in den nächsten Beratungen klären können.

Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit gehören nach Auffassung meiner Fraktion zu den wichtigsten außenpolitischen Instrumenten im **zivilen Sektor**. Es tut mir leid, wenn ich den Vergleich noch einmal anstellen muss, aber das wird durch die Haushaltsstruktur provoziert: Unserer Meinung nach wäre die 1 Milliarde Euro, die auf den zweitgrößten Etat – den des Verteidigungsministeriums – daraufgelegt wird, wesentlich sinnvoller im BMZ angelegt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Wolfgang Wodarg [SPD])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Kollege Thilo Hoppe das Wort.

Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (D)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Herausforderung bleibt riesengroß. Trotz aller Erfolge, die es ohne Zweifel gibt, kommen wir an der Tatsache nicht vorbei, dass wir von der Erreichung der **Millenniumsentwicklungsziele** noch sehr weit entfernt sind. Es wurde vor kurzem Zwischenbilanz gezogen. Es gibt Teilerfolge in einigen Bereichen, aber nach wie vor eine erschreckend hohe Zahl von Hungernden, eine Zahl, die sogar noch steigt. 854 Millionen Menschen sind bedrohlich chronisch unterernährt. Der Kampf gegen den Hunger wird durch die vom Menschen verursachte Klimaveränderung enorm erschwert. Gelingt es uns nicht, die Erderwärmung auf zusätzliche 2 Grad Celsius zu begrenzen, so drohen in Afrika je nach Szenario Ernteausfälle von 25 Prozent bis 40 Prozent.

Da die Herausforderung riesengroß ist, müssen wir angemessen darauf antworten. Um die Millenniumsentwicklungsziele doch noch zu erreichen sowie die Erderwärmung auf zusätzliche 2 Grad Celsius zu begrenzen, sind allergrößte Anstrengungen erforderlich. Da reicht nicht der Schritt in die richtige Richtung, den die Kanzlerin heute angekündigt hat. Es ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die gleichzeitig ergriffen werden müssen, notwendig. Dazu gehören verschärfte Reformanstrengungen in den Entwicklungsländern selbst, der Abbau von ungerechten, klima- und entwicklungsschädlichen Subventionspraktiken in den Industrienationen, bessere Rahmenbedingungen für einen gerechten und fairen Welthandel, neue Finanzierungsinstrumente, besonders

Thilo Hoppe

- (A) für den Klima- und Tropenwaldschutz, und nicht zuletzt mehr und bessere Entwicklungszusammenarbeit.

So grundsätzlich formuliert werden das wohl alle Kolleginnen und Kollegen hier unterschreiben können. Die Unterschiede werden deutlicher, wenn wir ins Detail gehen. Ich möchte sowohl Qualität als auch Quantität unserer Entwicklungszusammenarbeit kritisch beleuchten. Ich fange aber mit einem Kompliment an: Auch wir begrüßen ausdrücklich, dass im Bundeshaushalt rund 750 Millionen Euro mehr als im Vorjahr auf verschiedene Ressorts verteilt für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden. Um Ihrem Zwischenruf zuvorzukommen, gebe ich zu, dass wir uns das unter Rot-Grün auch gewünscht hätten. Aber weder an den Grünen noch am BMZ sind vergleichbare Zuwächse gescheitert, sondern am Finanzminister und an gewissen Kabinettsentscheidungen.

Wie gesagt, verdient der **Zuwachs** um 750 Millionen Euro Lob. Es muss aber der Hinweis erlaubt sein, dass noch etwas fehlt, und zwar mindestens 250 Millionen Euro. Damit man all das, was auf den roten Teppichen der Gipfelkonferenzen versprochen wurde, ernst nehmen kann, hätte es – da gibt es sehr konkrete Berechnungen – ein Aufwuchs um 1 Milliarde Euro sein müssen. Außerdem hätte es einen deutlicheren Anstieg bei den Verpflichtungsermächtigungen, die ja die weiteren Stufen andeuten, geben müssen. Mit der Einführung einer Flugticket-Tax wäre dies auch finanzierbar gewesen, zumindest der für den Haushalt 2008 notwendige Schritt.

- (B) Wir legen für den Haushalt 2008 ein ressortübergreifendes Konzept vor, das die Versprechen ernst nimmt, gegenfinanziert ist und einen Aufwuchs um weitere 250 Millionen Euro vorsieht. Inhaltlich gibt es für uns drei **Schwerpunkte**:

Erstens: der zivile Aufbau in Afghanistan. Für diesen ist zwar eine Erhöhung um 25 Millionen Euro eingeplant; aber diese stehen zum militärischen Engagement, zu den Kosten für den umstrittenen Tornadoeinsatz, doch in einem krassen Missverhältnis. Wir fordern, die Ausgaben für den zivilen Aufbau um 100 Millionen Euro zu erhöhen, also zu verdoppeln.

Zweitens: die konsequente Verbindung von Armutsbekämpfung und Klimaschutz. Wir Grünen werben und streiten für einen Klimaschutzhaushalt. Deshalb werden wir insbesondere für den Tropenwaldschutz, aber auch für die Verbreitung der Nutzung erneuerbarer Energien und für den Erhalt der biologischen Vielfalt zusätzliche Gelder beantragen. Wir hoffen auf Unterstützung aus den anderen Fraktionen. Wir wollen auch mehr Geld für eine nachhaltige, ökologische Landwirtschaft als Beitrag zur Wüstenbekämpfung und als Beitrag zur Förderung der ländlichen Entwicklung.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Wir brauchen mehr Geld für den Ausbau der Gesundheitssysteme der Entwicklungsländer, damit die Mittel des Global Funds sinnvoll eingesetzt werden können.

Uns geht es aber nicht allein um mehr Geld, sondern auch um die Reformen, die notwendig sind. Uns wurde eine große Reform der Institutionen angekündigt. Wir Grünen sind die einzige Fraktion, die ohne Wenn und Aber für eine umfangreiche Reform der Institutionen eintritt, für die Zusammenführung von finanzieller und technischer Zusammenarbeit.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Die Linke auch!)

Da wurde eine Menge angekündigt. Jetzt zeichnet sich nur ein ganz kleines Reförmchen ab, das vielleicht nur der Gesichtswahrung dient. Da muss noch nachgebessert werden. Wir brauchen eine bessere Entwicklungszusammenarbeit und natürlich auch mehr Geld.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Bärbel Kofler für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! An den letzten Satz kann man wohl anknüpfen: Wir brauchen für die Entwicklungszusammenarbeit mehr Geld, wie immer. Ich freue mich, dass der Haushalt, den wir vorgelegt haben, hier einen deutlichen Aufwuchs aufweist. Es ist von allen Fraktionen anerkannt worden, dass der Haushalt in diesem Bereich um knapp 670 Millionen Euro wächst. Besonders freut mich, dass man – auch an den Verpflichtungsermächtigungen, Herr Kollege Hoppe – sehr wohl einen Trend für die Zukunft ablesen kann, insbesondere an der Zusage, in diesem Jahr und in den nächsten drei Jahren 750 Millionen Euro zur Armutsbekämpfung einzusetzen.

Da sind wir mit unseren Gemeinsamkeiten in vielen Bereichen schon am Ende. Kollege Addicks, Sie haben sich zum Thema **Budgethilfe** geäußert. Wissen Sie, ich habe manchmal den Eindruck, Sie unterstellen den Fraktionen bzw. den Parlamentariern, die daran interessiert sind, mit dem Instrumentarium der Budgethilfe vernünftige Arbeit zu leisten, sie hätten Spaß daran, Steuern zu verschwenden; das kommt bei Ihnen immer so herüber.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Karl Addicks [FDP]: Das habe ich nicht behauptet!)

Ich kann Ihnen eine Studie der SWP empfehlen,

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Habe ich gelesen! Sehr interessant!)

eine sehr differenzierte Ausarbeitung zum Thema „Konditionalität in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit“, in der die Budgethilfe eingehend behandelt wird. Doch mit Ihrem Beitrag in der *Märkischen Allgemeinen*

Dr. Bärbel Kofler

- (A) wollen Sie und der Kollege Königshaus das Thema Budgethilfe in der Öffentlichkeit diskreditieren. Sie arbeiten mit völlig falschen Zahlen.

Sie behaupten, wir verschleudern im Zusammenhang mit internationalen Gremien und direkter Budgethilfe Steuergelder. Sie führen als Beispiel an, Syrien würden 44 Millionen Euro zur Betreuung der irakischen Flüchtlinge bereitgestellt. Ich würde Sie bitten, die Zahlen genau zu lesen. Was Syrien angeht – das Engagement der Frau Ministerin möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich unterstützen –, sind 4 Millionen Euro zusätzlich für einen bestimmten Bereich, nämlich den Schulbau für Flüchtlingskinder aus dem Irak, zugesagt worden. Syrien nimmt bekanntermaßen einen Großteil der Flüchtlinge aus dem Irak auf. Die Kinder dieser Flüchtlinge müssen in Schulen betreut werden. Es geht nicht an, dass in diesen Schulen ein Zweischichtenbetrieb gefahren werden muss und Kinder von dem wichtigen Zugang zu Bildung ferngehalten werden, weil hierfür nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen. Ich finde die Zusage hervorragend, für diesen Bereich mehr Mittel einzusetzen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Dr. Karl Addicks [FDP]: Stellen Sie das doch in den Haushalt ein! Ziehen Sie nicht immer einfach so die Spenderhosen an! Damit sind wir nicht einverstanden!)

Zum nächsten Beispiel, das Sie angeführt haben, Herr Addicks, habe ich extra recherchiert, weil kein Mensch daraus schlau wird. Sie haben von 30 Millionen Euro für Moskitonetze in Kamerun gesprochen, die nicht ausbezahlt werden.

(B)

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Da hat jemand offenbar etwas nicht richtig verstanden! Das muss ich Ihnen zugestehen!)

– Sie geben zu, da hat die Presse offenbar etwas nicht richtig verstanden. Es ist immer einfach, etwas so hinzustellen. Aber es gibt eine Stringenz in Ihrer Argumentation, mit solchen Beispielen zu versuchen, Instrumentarien zu diskreditieren. Aber dass ich das mit Ihrer Zustimmung als Zeitungsente bezeichnen kann, ist schön.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Die 30 Millionen sind eine Ente! Das ist richtig!)

Ich halte das Instrumentarium der Budgethilfe durchaus für überprüfbar, und es wird auch überprüft. Wir werden uns im Ausschuss damit auseinandersetzen und die einzelnen Kriterien in diesem Bereich diskutieren. Selbstverständlich haben wir ein Interesse an der Überprüfbarkeit und Effizienz von Projekten. Tun Sie doch nicht so, als wäre das nicht auch Ihr Anliegen!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Karl Addicks [FDP]: Dann sagen Sie doch einmal etwas zu Südafrika! Die kriegen jedes Jahr 20 Millionen Euro von uns!)

– Genau das ist wieder der Punkt: Sie greifen eine Summe aus dem Etat heraus und tun so, als wäre das al-

les, was wir in diesem Bereich machen. Das ist mitnichten der Fall. (C)

Ich möchte aber noch auf einige andere Punkte eingehen, die im Vorfeld angesprochen worden sind und die uns als SPD-Fraktion inhaltlich wichtig sind. Es geht darum, wie wir die Haushaltsmittel und den Aufwuchs für die Zukunft sinnvoll einsetzen wollen, sollen und können.

Erlauben Sie mir einige Sätze noch zum Thema **China**. Es kommt in jeder Debatte wieder zur Sprache. Insbesondere nach unserer Chinareise habe ich geglaubt, Sie hätten etwas dazugelernt, Herr Königshaus. Armutsbekämpfung und Entwicklungspolitik gehen Hand in Hand. Entwicklungspolitik ist aber mehr als nur die Bekämpfung von rein physischer Not; dazu gehört auch die Begleitung von Transformationsprozessen. Daran beteiligen wir uns, insbesondere im Bereich des Klimaschutzes, in China. Ich kann nicht verstehen, dass Sie zum Beispiel die Tatsache ignorieren, dass in Zukunft weltweit jedes zweite Haus in China gebaut werden wird und man sich Gedanken darüber machen muss, wie man zum Thema Gebäudeenergieeffizienz Aussagen trifft und mit den chinesischen Partnern ins Gespräch kommen kann.

(Beifall bei der SPD – Dr. Karl Addicks [FDP]: Da rennen Sie bei uns offene Türen ein! Das ist kein Streitpunkt!)

Im Übrigen finde ich manches auch amüsant. Kollege Westerwelle war in China, und ich habe gehört, dass auch die **Naumann-Stiftung** gerne wieder in China tätig sein möchte. (D)

(Hellmut Königshaus [FDP]: Sie hat das angeboten!)

Ich begrüße das. Stiftungen leisten ordentliche Arbeit. Ich begrüße es, wenn auch die Naumann-Stiftung wieder in China tätig wird. Aber aus welchen Mitteln wird das denn finanziert?

(Detlef Dzembitzki [SPD]: Sehr gut!)

Auch diese Stiftungen werden selbstverständlich über den Einzelplan 23 finanziert.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Also leistet auch die FDP über den Einzelplan 23 Entwicklungshilfe in China.

(Lachen bei der SPD – Jürgen Koppelin [FDP]: Das ist doch gaga, was Sie erzählen!)

– Jetzt möchte ich aber zu anderen Punkten kommen. Stellen Sie eine ordentliche Zwischenfrage, oder lassen Sie mich weiterreden!

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ihr Wunsch wird sofort erfüllt, Kollegin Kofler. Lassen Sie die Zwischenfrage des Kollegen Koppelin zu?

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Aber ja.

(A) Jürgen Koppelin (FDP):

Frau Kollegin, ich bin etwas erstaunt über Ihre Unkenntnis. Sie wissen doch, dass es bei der Arbeit der Naumann-Stiftung in China nicht um die finanziellen Mittel geht, sondern dass sie nicht mehr in China tätig sein kann, weil sie den Dalai Lama unterstützt hat. Das war der Grund.

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Herr Koppelin, ich weiß das sehr wohl. Aber die Stiftungen generell werden aus dem Einzelplan 23 finanziert.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Zum Teil!)

– Gut, zum Teil. – Aber wenn die Naumann-Stiftung wieder in China tätig sein möchte, dann muss sie dafür auch Mittel aus dem Einzelplan 23 nutzen.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Per Saldo ist es weniger! Lesen Sie es doch einmal nach!)

Jenseits der Aufregung der FDP möchte ich die verbleibende Redezeit nutzen, einen entscheidenden Punkt in die Diskussion einzubringen, der uns, der SPD-Arbeitsgruppe, ganz besonders wichtig ist. Das eine ist der Mittelaufwuchs. Das andere ist die Verwendung der Mittel. Ein Thema wurde heute noch gar nicht angesprochen, obwohl es von eminenter Bedeutung für die Zukunft ist, nämlich die **sozialen Sicherungssysteme** in der Entwicklungszusammenarbeit. Wir werden das zu einem wesentlichen Thema in unserer Arbeitsgruppe machen. Wir möchten dies als thematische Zielgröße in der Entwicklungszusammenarbeit bewertet und unter verschiedenen Punkten zusammengeführt wissen. Es muss deutlich gemacht werden, in welchen Bereichen wir hier tätig sein können. Aus welchem Grund uns dieses Thema wichtig ist, belegt eine Zahl: Wenn 100 Millionen Menschen in Armut gestürzt werden, weil sie nicht genügend finanzielle Mittel haben, um Medikamente zu kaufen und sich behandeln zu lassen, dann ist dies das beste Argument dafür, dass wir uns dem Thema soziale Sicherungssysteme verstärkt zuwenden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Uns ist sehr wohl klar, dass dieses Thema komplex ist und dass die Voraussetzungen in den Ländern sehr unterschiedlich sind. Es ist ein Unterschied, ob man mit Vertretern eines Landes wie China diskutiert, wo Menschen nicht nur im informellen Bereich, sondern auch in regulären Beschäftigungsverhältnissen tätig sind, aber nur die entsprechende soziale Absicherung fehlt, oder ob man – wie wir es in einer Anhörung zum Thema soziale Sicherungssysteme getan haben – mit einer Vertreterin von SEWA, einer indischen Frauenorganisation, spricht, die vor allem Menschen vertritt, die im informellen Sektor tätig sind und die in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen werden müssen. Das sind natürlich unterschiedliche Ansätze und Probleme, vor denen wir stehen. Aber gerade deshalb ist es wichtig, mit den betreffenden Ländern nicht nur auf Regierungsebene, sondern

auch auf allen anderen Ebenen darüber zu diskutieren, wie man im Gesundheitswesen, in der Gesundheitsvorsorge und bei der Altersvorsorge weiterkommen und vernünftige Systeme aufbauen kann. (C)

In Indonesien zum Beispiel ist die GTZ in diesem Bereich tätig. Sie berät im Bereich nationale Gesundheitsversicherung und stößt Reformen an, die dazu dienen, Menschen sozial abzusichern. Im Osten Afrikas werden sogenannte Prepaid Vouchers verteilt, die gerade den Ärmsten der Armen einen Zugang zur Gesundheitsvorsorge ermöglichen sollen, insbesondere schwangeren Frauen in Slumgebieten, die sonst nie eine ordentliche medizinische Versorgung gehabt hätten.

Das sind nur kleine Beispiele. Nun geht es darum, mithilfe dieser Beispiele ein umfassendes Konzept zu entwickeln und es zum zentralen Aspekt von Regierungshandeln zu machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb ist uns dieser Bereich ein besonderes Anliegen.

Ich könnte noch über viele andere Bereiche sprechen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Lieber nicht!)

Wichtig ist zweifellos das Thema Bildung. Der **Klimaschutz** wurde bereits angesprochen, leider viel zu wenig. Wir müssen diesem Thema noch wesentlich mehr Aufmerksamkeit widmen. Ich begrüße es ganz besonders, dass die Mittel für den Aktionsplan in diesem Bereich von 520 Millionen Euro auf 710 Millionen Euro deutlich aufgestockt werden. Hier geht es um erneuerbare Energien, Energieeffizienz, den Tropenwaldschutz, die Biodiversität und insbesondere um erneuerbare Energien für Afrika, um diesen Kontinent voranzubringen, genauso wie um neue Fazilitäten für eine umweltfreundliche Gestaltung der Stadtinfrastruktur; das ist ein ganz besonders wichtiges Thema. (D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Liebe Kollegin Kofler, das müssen wir alles verschieben. Bitte kommen Sie zum Schluss.

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Leider.

Daran sieht man – damit bin ich wieder beim Ausgangspunkt –: Es gibt noch viel zu tun. Wir haben noch viele Aufgaben in der Entwicklungszusammenarbeit vor uns. Ich freue mich darauf, einen Teil in den weiteren Haushaltsberatungen zu erledigen.

Danke.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Jürgen Koppelin für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

(A) **Jürgen Koppelin (FDP):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Rede der Ministerin gehört hat, der hat keine klare Linie in unserer Entwicklungspolitik erkennen können, sondern hat sich eher an einen Lyrikkongress erinnert gefühlt. So kam es jedenfalls mir vor. Die Rede war wie eine große Vorlesung, aber inhaltlich war wenig vorhanden. Frau Ministerin, Sie haben in der Vergangenheit bestimmte **Aktivitäten** entfaltet, zu denen Sie heute überhaupt nichts mehr gesagt haben. Im Koalitionsvertrag steht zum Beispiel, dass die Entwicklungshilfe konzentriert werden soll. Das werden wir unterstützen; denn wir finden in vielen Ministerien Aktivitäten, nicht nur in Ihrem Hause. Die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland wird nicht nur von Ihrem Hause geleistet. Die Aktivitäten kann man durchaus konzentrieren.

Aber welche Idee haben Sie gehabt? Sie wollten die GTZ, einen wichtigen Träger der Entwicklungshilfe, zerschlagen und der KfW zuordnen. Dazu haben Sie ein teures Gutachten in Auftrag gegeben. Der Rechnungshof hat Ihnen dank eines Beschlusses des Haushaltsausschusses, den wir einstimmig gefasst haben, alles auseinandergeplückt. Jetzt ist bei Ihnen plötzlich Schweigen im Walde. Es kommt nichts mehr zum Thema Konzentration. Ich will Ihnen ein Beispiel sagen, wie dringend notwendig diese ist.

Ich engagiere mich, wie andere Abgeordnete auch, zum Teil in Vietnam. Die vietnamesische Regierung möchte gern die Berufsschulbildung verstärken. Man versucht, das mit der GTZ und Ihrem Hause zu machen.

(B) Das klappt nicht, weil in Ihrem Hause alles blockiert wird. Dann stellt man aber fest, andere Häuser der Bundesregierung können das. Der Wirtschaftsminister ist sofort dazu in der Lage. Dort läuft das unbürokratisch. Auch das Familienministerium unterstützt das Projekt. Nur das Ministerium, das dafür zuständig ist, ist nicht in der Lage zu handeln. Ich habe den Eindruck, dass bei der GTZ unglaublich gute Leute arbeiten, die wirklich etwas machen wollen, aber in Ihrem Hause die Blockierer sitzen, die jedes Projekt blockieren und eine Riesenbürokratie aufbauen. Darum sollten Sie sich kümmern, damit unsere Entwicklungshilfe effektiver wird.

(Beifall bei der FDP)

Ich nenne ein anderes Beispiel. Sie haben sich plötzlich ein freiwilliges Jahr für Jugendliche mit einem Volumen von 25 Millionen Euro einfallen lassen. Ich frage erst einmal: Wo ist die gesetzliche Grundlage? Dann: Haben Sie je mit dem Parlament darüber gesprochen?

(Beifall bei der FDP)

Es wäre doch gut, das Parlament zu beteiligen. Es ist übrigens eine Ihrer größten Schwächen, dass Sie nie in der Lage sind, das Parlament einzubinden, selbst wenn Sie gute Ideen haben. Sie machen in Ihren kleinen Zirkeln im Ministerium alles alleine. Die Konzentration der Entwicklungshilfe steht im Koalitionsvertrag. Wir haben das freiwillige ökologische Jahr, das man auch im Ausland ableisten kann. Dafür ist das Familienministerium zuständig. Dann haben wir den zivilen Friedensdienst – das war eine Idee auch von mir – in Ihrem Hause ange-

siedelt. Was geschieht jetzt mit diesen Projekten? Keine Antwort. (C)

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Ihr Haus heißt Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit *und* Entwicklung. Hier – auch eben in dem Beitrag – wird nur von Entwicklungszusammenarbeit gesprochen. Die **wirtschaftliche Zusammenarbeit** – Herr Kollege Addicks hat darauf hingewiesen – kommt bei Ihnen überhaupt nicht mehr vor. Ich ahne natürlich, warum. Sie haben die Auffassung vertreten, Entwicklungspolitik sollte Folgendes sein – ich habe es mir aufgeschrieben –: friedlich, gerecht, ökologisch, verantwortlich. Ich frage Sie, ob nicht ein Eisenbahnbau in Saigon wunderbar dazu passt. Damit tun Sie doch etwas für die Menschen. Sie wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, sodass wir vom Haushaltsausschuss vielleicht den Wirtschaftsminister bitten müssen, dieses Projekt zu übernehmen. Warum wehren Sie sich gegen solche Projekte? Weil Sie einfach nicht wollen und das einfach nicht in Ihren Kopf passt, obwohl das die Aufgabe Ihres Hauses wäre.

(Widerspruch bei der SPD)

– Herr Kollege Raabe, ich will Ihnen einmal etwas sagen: Nicht ohne Grund lässt man Sie heute nicht reden.

Ich begrüße ausdrücklich, dass ein Teil der Mittel, die Sie zusätzlich bekommen haben, nicht in Ihrem Hause bleibt, sondern in das Außenministerium wandern wird. Dort erfolgt eine bessere Planung. Das stellen wir immer wieder fest. Auch dieses ist sozialdemokratisch regiert. Insofern brauchen Sie sich nicht aufzuregen. Dort wird eindeutig eine bessere Politik mit diesen Mitteln betrieben. Die Verzahnung zwischen dem Auswärtigen Amt und Ihrem Haus funktioniert nicht. Da kracht es an allen Ecken. Ständig wird von Ihnen Sand ins Getriebe gestreut. Sorgen Sie dafür, dass Sie mit Ihrem Außenminister, der dasselbe Parteibuch wie Sie hat, besser zusammenarbeiten! Ich glaube, das täte der Entwicklungshilfe gut. (D)

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Hartwig Fischer für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan hat im letzten Jahr gesagt: Ob es Afrika gelingt, dem Ziel der Halbierung der extremen Armut näher zu kommen, wird in hohem Maße von der Führungsrolle Deutschlands im Jahr 2007 abhängig sein. – Ich glaube wirklich, dass man von hier aus der Bundeskanzlerin, dem Finanzminister und der Entwicklungsministerin dafür Dank sagen kann, dass sie gemeinsam mit dem Parlament und insbesondere den Fachausschüssen engagiert das Treffen in Heiligendamm vorbereitet und dieses umgesetzt haben, wobei die Umsetzung nicht nur mit der EU und den G-8-Partnern erfolgt ist, sondern auch mit Schwellenländern wie Brasilien, Indien, China, Mexiko und Südafrika

Hartwig Fischer (Göttingen)

- (A) und im Dialog mit den Afrikanern. So etwas hat es vorher noch nicht gegeben. Es ist ein deutliches Signal der Einbeziehung gewesen, ein Signal dafür, dass die Entwicklung im globalen Bereich eine gemeinsame Aufgabe ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Frau Wieczorek-Zeul hat direkt nach dem Gipfel noch einmal eine Bewertung vorgenommen. Ich will nur einige wenige Punkte vortragen.

Grundbildung wird eines der zentralen Themen in den nächsten Wochen sein, auch bei der Auffüllung des Fonds; denn 500 Millionen Dollar haben gefehlt. Die G 8 hat sich darauf verständigt, die Mittel für die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose auf 44 Milliarden Euro aufzustocken. Das heißt, dass wir, Deutschland, dafür in den kommenden acht Jahren zusätzlich 4 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Für die Armutsbekämpfung werden wir in den nächsten vier Jahren, also bis 2011, 750 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Wer im Herbst letzten Jahres hier im Parlament über solche Summen, solche Zielsetzungen und deren Umsetzung gesprochen hätte, der wäre verlacht worden. Das hätte keiner dieser Koalition zugetraut. Ich sage ganz offen: Ich ärgere mich darüber, dass jetzt plötzlich Organisationen, zum Beispiel VENRO, das, was stattfindet, kritisieren. Man muss in bestimmten Situationen deutlich machen, was erreichbar ist. Was hier erreicht worden ist, ist mehr, als viele – damit meine ich auch Organisationen wie diese – vor einem Jahr erwartet haben.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zusätzlich sind aber auch neue Schwerpunkte und Kriterien für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern beschlossen worden. So werden gute Regierungsführung und der Ausbau der institutionellen Kapazitäten in den verschiedenen Ländern weiter gestärkt. Es gibt aber auch eine Förderung von Investitionen in ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang etwas zum kommenden Lissabon-Gipfel sagen. Ich möchte auf die Frage der **Teilnahme Mugabes** eingehen. Die Teilnahme Mugabes wird für den Ablauf dieses Gipfels entscheidend sein. Ich möchte hier auf das verweisen, was einige von uns vor kurzem in Afrika bei Gesprächen mit Parlamentariern, aber auch bei Gesprächen mit Parlamentarierdelegationen, die hierher gekommen sind, erlebt haben. Diese afrikanischen Parlamentarier haben gesagt: Schert euch nicht drum; wenn er kommt, dann kommt er und dann konfrontiert ihr ihn – auch vor den anderen afrikanischen Regierungschefs – mit dem, was er in seinem Land angerichtet hat; dann erfährt die Weltöffentlichkeit mehr über das, was dort in Afrika passiert; sonst wird die Situation in Afrika immer verschwiegen. Ich hoffe, dass der britische Premierminister Brown seine Teilnahme nicht vom Kommen Mugabes abhängig macht. Ich glaube, wir können es aushalten, uns mit diesem Mann auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Afrika weiter voranzubringen, wird uns nur gelingen, wenn Frieden und Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent mitgestaltet werden. Zu viele Krisen mit Tausenden von Toten und Vertriebenen erschüttern derzeit noch den afrikanischen Kontinent. Ich erinnere an dieser Stelle nur an Somalia und an Darfur.

Frau Ministerin, ich unterstütze Sie ausdrücklich in der Frage Nord-Kivu. Die Weltgemeinschaft hat erhebliche Mittel investiert – Stichwort „MONUC“ –, jedes Jahr über 1 Milliarde Euro. Wir waren daran mit einem jährlichen Beitrag von etwa 90 Millionen Euro beteiligt. Wir haben im **Kongo** unglaubliche Entwicklungsleistungen erbracht. Wir haben den Aufbau mitgestaltet, und wir haben die Verfassungsreform unterstützt. Die Bundeswehr hat geholfen, die Wahlen abzusichern.

Zwischen Ihnen und mir gibt es nur eine Differenz. Wir sollten wirklich immer „Nord-Kivu“ sagen; denn es handelt sich nicht mehr um den gesamten Ostkongo. Ituri entwickelt sich wirtschaftlich positiv. In Ituri gibt es keine Flüchtlingslager mehr. Durch Aufbauhilfe ist dort eine Menge geleistet worden: Dörfer sind wieder aufgebaut worden, die Kinder dort werden beschult, und es gibt dort keine Kindersoldaten mehr. Mit der Ausgabe von 100 Euro für ein Construction-Kit kann eine ganze Familie ihr Haus wieder aufbauen und sich mit 25 Kilo Saatgut versorgen, und das in mehreren Vegetationsperioden. Das ist der richtige entwicklungspolitische Ansatz. Er wird von Deutschland entscheidend mitgestaltet.

(D)

Für den Kivu ist jetzt die Regierung im Kongo verantwortlich. Die MONUC ist mitverantwortlich. Dort muss durchgegriffen werden. Sie haben recht: Wenn man Lauren Nkunda und andere zu fassen bekommt, dann müssen sie natürlich vor den Internationalen Gerichtshof gebracht werden. Jetzt geht es aber auch darum, dass Kabila sich gemeinsam mit MONUC auf die Entwaffnung dort konzentriert. Man kann in dieser Region auch stärkere Truppen zusammenziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen im Augenblick einen kleinen Hoffnungsschimmer für **Darfur**. Diesen Punkt müssen wir nach meiner Überzeugung in den nächsten Wochen auch in den Haushaltsberatungen diskutieren.

Ich habe nach den Diskussionen den Eindruck, dass Deutschland sich nicht an einem Kampfeinsatz beteiligen wird. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass Deutschland sich in verschiedenen anderen Bereichen im Rahmen eines solchen Mandats und beim zivilen Wiederaufbau sehr stark engagieren wird.

(Beifall des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das bedeutet, dass wir Mittel zur Verfügung stellen müssen.

Hartwig Fischer (Göttingen)

- (A) Die Kosten des Einsatzes der UN-Truppen dort werden derzeit auf 2,7 Milliarden Euro geschätzt. Ich meine, wir alle in diesem Parlament stehen gemeinsam in der Verantwortung dafür, dass diese Mittel nicht an irgendeiner Stelle aus dem normalen Entwicklungshaushalt und aus den anderen Haushalten genommen werden. Wir müssen beraten, wie wir zur Absicherung entsprechende Summen zur Verfügung stellen, und zwar nicht erst in einem Nachtrag. Denn die Truppenstellerkonferenz und andere Konsultationen werden im Herbst stattfinden. Es ist schon viel zu lange so, dass dem Leiden dort kein Ende bereitet wird.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Einzelplan 23 des Haushaltsentwurfs 2008 – zu den Zahlen wird Jochen Borchert nach den Beratungen in der zweiten und dritten Lesung entsprechende Stellung nehmen – ist die Fortsetzung einer stetigen **Aufstockung** durch die Koalition gelungen. Diejenigen, die sich damit befasst haben, wissen, dass in den sieben Jahren, in denen wir nicht in der Regierung waren, das Volumen des Einzelplans gesunken ist. In diesem Jahr steigt es noch einmal um 14,6 Prozent. Damit schaffen wir die Grundlagen, um die Ziele der Millenniumserklärung sowie die Development-Goals zu einem großen Teil zu erreichen.

Dass wir das nicht bis zum letzten Punkt schaffen werden, der Überzeugung bin ich auch. Deshalb glaube ich, dass in einer der nächsten Legislaturperioden über alternative Finanzierungsinstrumente nachzudenken sein wird, die man nach meiner Überzeugung den Bürgerinnen und Bürgern dann aber vor den Wahlen nennen muss, damit die Bürgerinnen und Bürger wissen, was auf sie zukommt.

- (B)

Bei der Umsetzung der G-8-Beschlüsse in Bezug auf Klimaschutz und Gesundheit kommt der Förderung regionaler Kooperationsansätze zwischen Entwicklungsländern sowie der Unterstützung von Regionalorganisationen in den verschiedenen Kontinenten, insbesondere in Afrika, besondere Bedeutung zu. Auf Afrika entfällt mit einem Fördervolumen von 774 Millionen Euro 40 Prozent des Gesamtvolumens. In der thematischen Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit kommt vor allen Dingen den Bereichen Grundbildung, Gesundheit, erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Tropenwald, Wasser und Mikrofinanzen eine besondere Bedeutung zu.

Frau Ministerin, ich bin der Auffassung, dass es richtig ist, im Bereich Grundbildung Schwerpunkte zu setzen. Aber ich sage auch: Wir müssen in den nächsten Wochen über einen ganz besonderen Punkt diskutieren. Ich habe bei meinen Besuchen in den letzten zwei, drei Jahren festgestellt, dass es durch den Kalten Krieg eine Auseinandersetzung zwischen West und Ost über die Fragen gab: „Wer bildet in welchem Land **Studenten** aus?“, „Wer holt Studenten in die Bundesrepublik Deutschland oder in die DDR und unterstützt Ausbildung?“, und wir heute in diesen Ländern auf die Eliten treffen, die in der Bundesrepublik Deutschland ausgebildet worden sind,

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Ja!)

(C)

die eine besondere Affinität zu Deutschland haben und die mit uns zusammenarbeiten. Ich bin der festen Überzeugung, dass es eine Aufgabe von Entwicklungspolitik ist, unter Umständen auch mit einem runden Tisch gemeinsam mit den Wissenschaftsministern der Länder Regelungen zu finden, die dazu führen, dass wir wieder mehr Studenten aus Entwicklungsländern hier Bildungschancen geben, die dann in ihren Ländern die Elite bilden.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich glaube, dass DAAD, Alexander-von-Humboldt-Stiftung und andere hierbei eine hervorragende Arbeit leisten.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Genau! Gut!)

Deshalb glaube ich, dass wir da einen Konsens finden können.

Ich will wegen der beschränkten Redezeit nur noch auf einen Punkt eingehen, weil er von einigen Kollegen kritisch angesprochen wurde: die **erneuerbaren Energien**. Was in diesem Bereich von unseren Durchführungsorganisationen inzwischen geleistet wird, ist unglaublich. Das bedeutet natürlich, dass wir damit auch einen Beitrag zur Erreichung der gemeinsamen Klimaziele leisten.

Man muss zur Kenntnis nehmen, dass am 7. Juni 2007 die größte netzgekoppelte Solaranlage Afrikas in Ruanda eingeweiht worden ist und die Stadtwerke Mainz vom Partnerland 1 Million Euro zur Verfügung gestellt haben. Mithilfe der GTZ bilden die ruandischen Stadtwerke nun ruandische Solartechniker aus. Das ist ein hervorragender Ansatz, um Entwicklungspolitik dann auch in wirtschaftliche Entwicklung in dem jeweiligen Land umzusetzen. Deshalb kann ich nur sagen: Prima Programm!

(D)

Lassen Sie mich am Schluss noch kurz das Thema **Budgethilfe** ansprechen. Ich bin der Überzeugung, dass es richtig ist, Budgethilfe auf den Prüfstand zu stellen. Aber das, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf man nicht so undifferenziert tun.

(Gabriele Groneberg [SPD]: Das ist eine Pauschalierung!)

Wir müssen uns die Zeit nehmen, uns jedes einzelne Land vorzunehmen, für das es Budgethilfe gibt, und jedes einzelne Land zu überprüfen.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Das habe ich gesagt! Genau! Meine Rede!)

Ich bin der Überzeugung, dass es bestimmte Grundprinzipien geben muss, und diese Grundprinzipien heißen: Erstens. Es muss eine deutliche Entwicklung zu guter Regierungsführung vorhanden sein. Zweitens. Das Parlament in dem Land muss beteiligt werden. Man darf dadurch nicht eine Richtung stabilisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Karl Addicks [FDP])

Hartwig Fischer (Göttingen)

(A) Das können wir sicherlich gemeinsam schaffen.

(Gabriele Groneberg [SPD]: Das ist immer schon gefordert worden!)

Ich hatte nicht den Eindruck, dass die Ministerin sich einem solchen Thema entzogen hat. Ich habe mit der Staatssekretärin, Frau Kortmann, dazu hervorragende Gespräche geführt. Ich habe nicht erlebt, dass die Ministerin anderer Auffassung war. Ich glaube, diesen Dialog sollten wir führen.

Ich bedanke mich bei Ihnen ganz herzlich und hoffe, dass wir in Zukunft die Themen im Ausschuss ernsthaft diskutieren, nicht aber in diesen Debatten Kritiken zu einzelnen Punkten vortragen, weil wir damit die Vorurteile gegenüber Entwicklungspolitik nur verstärken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Heike Hänsel für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Fast am Schluss werde auch ich jetzt noch einiges zur Entwicklungszusammenarbeit ergänzen. – Selbstverständlich begrüßt die Linksfraktion, dass es mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit gibt. Wir können aber auch die Kritik nachvollziehen, Herr Fischer, die einige Organisationen geübt haben, weil im Vorfeld des G-8-Gipfels höhere Erwartungen geweckt wurden. Beispielsweise war das Aktionsbündnis „Deine Stimme gegen Armut“ sehr enttäuscht; sie haben nach dem G-8-Gipfel eine große Anzeige in mehreren Zeitungen geschaltet, aus der ich zwei, drei Sätze zitiere:

Liebe Angela Merkel, für Sie war der G-8-Gipfel von Heiligendamm ein Erfolg. Für Menschen in Armut war er ein Trauerspiel. Zur öffentlichen Entwicklungshilfe haben Sie nur Versprechungen von Gleneagles wiederholt, aber keinen verbindlichen Umsetzungsplan verabschiedet.

Ich halte diese Kritik für absolut legitim.

Der zweite Aspekt der Entwicklungshilfe sind neben ihrer Höhe die Rahmenbedingungen, die für sie gesetzt werden, um nachhaltig Entwicklung zu fördern. Wir setzen uns ganz klar für andere Weichenstellungen innerhalb der Welthandelsordnung ein. In unseren Augen reicht es nicht aus, mehr Geld in den **Global Funds** zu investieren, wenn sich Angela Merkel parallel dazu auf dem G-8-Gipfel für den Patentschutz stark macht, der mit dazu führt, dass der Zugang zu billigen Medikamenten für Menschen in Entwicklungsländern erschwert wird.

Es reicht auch nicht aus, mehr Geld in den europäischen Entwicklungsfonds zu investieren, wenn gleichzeitig die Europäische Union ein Freihandelsabkommen mit 78 Ländern der AKP-Staaten abschließen will,

(Dr. Sascha Raabe [SPD]: Wirtschaftspartner-schaftsabkommen!)

(C)

das natürlich schwerwiegende Folgen haben und vielen Menschen die Existenzgrundlage rauben wird, unter anderem den von Ihnen, Herr Addicks, angesprochenen Kleinunternehmern, zum Beispiel Kleinbauern, Landarbeiterinnen und Fischern. Sie werden von den Folgen solcher Abkommen betroffen sein, weil sie mit den subventionierten Produkten der EU nicht konkurrieren können.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Hänsel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Nein, jetzt nicht. Ich will den Aspekt der EPAs noch abschließen; das ist nämlich entscheidend.

(Gabriele Groneberg [SPD]: Eben darum!)

Wir sind der Auffassung, dass der Entwicklungsfonds in diesem Zusammenhang als Marktöffnungsinstrument missbraucht wird. Dementsprechend wehren sich zunehmend mehr Menschen in afrikanischen Ländern gerade gegen diese Abkommen. Es wird am 27. September einen weltweiten Aktionstag dagegen geben, an dem die Menschen weltweit auf die Straße gehen werden. Wir werden uns an ihm übrigens beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Karl Addicks [FDP]: Das ist üble Nachrede!)

(D)

Frau Merkel hat heute Morgen im Zusammenhang mit einem anderen wichtigen Thema, das mit Entwicklung zusammenhängt, die Aussage getroffen: Entwicklung braucht Sicherheit, Sicherheit braucht Entwicklung. Ich frage Sie: Welche Sicherheit meint sie eigentlich? Meint sie soziale Sicherheit für die Bevölkerung, oder meint sie militärische Sicherheit in Kriegsregionen, wie zum Beispiel in **Afghanistan**? Dort erleben wir nämlich, dass Entwicklungszusammenarbeit zunehmend auch strategisch eingesetzt wird, um eine Akzeptanz von Besatzung, um Sicherheit für Soldaten zu organisieren. Das sehen wir als Missbrauch von Entwicklungshilfe an. Das ist eine gefährliche Entwicklung, die wir strikt ablehnen.

(Gabriele Groneberg [SPD]: Das haben Sie alles in den völlig falschen Hals bekommen!)

Für uns ist ganz klar, dass Entwicklungspolitik Teil einer Friedenspolitik sein muss, nicht aber Teil einer Sicherheitspolitik und vor allem nicht Teil von Kriegspolitik.

In diesem Zusammenhang möchte ich an Sie, Frau Wieczorek-Zeul, eine Frage richten, weil ausgerechnet Sie als Entwicklungsministerin sich für dieses OEF-Mandat stark gemacht haben mit der Begründung, wir könnten nur so unseren Einfluss bei diesem OEF-Mandat weiterhin geltend machen.

(Beifall des Abg. Hellmut Königshaus [FDP])

Heike Hänsel

- (A) Dieses Mandat ist ja ein reiner Kampfeinsatz, der nichts mit Entwicklung zu tun hat. Da frage ich mich, wie es kommt, dass Sie, wo doch diese Politik eindeutig in eine Sackgasse führt, mit in diese Sackgasse gehen, anstatt einen anderen Weg aufzuzeigen. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Seit sechs Jahren ist die Bundeswehr an diesem OEF-Mandat beteiligt. Wir sehen doch, wie viele Zivilisten im Rahmen dieses Kampfeinsatzes bereits getötet wurden.

(Dr. Sascha Raabe [SPD]: Und 6 Millionen Menschen gehen wieder zur Schule! Wollen Sie die Taliban als Entwicklungshelfer bezeichnen?)

– Hat der Kampfeinsatz für Schulbesuche gesorgt? Während des Kampfeinsatzes wurden Zivilisten getötet, und die daran beteiligten KSK-Soldaten stehen unter anderem im Verdacht, Murat Kurnaz misshandelt zu haben. Diese Palette könnte ich erweitern. Insofern handelt es sich um eine absolute Sackgasse, in die wir da gehen. Ich kann es nicht nachvollziehen, dass sich die Entwicklungsministerin dafür einsetzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Steinmeier hat von einem politisch-moralischen Projekt bezüglich Afghanistans gesprochen. Dagegen möchte ich zum Abschluss eine authentische Stimme aus Afghanistan setzen. Es handelt sich um eine engagierte Frauenrechtlerin und Parlamentarierin, Malalai Joya, die wir übrigens für nächste Woche eingeladen haben. Sie sagt unter anderem – ich zitiere –:

- (B) Mittlerweile hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass der Westen nur für seine eigenen strategischen und politischen Interessen in Afghanistan eintritt und das Leid der Menschen die internationale Gemeinschaft nicht wirklich tangiert.

Ich finde, zu dieser Einschätzung muss die Bundesregierung Position beziehen. Vor allem aber muss sie sich dem Protest der Mehrheit der Bevölkerung in diesem Lande stellen. Viele davon werden jetzt am Samstag nämlich auf die Straße gehen und dagegen demonstrieren.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Karl Addicks [FDP]: Dann können Sie ja gleich mit den Taliban zusammen demonstrieren!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Alexander Bonde für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte über einen Haushalt, der eine erfreuliche Entwicklung nimmt, hat auf eine Schwierigkeit aufmerksam gemacht. Herr Fischer, Sie haben gerade für die CDU die Fragen zu neuen Finanzierungsmechanismen bis 2009 en passant abgehandelt. Wenn man sich einmal klarmacht, was das bedeutet, dann fragt man sich

schon, wie die Bundesregierung eigentlich das hier proklamierte Millenniumsziel erreichen will. (C)

(Beifall der Abg. Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Aufwuchs der Barmittel allein reicht natürlich nicht aus. Aus den derzeit üblichen Verschiebungen von Monat zu Monat sollen jetzt, so hören wir, Verschiebungen über Jahre werden. Das, was Sie hier in einer Randnote verkündet haben, ist eine schlechte Nachricht für die Entwicklungszusammenarbeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, am Beginn Ihrer Rede haben Sie von neuen Herausforderungen und am Schluss von neuen Zuständigkeiten für die Entwicklungszusammenarbeit gesprochen. Wir sehen dabei die Schwierigkeit, dass Sie versuchen, neuen Herausforderungen mit alten Strukturen und auf der Basis bestehender Abläufe gerecht zu werden. Es stellt sich also die Frage, wie Ihr Haus mit den Aufwüchsen, die in diesem Haushalt vorgesehen sind – wir begrüßen diese und unterstützen Sie dabei, wenn Sie Ihr Herzblut da hingeben –, umgeht. Wenn wir einmal hinter die entwicklungsbewegten Reden schauen, dann stellen wir fest – das haben wir alle erlebt –, dass in diesem Bereich schon seit Jahren eine mangelnde Koordination zwischen den verschiedenen Bundesministerien zu beklagen ist. Es spricht Bände, dass sich während dieser Debatte die Vertreter des Auswärtigen Amtes diplomatisch verdrückt haben, die Vertreter des Verteidigungsministeriums schon lange den Rückzug eingeläutet haben und nur ein Vertreter des Finanzministeriums da ist und aufpasst, dass nicht zu viel Geld ausgegeben wird. Sonst sind nur Vertreter Ihres Ministeriums noch auf der Regierungsbank zu sehen. Auch das weist auf das von mir angesprochene Problem hin. (D)

Nachdem **Afghanistan** hier schon eine wichtige Rolle gespielt hat, sollten wir einmal darüber reden, ob wir mit den Strukturen, mit denen wir bisher arbeiten, bei den wirklich dringenden Fällen nicht manchmal zu träge reagieren.

(Beifall des Abg. Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch ich weiß, dass Entwicklungszusammenarbeit an manchen Orten seine Zeit braucht. Ich verstehe, dass Regierungsverhandlungen bestimmten Prozessen unterworfen sind, und ich verstehe die Frage von Afghan Ownership und anderem. Aber ich frage mich, warum andere Partner es hinbekommen, aus diesem schon fast ritualisierten Prozess der Regierungsverhandlungen bei eiligen Projekten auch einmal auszubrechen, während wir als Einzige starr am Terminkalender bleiben. Wie gesagt, ich kann das in der Sache nachvollziehen; aber wenn ich mir anschau, wie Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer, Polizistinnen und Polizisten sowie Angehörige der Bundeswehr in Afghanistan im Sinne der zivilen Entwicklung, die wir als das Wichtigste ansehen, ihren Kopf hinhalten, dann frage ich mich schon, ob nicht doch manches schneller ginge und ob wir nicht den einen oder anderen Ablauf optimieren könnten, um der Dringlichkeit gerecht zu werden.

Alexander Bonde

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das Gleiche erleben wir bei dem vorhin vom Kollegen Trittin angesprochenen Einsatz der Abteilung „International Services“ der GTZ auf Anfrage der Holländer. Ich finde Ihre Position natürlich plausibel, dass Sie erst die Garantie der Holländer wollen, um sicher operieren zu können. Aber nichtsdestotrotz ist dann wieder ein halbes Jahr ins Land gegangen, bevor in der Kombination von holländischem Geld und deutschem Know-how mit der Hilfe auch nur begonnen wurde. Ich finde, wir müssen genau überlegen, ob wir nicht an bestimmten Stellen die Handbremse lösen sollten. Es macht mir große Sorge, dass unser wichtigstes Instrument immer am längsten Zeit benötigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenfalls macht mir Sorge, dass Sie in der Großen Koalition in der Frage, wie wir die Entwicklungsinstitutionen verbessern können, den gesamten Prozess an die Wand gefahren haben. Als wir das letzte Mal hier über den Haushalt Ihres Hauses diskutiert haben, hatten wir als Haushaltsausschuss gerade die Notbremse ziehen müssen, weil Sie ein Projekt auf den Weg gebracht haben, bei dem Sie zentrale vergaberechtliche Fragen nicht geklärt hatten, bankenrechtliche Fragen sowie Fragen der Besoldungsstruktur nicht im Griff hatten und noch nicht einmal realisiert hatten, dass wir als Parlament bei einer so zentralen Frage wie der Übertragung von Bundesvermögen das letzte Wort haben müssten. Dieses Projekt haben Sie handwerklich ziemlich in den Sand gesetzt. Wir haben dann eigentlich erwartet, dass der

- (B) Prozess im Februar mithilfe des Rechnungshofes vorangeht; aber wir warten bis heute auf eine Richtungsentscheidung. (C)

Wir unterstützen Sie mit Herzblut in der Sache. Wir freuen uns, dass Ihr Bereich in der Regierung wichtiger genommen wird. Machen Sie da weiter. Aber wir fordern mehr Präzision und Konzentration, wenn es um die Kärnerarbeit bei den Verwaltungsaufgaben geht. Ich glaube, da sind in Ihrem Hause noch einige Hausaufgaben zu erledigen. Wenn Sie dann noch die Koordination mit anderen Ministerien hinbekommen und wir nicht dasselbe Gezerre erleben wie bei den Mitteln für Afghanistan, dann können Sie unserer Zustimmung noch sicherer sein. Aber da ist noch einiges an Arbeit zu bewältigen, bis wir als Opposition zufrieden sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Bärbel Kofler [SPD])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, den 13. September 2007, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen noch einen erfolgreichen Abend. (D)

(Schluss: 19.23 Uhr)

(A) **Anlage zum Stenografischen Bericht** (C)**Anlage****Liste der entschuldigten Abgeordneten**

Abgeordnete(r)			entschuldigt bis einschließlich		
Bluhm, Heidrun	DIE LINKE	12.09.2007	Hörster, Joachim	CDU/CSU	12.09.2007*
Bulling-Schröter, Eva	DIE LINKE	12.09.2007	Lintner, Eduard	CDU/CSU	12.09.2007*
Deligöz, Ekin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	12.09.2007	Meckel, Markus	SPD	12.09.2007
Fell, Hans-Josef	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	12.09.2007	Müller (Gera), Bernward	CDU/CSU	12.09.2007
Ferner, Elke	SPD	12.09.2007	Ortel, Holger	SPD	12.09.2007
Haibach, Holger	CDU/CSU	12.09.2007	Röring, Johannes	CDU/CSU	12.09.2007
Hermann, Winfried	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	12.09.2007	Schily, Otto	SPD	12.09.2007
Höfken, Ulrike	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	12.09.2007	Dr. Stadler, Max	FDP	12.09.2007
Höhn, Bärbel	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	12.09.2007	Dr. Stinner, Rainer	FDP	12.09.2007
			Strothmann, Lena	CDU/CSU	12.09.2007

* für die Teilnahme an den Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

